SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

13. Jg.
3/92
7.-DM







Libertärer Kommunalismus

„Kriegstreiberdiskurs"

Chomsky-Interview

Weltwirtschaftsgipfel

Mannheim-Schönau

„Drogenkrieg"

Nacholympisches Editorial

Barcelona, die heimliche Hauptstadt der Anarchisten aller Welt, stand im Zeichen von Olympia. "Die Jugend der Welt" war aber nicht zum erstenmal in Barcelona. Der Montjuich nicht zum ersten Mal "Stadionberg". Arbeiterjugendliche aus 20 Ländern versammelten sich hier, um ab dem 18. Juli 1936 die Gegenspiele zur Berliner Nazishow zu bestreiten.

Gegenspiele in jeder Hinsicht: kein Doping, keine dubiosen Trainer und Funktionäre, keine übertrainierten Muskelberge, kein Kinderturnen, kein Sponsoring, kein Leistungsdenken, keine einseitig Sportart-gerecht-gezüchteten Körper. ... Sport sollte Spaß machen, sollte zu internationalen Freundschaften führen.

Zweitausend kamen in Wanderschuhen und mit Campingausrüstung. Der deutsche Anarchosyndikalist Augustin Souchy sollte eine der Eröffnungsreden halten, die Schweizerin Clara Thalmann hätte als 28-jähriges Mitglied des schweizer Arbeiter Turn- und Sportvereins (SATUS) an den Schwimmwettbewerben teilgenommen und kein unerträglich daherquatschender Moderator hätte von einer "Schwimm-Oma" gesprochen. Es kam nicht dazu. Wie wir wissen putschten die Generäle gegen die Republik und viele ArbeitersportlerInnen sahen sich in den Milizen der CNT, UGT oder POUM wieder.

Uns ist nicht bekannt, daß Antonio Samaranch, der "Philatelist" (taz) und Barcelonese, irgendwann auf diese olympische Vergangenheit seiner Heimatstadt hingewiesen hätte. Im Gegenteil, sein Traum ging in Erfüllung," einmal in seinem Leben" die Olympiade nach Barcelona zu holen. Sie haben alle kein Gedächtnis, der ehemalige Sportfunktionär Francos natürlich erst recht nicht. Friedlich sitzen sie zusammen auf der Ehrentribüne: Samaranch, Fidel, Weizäcker, Mandela usw. usf. Diesmal ist alles in bester Ordnung: Beweis, es gibt keinen Boykott. Südafrika macht wieder mit, die Serben sind dabei und sogar der Dauerboykotteur Kuba.

1936 gab es einen Boykott: Spanien war neben der Sowjetunion das einzige Land, das 1936 die Nazishow boykottierte. Ob Samaranch daran gedacht hat, daß der Begründer Jugoslawiens, Tito, unter den Arbeitersportlern war, als er die Vertreter "Rest-Jugoslawiens" zu Einzelstartern umfunktionierte?

Meist lassen die Medien keine Gelegenheit aus, Bezüge herzustellen, diesmal nutzten die schönsten Parallelen nichts. Es blieb still um die Gegenolympiade, die doch fast in derselben Woche eröffnet worden wäre, wie die diesjährige. Noch nicht einmal bei der als avantgardistisch bezeichnenten Eröffnungsfeier kam jemand in den Sinn, an die geplante Eröffnungsfeier 1936 zu erinnern, auf der die ArbeitersportlerInnen eine aus Menschen geformte Friedenstaube Picassos darstellen wollten.

Die Idee der Gegenspiele wurde auf einer Konferenz des "Internationalen Komitees zur Wahrung des Olympischen Gedankens" in Paris entwickelt. Mitglieder dieses Komitees waren u.v.a. die deutschen Schriftsteller Ernst Toller, Heinrich Mann und Lion Feuchtwanger. Aufgegriffen hat diese Idee der spanische Arbeitersportverein unter seinem Vorsitzenden Andres Martin. Die Spiele sollten unter anderem ein "Massenmeeting gegen den Krieg" (Souchy) sein, an ihrer Stelle begann der spanische Bürgerkrieg. Einige SportlerInnen reisten mit einem französischen Schiff sofort wieder ab (Clara Thalmann), die Mehrzahl blieb.

Und ganz nebenbei: viele hatten sich über die Politik der französischen Volksfront während des Bürgerkriegs Illusionen oder falsche Hoffnungen gemacht, an der Frage der Olympiade hätten sie die taktische Politik früh festmachen können: die französische Volksfront *nahm an beiden Olympiaden teil*, steckte allerdings wesentlich mehr Geld in das Berliner Unterfangen.

Sturm im Wasserglas

Ein öffentlicher Protestaufruf (als Dokument am Ende dieser Ausgabe abgedruckt) gegen die Redaktion des Schwarzen Fadens, initiiert von Jochen Schmück (Libertad-Verlag), Jochen Knoblauch (Ex-AurorA-Verlagsauslieferung) und Andreas Müller (Rundbrief Anarchismushistoriker) und unterschrieben von fast allen anarchistischen Verlagen und Initiativen Berlins – einschließlich der neuen Berlin-Auslieferung des SF – scheint auf ein gravierendes Fehlverhalten der Redaktion hinzudeuten. Schon werden die Totenglocken für diese langjährige Zeitschrift geläutet: „vom politischen Selbstmord" ist in dem Aufruf die Rede, eine unterschreibende Gewaltfreie Aktionsgruppe aus Berlin spekuliert gar mit einer Boykottkampagne. Das große Wort vom politischen Selbstmord wird im Protestschreiben in bezug auf einen Redakteur, der zufällig das Gros der Post erledigt, sogar noch an einem Namen festgemacht: *„Wolfgang Haug (und wer auch immer noch die Redaktion des SF trägt) ist drauf und dran, einen solchen politischen Selbstmord zu begehen."* Starker Tobak als Reaktion auf zwei Artikel, die eher zum Beiwerk der Ausgabe Nr.41 gehörten. Diskussionen, vor allem aktuellere, hätten sich eigentlich an anderen Artikeln entzünden müssen...

Doch eines verschweigt der Protestaufruf: den eigentlichen Ablehnungsgrund für die Kritiken am Artikel Arno Maierbruggers und der Rezension Gregor Dills. Die Redaktion des SF stieß sich am Stil, *an der persönlichen Herabwürdigung der Autoren*, ohne den keiner der eingesandten Beiträge auskommen konnte. Allein deshalb lehnten wir diese Beiträge ab und die Initiatoren des Protestaufrufs wissen dies ganz genau. Daß sie mit keinem Wort auf diese Tatsache eingehen, spricht für sich und sie müssen ihr Verhalten denjenigen gegenüber rechtfertigen, denen sie mit Halbinformationen Unterschriften entlockten. Wenn wir unsererseits im SF-42 diese Ablehnung öffentlich vor allem mit unseren Platzproblemen begründet haben, rückten wir diesen zweiten Grund aus (zugegebenermaßen falscher) Rücksichtnahme auf die Kritiker und aus unserer Absicht kein Öl ins Feuer zu gießen zu eindeutig in den Mittelpunkt. Wer zwischen den Zeilen lesen wollte, konnte zwar herauslesen, daß für uns der „Stil" das Problem ausmachte. Ähnlich vorsichtig war dies auch in der zusammenfassenden Einleitung (vom 22.5.) der kopierten Materialien zu lesen, wenn von „schwachem Niveau" die Rede war.

Uns ist inzwischen klar, daß wir es den Kritikern recht leicht gemacht haben, vom eigentlichen Ablehnungsgrund abzulenken. Anstatt uns eine verbesserte sachliche Kritik anzubieten, starteten die Kritiker eine *„Solidarisierungskampagne für eine offene Auseinandersetzung über den Beitrag Maierbruggers"* ... – nun, diese Forderung hätten wir auch unterschreiben können!

Bei all den Auseinandersetzungen haben wir die Selbstgerechtigkeit der Kritiker unterschätzt, die mit ihrer Vorgehensweise Reaktionen anderer herausgefordert haben, zu denen wir leider nicht mehr moderat schweigen können.

Was wirklich passiert ist und wie hier konstruiert wurde, darauf gehen wir am Ende dieser Ausgabe ausführlicher ein. Trotzdem halten wir fest: wir sind uninteressiert an solchen persönlich gefärbten Streitereien im SF und halten diese Seiten, die wir diesmal dafür zur Verfügung stellen müssen für Verschwendung. Es ist verlorener Platz für einen über alle Maßen aufgeblasenen Konflikt und es bleibt eigentlich nur die Frage: welche Motive stecken eigentlich dahinter?

Die SF-Redaktion: Wolfgang Haug, Fri Kamann, Peter Reichelt, Andi Ries, Herby Sachs und Kai Twelbeck

Impressum:

HERAUSGEBER: SF-Redaktion/Trotzdem-Verlag
V.i.S.d.P: Herby Sachs, Moosweg 165, 5090 Leverkusen; namentlich gezeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung der Herausgeber oder gar des presserechtlich Verantwortlichen wieder.
Verlag, Satz, Vertrieb und ABOs: Trotzdem-Verlag, Grafenau; Druck und Weiterverarbeitung: Druckcooperative Karlsruhe. Gedruckt auf 100% Altpapier.

Mitarbeit: Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen. Eingesandte Artikel sind erwünscht, speziell solche von AugenzeugInnen aktueller Ereignisse, die eine analytische Aufarbeitung versuchen. Leute, die regelmäßig bestimmte fremdsprachige Zeitschriften lesen, sollen uns dies mitteilen und uns Artikel zur Übersetzung vorschlagen. Allgemein bevorzugen wir namentlich oder von Gruppen gekennzeichnete Beiträge. Telefonische Vorabsprache von Beiträgen ist sinnvoll; Photos, Grafiken etc. sind erwünscht. Pseudonyme sind möglich, wenn der Redaktion die UrheberInnen bekannt sind.

"Neue Technologie": Wer selbst oder über Unis an IBM- oder Apple Macintosh Computer rankommt, kann (und soll!) uns die Artikel auf 3,5 Zoll-Disketten zuschicken. Sie sollten mit dem Textverarbeitungssystem Word bearbeitet sein. Für uns würde es erhebliche Arbeitserleichterungen bedeuten.

Endredaktion: Über einen Abdruck entscheiden MitarbeiterInnen der Redaktion; ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare bleiben auch unsere Wunschvorstellung. Ausnahmen können wir machen, in dem wir gegen Vorabsprache z.B. die „Anerkennungshonorare" für aufwendige Interviews, Photos, Graphiken oder längere Übersetzungen bezahlen.

Nachdrucke: von Texten und Photos sind gegen Quellenangabe und Belegexemplare erwünscht.

Knastfreiexemplare bleiben solange Eigentum des Verlags, bis sie den Gefangenen ausgehändigt sind. Eine "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung!

Erscheinungsweise: vierteljährlich. Ungezeichnete Photos aus dem SF-Archiv.

Abonnementsgebühren: 25.- für 4 Nummern Bezahlung im voraus. Mit der letzten bezahlten Nummern erhalten Abonennten eine neue Rechnung für die nächsten 4 Nummern; wer nicht verlängern will, schicke uns eine kurze Nachricht.

Einzelnummer: 7.-DM
Sondernummer Arbeit: 5.-DM
Sondernummer Feminismus : 6.-DM
Sondernummer Nostalgie (SF Artikel aus Nr.0-12): 10.-DM
Förderabo: 60.-DM (8 Nummern)
Probepäckchen (5 alte Nummern nach Wahl): 20.-DM
WiederverkäuferInnenrabatt: 30%

SF-Konto: Postscheckamt Stuttgart, F.Kamann, KtoNr. 574 63-703 BLZ 60010070

Anzeigenpreise (alle Preise für s/w + 14% MWST!): 1 Kleinanzeige: 20.-; halbe Spalte (6cm breit x 13,5cm hoch) 150.-; ganze Spalte (6 x 27cm): 280.-DM; 1/8 Seite (8,5 x 6,5 cm) 100.-; 1/4 Seite (8,5 x 13,5cm) 200.-; 1/2 A-4-Seite: 400.-DM; 1 A-4-Seite: 1000.-DM. Beilagen: 300.-DM. Dauerkunden erhalten 30%.Rabatt!!

Redaktions- und ABOanschrift:
Schwarzer Faden,
Postfach 1159, 7043 Grafenau,
Tel.: 07033-44273;
Fax 07033-45264;
ISSN: 0722-8988.
Weiterer Redaktionskontakt:
Herby Sachs, Moosweg 165,
5090 Leverkusen

Redaktionsschluß für Nr. 44(4/92): 5.11.
Anzeigenschluß Nr.44 :1.11.

Inhalt NR.43

SF-Spendenliste: Wir danken allen SpenderInnen, die uns immer wieder aufgerundete Beträge überweisen. Da einige auf Wunsch ungenannt bleiben wollten, haben wir die Praxis vorerst ausgesetzt, Kürzel zu veröffentlichen. Falls gegenteilige Wünsche ge-äußert werden, wollen wir damit fortfahren und die SpenderInnen bitten, uns mitzuteilen, wenn sie nicht veröffentlicht werden wollen.



Monatliche Dauerspenden zur "Verbreitung von Chaos und Anarchie im vereinten Deutschland":
F.-J.M., Dortmund 5.-; A.R., Paderborn 10.-; W.F., Berlin 10.-; T.P., Köln 10.-; E.T., Bremen 10.-; R.M, 20.-; N.H., Nürnberg 25.-; T.D.L., Berlin 30.-; M.R., Frankfurt 25.-; T.A., Hersfeld 15.-; V.S., 20.-, H.W.M., Westerland 20.-; U.S., Bremen 15.-;

Titelphoto+Rücktitel:

Hacky Hagemeyer/Transparent

Herby Sachs/Transparent

Umbruch-Bildarchiv

Am Dienstagmorgen, dem zweiten Tag des Weltwirtschaftsgipfel in München überstürzte sich die örtliche Presse mit Schlagzeilen wie "Jagdszenen aus der Residenz" (tz-München),"Gipfel brutal- Eine Schande für München"-"Der Tag der Greifer" (az-München) oder "Festnahmen wegen Buh-Rufen"-"Ein brutaler Polizeieinsatz der Polizei empört Bürger und ausländische Beobacher"(az)

Wer die Zeitungen in diesen Tagen aufschlug, konnte Bilder von Prügelszenen in allen nur möglichen Variationen sehen. Vor der Presse sprach selbst Münchens Oberbürgermeister Ude (SPD) von "unglaublichen und beispiellosen Vorgängen...Dieser Ablauf ist eine Mischung von peinlich und martialisch", oder der Korrespondent der Frankfurter Rundschau faßt das, was er in den letzten Tagen erleben mußte unter dem Motto "Ausnahmezustand" zusammen.

Die Presse hatte ihre Bilder, ihren handfesten Skandal, 4000 Pressevertreterinnen waren nicht umsonst in München. Klar war schon im Vorfeld, daß an konkreten Ergebnissen über den Weltwirtschaftsgipfel nicht viel zu berichten sein wird, außer vielleicht der Tatsache, daß Frau Mitterand knapp einem Attentat in Kurdistan entgangen ist, wobei von ihren zwei toten kurdischen Begleitern nicht gesprochen wird, dem aschfahlen Ehemann Mitterand, der gleichzeitig mit einem militanten Streik der LKW-Fahrer kämpfen mußte.

Die andere Variante, die Klatsch und Tratsch Journaille konnte sich nicht so richtig entfalten. Das gefundene Fressen stand diesmal nicht auf dem Tisch in der Münchner Residenz, sondern fand tatsächlich auf der Straße statt, auch für die Medien. Immerhin konnten die Medien so die Illusion aufrechterhalten, daß wir in einer Demokratie leben, die sich über staatliche Übergriffe zu empören weiß.

Die Empörung über die Ereignisse in München, die in den Tagen des WWG in München geäußert wurde, kam reichlich spät, denn die Übergriffe waren die konsequente Fortsetzng einer Kriminalisierungsstrategie, die schon seit Monaten versuchte, Kritik und Widerstand aller Art im Keim zu ersticken.

So wurden mehrere inhaltliche Vorbereitungstreffen zum Weltwirtschaftsgipfel in Nürnberg und München von bayerischen Sondereinsatzkommandos brutal aufgelöst.

"Wir haben Freunde, ihr habt keine !"

Trotz allem konnte das Münchner Bündnis schließlich zu einem Gegenkongreß, einer Demonstration und Aktionstagen gegen

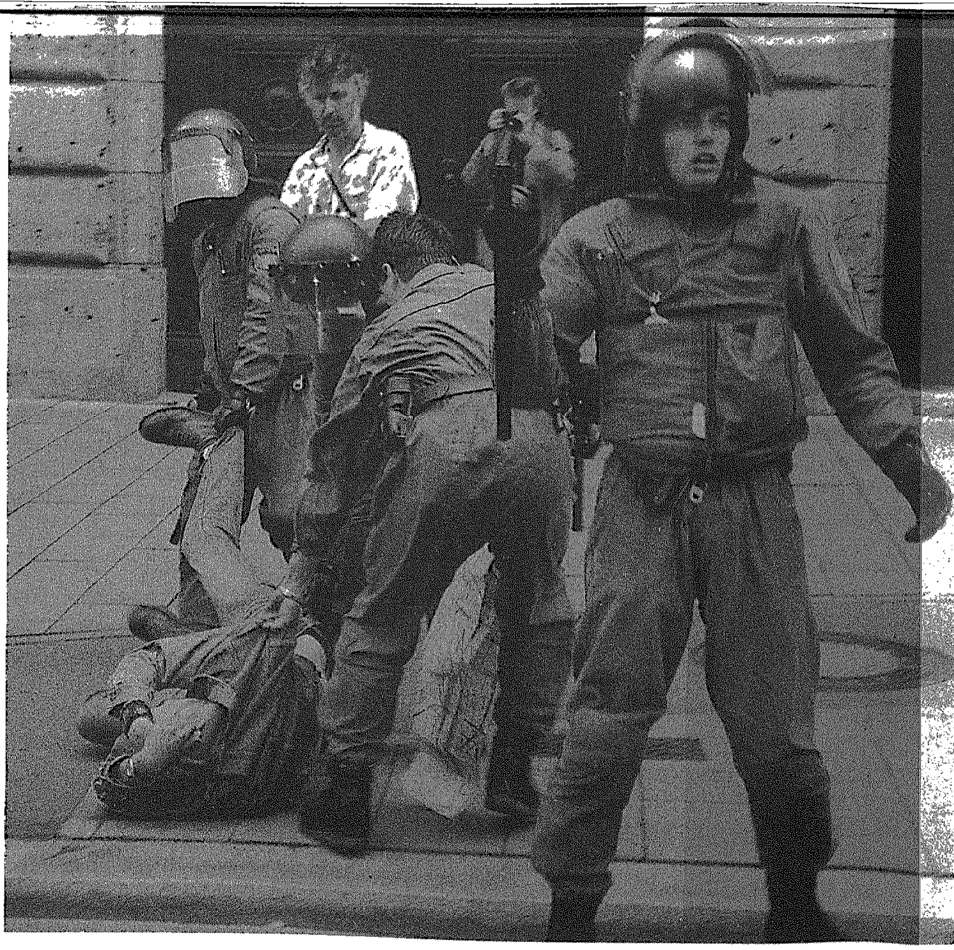


Photo: Herby Sachs/Transparent

Die herrschende Weltordnung stellt sich zur Schau oder Polizeistaat Deutschland

von Herby Sachs

den WWG einladen. Der Gegenkongreß allerdings, zu dem mehr als 60 internationale Referentinnen aus aller Welt eingeladen worden waren, wurde von der Uni-Leitung, und bestätigt durch zwei Instanzen des Verwaltungsgerichts mit Begründungen verboten, die an den Haaren herbeigezogen und das Papier nicht wert sind auf dem sie geschrieben stehen. Der Kongreß fand deshalb nicht wie geplant statt, sondern mußte in Kirchenräume ausweichen, die über die ganze Stadt verteilt waren.

Vorausgegangen waren heftige Auseinandersetzungen in der Vorbereitungsgruppe, ob nicht versucht werden sollte die Uni-Räumlichkeiten zu besetzen. Am Freitagabend, dem Beginn des Kongresses, fand dann mit knapp 2000 TeilnehmerInnen eine Protestdiskussion vor den offen stehenden Türen der Universität statt. Das Münchner Bündnis konnte sich nicht über die weitere Vorgehensweise einigen. Ergebnis des mit großen Worten geführten Palavers vor der offenstehenden Uni war jedoch mehr als eine Schlappe. Eine schon vorher geplante, spontane Demonstration sollte gegen das Verbot der Räumlichkeiten protestieren. Die Konfrontation mit der Staatsmacht wurde so um ein paar Stunden verschoben, der Kongreß hingegen fand faktisch nicht statt. Auch wenn da und dort, über die ganze Stadt verteilt, einige interessante Diskussionen über Rassismus, politische Gefangene und fünfhundertjährige Kolonisation in völlig überfüllten Kirchenräumen geführt worden sind, Fakt war, daß die Möglichkeit einer gemeinsamen Kommunikation ,ein inhaltlicher Diskurs verhindert wurde. Der während des Abschlußplenums von einigen Rednerinnen herbeizitierte Erfolg des Kongresses war jedoch in Wirklichkeit ein politischer Bumerang. Daß die Defizite der gesamten Kampagne 92, die fehlende Schubkraft und politische Mobilisierung, die mangelnde Diskussionskul-



Photo: Herby Sachs/Transparent

tur und politische Orientierung kein Revival der IWF-Weltbanktagung hervorbringen würde, war schon im Vorfeld offensichtlich. Aber die Tatsache, daß sich die Verhältnisse in diesem Land in den letzten vier Jahren ein wenig geändert haben, wiegt viel schwerer als eine mangelnde radikale Kritik an den vorbereitenden Kampagnenaktivitäten. Es fehlt eine politische Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung und natürlich nicht zuletzt eine soziale Bewegung auf die sich die Anti-WWG Kampagne beziehen konnte.

Mit einer zweistündigen Auftaktkundgebung begann am zweiten Tag des Gegengipfels die Großdemonstration auf dem Marienplatz. Schon bei der Demonstration am Vortag von der Universität zur Lukas Kirche zeigte sich das martialische Polizeiaufgebot in München: behelmte und schwer bewaffnete Greiftrupps bildeten Spaliere um die Demonstrantinnen und die berüchtigten bayrischen "Unterstützungskommandos " (USK) provozierten immer wieder. Zahlreiche Gäste aus Asien, Afrika und Lateinamerika fühlten sich an die Diktaturen in ihren Heimatländern erinnert.

Nicht nur den Zugang zum Marienplatz, dem Kundgebungsort, kontrollierten die USK-Einheiten, auch mittendrin waren neben immer erkennbaren Polizeispitzeln eine Fülle provozierender Beamter der Sondereinsatzkommandos.

Trotzdem ließen sich 20000 Demonstranten nicht daran hindern ihren Protest in die Öffentlichkeit zu tragen. Schon nach wenigen Metern jedoch wurde der Demonstrationszug von den Spalier laufenden Einsatztruppen aus allen Bundesländern behindert und aufgehalten. Einzelne wurden aus dem Demozug herausgezerrt, verprügelt und festgenommen. Besonders brutal ging die Polizei dabei gegen den Frauen- und Lesbenblock vor. Der anachronistische Zug mit seinem Wagen wurde herausgegriffen, eine darstellende Personen geschlagen und verhäftet. Es gab Verletzte und 48 Verhaftungen. Trotz aller massiven Übergriffe gelang es den Demonstrantinnen geschlossen zum Ort der Abschlußkundgebung zu gelangen.

Höhepunkt der Polizeieskalation war dann das Vorgehen beim offiziellen Empfang der Gipfelteilnehmer durch Kanzler Kohl auf dem Max-Joseph- Platz am Montagmorgen. Zwar war öffentlich zur " Begrüßung " der sieben Staatschefs am Rande des militärisch abgeschirmten Platzes eingeladen worden, doch sollten offensichtlich nur Jubelmassen zugelassen werden. Als jedoch die Mehrheit der etwa 1500 Zuschauerinnen die vorfahrenden Regierungschefs mit Pfiffen, Buh-Rufen und Sprechchören empfing, wurden sie von hunderten uniformierten Schlägertrupps und Zivilbeamten der Polizei vom Platz geknüppelt und in einer benachbarten Straße eingekesselt. Drei Stunden blieben einige hundert von ihnen

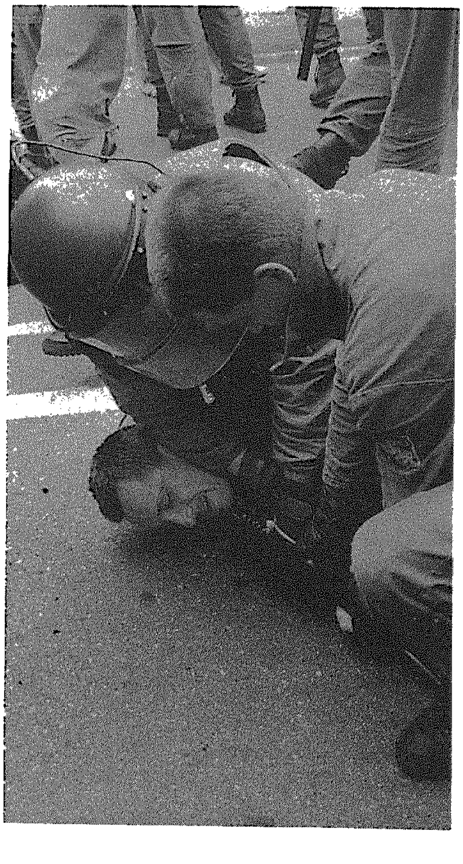

Photo: Umbruch-Bildarchiv



Photo: Umbruch-Bildarchiv.

in der prallen Sonne eingepfercht. Schließlich zerrten immer neu anrückende Greiftrupps die Festgehaltenen aus dem Kessel, wobei viele geschlagen , an den Haaren gezogen, getreten, gefesselt und mißhandelt wurden. Es gab zahlreiche Verletzte und insgesamt 482 Verhaftungen.

Um Bilder und Berichte über diese Vorgehensweise der Polizei zu verhindern, gingen einzelne USK'ler gezielt gegen Journalistinnen vor.

Obwohl die Polizei versuchte, die Festgenommenen in Unterbindungsgewahrsam zu nehmen, um sie bis zum Gipfelende in Haft zu halten, mußten alle am Abend freigelassen werden.

Trotz dieser Repressionsmaßnahmen gingen die Proteste gegen die Politik der Gipfelstaaten auch an den folgenden Tagen weiter, selbst wenn schon Stunden nach der massiven Kritik am Vorgehen der Polizei weitere Übergriffe der USK'ler festzustellen waren.

Die Aktionstage waren viel eher " winziges Sandkorn im System ", wie es im Aufruf zur Demonstration in München hieß, als vorher zu erwarten war. Gemessen an der Schwierigkeit oder auch Unfähigkeit die momentane gesellschaftliche Situation in ihrer Brisanz beschreiben und analysieren zu können, waren die Trillerpfeifen von München ein gigantischer Erfolg, selbst wenn viele Teilnehmerinnen stetig den Eindruck hatten sich auf dem Weg ins tiefschwarze Loch zu befinden. Der unheiligen Allianz aus rechtem Populismus, Polizeistaat und technokratischem Industriesystem wie er sich in Bayern zeigte, konnte immerhin mit Buh-Rufen an den Karren gepinkelt werden. Auf welcher Demonstration in der letzten Zeit finden sich 5-stellige Zahlen von Teilnehmerinnen. Doch es bleibt der bittere Nachgeschmack eines gnadenlosen Katz - und Maus Spiels.

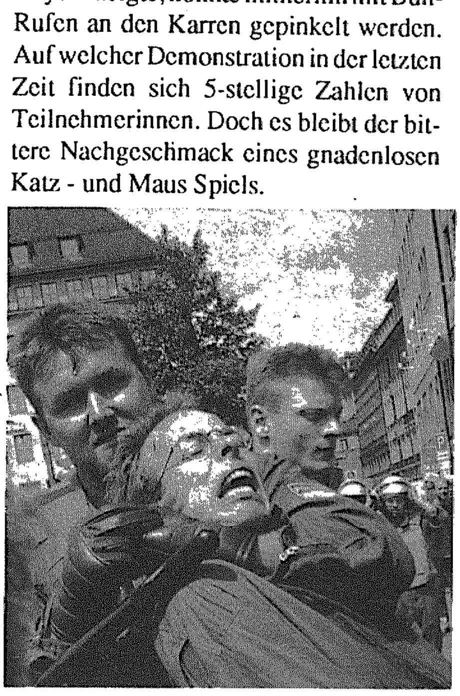


Photo: Umbruch-Bildarchiv

IWK Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Die IWK erscheint 1992 im 28. Jahrgang

Heft 2/92 enthält:
LOTHAR MACHTAN: Hans Rothfels und die Anfänge der historischen Sozialpolitikforschung in Deutschland

VOLKER ULLRICH: Die frühe Opposition in der Hamburger Arbeiterbewegung 1914/15

GERHARD MÜLLER: Der Bund proletarisch-revolutionärer Schriftsteller in Wiesbaden. Interviews mit ehemaligen Mitgliedern

RAINER ECKERT: Vergangenheitsbewältigung oder überwältigt uns die Vergangenheit?

Außerdem:
Verzeichnis laufender Forschungs- und Publikationsvorhaben; Tagungsbericht; umfangreicher Rezensionsteil.

Preise: Jahresabo (4 Hefte) DM 67,- plus DM 5,- Versandkosten; Einzelheft DM 20,- plus DM 1,50 Versandkosten; Jahresabo für Studierende, andere Azubis, ZDLer, Wehrdienstleistende und Arbeitslose DM 40,- plus DM 5,- Versandkosten; Einzelheft DM 15,- plus DM 1,50 Versandkosten.

Der Preis der noch lieferbaren älteren Hefte einschließlich H. 4/1987 beträgt DM 5,- pro Heft bzw. DM 20,- pro Jahrgang zzgl. Versandkosten.

Bitte richten Sie Ihre Bestellungen an:
IWK-Redaktion, Kirchweg 33, W-1000 Berlin 38
Telefon: 030/816 001 41 oder 030/816 001 0
Telefax: 030/816 001 34

"SCHÖNAU" Rassismus - Antirassismus - Klassenkampf



Photos aus der Dokumentation

Dieser Text wurde geschrieben als Grundlage für eine Diskussion einiger LudwigshafenerInnen.
Er ist entstanden in unseren Diskussionen über die Angriffe auf die AsylbewerberInnen in Mannheim-Schönau und die Aktionen dagegen. Er hat nicht den Anspruch, "den Rassismus" oder die staatliche Asyl- und Einwanderungspolitik umfassend zu erklären. Er soll aber dazu beitragen, die konkrete Situation besser zu verstehen, um künftige Angriffe dieser Art aktiver und effektiverbekämpfen zu können. Versteht diesen Text nicht als abgeschlossen und auch nicht als Produkt einer Partei oder einer politisch homogenen Gruppe. Versteht ihn als Aufruf zu diskutieren.

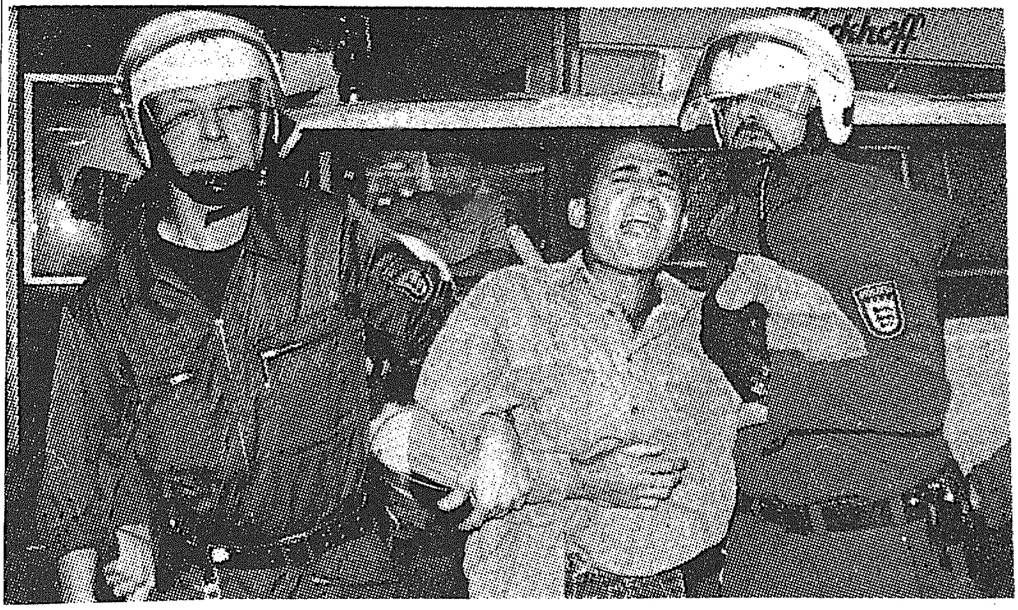
Mit der Demonstration am 13.6. war für viele die "Affäre Schönau" gegessen. Aber es bleibt ein zwiespältiges Gefühl: eine gewisse Erleichterung darüber, daß die Demo wider Erwarten nicht zusammengeknüppelt wurde und der "Schönauer Mob" momentan (!) Ruhe gibt, zumindest nicht mehr in großer Zahl vor dem Flüchtlingslager aufläuft. Diese Erleichterung hat allerdings noch eine andere Wurzel: viele waren unzufrieden mit den Aktionen (mit ihrer politischen Ausrichtung und ihrem praktischen Verlauf), nicht zu übersehen war eine gewisse politische und praktische Hilflosigkeit gegenüber dem "Schönauer Mob", gegenüber der Polizei, gegenüber der staatlichen Propaganda....Unter dem Druck der Ereignisse waren wir und viele andere, die sich mit Bauchschmerzen beteiligten, eingeklemmt zwischen den verschiedenen Strömungen des Antirassismus/-Antifaschismus: zwischen dem Konzept der "Strafexpedition" ("Zerschlagt den deutschen Mob"), zwischen einer Flüchtlingspolitik, die sich nur aus einer moralischen Parteinahme für die Schwächeren speist und in der Konsequenz in die alternative Sozialarbeit mündet und zwischen einem Antirassismus, dessen praktisches Ziel die reibungslose Integration "der ausländischen MitbürgerInnen" in die kapitalistische Gesellschaft ist, an der er offensichtlich keinerlei grundlegende Kritik hat.

Auf viele Leute, die handeln wollten, wirkte das taktierende Hickhack der verschiedenen Gruppen und Organisationen auf den Versammlungen abstoßend. In der Zerfahrenheit der meisten Aktionen und Demos konnte mensch sich nur schwer zurechtfinden, verstärkt dadurch, daß die konkreten Entscheidungen von einigen Wenigen hinter den Kulissen und für viele nicht nachvollziehbar stattfanden. Es wäre aber zu kurz gegriffen, die verschiedenen Bewegungen und Aktionen der letzten Wochen auf die Ideologie der Flugblätter und der Redebeiträge und auf die Entscheidungen der WortführerInnen zu reduzieren. Schließlich ist das, was heute in der Gesamtheit als antifaschistische/antirassistische Bewegung erscheint keine homogene und kompakte Einheit. Wir denken, daß die subjektiven Beweggründe vieler Menschen, die sich an den Demos beteiligt haben, verschieden sind von dem, was letztlich der öffentliche Ausdruck war. Und darüber raus, daß diese Beweggründe oftmals politischer sind, ein höheres Maß der Kritik am Bestehenden beinhalten als das, was sich in den stereotypen Anti-ismen äußert.

Ein paar Beispiele sollen dies verdeutlichen:

- die alte Frau, die sich lautstark mit den hungerstreikenden AsylbewerberInnen auf der Breiten Straße solidarisierte, ist nicht einfach "gegen Rassismus" und "für gleiche Rechte". Sie arbeitet in einer Schnellfresse; als sie sich den Arm gebrochen hat, stellten sich die immigrierten KollegInnen auf ihre Seite, gegen den Druck der Geschäftsleitung und einiger deutscher KollegInnen. Ihre Solidarität speist sich nicht aus der "Moral der guten Menschen", auch nicht aus dem Grundgesetz, sondern explizit aus einer Erfahrung des Konflikts mit der alltäglichen Ausbeutung.
- der Punk, der die Nazis bekämpfen will, hat ganz materielle Gründe für seine Solidarität mit den Flüchtlingen: er verteidigt seine Verweigerung der kapitalistischen Normen, seine Kritik an der Verlogenheit dieser Gesellschaft, letztlich eine ganze Lebensweise, die von den Nazis ebenso angegriffen wird wie die AsylbewerberInnen...Solidarität ist für ihn weit mehr, als eine Frage der Moral.
- die Schülerin, die die Schnauze schon voll hat, bevor der sogenannte Ernst des Lebens begonnen hat und die begreift, daß derselbe Staat, der die Flüchtlinge in die Lager sperrt, sie selbst letztendlich hinter die materiellen und immateriellen Mauern des "Ernst des Lebens" sperren will.
- letztlich basierte ein großer Teil der Demo am 13.6.. auf einer spontanen Mobilisierung; niemand weiß so genau, woher urplötzlich die vielen Leute kamen. Zweierlei ist aber unbestreitbar:

Erstens waren es sehr viele Menschen, die nicht zu den traditionellen Scenes der Linken, der Antifa und den Antirassismus-Zirkeln gehören. Es gehörte nach dem Gemetzel am Samstag vorher eine gehörige Portion Mut dazu, auf die Straße zu gehen. Ohne die Brutalität des Bullen-







einsatzes gegen uns und die offensichtliche Verharmlosung der Angriffe auf die AsylbewerberInnen durch die Presse, wären diese Menschen zwar nicht auf die Straße gegangen. Aber der Antrieb dazu resultiert sicherlich auch aus einer umfassenderen Unzufriedenheit mit den Verhältnissen.

Zweitens werden sich die meisten dieser Menschen nicht am Punkt Antirassismus organisieren. Zum einen weil sich der Antirassismus/Antifaschismus allenfalls auf einen Bruchteil ihrer Realität, ihrer Konflikte in der Maloche, in ihren Beziehungen, in der Familie, in ihrer Clique...bezieht, wenn überhaupt. Zum anderen fehlt überhaupt die Bereitschaft sich zu in den traditionellen Formen politisch zu organsieren. Es würde in diesem Rahmen zu weit führen, wieso unter den Jugendlichen und den ArbeiterInnen diese Bereitschaft kaum da ist.

Wir denken, daß es sehr wichtig für ein zukünftiges Vorgehen ist, unsere Aktionen ohne Schönfärberei zu kritisieren.

So stimmen wir nicht mit "den FrankfurterInnen" überein, die auf einem Redebeitrag behaupteten, "wir hätten die Pressesperre durchbrochen". Vielmehr war es so, daß "unsere" Aktionen von der bürgerlichen Presse weitgehend in eine reaktionäre Propaganda eingebunden wurden, deren Kern etwa so aussah: Asyllager - Chaoten - Gewalt - Polizei-Ruhe. Die Taktik der Verantwortlichen, mit der Hetze gegen die "Chaoten, Gewalttäter und Politrocker" vom eigentlichen Konflikt auf der Schönau abzulenken, hat weitgehend funktioniert. Zweitens müssen wir uns eingestehn, daß (zumindest in der unmittelbaren Situation) nicht "wir" der Schutz für die AsylbewerberInnen waren, sondern die Polizei. Der "Schutz" war also eine - wenn auch wertvolle und solidarische - trotzdem weitgehend symbolische Geste. Ganz konkret ist es jetzt für jede/n einzelne/n AsylbewerberIn im Alltag hundertmal gefährlicher als in den meisten Situationen der letzten Wochen. Es ist nicht auszuschließen, daß "das nächste Mal" die Bullen und der Staat eine andere politische Linie fahren und eben nicht da sind. In dieser Situation ist es nötig dem Mob die Herrschaft über die Straße zu entziehen. Dazu ist es wichtig, den "Mob" sehr genau einschätzen zu können. Das duldet keine Vereinfachungen und Pauschalisierungen und Übertreibungen.

In diesem Zusammenhang kritisieren wir einige Darstellungen in den Publikationen der Linken.

Ein Beispiel: Eine Stellungnahme des Infotelefons/Frankfurt schreibt: "....Trotz

der zeitweilig mit drei Hundertschaften präsenten Polizeikräfte, konnten Angriffe nicht verhindert werden. Es wurden mehrere Scheiben des Wohnheims eingeworfen und es gelang einer Gruppe von Faschisten, trotz der *angeblichen* (Hervorheb. von uns) Schutzmaßnahmen der Polizei , nachts ein Loch in den Zaun zu schneiden und in das Gelände einzudringen....." Diese Darstellung ist zumindest mißverständlich: sie suggeriert eine Situation, in der drei Hundertschaften Bullen (!) die Lage nicht im Griff haben und damit eine Stärke, Entschlossenheit und Organisiertheit "der SchönauerInnen", wie sie s o nicht da war. Der "Mob", wie er wirklich war, war schlimm genug - wir müssen das nicht übertreiben.....

Drittens ist es so, daß das anfängliche Ziel der Demo, die "Vertreibung des Mob's von den Straßen" nicht erreicht wurde. (Was zudem ein recht widersprüchliches Ziel ist, denn wie will man die BewohnerInnen eines Stadtteils dauerhaft von den Straßen vertreiben bzw. wer will das überhaupt?)

Viertens war die Demo am Samstag, dem 13. eher geduldet, als durchgesetzt. Was wir erlebt haben, war die klassische Mischung von Peitsche und Zuckerbrot, vermittelt über einen Prozeß der Deeskalation: den starken Staat wie er knüppelt und den starken Staat in seiner souveränen und toleranten Pose. In dieser Abfolge eigentlich nichts neues und wenig überraschend. Überraschend war eher die Dimension des Einsatzes und wir denken, daß dabei präventive Überlegungen eine Rolle spielen, die sich nicht auf die 2000 DemonstrantInnen, sondern auf eine auch für die Herrschenden zunehmend unkalkulierbares Verhalten der Bevölkerung beziehen. Der Polizeieinsatz - das Abriegeln einer ganzen Stadt - war auch eine Notstandsübung.

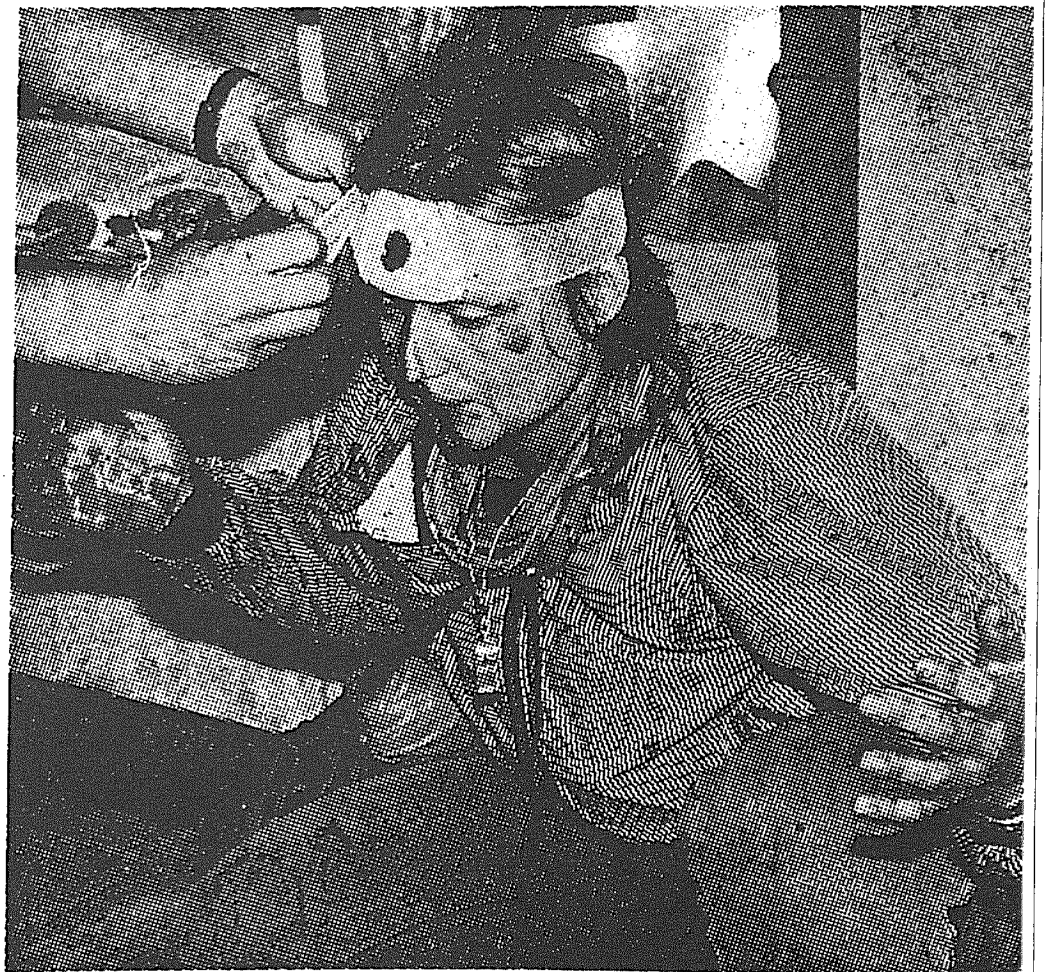
Auf vielen Flugblättern stand "Hoyerswerda in Schönau" - teilweise zurecht mit Fragezeichen versehen.

Die äußerlichen Unterschiede lagen in der Art der Pressedarstellungen und im Vorgehen der Bullen. In Hoyerswerda zeigte sich der Staat relativ schwach. Sowohl gegenüber dem "Mob", als auch gegenüber den linken Demonstranten. Mit dieser Schwäche öffnete er auch letztlich den Raum für die folgende rechte Brandsatzkampagne gegen Asyllager als auch für die spalterische Kampagne der Alternativen und Linken gegen die Ostdeutschen. (TAZ: "Die Ossis sind nicht reif für die Demokratie..."). Die Medienkampagne nach Hoyerswerda kam einem Aufruf an die Faschos gleich, zu handeln (was sie dann auch gemacht haben). Die politische Situation in der Ex-DDR war zu diesem Zeitpunkt weitgehend unkalkulierbar. Es standen Entlassungen an, es gab massenhaft Aktionen von ArbeiterInnen (z.B. die Besetzung der Autobahn durch tausende ArbeiterInnen der Trideltawerke - übrigens ganz in der Nähe zu Hoyerswerda..). Der Staat brauchte in dieser Situation einen Sündenbock - die Flüchtlinge - gegen die aktiv und massenhaft vorgegangen wird.

(Frauen mit Kindern, Alte..) zugeschlagen, was sie später bereut haben.

Das soll nicht heißen, daß der Staat heute kein Interesse mehr an der Spaltung der ArbeiterInnenklasse hat und daß das System keine Sündenböcke mehr braucht. "Schönau" kam ihnen aber offensichtlich - momentan - ungelegen.

Es wird zu diskutieren sein, wie sich diese Tatsache dazu verhält, daß jedem/r - natürlich auch dem OB - mit der Einrichtung des Lagers auf der Schönau klar



Schönau »verstehen«?!?

Aber wir würden uns in die Tasche lügen, wenn wir dasselbe für Schönau (wie in einigenFlugblättern geschehen) behaupten: der Staat, die Bullen, der Bürgermeister, die Parteien waren von Anfang an darauf aus, die Randale vor dem Lager zu unterdrücken, zu befrieden und totzuschweigen. Sie wollten gerade keine Nachahmungseffekte. Die Bulleneinsätze gegen den "Mob" waren relativ hart, und wir dürfen da in der Beurteilung nicht unsere Maßstäbe und Erfahrungen oder die des Vorgehens der Bullen gegen organsierte Faschisten oder Skins anlegen. Anfangs haben die Bullen mit einem flächigen Einsatz teilweise undifferenziert

war, daß es dort krachen wird. Es gibt eine bestimmte Masche insbesondere der Sozialdemokratie, der Grünen und der Pfaffen, die etwa so aussieht: Schönau ist ein "sozialer Brennpunkt", es gibt eine Menge "Probleme" und in Schönau funktioniert nicht alles so, wie "es" sollte. Schönau sei ein "vernachlässigter Stadtteil" mit einer "komplizierten Sozialstruktur". Aus dieser Sichtweise resultiert dann:

"Man muß auch Verständnis mit den Schönauern haben, ihre Sorgen, Probleme und Ängste ernst nehmen....". Eine gewisse Toleranz gegenüber den Angriffen auf die AsylbewerberInnen.

Eine linke Variante davon ist, die SchönauerInnen als "Opfer der Krise des Kapitalismus" zu sehen, als Objekte einer

Entwicklung, als Marionetten der reaktionären Propaganda.

Die ganze Sichtweise der Sozialdemokratie und ihrer linken Anhängsel begreift "Schönau" als Problem der Sozialpolitik, als technisches Problem der kommunalen Bevölkerungspolitik. Sie sehen "Schönau" als Ausrutscher, als Lücke, die es schnellstmöglichst auszufüllen gilt. Womit ?

Zuerst kommt die Staatsgewalt in Form der Bullen - nicht übertrieben hart, aber allemal geeignet einzuschüchtern. Dann kommen die Sozialtechniker, die SozialarbeiterInnen, die Manager des Elends.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist die Umstellung einer Schule auf Ganztagsunterricht. Dann wird (falls noch Kohle übrig ist) die Stadtteilkultur aufgepeppt, kriegen irgendwelche fetten Vereinsvorsitzenden mal ein paar Tausender rübergeschoben, wird vielleicht endlich die Pergola der wunderschönen Kindertagesstätte repariert, kriegt das Jugendzentrum seinen zweiten Sozialarbeiter, kriegen die FixerInnen entweder mehr Druck oder billigeres Heroin...für den Fall, daß die Kohle "nicht da ist", eben die billige Lösung: Bullenpräsenz - und vielleicht ist der Schutz der AsylbewerberInnen nicht mehr als ein Vorwand....

Ein erster Schritt der Kontrolle war schon die "sozialverträgliche Belegung" des Lagers (viele befürchten, daß die aufgestaute Wut des "Mob's" dann nicht mehr auf doch ziemlich wehrhafte junge Männer aus den Kriegs - und Krisenregionen dieser Welt trifft, sondern eben auf Frauen und Kinder).

Die ganze staatlich - sozialdemokratische Sichtweise – steckt voller Widersprüche. Tatsächlich ist "Schönau" - trotz einem riesigen sozialdemokratischen Wählerpotential von ca. 50% - Ausdruck des Scheiterns der SPD - eines schwitzenden Widders im "Mob"....und es wäre unsererseits völlig daneben, dieses dadurch entstandene Vakuum jetzt ausfüllen zu wollen, die Forderung an den Staat zu richten, praktisch wieder gutmachen zu wollen, was die SPD nicht mehr hingekriegt hat, die konsequenten Sozialdemokraten im linken Gewand zu spielen.

Wir lehnen es ab, einen proletarischen Stadtteil zum Objekt staatlicher Befriedungspolitik zu machen, mehr Bullenpräsenz zu fordern und ähnliche Vorstellungen einer vermeintlichen "Bekämpfung des Rassismus".

Genauso lehnen wir es ab, die Angriffe auf die Flüchtlinge in irgendeiner Form zu entschuldigen.

Demgegenüber denken wir, daß es gerade wichtig ist Verhaltensweisen wie die der "SchönauerInnen" scharf, in der unmittelbaren Situation auch mit physischer Gegengewalt zu kritisieren. Keine Mißverständnisse: damit meine ich nicht das autonome "Konzept Strafexpedition", das nicht mehr differenziert, das nicht polarisiert und nicht politisiert, sondern im moralischen Überschwang kurzerhand ganz Schönau zum faschistischen Gebiet erklärt und eine falsche Konfrontationslinie entwickelt...Die politische Haltung gegenüber "den SchönauerInnen" wäre auch nicht: "Ihr geht gegen Schwächere vor...das ist unmoralisch und wird von uns bestraft..." sondern: Ihr handelt gegen unsere Interessen als ArbeiterInnen, gegen die Flüchtlinge, was Eure KlassengenossInnen sind und damit auch letztlich gegen Euch selbst...Ihr schadet der ArbeiterInnenklasse und nutzt den Reichen, den Managern und Politikern....."; diesem politischen Anspruch wurden lediglich zwei Flugblätter gerecht: das eine "Rebellion ist gerechtfertigt.." war in dieser Hinsicht richtungsweisend; das zweite war ein Flugblatt von Frauen: es griff die Verhaltensweisen der "Schönauer", die vorgaben ihre Frauen zu verteidigen, frontal an. Indem es darauf hinwies, daß es die Vergewaltiger natürlich auch unter den Flüchtlingen und unter den linken Demonstranten gibt, hat es die realen Widersprüche wesentlich schärfer benannt, als die ganzen Schwarz-Weiß-Gut-Böse-Flugblätter, die sonst verteilt wurden. Es ist von einem eigenen subjektiven Interesse aus geschrieben und wendet sich an ein Subjekt; schade, daß es nur auf der Demo und nicht an die Schönauerinnen verteilt wurde...diese wären ja wohl die einzige Kraft, die wirklich in der Lage ist, ihre Männer von derartigen "Beschützeraktionen" abzuhalten.

Genauso wie die sozialdemokratisch-sozialtechnische Entschuldigungs-Linie lehnen wir allerdings auch Analysen ab, die sich mit einer unpolitischen, weil nur moralischen Gegenüberstellung der Kategorien Täter - Opfer zufriedengeben. Wer meint, daß die Diagnose "tiefsitzende rassistische Denkstrukturen" ausreicht, hat nichts kapiert und wird eben diese "rassistischen Denkstrukturen" auch nie wirklich bekämpfen können.

Was IST Schönau und warum sind die SchönauerInnen so wie sie sind oder gibt's überhaupt " die SchönauerInnen"?

"Schönau ist kein normaler Stadtteil, das ist von Anfang an völlig geplant" (ein Mitarbeiter des Stadtarchivs)

"Schönau hat keine organische Entwicklung durchlaufen wie andere Stadtteile Mannheims..."oder so ähnlich (Meier)

Schönau war bis Mitte der 30er Jahre eine wilde Siedlung aus Bretterbuden und Baracken aus Kanisterblech. Hier wohnte ein Teil des städtischen Subproletariats, das sich - weitgehend außerhalb der kapitalistischen Produktion - über Kriminalität (z.B. Holzdiebstahl), Geflügelzucht usw. reproduzierte. Es ist klar, daß dem Faschismus derartige unkontrollierte Strukturen der "Arbeitsscheuen" und "Asozialen" ein Dorn im Auge waren. Die faschistische Stadt- und Sozialplanungspolitik "machte aus der Not eine Tugend": die GBG erstellte einen strengen Bebauungsplan und errichtete die ersten Blocks. Im Bemühen, "die Straßen Mannheims zu säubern", die Gesellschaft zu strukturieren und zu kontrollieren wurden die ersten paar Hundert Menschen auf die Schönau "eingewiesen", alles Menschen aus den untersten Schichten des Mannheimer Proletariats.

Wir wissen wenig über diese erste offizielle Phase. Wahrscheinlich ging aber der Zweck dieser Maßnahme über die "Säuberung Mannheim's" raus: die Konzentration und Ghettoisierung dieser Menschen lieferte möglicherweise die Bedingungen für das faschistische Projekt der Arbeit, der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsdienste und Zwangsverpflichtungen. Nicht unpraktisch für die Herrschenden, daß gleichzeitig mit den Blocks nebendran, in der heutigen Lilienthalstraße, eine Kaserne für die faschistischen Bullen gebaut wurde.

Nach dem Krieg war die Gendarmeriekaserne und einige Gebäude am Ende der Kattowitzer Zeile von US-Einheiten belegt.

Die kommunale Bevölkerungspolitik setzt bruchlos fort, was der Faschismus '35 auf der Schönau begonnen hatte: "....am Nordende werden weitere 500 zusammengetrommelte und dahergelaufene Menschen in acht Baracken ausgesetzt..."(MM, 10.9.60, siehe Artikel in der Doku)

Die Mannheimer Innenstadt ist zerstört, Millionen von Flüchtlingen aus dem Osten sind unterwegs. Diese Menschen werden "schier grenzenlos in die Schönau hineingepumpt"(MM), Innerhalb von zehn Jahren wird die Einwohnerzahl fast verdreifacht, von ca. 5000 nach dem Krieg auf 15000 bis 1958.

"Mannheimer und Polen, Ungarn und Tschechen, Pommern und Schlesier, Ostpreußen und Sachsen. Daß hier soziale Probleme entstehen haben die Londoner in ihren Slums längst vor uns und krasser erlebt...(MM, 1960). Zu dieser multinationalen Zusammensetzung kommen die vielen GI's, die auf der Schönau bleiben und ihre Kinder. "Der letzte Schlag

war der viel kritisierte Gemeinderatsbeschluß, nach dem 55/56 im Neubaugelände drei Wohnblocks für Minderbemittelte gebaut wurden und in denen - ebenfalls massiert - noch einmal rund 500 Sozialschwache in das bereits angeschlagene Gebiet gestopft wurden..."(MM, 1960)

Viele der Schlagzeilen aus der Zeitungsberichterstattung nach dem Krieg erinnern uns verblüffend an das, was heute diskutiert wird. Beispielsweise waren die Quoten der Flüchtlingszuweisung auch damals vom Land festgelegt. Es gab schon damals die liberale Kritik an der Konzentration von Flüchtlingen in einem Stadtteil. Es gab Auseinandersetzungen um die Wertminderung von Häusern durch die "schlechte Nachbarschaft". Es gab den Konflikt zwischen den alten Siedlern, den Flüchtlingen und den "Asozialen", der in Intensität und Gewalttätigkeit den heutigen Auseinandersetzungen in nichts nachsteht und der der Schönau den Spitznamen "Klein-Mexiko" einbrachte.

In den 60er und 70er Jahren folgten weitere Einwanderungswellen, zuerst die ItalienerInnen, dann TürkInnen, JugoslawInnen, GriechInnen, PortugiesInnen......

Schönau ist das Ergebnis sehr moderner kapitalistischer Stadtplanung und Bevölkerungspolitik. Vom Faschismus initiiert wurde es nach dem Krieg zu einer der ersten Trabantenstädte, lange bevor Ende der 60er Stadtteile wie Pfingstweide oder Vogelstang hochgezogen wurden.

Was bedeutet diese Geschichte im Zusammenhang mit den aktuellen Ereignissen ?

In einigen Flugblättern wurde der Konflikt auf der Schönau als "Angriff des deutschen Mob's auf AusländerInnen" beschrieben. Das ist falsch: es handelt sich um einen Konflikt innerhalb eines multinational zusammengesetzten Proletariats. Viele, die die AsylbewerberInnen angegriffen haben, waren selbst Flüchtlinge oder sind die Kinder von Flüchtlingen, viele, die "die Neger" angegriffen haben, sind selbst "Farbige", viele die so taten, als wären sie Einheimische, sind ebensowenig wie die AsylbewerberInnen freiwillig dorthin gezogen, sondern wurden "eingewiesen", wohnen ebenso wie die AsylbewerberInnen in Kasernen, auch wenn die (inzwischen!) eine bessere Ausstattung haben.

Wenn wir schon von "Rassismus" reden, müssen wir klarstellen, daß es ein sehr spezifischer Rassismus ist. Es ist eher eine Form von Fremdenfeindlichkeit, die auf der Schönau Geschichte hat.

Das ist vom Rassismus eines Widder wesentlich verschieden. Es wird zu diskutieren sein, ob es sowas wie einen "rassistischen Konsens" gibt, also ein Zusammengehen von rassistischer Bevölkerungspolitik, dem Rassimus der Stammtischbrüder, dem der "Marginalisierten" und dem der organsisierten Faschisten.... Unsere These ist, daß es falsch ist, alles in einen Topf zu werfen, weil es uns auf der Ebene der Analyse einengt und uns praktische Handlungsmöglichkeiten verbaut.

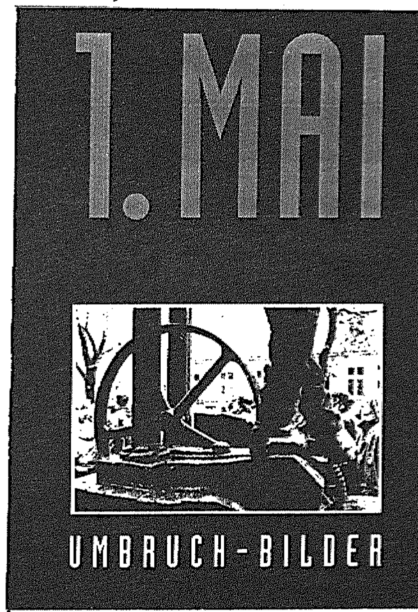
Schönau ist ein "Arbeitervorort mit wunden Punkten" (MM). Es ist ein Stadtteil mit einer ungeheuren Homogenität, tatsächlich gibt es auf der Schönau kaum Reiche, sehr wenig Akademiker, eine im Vergleich zu anderen Stadtteilen sehr schmale Mittelschicht. Gleichzeitig ist Schönau in sich extrem gespalten. Es gibt die Eigenheime der garantierten Teile der Arbeiterklasse genauso wie - in verschiedenen Abstufungen - die häßlichen Blocks, in denen die prekären Schichten der Klasse wohnen. Die Baracken der zweitgrößten Obdachlosensiedlung der Stadt wurden zwar 1972 abgerissen, aber was an deren Stelle gesetzt wurde ist auch nicht viel besser. Die Beziehungen der BewohnerInnen zu den Benz-Baracken im nahegelegenen Stadtteil Waldhof , die den "größten zusammenhängenden Slum Deutschlands" (Merian) bilden, sind eng und ein überverhältnismäßig großer Teil der Leute aus den Benz-Baracken setzt sich aus ehemaligen, zwangsgeräumten oder sonstwie obdachlos gewordenen SchönauerInnen zusammen. Die Nachfrage nach Wohnungen ist auf der Schönau wesentlich höher als in den meisten anderen Stadtteilen. Große Familien in immer noch sehr kleinen Wohnungen, wenn auch nicht mehr zu siebt in einem Zimmer, wie in den 50er Jahren.

Es gibt eine sehr große Drogenscene, vermutlich auch deshalb, weil es viele GI's gibt. Es gibt eine große Alk-Scene, die stark unter Druck steht. Ihr Treffpunkt, der Kiosk im Park hinter der Endhaltestelle, wurde vor einiger Zeit kurzerhand geschlossen.

Aufgrund der sozialen Zusammensetzung des Stadtteils und weil es nichts gibt, keine Discos, nur ein mickriges Jugendzentrum und keine Kneipenkultur wie etwa in der Neckarstadt, spielt sich das gesellschaftliche Leben auf der Straße ab.

Das ist eine der Bedingungen , w i e es zwei Wochen lang zu relativ massenhaften Versammlungen vor dem Lager kommt: die Leute sind sowieso auf der Straße und "so ist es halt in Schönau: wenn was los ist läuft gleich halb Schönau zusammen.." (ein Schönauer Jugendlicher).

Die Menschen, die an der Endhaltestelle, im Park, vorm Jugendzentrum rumlungern, die ständig auf der Straße sind...sie waren der militante Kern des



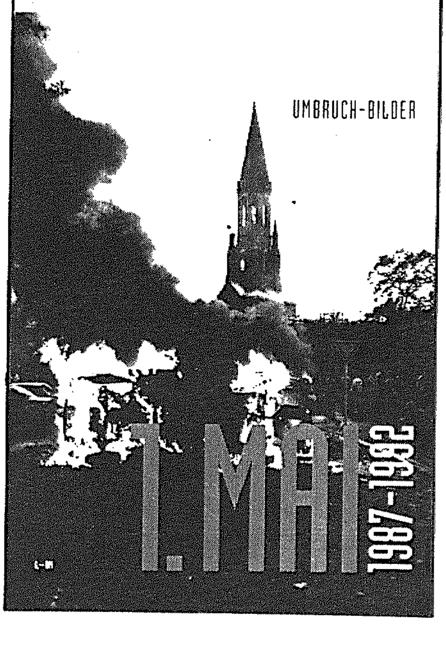
Eine Geschichte des revolutionären 1. Mai Berlin 1987 - 1992 in Bildern.

Erhältlich bei:

Umbruch Bildarchiv
Eisenbahnstraße 4, 1000 Berlin 36
Tel. (030) 612 30 37, FAX 618 80 03

Einzelpreis pro Heft: 6,- DM (& Porto) für Sammelbestellungen und Wiederverkäufer ab 5 Ex. 4,50 DM (& Porto). Vorauskasse.

Überweisung auf das Konto:
Ingo Huxhorn
Kto.-Nr. 120 194 16
Berliner Volksbank
BLZ 100 900 00



"Mob's".

Einige Aspekte zu den Motiven und zum Ablauf ihrer Angriffe gegen die AsylbewerberInnen:

- Ihre Scenes sind stark gespalten, es gibt einen ständigen Kampf aller gegen alle, der Cliquen untereinander, es gilt das Gesetz des Stärkeren. Sie heben ihre Rivalitäten und Streitigkeiten untereinander auf und wenden diese kollektiv gegen die Flüchtlinge....Die Härte und Gewalttätigkeit ihres Auftretens entsteht nicht erst im Angriff auf die AsylbewerberInnen, sondern sie ist schon vorher in ihrem Alltag da.....

Konkret war es so, daß sich die Ausweitung und Vermassung der Angriffe auf die AsylbewerberInnen direkt im Anschluß an einen Konflikt untereinander, gewissermaßen aus diesem heraus ergab: Die Massenschlägerei beim Siedlerfest wurde von den Bullen unterbunden, das Fest beendet. So gesehen haben die Bullen eine der Bedingungen geschaffen, die FestbesucherInnen vor's Lager zu mobilisieren.

- Ihr Konkurrenzverhältnis mit den AsylbewerberInnen auf der Schönau und ImmigrantInnen im allgemeinen, was sie wiederum auf die Flüchtlinge auf der Schönau übertragen, ist zum Teil real, zum Teil konstruiert. Sie befürchten, daß sie demnächst mit den AsylbewerberInnen um die Schwarzjobs konkurrieren, um den "Topf" des Sachbearbeiters auf dem Sozialamt, um Wohnungen, sie befürchten, daß ihnen demnächst ihr Revier als kleine DrogendealerInnen strittig gemacht wird, daß die Chefin der Putzkolonne eine Immigrantin bevorzugen könnte.....

Oftmals wird - bei weitem nicht nur seitens der Pfaffen - versucht, die Angriffe lediglich aus ihrer unmittelbaren Erscheinung heraus politisch zu interpretieren und den "Rassismus" als individuelles Fehlverhalten der "Täter" zu begreifen. Wer die gesellschaftlichen Aspekte der Angriffe ausblendet, und - ergänzend dazu - die Flüchtlinge nur als "Opfer" begreift, erkennt den Flüchtlingen damit letztlich jegliche soziale Subjektivität ab.

Dies ist rassistisch.

- Weil die SchönauerInnen auf der Straße sind und die AsylbewerberInnen eben auch keine anderen Möglichkeiten der "Freizeitgestaltung" haben, entwickelt sich ein Konflikt um die Straße. Sie meinen "ihr Revier" verteidigen zu müssen.

- Sie greifen die AsylbewerberInnen nicht nur deshalb an, weil diese schwarz sind (das sind sie auch gar nicht alle), sondern weil sie, wie sie selbst, ProletarierInnen sind.

- für die Schicht dieser Menschen ist die Perspektive des individuellen Aufstiegs, eines der wesentlichen Momente der Integration, stark reduziert. Sie stehen unten. Über die Aktionen versuchen sie, sich gegen ein neues "unten" abzugrenzen. Ihre Aktionen gegen die AsylbewerberInnen sind ein kollektiver Versuch der Integration in die Gesellschaft. Mit ihren Aktionen rechnen sie mit der Zustimmung der Gesellschaft, sie setzen um, was viele denken und was die Propaganda der Medien nahelegt. Sicherlich waren nicht nur solche Leute, aus den unteren Schichten des Proletariats beteiligt. Wir denken aber, daß sie eine zentrale Bedeutung in den Angriffen auf die AsylbewerberInnen gespielt haben.

Bis heute ist völlig unklar, welche Rolle organisierte Faschisten gespielt haben. Es gab Behauptungen, diese hätten eine entscheidende Rolle gespielt. Umgekehrt wurde auch das genaue Gegenteil und damit ein wichtiger Unterschied zu Hoyerswerda behauptet. Beide Behauptungen sind unserer Meinung nach bis heute nicht beweisbar. Es ist aber wahrscheinlich, daß die Faschisten jetzt ihre Möglichkeiten auf der Schönau nutzen werden.

Der Begriff "Rassismus"

taugt in seiner Allgemeinheit wenig dazu, zu erklären, was auf der Schönau los war/ist/und auch vermutlich weiter sein wird. Er ist eine Art "analytische Dampfwalze" die sämtliche Unebenheiten der konkreten politischen und sozialen Situation einebnet.

Wir haben eine lange Diskussion geführt über die Rolle rassistischer Ideologie unter den "SchönauerInnen". Zweifellos ist diese bei vielen - wenn auch nicht allen - sehr massiv vorhanden. (So gab es durchaus Stimmen, für die im Mittelpunkt die Kritik an der Institution Lager stand, und die sich von rassistischen Äußerungen abgrenzten. Eine bruchlose rassistische Identität aller Beteiligten des "Mob's" zu behaupten, geht an der Situation vorbei und schwächt uns. So verbaut diese Sichtweise beispielsweise die Möglichkeit, die Scharfmacher politisch und praktisch zu isolieren.....).

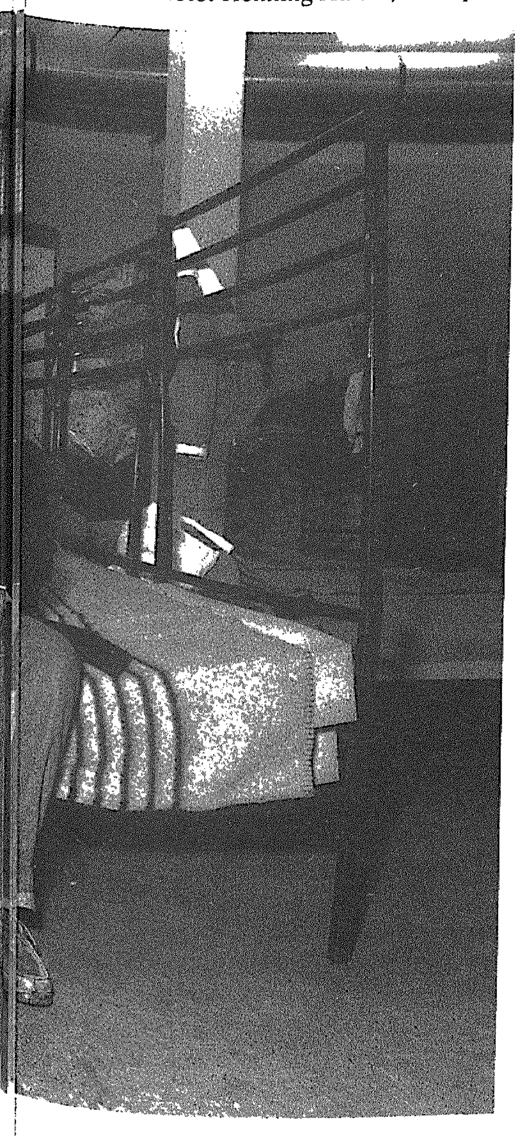
Unsere Diskussion über die Rolle rassistischer Ideologie drehte sich im wesentlichen um die Frage:



gibt es eine Autonomie oder relative Autonomie rassistischer Denkweisen von den konkreten sozialen und materiellen Verhältnissen? Ist der "Rassismus" Wurzel der Angriffe oder die ideologische Begleitmusik? Wollen die Leute "einfach nur ihren Rassismus ausleben" oder sind die Angriffe eine verquere, rechte Form des sozialen Protests ?

Wir denken, daß sich "rassistische Denkweisen" eben nicht von den sozialen Verhältnissen ablösen lassen:

Photo: Henning Kaiser, Transparent



Darüber raus: Eine verkürzte Analyse verharmlost die Angriffe. Gerade w e i l in den Angriffen soziale Motive stecken, sind sie gefährlich. Gerade w e i l sich da nicht nur "blanker Rassimus" ausdrückt, sind solche Bewegungen brisant. Und gerade dies eröffnet uns praktische Möglichkeiten, die über die Bekämpfung des "blanken Rassismus" durch den "blanken Antirassimus" rausgehen. Ansonsten werden wir weiterhin reduziert bleiben auf die Funktion eines (schlechten) Feuerlöschers, der eingesetzt wird, wenn's schon brennt. - Und wir gehen davon aus, daß Schönau nicht die letzte Mobilisierung gegen AsylbewerberInnen sein wird. Wenn wir solche Mobilisierungen wie den "Schönauer Mob" wirklich effektiv verhindern wollen, müssen wir die theoretischen und praktischen Einengungen des Antirassimus/Antifaschismus durchbrechen. Dies beginnt damit, die Ereignisse als Probleme des Klassenkampfs zu interpretieren, einen Zugriff auf die gesamte Klassenrealität sämtlicher Teile des Proletariats, in diesem Fall der ImmigrantInnen, der SchönauerInnen und unserer eigenen zu entwickeln. Von diesem Standpunkt aus sind radikale Aktionen möglich, Demonstrationen könnten einen Inhalt haben, der angreift und eingreift.

Die Flüchtlinge und ihre Lage

Im November '91 wurden die ersten 59 Flüchtlinge in das Schönauer Lager eingewiesen.

Sie kommen zum großen Teil aus dem zersplitterten Jugoslawien, einigen schwarzafrikanischen Ländern (Nigeria, Südafrika...), aus Rumänien, der Türkei/ Kurdistan....Sie werden aus der ZAST in Karlsruhe in Sammellager, in diesem Fall auf die Schönau verteilt. Dort sind sie zwischen einigen Tagen und mehreren Monaten und werden dann auf die kommunalen Asylunterkünfte verteilt. Dies ist aber nicht durchgängige Regel: uns sind Fälle bekannt, wo Flüchtlinge in andere Landessammellager verschubt wurden.

Nach welchen Kriterien das Lager belegt wird ist für uns ziemlich undurchsichtig. Anfangs sollten es 300 - 400 Menschen sein; das wurde "aufgrund von Protesten" - dann reduziert auf 216.

(Phasenweise war das Lager aber wohl "überbelegt"). Wir vermuten, daß mit Beginn der Angriffe auf die AsylbewerberInnen die Zahl stark reduziert wurde. Bekannt ist uns, daß in der letzten Juni-Woche 40 Leute auf einmal verlegt wurden. Bekannt ist uns auch, daß einige gegen ihren Willen in Sammellager in die EX-DDR verlegt wurde. Dies ist eine erste Konfrontationslinie mit dem System der Lager und der Zuweisungen: viele verlangen sozusagen eine freie Wahl des Wohnorts, sei es weil sie irgendwo Verwandte oder FreundInnen haben, sei es weil sie über irgendeinen Ort Gutes oder Schlechtes gehört haben. Der Lagerleiter behauptet, er habe auf die Verlegungen keinen Einfluß, alles käme vom Land, von "oben". Wir denken aber, daß die Verlegungspolitik eine Methode ist, die "Disziplin" im Lager aufrechtzuerhalten, Einzelne zu erpressen, widerständiges Verhalten zu bestrafen. Die Zusammensetzung der LagerbewohnerInnen ist nicht nur Politik "nach außen", sondern auch eine Hierarchisierung und Spaltungsmethode nach innen. Die Belegungspolitik ist nicht zufällig oder ein rein bürokratischer Akt; sie ist ein äußerst flexibles Instrument der sozialen Kontrolle. Vor einigen Monaten gab es im Lager angeblich eine Massenschlägerei zwischen Leuten aus Afrika und dem Osten. Auslöser soll eine Bevorzugung einer Gruppe beim Essen gewesen sein. Wir wissen nichts genaueres, wie das wirklich war - es hat angeblich einige Verletzte und einen massiven Polizeieinsatz gegeben. Wir vermuten, daß es der Lagerleitung gelungen ist, ein kollektives Vorgehen aller LagerbewohnerInnen gegen den Fraß zu verhindern, indem sie einzelne Gruppen gegeneinander ausgespielt hat. Es hat kleinere Aktionen gegen das Essen gegeben: eine Gruppe von 6 Leuten verschiedener Nationalitäten hat sich aus Protest gegen das Essen eine Glatze geschoren.

In einem Lager bei Heilbronn gab es im Juni einen kollektiven Hungerstreik der AsylberwerberInnen gegen das Essen. Daselbe "Feinschmeckerrestaurant" in Heilbronn liefert auch das Essen für das Schönauer Lager.

Die LagerbewohnerInnen kriegen monatlich ganze 70 DM. Außerdem "dürfen" sie sich nebenher durch Putzen im Lager das Taschengeld aufbessern. Wir wissen nicht, wieviel sie dafür kriegen. Wir wissen auch nicht, ob einige, die vielleicht länger da sind, Schwarzjobs nebenher machen.

Die Fenster sind zum "Schutz" der Flüchtlinge vergittert, man kann sich auch nicht rauslehnen.Die Besucher werden Kontrollen unterzogen. Dies beginnt schon an der Pforte. Es wird unter den BesucherInnen selektiert, wer rein darf und wer nicht. Der Lagerleiter checkt die Leute ab, ob sie "Unruhestifter" sind. Die Lagerleitung bestimmt willkürlich, wer reinkommt und wer nicht. Durch die Belagerung durch den Mob wird die Bewegungsfreiheit der AsylberwerberInnen weiter stark eingeschränkt. Manche trauen sich nicht mehr raus.Die Polizei, die zum "Schutz" der AsylbewerberInnen da ist, hat über Wochen das Zustandekommen von Kontakten behindert, bzw. die Kontakte selektiert. Ab 17 Uhr gab es fast drei Wochen lang keinen direkten Zugang mehr zum Lager, indem das Gelände konsequent abgeriegelt wurde und verstärkt Streifen gefahren wurden.

Dieses Zusammenspiel des Mob's und den Verantwortlichen der Lagerpolitik bedeutet eine Verschärfung der Ghettoisierung.

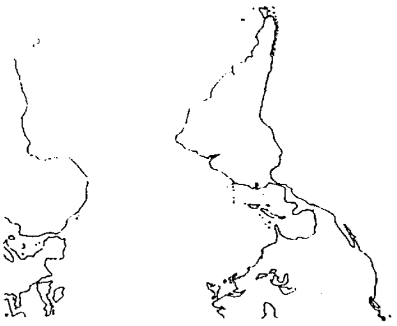
Die Ghettoisierung und Abschottung der Flüchtlinge resultiert aber nicht nur aus ihrer materiellen Situation, aus den

1492 -
Invasion, Entdeckung oder Erfindung eines Kontinents?

22 lateinamerikanische AutorInnen nehmen Stellung zur Geschichte und Gegenwart, bewerten die gewaltsamen Umbrüche seit dem Erscheinen der ersten Europäer in Amerika und kommentieren Perspektiven über **1992** hinaus.

Berichte aus der Sicht der Anderen und für das Andere:

Nach 500 Jahren -



Stimmen
aus dem Süden

Ein Buch über die Blindheit der Wissenschaft, der Utopie und des Systems bei der "Begegnung zweier Welten".

Eine Textsammlung zu Perspektiven und Hoffnungen des Südens, zu Sklaverei und Arbeit, zu indígena- und antikolonialem Widerstand.

Nach 500 Jahren -
Stimmen aus dem Süden

188 Seiten
Hrsg.: FDCL, Berlin
Preis: DM 16,80

Bezug über: **LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61, Tel. 694 61 00 Fax. 692 65 90**

verschiedenen repressiven Maßnahmen: der kontrollierte und selektive Kontakt über caritative und sozialarbeiterische Initiativen ist genauso ein Moment der relativen Isolierung der Flüchtlinge. Der Staat kanalisiert so die sozialen Kontakte in eine Form, die seinen Interessen entspricht.

Aber daß es von uns aus sehr wenig Kontakt und Kommunikation mit den Flüchtlingen gab/gibt liegt nicht nur an den diversen Behinderungen durch die Lagerleitung, sondern hat seine Wurzel in der Unfähigkeit der regionalen linken Scene sich zu öffnen, auf andere Leute zuzugehen, aus dem eigenen Ghetto rauszugehen. Mensch ist gerne unter sich. Aber es ist auch ein politisches Problem: wie kann mensch einen Kontakt mit den Flüchtlingen herstellen, der auf einer gleichberechtigten Ebene abläuft ? Wie kann eine Kommunikation aussehen, in der die Flüchtlinge nicht von uns politisch instrumentalisiert werden und in der wir nicht die alternativen Sozialarbeiter spielen ?

Das scheint nicht einfach, ohne eine radikale Bewegung, die in der Lage ist die Einwanderung politisch zu thematisieren und die aber nicht auf diesen Punkt beschränkt ist. Andererseits kann das Fehlen so einer Bewegung kein Grund sein, nichts zu tun.

Auch individuelle und persönliche Kontakte zu einzelnen Flüchtlingen sind notwendig und ein konkreter Akt der Solidarität. Schon allein deshalb, weil wir mitkriegen müssen, was in den Lagern abläuft. Wir können so die Verantwortlichen beobachten und die Bedingungen schaffen, gegen die staatlichen Methoden vorzugehen.

Die ImmigrantInnen kommen hierher und haben erstmal viel miesere Bedingungen als wir und als die Einheimischen und schon heimisch gewordenen Schichten der ArbeiterInnenklasse. Das Interesse der Flüchtlinge ist, möglichst schnell, diesselben Lebensbedingungen zu erreichen. Das heißt in erster Linie nicht mehr den ganzen repressiven Maßnahmen, der Drohung mit Abschiebung unterworfen zu sein. Den Wohnort frei wählen zu können, Wohnungen überhaupt, ein materieller Lebensstandard, der besser ist als in den Herkunftsländern.

Je eher die ImmigrantInnen gleiche Bedingungen erreichen, je weniger Unterschiede in der materiellen Lebenssituation es zwischen ImmigrantInnen und "Einheimischen" gibt, desto eher wird es möglich sein, weitergehende gemeinsame Kämpfe zu führen und rassistische Spaltungen zu überwinden. Vor diesem Hintergrund liegt es in unserem direkten Interesse jeden Versuch der Einschüchterung, sei es durch die staatliche Politik oder durch den "Mob" zu bekämpfen.

Ludwigshafen, 2.7.92

DOKU
Eine 130-seitige Dokumentation mitPresseartikeln, Flugis und Kommentaren schicken wir Euch gegen Übersendung eines 10-DM-Scheins anfolgende Adresse:
- DOKUGRUPPE -
c/o Schwarzwurzel
Jakob-Binderstr. 10
6700 Ludwigshafen

kassiber

Bremer Stadtzeitung für Alltag, Politik, Revolution

Regelmäßige Berichte, Analysen, Diskussionen zu AntiFa, Rassismus, Flüchtlingspolitik, Kolonialismus, Widerstand, politische Gefangene, Internationales. Spiegelbild der heterogenen Bewegungen, die sich nicht darauf festlegen lassen wollen, erst dann wieder gegen dieses Sozialstaatswesen zu sein, wenn dies Erfolg verspricht.

kassiber läßt sich problemlos abbonieren: 30 DM incl. Porto (Inland) im Jahr, in Scheinen oder Briefmarken an:

VzVuN, St.Pauli Str.10,
2800 Bremen

Themen im Juni/Juli: Diskussion zum Flüchtlingskampf in Norderstedt; So oder so: Freiheit für die politischen Gefangenen; Die arabische Region zwischen Krieg und Widerstand; Deutschland ein Jahr nach dem Golfkrieg; Spanien feiert: EXPOlizeiterror; Schwarzer Widerstand in den USA.

Endstation Heimat

von Keno Verseck

Ungarn will seine Ausländer loswerden, und der Westen braucht nach Öffnung des Eisernen Vorhanges einen Vorposten gegen Flüchtlingsströme

Eine Reportage aus dem Abschiebelager Kerepestarcsa

Imre Kluiber sagt, er sei kein Lagerleiter. Er benutzt den deutschen Ausdruck. Dann definiert er mit messerscharfer Stimme seine Funktion: "Ich bin der Kommandant der provisorischen Unterkunft Kerepestarcsa." Kerepestarcsa ist ein kleiner Ort am Rande der ungarischen Hauptstadt Budapest. Hier befindet sich inmitten dörflicher Idylle ein Abschiebelager, vor allzu neugierigen Blicken gut geschützt durch eine hohe, stacheldrahtgespickte Mauer. Seit das Lager in die Schlagzeilen der ungarischen Presse und ins Blickfeld von Amnesty International geraten ist, bekommen Journalisten kaum noch Zutritt zu dem "Übergangswohnheim". Doch offenbar machen Beziehungen, wie früher, das Unmögliche noch immer möglich.

Es ist ein warmer Frühlingstag. Neben dem Wachhäuschen am Lagereingang blüht ein Baum. Maulkorbbewehrte Schäferhunde dösen in der Sonne. Einige Insassen schauen neugierig aus den Fenstern. In der Verwaltungsbaracke riecht es nach chemischen Reinigungsmitteln. Kommandant Kluiber, ein bulliger Typ, hält mit dröhnender Stimme auf alle Fragen erstaunliche Antworten bereit. "Mein Herr", sagt er, "hier wird niemand festgehalten und hier sind keine Flüchtlinge. Den Flüchtlingsstatus muß man beantragen. Außerdem sind wir kein Lager, sondern ein Übergangswohnheim, in dem sich Leute befinden, die sich illegal in Ungarn aufhalten und deshalb abgeschoben werden sollen. Wenn ansonsten jemand seine gültigen Aufenthaltsdokumente erhält, entlassen wir ihn sofort. Damit waren bis jetzt immer alle zufrieden."

Offenbar nicht. Seit Monaten überhäufen die Lagerinsassen den Menschenrechtsausschuß des ungarischen Parlamentes mit einer Flut von Beschwerdebriefen. Auch Oppositionspolitiker prangern die Zustände in Kerepestarcsa an. Zugleich kritisieren sie die stramme Wende in der ungarischen Ausländerpolitik, die die Regierung seit Herbst letzten Jahres herbeigeführt hat.

Seit der Öffnung des Eisernen Vorhanges schottet sich nicht nur Westeuropa vor immer größeren Flüchtligsströmen ab. Auch Ungarn, dem im "gemeinsamen Haus" scheinbar die Rolle eines Vorpostens zugedacht ist, will seine Ausländer, zumeist Gastarbeiter und Studenten, loswerden. Flüchtlinge dulden die Behörden, mit Ausnahme der etwa 50.000 aus Jugoslawien, nicht. Ungarn hat zwar die Genfer Konvention unterzeichnet, aber mit einer geographischen Einschränkung: Nur europäischen Flüchtlingen gewährt das Land einen zeitweiligen Aufenthalt. Doch außer den jugoslawischen Emigranten hat niemand eine Chance.

Nachdem die Regierung vergangenen Oktober Einreise- und Aufenthaltsbedingungen verschärfte, entzogen die Behörden allein im letzten Jahr 20.000 Personen die Aufenthaltsgenehmigung. Mehr als 3.000 Ausländer wurden zwangsweise abgeschoben, 1.500 ausgewiesen. Darüberhinaus werden täglich bis zu 3.000 Personen an den ungarischen Grenzen zurückgewiesen, weil sie nicht über entsprechende Summe von 1.000 Forint und eine Rückfahrkarte verfügen. Doch gesetzlich ist das rigorose Vorgehen der ungarischen Behörden keineswegs verankert. Von mehreren geplanten Gesetzen wurde dem Parlament bis jetzt lediglich ein Entwurf über die Neuregelung der Einreisebestimmungen präsentiert.

Immerhin, frohlockt das Innenministerium, schnellen die Zahlen der illegalen Grenzübertritte nicht weiter in die Höhe. Derzeit halten sich nach offiziellen Schätzungen etwa 25.000-40.000 Ausländer illegal in Ungarn auf, hauptsächlich Rumänen, Türken, Nigerianer, Liberianer, Chinesen und andere Bürger afrikanischer und asiatischer Staaten. Ihr Ziel ist nicht das Land zwischen Donau und Theiß, sondern der Westen. Bei dem Versuch, sich an der ungarisch-österreichischen Grenze durchzuschlagen, werden die meisten erwischt. Dann heißt die Enstation: Heimat.

Können die Betroffenen keine oder nur ungültige bzw. gefälschte Ausweisdokumente vorweisen, werden sie nach Kerepestarcsa gebracht, bis ihre Identität aufgeklärt ist. Obwohl die Behörden sie gesetzlich nicht länger als sechs Tage festhalten dürfen, kann das Monate dauern. Während derer leben sie im Lager unter Bedingungen, die "gerade das vegetative Überleben sichern". So jedenfalls sieht es István Major, Mitarbeiter des Flüchtlingsdienstes beim Ungarischen Roten Kreuz. Im Innenministerium weiß man, daß geltendes Recht mißachtet wird, wenn "Illegale" monatelang festgehalten werden. Aber im Dilemma, eine Gesetzesverletzung zu dulden oder selbst eine zu begehen, entscheidet man großzügig zugunsten des Staatsinteresses. Zwei Beamte der Fremdenpolizei, die ihre Namen nicht nennen möchten, äußern sich zu dem Problem. Der Begriff "Nord-Süd-Konflikt" fällt, aber die Rede ist mehr von Kriminellen und Arbeitsunwilligen. "Manche Betroffene können nicht einmal die Hauptstadt des Landes nennen, aus dem sie angeblich kommen, oder die Farbe des jeweiligen Ausweises. Sie existieren dort gar nicht." Man wisse nicht, wohin man sie schicken solle, außerdem zeigten sich eine Reihe von Botschaften sehr unkooperativ.

Das Dahinvegetieren in Kerepestarcsa verbietet kein Gesetz. 70 Forint, rund 1,40 DM, stehen pro Tag und Person zur Verfügung. Das ist auch in Ungarn gerade mehr als nichts. "Ich habe bisher von der Landespolizeipräsidentschaft keinen Filler mehr bekommen", beschwert sich Imre Kluiber. "Bananen und Orangen können wir nicht verteilen. Ich sage Ihnen allerdings eines: Wenn Sie mit den Leuten reden, werden die Ihnen Horrormärchen erzählen, wie grausam es hier ist. Glauben Sie kein Wort davon!"

Was man im Haus der Abschiebekandidaten sieht, sind keine Märchen. Dafür gleicht die Szenerie umso mehr einer Mischung aus Horror und Elend. Der Treppenaufgang ist mit einem schweren Eisengitter verriegelt. Dahinter drängen sich dicht die Insassen. Vorn am Gitter klammern sich ein paar Schwarze fest. Niemand spricht. Nur schweigende, mißtrauische Blicke. Es ist, als würde man einen Rattenkäfig besichtigen. Das Stichwort gibt eine Frage des Besuchers. Die Leute fangen plötzlich an zu schreien, alle durcheinander: "Wir wollen hier raus!" - "Helfen Sie uns!" - "Wir leben hier wie Tiere, nicht wie Menschen!" - "Schauen Sie! Wir können uns nicht bewegen, wir brauchen Freiheit! Ich bin seit mehr als sechs Monaten hier!" - "Kommen Sie hoch, sehen Sie sich alles an!" Ein Mann spricht mich auf deutsch an. Er kommt aus Bosnien-Herzegowina, ist seit 26 Tagen hier. "Naja, wegen dem falschen Paß", sagt er verlegen. "Ich habe heute mit meiner Botschaft gesprochen. Die

haben gesagt, wir können nichts machen, bei mir ist Krieg. Wegen dem Krieg kann ich keine Papiere kriegen."

Die Polizisten öffnen das Gitter. Ich steige die Treppe hoch, die Leute umringen mich, reden auf mich ein. Zwischen nackten Betonwänden häufen sich Müll und Dreck. Toiletten- und Waschräume stehen eine Handbreit unter Wasser und stinken nach Exkrementen. In den Schlafräumen hat man Doppelstockbetten aneinander gequetscht. Seit Anfang Februar gibt es Fernsehen. Ungarn Eins und Zwei für Albaner, Pakistani und Sudanesen, die kein Wort ungarisch verstehen. Ein Dutzend türkische Kurden sind in einem Sonderraum eingesperrt, warum können die Wachhabenden nicht sagen. Hofgang findet nicht statt, weil die "entsprechenden Einrichtungen" fehlen.

Die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International sandte Mitte März einen Brief an die ungarische Regierung, in dem sie ihre Besorgnis über die Zustände in Kerepestarcsa ausdrückte. Ihr sei über Mißhandlung von Häftlingen und den Einsatz von Tränengas in geschlossenen Räumen berichtet worden. Zugleich forderte sie faire Asylverfahren für Flüchtlinge und kritisierte ein Abkommen zwischen Österreich, Ungarn und Rumänien, das Ende Februar geschlossen wurde. Darin einigten sich die drei Staaten auf eine schnelle Abschiebung unerwünschter Flüchtlinge. Ungarische Behörden bestätigten den von Amnesty International erhobenen Vorwurf, in Kerepestarcsa sei Tränengas gegen Lagerinsassen eingesetzt worden: Während einer Revolte im Dezember 1991 habe man auf diese Art notwendigerweise vorgehen müssen. Innenminister Péter Boross kommentierte das Amnesty-Schreiben außerdem mit den Worten, es sei von überempfindlichen, liberalen Philantropen verfaßt worden, die es in jedem Land gebe.

Eine dieser "überempfindlichen Philantropen" auf ungarischem Territorium ist Ottilia Solt, während des Kádár-Regimes eine führende Oppositionelle und heute ebenso prominente wie bei der Regierung unbeliebte Abgeordnete der größten Oppositionspartei Bund Freier Demokraten (SZDSZ). "Um ihre Ziele zu erreichen und die Einschränkungen gesetzlich zu verankern", sagt sie, "betreibt die Regierung Stimmungsmache und Propaganda gegen Ausländer, besonders gegen Schwarze, Araber und Chinesen. Ich weiß nicht, ob alle Ungarn dieser Propaganda glauben, aber leider neigt sich die Stimmung zugunsten der Abschiebungen."

Westlichen Regierungen kann das gerade recht kommen. Ende Februar weilte eine Delegation des Innenausschusses im deutschen Bundestag in Budapest und diskutierte mit ungarischen Regierungspolitikern über Flüchtlingsfragen. Das Gastgeschenk der Deutschen: Acht Millionen Mark Unterstützung für die ungarische Polizei - zur Bekämpfung des Drogenschmuggels, wie es hieß. "Der Westen bestärkt die ungarische Regierung natürlich aus ganz eigenem Interesse in ihren widerlichen Machinationen", kommentiert Ottilia Solt. "Wenn es Kohls Wunsch war, daß Ungarn die Flüchtlinge aufhält, dann wird man ihn sicher erfüllen."

Den Bewohnern von Kerepestarcsa bleiben ein paar spärliche Hoffnungen. Beim UNO-Flüchtlingsbüro in Budapest können sie den Flüchtlingsstatus beantragen. Wird ihnen der zuerkannt, dürfen sie in ein Drittland weiterreisen. Solches Glück ist jedoch den wenigsten beschieden. Von 250 Fällen, die im letzten Jahr bearbeitet wurden, traf das UNO-Flüchtlingskommissariat nur in 20 Fällen eine positive Entscheidung. Thomas Birath, Leiter des Büros, steht vor einem Dilemma. "Wir in Budapest können ja nicht die Probleme Afrikas lösen", sagt er. Das wichtigste sei jedoch, daß man die ungarische Regierung zu bewegen versuche, die geographische Einschränkung aufzuheben, die das Land mit seiner Unterschrift unter die Genfer Konvention geltend machte. "Andere Länder in der Region haben das ja auch getan. Vielleicht fühlt sich Ungarn da ein bischen isoliert..."

Das Ungarische Rote Kreuz hat unterdessen ein Hilfsprogramm für Kerepestarcsa ausgearbeitet, das Ende April in Kraft trat. Im Rahmen dessen soll nicht nur die Verpflegung für die Lagerinsassen bedeutend verbessert werden. Man will auch Dolmetscher zur Verfügung stellen, den Betroffenen einen Interessenschutz bieten und sie über ihre rechtliche Situation aufklären. Nachdem die Vorwürfe von Amnesty International scheinbar Handlungsdruck erzeugt haben, zeigt sich das Innenministerium dankbar über die Initiative. "Ich glaube, die Behörden sind an Verbesserungen in Kerepestarcsa interessiert. Aber es mangelt ihnen an Geld und sie können die konkreten Probleme nicht richtig durchschauen und sie für die einzelnen Personen lösen", sagt András Kovács, Leiter des Flüchtlingsdienstes beim URK und einer der Initiatoren des Programmes.

Eine grundsätzliche Verbesserung der ungarischen Ausländerpolitik stellt das Hilfsprogramm freilich nicht in Aussicht.

Das sahen wohl auch 26 Lagerinsassen so: In der Nacht zum 8. April schlugen sie einen Wärter nieder und flüchteten. Fünf wurden am nächsten Tag gefaßt und nach Kerepestarcsa zurückgebracht. Polizeisprecher György Suha versicherte, ihnen sei nichts passiert...



Streikwelle: **Hintergründe eines simulierten Streiks** - mit Berichten und Interviews zu Banken und Stahl

Spanien: Asturien, Streik der Busfahrer in Madrid

Autoindustrie - Just im Streik?

Bewaffneter Kampf - Sechs Thesen, vier Mythen, zwei Wege, ein Ziel

Neu erschienen!

Thekla 15: Schichtwechsel
Fiat und die Arbeiter(innen)
160 Seiten - Bestellung durch Überweisung von 8 Mark

Abo 6 Hefte 20 Mark,
Einzelheft 4 Mark.
Bestellung durch Überweisung an:
SISINA, Postgiro Berlin, Kto.-Nr. 31502-109
***Kontaktadresse:* Sisina, Pf. 360 527**
1000 Berlin 36, Tel.: 030-6121848

»... einziges Land, in dem Judenfrage und Zigeunerfrage gelöst.« (Hrsg.: ROM e.V. Köln)

Die Verfolgung der Roma im faschistisch besetzten Jugoslawien 1941-1945 von Karola Fings, Cordula Lissner, Frank Sparing



Photo: Herby Sachs/Transparent

Mehr als eine Woche nach dem lesen war ich nicht in der Lage auch nur ein Wort über dieses Buch zu schreiben. Trotz diverser Versuche zumindest eine kurze Zusammenfassung zu Papier (aber eben nur zu Papier) zu bringen, verschlugen mir die Erinnerungsfragmente der Überlebenden im faschistisch besetzten Jugoslawien die Sprache.

"Die Erinnerungsarbeit, die wir in den Zeitzeugeninterviews den älternen Menschen abverlangen mußten war ungeheuer schmerzhaft, manche konnten auch dann nicht über ihre Geschichten sprechen, wenn sie die vage Hoffnung hatten, deutsche Behörden würden wohl nie mehr Hand an sie legen und sie abschieben, sobald sie das ganze Ausmaß der Leiden erführen. Zu dem Schmerz über die ungesühnten Verbrechen kommt die Verbitterung hinzu, daß mit der Vernichtung meines Volkes auch die Zeugen und Zeuginnen beseitigt wurden." (aus dem Vorwort von Fatima Hartmann)

Die von Roma, Unterstützerinnen und Historikerinnen gemeinsam erstellte Dokumentation behandelt eine Zeitspanne aus der Verfolgungsgeschichte der Roma über die bisher nur wenig bekannt ist. Die Täter hinterließen keine schriftlichen Quellen. Kein Zweifel besteht darüber, daß die Roma wie die Juden auch in Jugoslawien martialisch verfolgt worden sind. Spätestens nach der Kapitulation Italiens übernimmt das Deutsche Reich die Federführung in der Rassenpolitik. Deutsche Nationalsozialisten sind bei der Verfolgung und Ermordung Tausender Juden und Roma wesentlich beteiligt.

Nach der Zerschlagung Jugoslawiens durch die Achsenmächte 1941 und die Aufteilung in verschiedene Teilstaaten wurden die Roma systematisch von allen Seiten verfolgt. Neben deutschen Nationalsozialisten sind sie den italienischen Faschisten, der kroatischen Ustascha, serbischen, albanischen und bulgarischen Faschisten ausgeliefert.

"Die mit der Fähre übergesetzten Häftlinge wurden von ihren Bewachern in Zehnergruppen zwanzig Meter von den Gruben entfernt aufgereiht und gezwungen, auf die Gräben zuzurennen, währenddessen sie mit Keulen und Vorschlaghämmern von den Ustaschas geschlagen wurden. Gelang es Häftlingen dennoch, bis zur Grube zu gelangen, wurde ihnen dort der tödliche Schlag versetzt. Manchmal wurden die Roma – vor allem, wenn die Gruppen aus Frauen und Kindern bestanden – lebend in die Gruben geworfen, und dort von wartenden Ustaschas mit Messern und Dolchen niedergemetzelt." Die Verfolgung der Roma im "unabhängigen Staat-Kroatien" oder in Serbien und Slowenien unterscheidet sich nur in unwesentlichen Details. Weitgehend verschont von den Deportationen und der Liquidation durch die Ustascha blieben die in Bosnien und Herzegowina lebenden Roma islamischen Glaubens. Sie werden nach einer "Erklärung über die Rassenzugehörigkeit der Roma" des NDH-Innenministeriums als Arier betrachtet.

Die Autorinnen kommen zu dem Schluß, daß die Ursache dieser Entscheidung des Ustascha-Regimes in erster Linie in der Integration der Moslems in ihr System zu suchen sei. Die Gefahr des Widerstands in der überwiegend moslemischen Bevölkerung Bosniens-Herzegowina war zu bedrohlich.

Insgesamt existieren keine Zahlen über die Beteiligung der Roma am Widerstand. Doch in vorsichtigen Rückschlüssen sammelt das Buch Fakten über einen breiten Widerstand der Roma-Bevölkerung: *"Der Roma Hasani Ibrahim war seit 1943 in der Befreiungsbewegung aktiv. Als Mechaniker einer Reparaturwerkstatt für Militärfahrzeuge der Wehrmacht in Mitrovica stahl er Benzin, stellte daraus Benzinbomben für die Partisanen her und versorgte sie mit Waffen. Bevor er 1944 in die Berge floh, um dort als Partisan zu kämpfen, sprengte er das gesamte Munitionslager und die Garagen mit Militärfahrzeugen in die Luft."*

Der Anhang enthält bisher unbekannte Dokumente sowie eine umfangreiche Bibliographie. Das Buch faßt alte und neue Forschungsergebnisse zusammen. Doch das große Verdienst der Autorinnen ist eine ungewöhnliche Verbindung von Fakten und Erinnerungen, die das grauenhafte Szenario des Genozids an den Roma nachzeichnet.

Herby Sachs

Autonome Gesellschaft

Cornelius Castoriadis: Der Zusammenbruch des Marxismus-Leninismus



Photo: Hacky Hagemeyer/Transparent

Constantin Castoriadis, Exilgrieche, Sozialphilosoph mit Wohnsitz in Paris, wo er in den 50er Jahren die einflußreiche Zeitschrift *"Sozialisme ou barbarie"* herausgab, beschäftigt sich in seinen neueren Arbeiten mit der Autonomie des Individuums auf der Basis einer Gesellschaftstheorie, die soziale Gebilde als "imaginäre Institutionen" beschreibt. Der vorliegende Artikel erschien zuerst in Le Monde. Die Übersetzung besorgteMathias Richter, der die Tübinger Bloch-Tage mit diesem Beitrag in der Tübinger Stadtzeitung TÜTE vorbereitete. (Im Nebenaspekt verabschieden wir uns hiermit von der TÜTE, die ihr Erscheinen eingestellt hat. Sie war ein Projekt, das sich parallel zum SF gebildet hatte und deren Diskussionskreise sich z.T. mit den unseren überschnitten. W.H.)

Die gravierendsten Einschränkungen und die radikalste Kritik gegenüber Marx machen weder seine Bedeutung als Denker noch die Größe seines Werkes zunichte. Man wird noch über Marx nachdenken, wenn man in den Wörterbüchern sorgfältig nach den Namen der Herren Hayek und Friedman suchen wird. Aber Marx hat nicht durch seine Werke eine ungeheure Rolle in der tatsächlichen Geschichte gespielt. Er wäre nur ein weiterer Hobbes, Montesquieu oder Toqueville gewesen, wenn man nicht aus ihm ein Dogma gemacht hätte – und wenn seine Schriften sich nicht dafür geeignet hätten. Und wenn sie sich dafür eigneten, dann weil seine Theorie nicht nur in Teilen dogmatisch ist.

Die (Engels geschuldete) Vulgata, als Marxsche Quellen Hegel, Ricardo und die französichen „utopischen" Sozialisten anzuführen, unterschlägt die halbe Wahrheit. Ganz genauso ist bei Marx das Erbe der demokratischen und emanzipatorischen Bewegung vorhanden – woher bis zum Schluß seine Begeisterung für die französische Revolution herrührt, ebenso wie in seinen Jugendjahren für die *polis* und den griechischen *demos*. Die Emanzipationsbewegung, das Projekt der Autonomie: ein Weg, der in Europa durch Jahrhunderte führte und in der französische Revolution kulminierte. Aber die Revolution hinterließ ein ungeheures, und zwar gleichzeitig ein doppeltes Defizit. Indem sie ihr eine neue Grundlage verschaffte, bereitete und verschärfte sie gleichzeitig was die Verteilung der tatsächlichen Macht innerhalb der Gesellschaft anbelangt, eine maßlose, ökonomisch und sozial verankerte Ungleichheit. Sie bereitete und verstärkte die Herrschaft der Staatsbürokratie, oberflächlich „kontrolliert" durch eine vom Volk getrennte Schicht professioneller „Repräsentanten".

Auf diese Defizite und auf die unmenschlichen Lebensbedingungen, unter die sie der Kapitalismus unterwirft, indem er sich in einer alles vernichtenden Geschwindigkeit ausbreitet, reagierte die entstehende Arbeiterbewegung in England und schließlich auf dem Kontinent. Der Kern der wichtigsten Marxschen Ideen bezieht sich auf die Transformation der Gesellschaft – besonders die der Selbst-Regulierung der Produzenten – die sich keineswegs in den Schriften der utopischen Sozialisten finden, sondern aus den Zeitschriften und der Selbstorganisation der englischen Arbeiter zwischen 1810 und 1840 stammen, lange vor den ersten Marxschen Schriften. Das Entstehen der Arbeiterbewegung erschien daher als die logische Folge der auf halber Strecke steckengebliebenen demokratischen Bewegung.

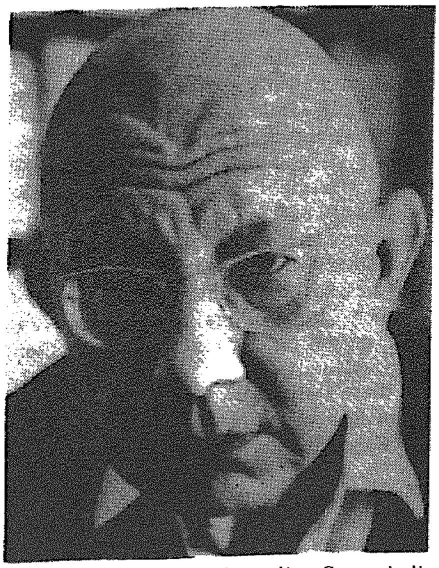
Aber gleichzeitig drängt ein anderes sozialgeschichtliches Imaginäres herauf: das kapitalistische Imaginäre, das die gesellschaftliche Wirklichkeit mit einem Schlag veränderte und die mit unumstößlicher Gewißheit dazu bestimmt zu sein schien, die Welt zu beherrschen. Im Gegenteil zum konfusen Vorurteil, das auch heute auf der Grundlage des zeitgenössischen „Liberalismus" – noch vor-

herrscht, befindet sich das kapitalistische Imaginäre in völligem Widerspruch zum Projekt der Emanzipation und der Autonomie. Schon 1906 überzog Max Weber die Idee, daß der Kapitalismus irgend etwas mit Demokratie zu tun hätte, mit Spott (und man kann immer noch mit ihm darüber lachen, wenn man dabei an Südafrika, Taiwan oder das Japan zwischen 1870 und 1945 denkt und selbst noch an das heutige).

Es geht dabei darum, alles, die Menschen als Produzenten und schließlich selbst als Konsumenten der „Entwicklung der Produktivkräfte" vollständig unterzuordnen. Die unbegrenzte Ausdehnung rationaler Herrschaft – Pseudobeherrschung, Pseudorationalität, wie man heute unverkennbar sieht – wurde zu einer anderen maßgebenden imaginären Bedeutung der modernen Welt, machtvoll vergegenständlicht in Technik und Verwaltung. Die totalitären Potentiale dieses Projektes sind unschwer zu erkennen – und völlig in der klassischen kapitalistischen Fabrik vorgeführt. Wenn es dem Kapitalismus, weder zu jener Zeit, noch später gelungen ist, die Gesellschaft in eine einzige riesige, unter einem Kommando und einer Logik stehenden Fabrik zu verwandeln (so wie es, jeweils auf ihre bestimmte Art der Nazismus und der Kommunismus später versucht haben), dann sicherlich nur aufgrund der Rivalitäten und der Kämpfe unter den kapitalistischen Gruppierungen und Nationen – aber vor allem aufgrund des Widerstandes, der ihm von Anbeginn durch die demokratische Bewegung auf gesellschaftlicher und von der Arbeiterbewegung auf der betrieblichen Ebene entgegengesetzt wurde. (...)

Mit seinem Zusammenbruch scheint der Marxismus-Leninismus genauso das Projekt der Autonomie wie der Politik selbst unter seinen Ruinen zu verschütten. Der engagierte Haß derjenigen, die er unterdrückte, führt im Osten zu einer Ablehnung aller Projekte, die etwas anderes als die Übernahme des liberalen kapitalistischen Modells beabsichtigen. Im Westen wird sich unter der Bevölkerung die Überzeugung durchsetzen, unter einem Regime zu leben, das so wenig schlecht wie nur möglich ist, und ihr Abtauchen in die Verantwortungslosigkeit verstärken: Zerstreuung und Rückzug in die „Privat"-Sphäre (ganz augenscheinlich so wenig „privat" wie nie zuvor).

Doch nicht genug, daß jene Bevölkerungen sich vielen Illusionen hingeben. In den Vereinigten Staaten spricht Lee Atwater, der Vorsitzende der Republikanischen Partei, von dieser Bevölkerung mit Zynismus, wenn er sagt: *„Das amerikanische Volk ist überzeugt, daß in der Politik und von den Politikern nur dummes Geschwätz (engl. baloney) verbreitet wird, daß in den Medien und von den Journalisten dummes Geschwätz kommt, daß die organisierte Religion ein dummes Geschwätz ist, daß das* Big Business *dummes Geschwätz ist und daß die großen Gewerkschaften nur dummes Geschwätz verbraten."* All das, was man von Frankreich weiß, verweist auf denselben Geisteszustand. Aber viel schwerer als die Meinungen wiegt das tatsächliche Verhalten. Die Kämpfe gegen das System, wenn auch einfache (bescheidene) Reaktionen, sind dabei zu verschwinden. Doch der Kapitalismus hat sich nur durch die ökonomischen, sozialen und politischen Kämpfe, die zwei Jahrhunderte kennzeichnen, modifiziert und ist dadurch etwas annehmbarer geworden. Ein Kapitalismus, zerrissen von Konflik-



Cornelius Castoriadis

ten und gezwungen, einer starken internen Opposition gegenüberzutreten und ein Kapitalismus, der es mit *Lobbies* und Korporationen zu tun hat, der die Leute auf leisem Wege manipulieren kann und sie sich über alljährlich neue Spielzeuge kaufen kann, das sind zwei sozialhistorisch völlig unterschiedliche Gebilde. Die Wirklichkeit zeigt dies zur Genüge.

Die entsetzliche Geschichte des Marxismus-Leninismus zeigt, was eine Emanzipationsbewegung nicht sein kann und nicht sein darf. Sie erlaubt in keiner Weise den Schluß, daß der Kapitalismus und die liberale Oligarchie, unter der wir leben, das letztendlich aufgelöste Rätsel der menschlichen Geschichte in sich birgt. Das Projekt einer totalen Beherrschung (vom Kapitalismus durch den Marxismus-Leninismus übernommen und in beiden Fällen in sein Gegenteil verwandelt) ist ein Wahn. Daraus ist nicht zu schließen, daß wir uns unserer Geschichte wie einem Schicksal unterzuordnen haben. Die Idee, tabula rasa zu machen mit all dem was existiert, ist ein Irrsinn, der zum Verbrechen führt. Daraus folgt nicht, daß wir das, was unsere Geschichte seit Griechenland definiert und dem Europa eine neue Dimension verliehen hat, zurückzuweisen haben: wir schaffen unsere Gesetze und unsere Institutionen, wir wollen unsere individuelle und kollektive Autonomie, und diese Autonomie können und sollen nur wir begrenzen. Der Begriff der Gleichheit diente als Deckblatt für ein Regime, wo die reale Ungleichheit in Wirklichkeit noch größer war als im Kapitalismus.

Wir dürfen deswegen nicht vergessen, daß es keine politische Freiheit ohne politische Gleichheit gibt und daß diese unmöglich ist, wenn ungeheure Ungleichheiten im Bereich der ökonomischen Macht, die sich direkt auf die Ebene der politischen Macht übersetzt, bestehen und sich noch verschärfen. Marx' Idee, man könne den Markt und das Geld abschaffen, ist eine unausgegorene Utopie. Das zu begreifen bedeutet weder, eine Bürgschaft für die Allmacht des Geldes zu übernehmen noch an die „Rationalität" eines Wirtschaftssystems zu glauben, das nichts mit einem wirklichen Markt zu tun hat und eher einem weltweiten Casino ähnelt. Nur weil es keine Gesellschaften ohne Produktion und Konsumtion gibt, heißt das noch lange nicht, daß diese Bereiche sich zu den letzten Zwecken menschlicher Existenz aufschwingen sollen – das ist die tatsächliche Substanz des heutigen „Individualismus" und „Liberalismus".

Dies sind einige Schlüsse, zu denen die versammelte Erfahrung der Zerstäubung des Marxismus-Leninismus und die Entwicklung des zeitgenössischen Kapitalismus führt. Und es sind keine, die eine Überzeugung aus der Unmittelbarkeit herleiten wird. Aber wenn der Staub verflogen sein wird, liegt es an ihnen, ob sich die Menschheit darauf einlassen muß oder zumindest ihren Weg weiter gegen eine immer größer werdende Illusion verfolgen muß, die doch früher oder später an den natürlichen Grenzen unseres Planeten zerschmettern wird, wenn sie nicht schon davor unter dem Gewicht ihrer Nicht-Sinnes zusammengebrochen sein wird.

Aus dem Französischen übersetzt von Mathias Richter

ZAM erscheint achtmal jährlich.

Ich:____________

Adr.:____________

____

bestelle ein:
o Jahresabo um 150.- (Ausland: 250.-)
o Probenummer gratis
o Informationen über die Arge für Wehrdienstverweigerung.

Unterschrift:

____

ZAM
ZEITSCHRIFT FÜR ANTIMILITARISMUS
SCHOTTENGASSE 3a
1010 WIEN 535 91 09



Libertärer Kommunalismus – ein Konzept für eine konkrete Utopie

Murray Bookchin

„Politik" bedeutet heutzutage die Duelle zwischen den Wahlkampfkomissionen der bürokratischen Parteien, die während des Wahlkampfes unzählige Maßnahmen zur Erlangung der „sozialen Gerechtigkeit" versprechen, einzig und allein um eine nicht näher bestimmte Wählerschaft zu ködern. Einmal an der Regierung verkümmern diese Maßnahmen zu einem kläglichen Strauß von Kompromissen. In dieser Beziehung unterscheiden sich viele europäische grüne Parteien kaum von den traditionellen Parteien. Auch die sozialistischen Parteien verschiedenster Coleur haben keinen grundlegenden Unterschied zu ihrem kapitalistischen Gegenüber aufgezeigt. Gewiß ist die Indifferenz und der unpolitische Charakter der amerikanisch-europäischen Öffentlichkeit niederschmetternd. Die geringen Erwartungen der Wähler sind auf die traditionellen Parteien gerichtet, da sie im Zentrum der Macht doch einige praktische Erfolge erzielen können. Wenn sich schon jemand die Mühe macht zur Wahl zu gehen, warum sollte dann, so die weitverbreitete Meinung, die Stimme einer neuen marginalen Organisation gegeben werden, die im Falle des Erfolges ebenso sein könnte wie traditionelle Parteien, zeigen sie doch gleiche Charakterzüge auf. Ein Beispiel dafür sind die deutschen Grünen, die sich nach innen wie nach außen immer mehr anderen Parteien annähern.

Das ist der sich seit Jahrzehnten hinschleppende „politische Prozeß", der keine grundlegende Veränderung bewirkte und nun wieder in seine Trägheit zurückfällt. Die Zeit nutzte die Erwartungen ab. Ein Mißerfolg löste den anderen ab und die Hoffnungen reduzierten sich auf Gewohnheiten. Die Rede von der „neuen Politik", von dem Umsturz der Traditionen, die so alt ist wie die Politik selbst, überzeugt nicht mehr. Seit Jahrzehnten waren die stattfindenden Veränderungen der radikalen Politik mehr rhetorischer als struktureller Natur. Die deutschen Grünen sind nur das neueste Beispiel einer Verwandlung einer non-party, die versucht sich basisdemokratisch zu organisieren – und das ironischerweise im Bundestag –, zu einer gewöhnlichen parlamentarischen Partei. Wie die SPD, die Labour Party, die New Democratic Party in Canada, die französischen Sozialisten und viele andere die trotz ihrer emanzipatorischen Visionen heute kaum noch als liberale Parteien einzustufen sind, zumindest könnte in ihnen ein Roosevelt oder Harry Truman ein gemütliches Zuhause finden. Was sie vor Generationen auch für Ideale gehabt haben mögen, diese sind von dem Erwerb, Erhalt und Ausbau ihrer Macht in den jeweiligen Parlaments- und Verwaltungsposten in den Schatten gestellt worden.

Genau diese parlamentarischen Zielsetzungen bezeichnen wir heute als Politik. In dieser neueren Vorstellung von Politik ist Politik eine Ansammlung von Mitteln und Techniken zur Machterhaltung in den repräsentativen Körperschaften – vor allem in den legislativen und exekutiven Organen – und nicht eine Ethik beruhend auf Rationalität, Gemeinschaft und Freiheit.

A Civic Ethic

„Libertärer Kommunalismus" stellt einen ernsthaften ja historisch begründeten Versuch dar, die politische Sphäre basisdemokratisch zu organisieren und ihr einen ethischen Inhalt zu geben. Er unterscheidet sich nicht nur rhetorisch von anderen basisdemokratischen Versuchen. Er versucht den öffentlichen Bereich für eine direkte Beteiligung der Bevölkerung zurückzugewinnen und durchbricht somit den öden Kreislauf von Parlamentarismus – der Mystifikation des Parteimechanismus als Ausdruck öffentlicher Beteiligung.

In dieser Hinsicht ist der „Libertäre Kommunalismus" mehr als eine politische Strategie. Es ist das Bemühen von den latenten oder aufkommenden demokratischen Möglichkeiten zu einer radikalen Umwälzung der Gesellschaft zu kommen, zu einer kommunalistischen Gesellschaft, die an den Bedürfnissen des Menschen orientiert ist, den ökologischen Anforderungen nachkommt und eine neue Ethik auf der Grundlage der Solidarität entwickelt. Das bedeutet eine Abkehr von der Politik der Binsenwahrheiten. Es bedeutet eine neue Definition des Politischen, eine Rückkehr zu der eigentlichen griechischen Bedeutung nämlich der Verwaltung der Kommune oder polis durch die Vollversammlungen auf denen die Richtlinien der Politik formuliert werden auf der Basis der Gegenseitigkeit und Solidarität.

So ist der „Libertäre Kommunalismus" nicht einer der vielen pluralistischen Techniken zur Erlangung eines vagen undefinierten Ziels. Im Kern demokratisch und nicht hierarchisch in seinen Strukturen, ist er eine Art von menschlicher Bestimmung und nicht ein Teil von einem Sortiment politischer Mittel und Strategien, die mit dem Ziel die Herrschaft zu erlangen angeeignet und wieder abgestoßen werden können. „Libertärer Kommunalismus" versucht die institutionellen Konturen einer neuen Gesellschaft zu umreissen, es ist die praktische Botschaft der neuen Gesellschaft.

»Entweder wir errichten eine ökologische Gesellschaft oder die Gesellschaft wird untergehen und zwar für alle, ungeachtet dem Status, den ein jeder einnimmt.«



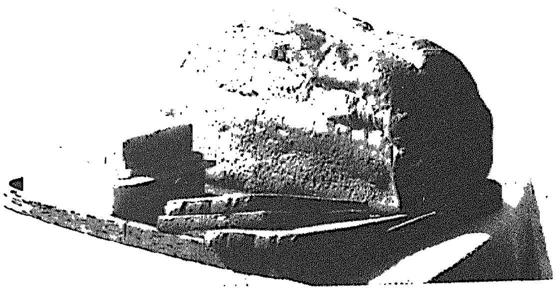


PHOTO BRIAN GRIFFIN

Mittel und Zweck

Hier vereinigen sich Ziel und Weg auf rationale Weise. Der Begriff des Politischen beinhaltet nun die direkte öffentliche Kontrolle über die Gesellschaft durch ihre Mitglieder, die (in Abgrenzung zum republikanischen System, indem im Vorhinein die Zustimmung der Bevölkerung zur regionalen und kommunalen Politik eingefordert wird) in den Versammlungen die direkte Demokratie erlangen und aufrechterhalten. Diese Politik unterscheidet sich grundlegend vom Staat und der Staatsgewalt – der professionellen Körperschaft aus Bürokraten, Polizei, Militär und anderen Vollzugsbeamten, funktionierend als Zwangsapparat, deutlich abgegrenzt von der Bevölkerung und über ihr stehend. „Libertäre Kommunalisten" unterscheiden Staatsgewalt – die heutige Form von Politik – und Politik wie sie einst in den vorkapitalistischen demokratischen Kommunen existierte.

„Libertärer Kommunalismus" bedeutet eine klaren Vorstellung über den gesellschaftlichen Bereich genauso wie über den politischen Bereich. Gesellschaftlich im Sinn des Wortes, dort wo wir wohnen und arbeiten. Er ist deutlich etwas anderes als der politische und staatliche Bereich. Durch die Ununterscheidbarkeit der Begriffe *gesellschaftlich, politisch* und *staatlich* wurde großer Schaden verursacht. Tatsächlich haben sie in unserem alltäglichen Leben und Denken eine tendenziell gleiche Bedeutung. Aber der Staat ist ein völlig fremdes Element, ein Dorn in der menschlichen Entwicklung, eine exogene Größe, die ständig auf die gesellschaftliche und politische Sphäre übergreift. Zumeist ist der Staat reiner Selbstzweck wie beispielsweise die asiatischen Imperien, das alte Rom und die modernen totalitären Staaten. Der Staat hat ständig den politischen Bereich besetzt, hat trotz ihrer Unzulänglichkeit gesellschaftliche Gruppen oder Individuen an die Macht gebracht.

Diese „Invasion" des Staates blieb nicht unbeantwortet. So gab es einen jahrhundertelang andauerneden Bürgerkrieg zwischen dem Staat und den politischen und gesellschaftlichen Gemeinden. Des öfteren wurde dieser Konflikt auch offen ausgetragen, wie z.B. der Aufstand der kastillischen Städte (comuneros) gegen die spanische Monarchie 1520, der Aufstand der Pariser Sektionen gegen den

jakobinischen Konvent 1793 und viele andere Aufstände vorher und nachher.

Mit der steigenden Konzentration und Zentralisation der Macht muß heute eine neue Politik – wenn sie eine grundsätzlich neue sein will – um die Kommune organisiert werden. Das ist nicht nur notwendig, es ist auch möglich, selbst in so großen Städten wie New York, Montreal, Paris oder London. Diese Städte sind keine Städte im ursprünglichen Sinn, selbst wenn Soziologen sie so nennen. Nur wenn wir sie so begreifen, bekommen wir Schwierigkeiten mit deren Größe und der Logistik. Eine institutionelle Dezentralisierung wird keine Probleme bereiten, selbst wenn wir sie nicht mit ökologischen Anforderungen begründen. Als François Mitterand Paris mittels lokaler Stadtparlamente vor einigen Jahren dezentralisieren wollte (die Gründe waren taktischer Natur: er wollte den Einfluß der Rechten verringern), scheiterte er nicht aufgrund der Unmöglichkeit sondern an den politischen Mehrheitsverhältnissen.

Sicherlich finden institutionelle Veränderungen nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum statt. Noch garantiert eine dezentralisierte Stadt, selbst wenn sie demokratische Strukturen hat, daß sie human, rational und ökologisch mit den Belangen der Öffenlichkeit umgeht. „Libertärer Kommunalismus" setzt einen Kampf für eine ökologische und rationale Gesellschaft voraus, einen Kampf der von Bildung und der Organisation abhängen wird. Er geht von dem Bedürfnis der Bevölkerung aus, die steigende Konzentration der Macht aufzuhalten und diese für ihre Kommune und Region zurückzugewinnen. Wenn keine Bewegung da ist – und ich hoffe, daß sich eine effektive links-ökologische Bewegung entwickeln wird –, die diese Ziele einfordert, kann Dezentralisation genausogut zu Provinzialismus führen anstatt zu einem ökologischen und humanen Kommunalismus.

Aber wann waren grundlegende gesellschaftliche Veränderungen schon ohne Risiko? Aus der marxistischen Verpflichtung zum Zentralstaat und zur Planwirtschaft resultiert weitaus eher der bürokratische Totalitarismus als daß im (negativen) Vergleich der „Libertäre Kommunalismus" zu Autoritarismus, Abgeschlossenheit und Provinzialismus führen muß. Gegenseitige ökonomische Abhängigkeit (ein Faktum heutigen Lebens) und der Kapitalismus haben regionale Diktaturen zu Hirngespinsten werden lassen. Obgleich die Städte und Regionen versuchen können, ein beträchtliches Maß an Selbstversorgung zu erreichen, haben wir längst die Ära überschritten, in der autarke Städte ihren Vorurteilen nachgehen könnten.

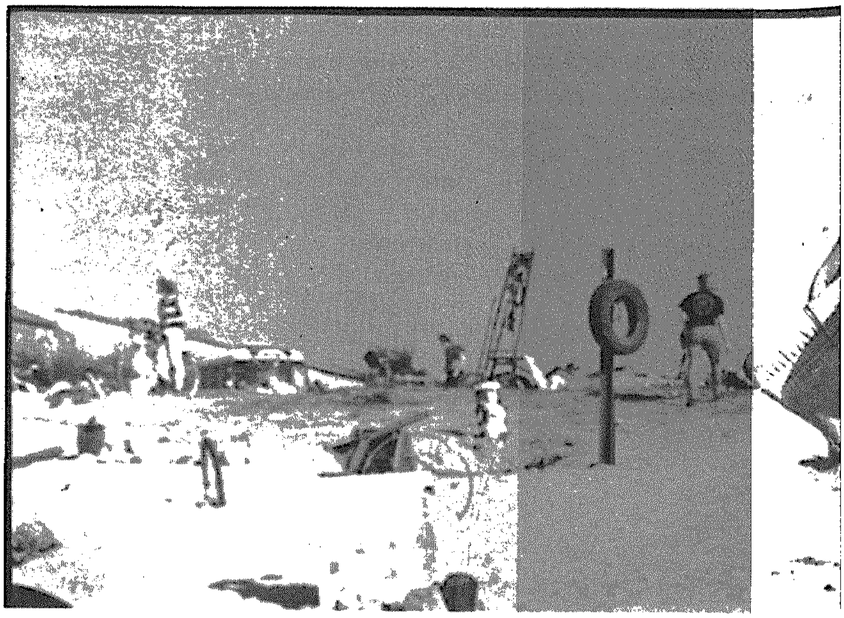


Photo: Theo Heimann/GAFF

Föderalismus

Ebenso wichtig ist die Föderation, die Verbindung einzelner Kommunen durch die mit imperativem Mandat von den einzelnen Vollversammlungen gewählten Delegierten, die einzig und allein ausführende und koordinierende Funktionen innehaben. Der Föderalismus hat eine lange Historie, die bis zur Antike zurückreicht und als Alternative zum Nationalstaat auftaucht. Von der amerikanischen über französische bis zur spanischen Revolution 1936 stellte der Föderalismus immer einen Bruch zum Staatszentralismus dar. Der Föderalismus ist bis heute nicht verschwunden. Der Zusammenbruch vieler Staaten stellte wieder die Frage nach einem aufgezwungenen Zentralstaat oder einer Föderation relativ autonomer Staaten. „Libertärer Kommunalismus" gibt dieser Diskussion um den Föderalismus eine radikal demokratische Dimension, in dem er nicht eine Föderation der Nationalstaaten fordert, sondern eine Föderation der Städte und Kommunen.

Im „Libertären Kommunalismus" kann der Provinzialismus nicht nur mittels der gegenseitigen ökonomischen Abhängigkeit gebremst werden sondern auch durch die Verpflichtung der städtischen Minoritäten, sich den Mehrheitsbeschlüssen zu beugen. Garantiert diese Verpflichtung, daß die Mehrheitsbeschlüsse die richtigen sind? Sicherlich nicht – aber die Möglichkeiten für die Erlangung einer rationalen und ökologischen Gesellschaft sind weitaus besser als in den Gesellschaften mit zentralisierten und bürokratischen Apparaten.

Ich wundere mich ständig, daß innerhalb der Grünen kein Netzwerk von verschiedenen Städten erstand, wo sie doch hunderte Delegierte aus allen Städten hatten, die allesamt eine konventionelle, selbstbeschränkte Lokalpolitik betrieben haben. *[Einschränkung: es gab 1980 einen bundesweiten Kommunalpolitischen Kongreß in Bielefeld, der mit der Zeitschrift AKP einen Diskussionszusammenhang schuf. Insgesamt blieb diese Strömung innerhalb der Grünen jedoch recht zweitrangig und erst 1992 kam es nun im Zusammenhang mit dem Bündnis 90 zu einem 2. kommunalpolitischen Kongreß innerhalb der Grünen, für deren AktivistInnen die Makroebene vermutlich immer*

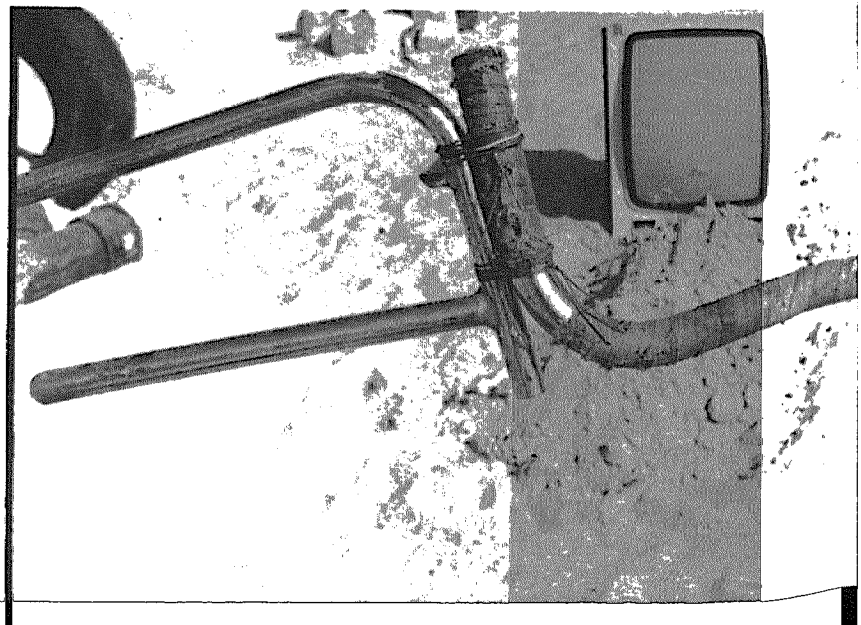


Photo: Theo Heimann/GAFF

lukrativer erschien. SF-Red.] Viele Argumente gegen den „Libertären Kommunalismus" beruhen auf dem Mißverständnis der Unterscheidung von Politik-machen und der Administration. Diese Unterscheidung ist für den „Libertären Kommunalismus" grundlegend und muß von daher ständig präsent sein. Politik wird von einer Stadtversammlung gemacht, die Administration findet bei den föderalen Organen, die aus Delegierten mit imperativem Mandat bestehen, statt. Wenn einzelne Kommunen oder auch eine Minorität sich entscheiden und ihren eigenen Weg gehen und dabei die Menschenrechte verletzen oder größeren ökologischen Schaden anrichten, so hat die Majorität in der lokalen oder regionalen Föderation das Recht dieses zu verhindern. Das ist nicht undemokratisch, es ist die Durchsetzung des gemeinsamen Beschlusses aller, die Menschenrechte und die ökologische Integrität der Region zu beachten. Diese Rechte und Bedürfnisse werden nicht durch „die Föderation" ausgedrückt, sondern durch die Mehrheit der Versammlungen, die mit ihren Delegierten dort vertreten sind. Solch eine Politik wird lokal bleiben, die Administration jedoch ist in den föderalen Strukturen fest verankert. Die Föderation ist somit eine Kommune der Kommunen, die gemäß der vereinbarten Menschenrechte und ökologischen Anforderungen funktioniert.

Wenn der „Libertäre Kommunalismus" in seiner Organisationsform völlig verdreht wird oder von seinen Inhalten losgelöst wird, ist es ein Zustand gegen den gekämpft werden muß. Seine Notwendigkeit begründet sich aus einer Zeit, in der die Menschen sich völlig ohnmächtig fühlen und ernsthaft versuchen ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Er wird in zunehmendem Maße in Widerspruch zum Nationalstaat geraten; seine Entwicklung ist ein Prozeß, es ist ein Kampf der geführt werden muß und keinesfalls ein Gnadenbrot der Herren unserer Staaten. Er wird zur dualen Macht, die die Legitimation der Staatsgewalt bekämpft. Diese Bewegung wird sich eher langsam entwickeln, vielleicht sporadisch, in einzelnen Kommunen hier und da, die anfangs nur moralisch eine Veränderung fordern, bis genügend Föderationen bestehen, die die völlige institutionelle Macht des Staates ersetzen. Dieser Kampf kann nur gewonnen werden, wenn der „Libertäre Kommunalismus" eine radikal neue Politik von sozialer Bewegung formuliert und die Herzen und Köpfe von Millionen erobert hat.

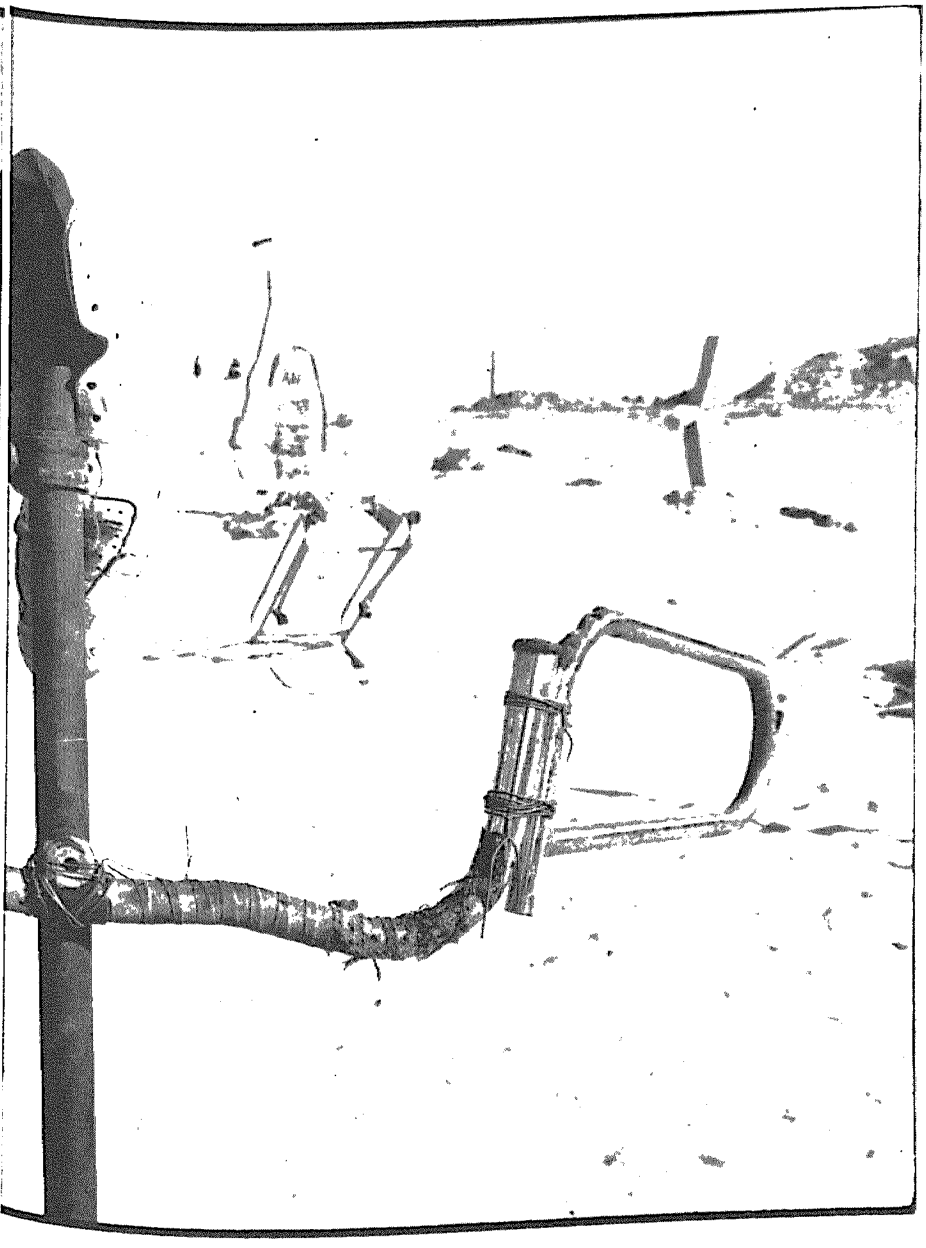


Photo: Theo Heimann/GAFF

Einige Punkte sollten klar sein: Die Menschen, die den Kampf zwischen Föderalismus und Etatismus beginnen, werden nicht die gleichen sein, wie die, die den „Libertären Kommunalismus" eventuell erreichen. Die Bewegung und die Kämpfe werden diese Menschen prägen, sie werden aktiv-Beteiligte sein, nicht passive WählerInnen. Niemand der/die an diesen Kämpfen teilnimmt, wird mit denselben Vorurteilen, Gewohnheiten und Gefühlen herausgehen, wie er/sie hineingegangen ist. Es ist zu hoffen, daß dadurch solche Phänomene wie Provinzialismus von dem Geist der Solidarität und dem sorgfältigen Umgang mit der gegenseitigen Abhängigkeit abgelöst wird.

Kommunalisierung der Wirtschaft

Es bleibt zu betonen, daß der „Libertäre Kommunalismus" nicht nur ein Konglomerat aller traditionell antistaatlichen Vorstellungen von Politik ist. Genau wie er die Politik auf die Ebene der direkten Demokratie zurückholt und mit föderalen Strukturen verbindet, beinhaltet er die Kommunalisierung und föderale Herangehensweise an die Wirtschaft. Zumindest wird seitens libertärer Kommunalisten eine Kommunalisierung der Wirtschaft gefordert, also keine Zentralisierung in „nationalisierten" Betrieben oder der kleineren Variante, der arbeiterkontrollierten (oder selbstverwalteten) Betriebe des kooperativistischen Kapitalismus. Die Zeiten des Syndikalismus sind vorüber.

Dies dürfte jeder/m einsichtig sein, der/die den Bürokratismus selbst revolutionärer Gewerkschaften, wie z.B. der CNT während des spanischen Bürgerkriegs untersucht hat. Heute brennt der kooperativistische Kapitalismus darauf, die Arbeiter dazu zu bewegen, sich selbst auszubeuten unter der Flagge der „Demokratisierung der Arbeit" (oder „Selbstverwaltung"). Weder in der spanischen Revolution noch in einem anderen Land wurde der Wettbewerb bezüglich der Rohstoffe, Märkte und Profite unter den arbeiterkontrollierten Betrieben aufgehoben. Ein weitaus modernerer Fehlschlag sind die israelischen Kibbuzim, die die großen Ideale, weswegen sie begonnen

wurden, z.B. der Nicht-Ausbeutung und der Bedürfnisorientiertheit nicht erreicht haben.

„Libertärer Kommunalismus" schlägt eine radikal andere Wirtschaftsform vor, eine die sich von der nationalisierten wie von der nach syndikalistischem Muster kollektivierten Wirtschaft unterscheidet. Er sieht vor, daß das Land und die Betriebe unter der Obhut der Kommunen oder präziser der Bürgerversammlungen und ihrer Delegierten in der föderalen Versammlung stehen. Wie die Arbeit geplant wird, welche Technologien verwandt werden und wie die Güter verteilt werden, sind Fragen, die nur in der Praxis beantwortet werden können. Die Maxime „jeder gemäß ihrer Fähigkeiten, jedem gemäß seinen Bedürfnissen" sollte das Fundament einer rationalen Ökonomie sein. Die Güter sollten auf den Kriterien der Haltbarkeit und Qualität orientiert sein und die Bedürfnisse sich nach ökologischen und rationalen Standards richten, die antike Vorstellung der Begrenzung und des Gleichgewichts sollte die bürgerlichen Marktgesetze des „wachse oder stirb" ablösen.

In solch einer „kommunalisierten Ökonomie" (mit der föderalen Organisationsform, der gegenseitigen Abhängigkeit und der ökologischen Ausrichtung) können wir davon ausgehen, daß die Einzelinteressen, die die Menschen heute in Arbeiter, Facharbeiter, Manager und dergleichen einteilt, aufhebbar sind, getragen von dem Interesse sich selbst als Bürger/-in zu betrachten und sich mehr nach den Anforderungen der Kommune und der Region zu richten als an dem Berufsstand oder den persönlichen Neigungen. Hier können sich die BürgerInnen wiederfinden und die rationelle und ökologische Bewertung der öffentlichen Güter werden die Klassen- und Hierarchieinteressen verdrängen.

Das sind die ethischen Grundlagen einer Ökonomie für eine ethische Kommune. Die Arbeit für eine ethische Kommune ist von herausragender Bedeutung und enthält eine allgemeine gesellschaftliche Bedeutung, die sich quer über Klasse, Geschlecht, Ethnie und Wohlstand erstreckt, wenn die Menschheit als lebensfähige Spezie weiterexistieren will. Diese Bedeutung wurde durch die ökologische Katastrophe bewußt gemacht. Das kapitalistische Prinzip des „wachse oder stirb" steht im radikalen Widerspruch zu den ökologischen Anforderungen der gegenseitigen Abhängigkeit und der Begrenzung. Diese zwei Prinzipien können nicht länger nebeneinander existieren – es kann auch keine Gesellschaft erdacht werden, in der sich dieser Widerspruch versöhnt und die Hoffnung besteht, überleben zu können. Entweder wir errichten eine ökologische Gesellschaft oder die Gesellschaft wird untergehen und zwar für alle, ungeachtet dem Status, den ein jeder einnimmt.

Die Ökologische Gesellschaft

Wird diese ökologische Gesellschaft eine autoritäre oder gar eine totalitäre sein, einer hierarchische, wie sie in der Vorstellung vom „Raumschiff Erde" zum Ausdruck kommt? Oder wird sie eine demokratische sein? Sollte die Geschichte irgendeinen Anhaltspunkt geben, muß die demokratische Gesellschaft als klare Unterscheidung zur ökologischen Kommandogesellschaft ihre eigene Logik entwickeln. Niemand kann einen Ausweg aus diesem historischen Dilemma aufzeigen ohne zu dessen Wurzeln zurückzugehen. Ohne Analyse der ökologischen Probleme und deren gesellschaftlichen Ursachen, werden die heutigen schädlichen Institutionen weiter zentralisiert und uns tiefer in die ökologische Katastrophe treiben. Die Wurzeln dieser demokratischen Gesellschaft sind die Basisbewegungen, die der „Libertäre Kommunalismus" zu stärken versucht.

Kann es denn für die Menschen, die richtigerweise neue Technologien, Energiequellen oder Transportmittel fordern, eine neue Gesellschaft geben, die nicht eine Gemeinschaft der Kommunen ist, sondern auf etatistischen Prinzipien ruht? Wir leben schon in einer Welt in der die Ökonomie übertrieben stark globalisert, zentralisiert und bürokratisiert ist. Vieles was auf lokaler Ebene getan werden kann, wird heute weitgehend (vor allem aus Profitgründen, für militärische Zwecke und aus imperialem Anspruch) auf globaler Ebene getan. Der Effekt ist, daß alles den Anschein von Komplexität gewinnt, eine Komplexität, die aber ohne weiteres wieder verringert werden kann.

Wenn das in der heutigen Zeit zu utopisch erscheint, so muß die Flut von Literatur, die einen radikalen Wandel in der Energiepolitik, weitreichende Verringerungen der Luft- und Wasserverschmutzung verlangt, die Pläne zur Verhinderung des Treibhauseffekts und des Ozonlochs ebenfalls als wirklichkeitsfremd angesehen werden. Ist es zuviel oder gar zu mittelmäßig, diese Forderungen ein Stück weiterzubringen und einen institutionellen und ökonomischen Wandel einzufordern, der zumindest auf den demokratischen Traditionen fußt?

Wir müssen diesen Wandel nicht sofort vollziehen. Die Linke hat lange Zeit mit Minimal- und Maximalkonzepten für eine Veränderung der Gesellschaft gearbeitet, mit denen sofortige Schritte unternommen werden konnten und die mit Übergängen und Zwischenstufen verknüpft waren, um eventuell das große Ziel zu erreichen. Kleine Schritte können unternommen werden, so z.B. die **Initiierung einer linksökologischen kommunalistischen Bewegung, die die Versammlungen aller propagiert** (auch wenn dies zunächst nur eine moralische Funktion hat) und Delegierte in die Stadt- und Gemeindevertretungen wählt, die das Anliegen der Versammlungen weitertragen. Diese kleinsten Schritte können Schritt für Schritt zu föderalen Institutionen und zur Legitimation von wahrhaft demokratischen Körperschaften führen. Städtische Banken können Betriebe und Land kaufen und somit Möglichkeiten eröffnen, damit neue städtische und ökologische Betriebe entstehen; es kann ein Netzwerk von Basisgruppen im sozialen Bereich geschaffen werden, all das kann in einem angemessenen Tempo entwickelt werden, um das politische Leben zu verändern.

Das Kapital wird sich von den dem „Libertären Kommunalismus" zugewandten Kommunen abwenden, das ist ein Problem, dem jede Nation und Kommune, die ihr politisches Leben radikalisiert hat, gegenüberstand. Normalerweise wandert das Kapital in die Regionen, in denen es große Profite realisieren und unabhängig von politischen Konstellationen schalten und walten kann. Aus der tiefsitzenden Angst vor Kapitalabwanderungen könnte sich eine günstige Situation entwickeln, die das politische Projekt stabiliseren hilft. Die im städtischen Eigentum befindlichen Betriebe könnten neue ökologisch wertvolle und nahrhafte Produkte liefern, die der Bevölkerung immer mehr bewußt werden läßt, mit welchem Schund sie jahrzehntelang eingedeckt wurde.

Anmerkungen zu einigen Befürwortern und Kritkern des „Libertären Kommunalismus"

Dieser Zusatz ist notwendig, weil viele Gegner des „Libertären Kommunalismus" und bedauerlicherweise auch einige Anhänger, die Ziele des „Libertären Komunalismus" mißverstehen, ja das Wesen überhaupt nicht begreifen.

Für einige der instrumentellen Anhänger ist der „Libertäre Kommunalismus" ein strategisches Mittel um Eintritt in das independant movement zu erlangen in der Absicht, eine neue dritte Partei, die eine basisdemokratische Politik einfordert, zu gründen, wie z.B. NOW und einige Arbeiterführer dies tun. Im Namen des „Libertären Kommunalismus" verwischen einige radikale Anhänger das Spannungsverhältnis das zwischen dem Staat und dem gesellschaftlichen Bereich besteht, wahrscheinlich einzig und allein, um eine größere öffentliche Beachtung zu

erlangen, was sich positiv in den Wahlergebnissen ausdrücken soll. Diese Sorte von Radikalen verwandeln bedauerlicherweise den „Libertären Kommunalismus" in eine bloße Strategie und entledigen sich dessen revolutionären Gehalts.

Diejenigen, die sich aus taktischen Gründen auf die Grundsätze des „Libertären Kommunalismus" berufen, um eine neue reformistische Partei oder den linken Flügel einer solchen Partei zu gründen, haben allerdings nur sehr wenig mit der Idee des „Libertären Kommunalismus" gemein. „Libertärer Kommunalismus" ist nicht Produkt der heutigen Analysen und „Strategien" eines linken Flügels, trotz des Anspruchs vieler Radikaler, die Dialektik als ihre Methode zu begreifen. Der Kampf für die neuen Institutionen, die aus den alten herauswachsen oder die alten insgesamt ersetzen und für die Bildung von Föderationen entwickelt sich als kreative Dynamik aus den sozialen Kämpfen. Diese Anstrengungen gleichen einem Reifeprozess, der sich – unter all den vorhandenen Schwierigkeiten – anfangs wenig und dann völlig vom bisher Dagewesenen unterscheidet. Dieser Kampf für eine kommunalistische Föderation, für eine städtische Kontrolle über das Eigentum und der weltweiten Föderation ist geleitet von dem Gedanken, eine neue Ethik der „Bürgerschaft" und der Kommunen zu schaffen, aber nicht um einige Erfolge in reformistischen Konflikten zu erreichen.

Der „Libertäre Kommunalismus" ist nicht der Versuch die Stadtparlamente einzunehmen um umweltfreundliche Gemeinderäte zu bilden. Es geht nicht darum, diese zu übernehmen. Der Libertäre Kommunalismus ist im Gegensatz dazu darauf aus, die Stadtregierungen umzuwälzen und zu demokratisieren, sie in den öffentlichen Versammlungen zu verwurzeln, in föderale Strukturen zusammenzubringen und eine regionale Ökonomie zu entwickeln, die dieser Organisationsform angemessen ist. Tatsächlich erlangt der Libertäre Kommunalismus seine Lebendigkeit und Integrität aus dem dialektischen Spannungsverhältnis zwischen dem Nationalstaat und kommunalistischen Föderationen. Sein „Lebenselexier" bezieht er aus dem Kampf gegen den Staat. Dieses Spannungsverhältnis muß klar und kompromißlos sein. Besteht diese Föderation primär als Opposition zur Staatsgewalt, kann sie nicht vom Staat korrumpiert werden mit kommunalen oder nationalen Wahlen, bei denen nichts herauskommt. Der Libertäre Kommunalismus wird durch den Kampf gegen den Staat geformt, gestärkt und er bekommt durch diesen Kampf seine Bedeutung. Aufgrund dieses Spannungsverhältnisses bleibt er wohl unterschieden vom Staat. Diese duale Macht muß in den Kommunen verwirklicht werden, dann verleiht sie dem Libertären Kommunalismus letztlich mehr Gewicht als einem Basissozialismus.

Viele „heroische" Genossen, die sich auf die „Schlacht gegen die Kräfte des Kapitalismus" vorbereiten, die eines Tages geschlagen werde, finden, daß der Libertäre Kommunalismus zu mühsam, zu irrelevant sei oder zu vage bleibt. Unsere „Sprühdosen"- oder „Alternativcafé"-Radikalen erstaunen mich immer wieder. Diese wohlgesonnenen Radikalen, die die Abschaffung des Kapitalismus fordern, halten es selbst für zu schwierig – sich hinzustellen – und in ihrem sozialen Umfeld sich für eine genuine Demokratie zu engagieren. Wenn sie noch nicht mal für eine verändernde Politik in ihrer unmittelbaren Umgebung sorgen können (eine relativ bescheidene Arbeit) oder kontinuierliche Kleinarbeit machen können, etwas was die reifere linke Bewegung auszeichnete, kann ich mir schwer vorstellen, daß sie irgendwann einmal eine Gefahr für diese Gesellschaftsordnung darstellen werden. Allerdings könnten sie durch die Errichtung von Kulturzentren, Parks und (Bürger- oder Kommunikations-)häusern ebenso das System stärken, indem sie dem Kapitalismus eine angenehmere Erscheinungsform verleihen ohne dabei den zugrundeliegenden Zwangscharakter der hierarchischen Klassengesellschaft zu verringern.

Eine Anzahl von Identitätskämpfen haben aufstrebene radikale Bewegungen seit dem SDS in den 60ern gespalten. Aufgrund der Popularität dieser Identitätskämpfe heutzutage, wollen einige Kritiker des Libertären Kommunalismus die öffentliche Meinung gegen ihn aufbringen. Aber wann hat schon mal die „öffentliche Meinung" Revolutionäre belastet? Noch nicht einmal die „öffentliche Meinung" der Unterdrückten, deren Ansichten häufig reaktionär sein können. Die Wahrheit geht ihren eigenen Weg, unabhängig davon, ob die unterdrückten Massen sie erkennen oder übereinstimmen. Es ist auch nicht „elitär" die Wahrheit zu beschwören, selbst wenn sie im Gegensatz zur radikalen Öffentlichkeit steht...

Kritiker des Libertären Kommunalismus bestreiten sogar die Existenz eines allgemeinen Interesses. Wenn für diese Kritiker die direkte Demokratie für die der Libertäre Kommunalismus eintritt und die notwendige Ausweitung der demokratischen Grundlagen über die reine Gerechtigkeit hinaus zur Vollendung der Freiheit nicht als allgemeines Interesse gilt, so ist doch zumindest die Notwendigkeit unserer Beziehungen zur Natur zu verändern – wie es in dem Konzept der Sozialen Ökologie zum Ausdruck kommt – sicherlich ein allgemeines Interesse. Gewiß es können viele Unzufriedene gefunden werden, aber die Natur ist nicht austauschbar. Und so beruht die einzige Möglichkeit linker Politik auf der Prämisse, daß es ein allgemeines Interesse gibt, nämlich die Gesellschaft zu demokratisieren und den Planeten zu erhalten. Die traditionelle Arbeiterbewegung hat sich von der politischen Bühne verabschiedet, es kann sicherlich gesagt werden, daß ohne den Libertären Kommunalismus die Linke keine politische Perspektive hat.

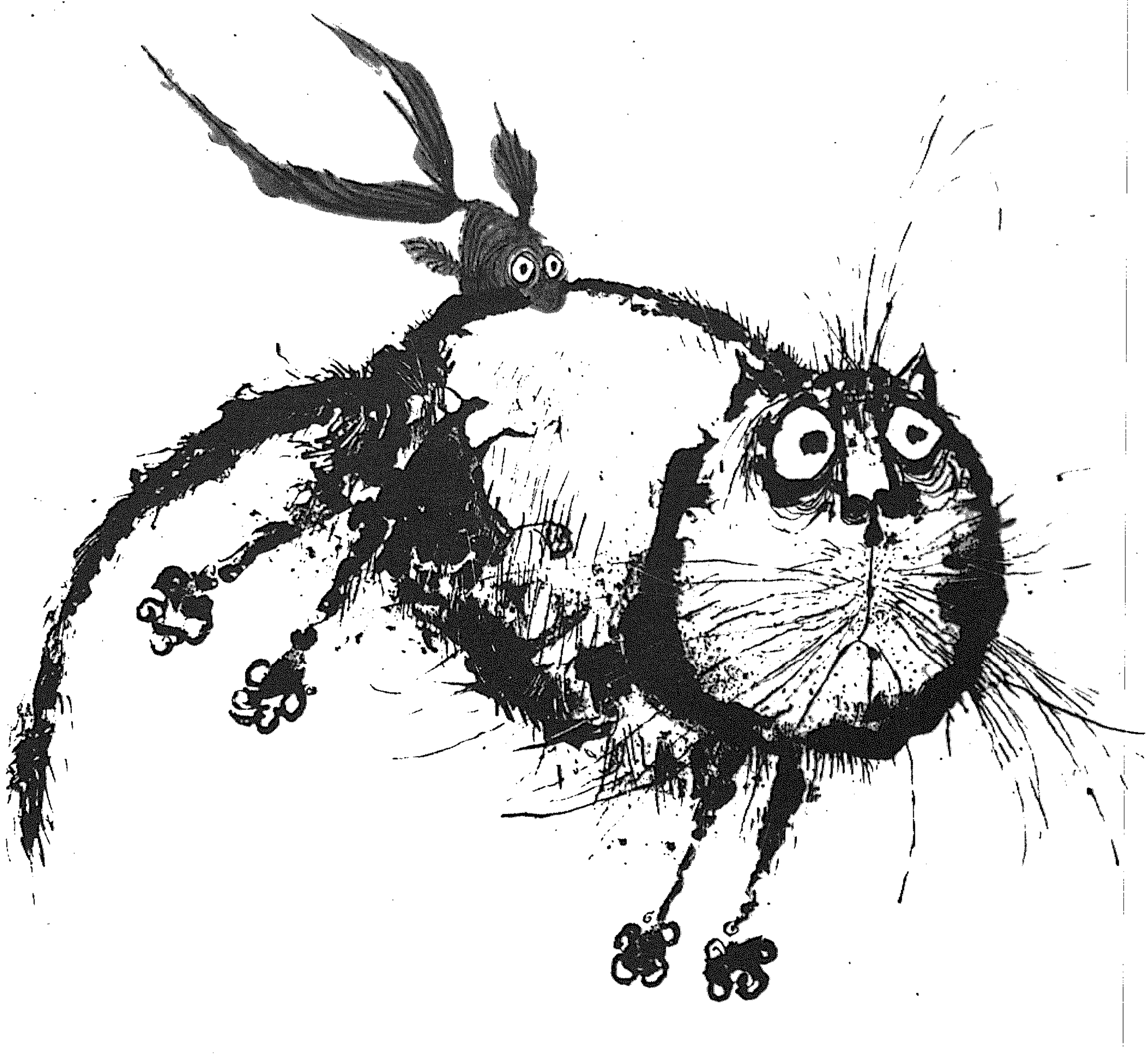
Eine dialektische Betrachtungsweise der Beziehung zwischen Nationalstaat und Föderalismus, das Erkennen der Eingeschränktheit, des auf sich selbst bezogenen Charakters und des Provinzialismus der Identitätsbewegung, die Erkenntnis, daß die Arbeiterbewegung tot ist, all das zeigt, daß die Politik furchtlos öffentlich sein muß – im Gegensatz zu den heutigen Politikformen der Alternativcafé-Radikalen. Sie muß sich auf lokaler Ebene anbieten, eine föderale Perspektive und einen revolutionären Charakter entwickeln.

Meiner Meinung nach ist der Libertäre Kommunalismus mit seiner Betonung des Föderalismus tatsächlich die Kommune der Kommunen für die die Anarchisten in den beiden letzten Jahrhunderten gekämpft haben. In der heutigen Zeit muß die radikale Bewegung in die Öffentlichkeit gepuscht werden. Dies zu unterlassen und stattdessen zu den schlechten Angewohnheiten der Neuen Linken nach 68 zurückzukehren, in der die Vorstellung von Macht ihrer utopischen oder imaginären Qualität beraubt war, bedeutet den Radikalismus zu einer anderen Subkultur zu reduzieren, die mehr von den heroischen Erinnerungen lebt als von der Hoffnung auf eine aufgeklärte (rationale) Zukunft.

Übersetzt von Andi Ries
aus: Green Perspectives, Oktober 1991

Hinweis: Das lange angekündigte Buch **»Remaking Society«** von **Murray Bookchin**, das den hier vorgestellten Ansatz vertieft, erscheint nun definitiv Ende September unter dem Titel **„Die Neugestaltung der Gesellschaft"**. Die Verzögerung erklärt sich aus einer mangelhaften Übersetzung. Inzwischen hat der neue Übersetzer Helmut Richter seine Überarbeitung aber weitgehend abgeschlossen. Vorbestellungen weiterhin an: Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1. 220 S., 24.-DM. Im Anhang des Buches erscheint eine Bibliographie von Bookchins Veröffentlichungen, zusammengestellt von Janet Biehl.

Noam Chomsky
»Es ist eine Barbarisierung des sozialen Lebens, die um sich greift«



Ronald Searle: Drôle des chats, 1964 © VG Bild-Kunst, Bonn 1991

Interview von David Barsamian zur politischen Biographie
II. Teil

Teil 1 wurde in SF-42 (2/92) unter dem Schwerpunktthema „Drogenkrieg" abgedruckt.
Quelle: Our Generation, Kanada.
David Barsamian ist Journalist und Direktor von Alternativ Radio.
Übersetzt von Andi Ries (SF-Redaktion).

David Barsamian:
Laß uns ein wenig über Israel und den Mittleren Osten reden. Vor ungefähr drei Jahren führte ich ein Interview mit Edward Said und dabei habe ich ihn gefragt, ob er denn aufgrund der Judenverfolgungen von Israel eine besonders große Sensibilität gegenüber den Leiden anderer Völker, also auch gegenüber den Palästinensern, erwarte. Er bejahte dies. Ich habe damit Schwierigkeiten. Ich halte dies für eine rassistische Position. Erwartest Du etwas Besonderes von den Israelis?

Noam Chomsky:
Nein, natürlich nicht. Ich halte das auch für vollkommen falsch. Nur weil sie in der Vergangenheit verfolgt wurden, gibt es noch lange keinen Grund so etwas anzunehmen. Das ist absolut kein Grund. Es gibt in der Geschichte nichts, was darauf hinweisen würde, daß es so sein könnte.

Du sagtest einmal deine Wurzeln wären im Mittleren Osten. Ich war sehr überrascht das zu hören, überrascht daß sie nicht in Osteuropa liegen, wo deine Eltern herstammen?

Meine Eltern kamen aus Osteuropa. Sie flohen aus Osteuropa, sie haben aber keinerlei Kontakt aufrechterhalten. Diese osteuropäische Gemeinde, denen auch meine Eltern angehörten, wurde von den Nazis ausgelöscht, da war ich gerade zehn Jahre alt. Von ihrem Standpunkt aus war Osteuropa ein Ort des Schreckens, dem man entkommen ist. Mein Vater floh, als er zum zaristischen Militär einberufen werden sollte, was für viele junge jüdische Männer einem Todesurteil gleichkam. Die Familie meiner Mutter floh als sie noch ein kleines Baby war, sie kann sich daran gar nicht mehr erinnern.

Wann war das? Ende des 19.Jahrhunderts?

Mein Vater kam 1913 und meine Mutter etwas früher. Aber in Osteuropa hat man keine Wurzeln, höchstens im Städel und ihr Städel wurden Orte wie Baltimore. Nachdem die Nazis kamen gab es keinerlei Verbindung mehr. Diese osteuropäische jüdische Gemeinde, die sie kannten, hatte aber nichts von romantischen Vorstellungen, sie hatte viele häßliche Seiten. Es war etwas dem man entkommen mußte. Die Leute flohen auf die verschiedensten Arten. Zum Beispiel in Polen, wo sehr viele Juden wohnten, schlossen sich sehr viele dem BUND an, einer sozialistisch orientierten Gruppierung, die das alte System abschaffen wollte. Sie waren weitaus stärker als die Zionisten. Obwohl die Traditionalisten sehr mächtig waren, brach das alte System zusammen. Im Städel hatten oft grobschlächtige und autoritäre Rabbiner das sagen, die von den staatlichen Autoritäten Machtbefugnisse zugesprochen bekamen. Es war eine sehr rückständige Gesellschaft. Man sollte nichts lesen, von nichts wissen. Das ist kein Ort an dem jemand seine Wurzeln haben könnte.
Was mein unmittelbares Umfeld anbelangt, so war mein Vater ein Kulturzionist, in der Art von Ahad Ha'am. Die Aufgabe, die sich meinen Eltern stellte, war die Wiederbelebung des jüdischen Lebens in dem anderen Teil der Diaspora, den USA, wo die Menschen überleben konnten und die eine kulturelle Heimat hatten, nämlich Palästina. Das war das unmittelbare Umfeld, in dem ich aufgewachsen bin. Und ich habe ein eigenes Verständnis davon entwickelt.

Ich erinnere mich, daß du mir erzählt hast, daß dieser osteuropäische Feudalismus auch noch in den USA existiert hat. Wie war das noch mal?

Bis jetzt habe ich noch keine gute Studie darüber gesehen, aber was ich darüber erfahren habe, nach den Erzählungen meiner Eltern und dem was ich darüber gelesen habe, veränderte sich die osteuropäische Gemeinde in den USA auf mehrere Weise. Eine dieser Veränderungen war ein Rückschritt. Mein Vater beschrieb dieses Phänomen bei seinen Eltern, die, als sie in die USA kamen, sich weitaus rigider an die osteuropäischen Lebensformen hielten als vorher. Meine Mutter, deren Familie in die USA einwanderte, als sie ein Jahr alt war, wechselte die Straßenseite, wenn sie mit Freunden unterwegs war und ihren Vater entgegenkommen sah, um der Verlegenheit aus dem Weg zu gehen, daß er grußlos an ihr vorübergeht, nur weil sie ein Mädchen war.

Als Kind habe ich noch ein wenig von dem sehr orthodoxen Umfeld aus dem meine Eltern stammen mitbekommen. Mein Großvater beispielsweise lebte seit 50 Jahren in den USA und ich fragte mich, ob er es überhaupt mitbekommen hat, daß er nicht mehr in Osteuropa lebte. Es hatte manchmal den Anschein, daß er glaubte, irgendwo in Osteuropa zu leben, wo die Bauern schwarz waren. Er lebte in seinem Städel, das es in dieser Form noch nicht einmal in Osteuropa gegeben hatte. Die Vorurteile gegenüber den Schwarzen waren dieselben wie gegenüber den Ukrainern, sie wurden transformiert:
„Du mußt Dich vor ihnen in Acht nehmen, sie sind gefährlich, du kannst sie auch betrügen, weil sie ganz schön dumm sind. Du kanst die Schwarzen so betrügen wie die Ukrainer, aber Du mußt vorsichtig sein, weil Du niemals wissen wirst, wann sie zurückschlagen werden. Sie sind gefährlich."

An diese Stimmung kann ich mich noch erinnern. Die Orthodoxie war lähmend. Das sind die Gelehrten gewesen, was völlig lächerlich ist. Es war eine sehr intellektuellen-feindliche Gesellschaft, rigide und autoritär. Du kannst es auch an dem rechten Flügel in Israel sehen, der diese Tradition fortsetzt. Die Leute waren überrascht, daß Menachem Begin von den marokkanischen Juden so herzlich begrüßt wurde. Viele marokkanische Juden dachten, er wäre Marokkaner, er war indirekt auch einer von ihnen. Da ist was Wahres dran. Begin und Shamir stammen aus einer Gegend, die den halbfeudalen Teilen der jüdischen Gemeinden in Nord-Afrika sehr ähneln. Viele Gebildete wanderten nach Frankreich aus, aber viele Traditionalisten und weniger Gebildete, wie die in Polen wanderten nach Israel aus. In diesem Sinne sind die kulturellen Ähnlichkeiten tatsächlich vorhanden. In Israel gibt es Gemeinden in denen die religiösen Führer Heilige sind, die das Orakel befragen, zu denen du hingehen kannst, dich deiner Sorgen zu entledigen. Einige von ihnen kehren aus dem Reich der Toten zurück. Sie sprechen in den Körpern ihrer Kinder. Sie sagen ihnen z.B. wen sie wählen sollen. Während der (vor)letzten Wahl sagte einer der führenden Rabbiner im Fernsehen: „Jeder der nicht unsere Partei wählt ist verflucht und kommt in die Hölle". Daraufhin kamen andere Rabbiner und sprachen den Gegenfluch „Wenn sie unsere Partei wählen, passen wir auf sie auf." Das ist zum Teil traditionelle Kultur. Dies wurde folkloristisch beschönigt, aber es hatte nichts Schönes an sich.

Als mein Vater im Städel wohnte und etwas von dem außenrum lernen wollte, galt es als Frevel russisch lernen zu wollen. Es war sogar unanständig Hebräisch lernen zu wollen. Du liest nicht mal die Bibel, das ist viel zu anstrengend. Wenn du drei Jahre alt bist, lernst du den Talmud, das wars. Natürlich kannst du ein wenig hebräisch, von den Predigten, aber das moderne Hebräisch zu lernen galt als Frevel.

atom

Nr. 39 Sommer '92

Aus dem Inhalt:

→ Atommonopoly Osteuropa

Es ist der deutsche Imperialismus der das Thema Atomenergie im Interesse seiner Expansion nach Osteuropa auf die Tagesordnung des WWG in München gepuscht hat. Was in Osteuropa an Atomkraft zu verdienen ist, wieviele AKW's und was es an Ausbauplänen für Atomkraft in den Ländern selbst gibt.

- Rußland zwischen Energiekrise und Supergau

→ Weltwirtschaftsgipfel

→ Kriminalisierung

- Ende des bewaffneten Kampfes! Freiheit für die Gefangenen?
- Stellungnahme von Isabel Jakobs

→ UNCED

- Das ist der Gipfel

→ Neugestaltung der Bundeswehr



Die atom erscheint dreimonatlich, 68 Seiten, Einzelpreis 5 Mark (+Porto), Abo für 5 Ausgaben 30 DM Ab 4 Ex. 3,50 DM (+Porto)

Bestelladresse:

atom Postfach 1109, 2120 Lüneburg

Also war das Lernen ein Privileg der Priester?

Es gab kein Lernen. Was sie Lernen nannten war mechanisches Auswendiglernen und strenge Kontrolle. Ich glaube nicht, daß es historische oder geographische Bücher in den jüdischen Ghettos des 19.Jahrhunderts gegeben hat, schließlich gab es nichts was nicht in der Bibel stand. Es gab kein Amerika. In der Bibel steht nichts über Amerika. Was für ein Quatsch ist das? Es war ein sehr anti-intellektuelles Umfeld.

(Im Gegensatz dazu) gab es eine assimilierte Richtung im Judentum. Im Grunde kommen wir von daher. In Westeuropa, in Deutschland, Österreich assimilierte sich die jüdische Gemeinde ab dem späten 18.Jahrhundert. Sie wurden Teil der westeuropäischen Kultur. Von hier kamen Freud, Einstein etc. Sie entstammen diesem assimilierten Strang, der sich von dem Traditionalismus entfernte und ihn auch verachtete. Es gab auch eine Renaissance, eine jüdische Erleuchtungsbewegung in dem Gebiet, wo die polnischen Juden im zaristischen Reich leben durften. Das war zu Beginn des 19.Jahrhunderts und von dort kam die Wiedergeburt des hebräischen und dort liegen auch die Wurzeln des modernen Zionismus. Andererseits entwickelte sich eine sozialistische Bewegung. Es waren alles Ablösungen von der traditionellen Gesellschaft.

Waren Deine Eltern sehr streng?

Nicht besonders. Sie schickten mich auf eine sehr progressive Schule. Sie führten ihr eigenes Leben. Lebten jüdisch. Gingen in die Hebräischschule, unterrichten hebräisch, jüdisches Leben usw. Aber im Grunde sollte es in der amerikanischen Gesellschaft, die sie als genuin pluralistische Gesellschaft ansahen, möglich sein, auf verschiedene Art jüdische Kultur zu leben.

Was hielten deine Eltern davon, daß du nach New York gegangen bist und dort in der Fourth-Avenue in einem anarchistischen Buchladen mit Genossen diskutiert hast?

Soweit ich weiß, haben sie davon nichts mitbekommen. Wielange sie davon nichts merkten, weiß ich nicht ganz sicher. Ich glaube nicht, daß sie etwas bemerkt haben. Die ganze Familie hatte sich aufgelöst. Genau wie viele andere Kreise und andere, die sehr radikal und assimiliert waren – eben Intellektuelle in der Arbeiterklasse. Zu diesen hat es auch mich gezogen. Dort habe ich mich aufgehalten als ich in New York ankam. Das alles wurde als legitim betrachtet, die ganze Palette.

Du hast das intellektuelle und kulturelle Leben in New York der 30er Jahre als das reichhaltigste in deinem Leben bezeichnet. Was machte diesen Reichtum aus? Was hat zu diesem Reichtum beigetragen?

Ich war zehn, elf Jahre alt, es war um 1940 herum als ich damit in Berührung kam. Es war eine sehr lebendige intellektuelle Kultur. Vor allem war es eine Arbeiterklassenkultur mit den Werten dieser Klasse, also Solidarität, sozialistische Werte etc. Sie schloß die Kommunistische Partei ebenso ein wie die radikale anarchistische Kritik am Bolschewismus. Alles war dort vertreten. Und das war nicht außergewöhnlich. Aber es war nur ein Teil dieser Kultur. Die Leute haben sehr intensiv über die Steckelsche Auslegung der Theorie Freuds diskutiert, es gab viele Diskussionen über Literatur und Musik, die Meinungen über das letzte Konzert von dem Budapest String Quartett oder Schnabels Version einer Beethoven Sonate im Gegensatz zu einer anderen Interpretation. Es war ein sehr lebendiges, reichhaltiges Leben auf allen Ebenen. Es hat mich sehr stark angezogen.

Viele Leute, die in diesen Zusammenhängen lebten waren mehr oder weniger ungebildet. Ein Onkel von mir, der mich sehr prägte, kam nie über die vierte Klasse hinaus. Danach war er ein Straßenkind. Er riß sich zusammen. Als er arbeitsunfähig wurde, bekam er einen Zeitschriftenstand. Das New Yorker Recht unterstützte die Benachteiligten, so bekam er irgendwo einen Zeitschriftenstand an dem viele Leute sich aufhielten und bis spät in die Nacht lebhafte Diskussionen führten. Es war ein sehr aufregendes Umfeld. Ich sah immer zu, daß ich an dem Zeitschriftenstand helfen konnte.

Er war der Bruder deiner Mutter?

Er war der Ehemann meiner Tante, also eingeheiratet. Er wurde später Psychoanalytiker. Er hatte viel mit deutschen emigrierten Psychiatern zu tun, es gab in den 30er Jahren viele deutsche Emigranten. Sein Zeitungsstand wurde zu einem Magneten, wo viele herumhingen, erzählten und diskutierten. Mein Onkel kannte sich sehr gut in der psychoanalytischen Literatur aus und freundete sich mit eini-

gen Emigranten an. Bei einem von ihnen machte er eine Selbstanalyse und fing an unter Supervision zu therapieren. Mit der Zeit bekam er immer mehr Patienten. Einige von ihnen hatten großen beruflichen Erfolg und vermittelten ihm neue Patienten und – ohne jetzt die ganze Geschichte zu erzählen – er hatte zum Schluß ein Appartement am Fluß.

Von dieser Kultur blieb nichts mehr übrig?

Ich bezweifle es. Ich glaube nicht, daß etwas übrig blieb. Während des Krieges und der Repression in der Nachkriegszeit löste sich alles auf und verschwand. Die Unternehmer merkten, daß es in der Arbeiterklasse brodelte. Die Literatur in den späten 30er Jahren, die aus den Unternehmerkreisen, sprach sehr viel über die – wie sie es bezeichneten – »wachsende Macht der Massen«, obwohl ich nicht glaube, daß sie so etwas wirklich glaubten. Diese Literatur hatte oft eine vulgärmarxistische Rhetorik und auch Inhalte. Es waren die Kreise, in denen über die wachsende Macht der Masen gesprochen werden konnte, ohne dafür ausgelacht zu werden. Sie haben sich mit dem Problem auseinandergesetzt und merkten, daß es notwendig war, diese Tendenzen zu bekämpfen, sicherzustellen, daß diese Entwicklungen nicht weitergingen. Es war eine große Gefahr für die Dominanz der Unternehmer. In den späten 30er Jahren war es verbreitet, daß die Arbeiterklasse, ihre Kultur und die Unterstützung der Öffentlichkeit überwunden werden müsse. Ein Versuch war die sogenannte „Johnston Formula", ein erfolgreicher public-relation-Versuch, einen großen Stahl-Streik zu brechen.

Der Krieg hatte seine eigenen Auswirkungen. Der McCartyismus der Nachkriegsphase ... In den späten 40er Jahren wurden sehr intensive Versuche unternommen, die unabhängige Arbeiterbewegung, die sich in den 30ern gebildet hatte und die gesamte Kultur, die um sie herum entstanden war mit Hilfe der Kalten-Kriegs-Propaganda, dem Antikommunismus und anderen Mitteln zu zerstören. Es waren erfolgreiche Anstrengungen. Heute sieht man kaum noch etwas von dem damaligen Selbstbewußtsein. Ich sollte es ein wenig relativieren. Es gab den Pittston-Streik und das Solidaritäts-Camp. Ich war zwar nicht dort, aber von dem was ich darüber gelesen habe, glaube ich, daß einiges von diesem Bewußtsein zu sehen war. Wenn ich also sage, es sei nicht mehr vorhanden, so liegt es vielleicht daran, daß wir es nicht mehr sehen. In den Kreisen, in denen ich mich bewege, ist es jedenfalls verschwunden.

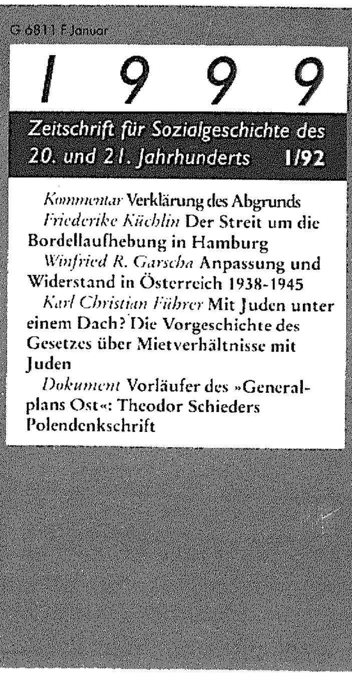
Du sagtest, daß die Leute in den 30ern arm waren, kein Geld hatten, aber es Hoffnung gab. Nach dem Krieg passierte etwas, es veränderte sich etwas. Was war das, Du bleibst an diesem Punkt immer etwas vage, wo Du doch ansonsten sehr präzise bist.

Ich bin mir da auch unsicher und ich glaube kaum, daß ich Dir die Wahrheit erzählen kann. Soweit ich es sehe, ist es ein weltweiter Prozeß, der in verschiedenen Ländern zu unterschiedlicher Zeit zu beobachten ist. Jeder der das New York der 30er kannte, sieht die Veränderungen. Meine Familie war zum Großteil arbeitslos und lebte im Slum, aber es gab dort keine Verzweiflung. Es gab Hoffnungen, auch wenn viele dieser Hoffnungen trügerisch waren.

Laß mich eine andere persönliche Geschichte erzählen, die dies illustriert. Vor ein paar Jahren sprach ich mit ein paar Freunden über die Ärzte aus den Zeiten unserer Kindheit und ich versuchte mich die ganze Zeit an den Namen des Doktors unserer Familie zu erinnern. Wir waren eine jüdische Familie, d.h. wenn ein Kind Fieber bekam, hielt meine Mutter das für ein Anzeichen, daß das Ende der Welt nahe ist. Als Sechsjähriger glaubst Du „Oh Gott mein Bruder hat Fieber, er wird sterben". Dann kam der Doktor herein und sprach mit seiner ruhigen honigsüssen Stimme und alle setzten sich hin und jedem im Raum ging es besser. Das ist diese Kultur. Ich versuchte mich die ganze Zeit an den Namen des Doktors zu erinnern und der einzige Name, der mir in den Sinn kam war Roosevelt. Ich wußte genau, daß er nicht Roosevelt geheißen hatte. Aber wie kam ich auf Roosevelt? Schließlich fiel mir auf, daß es genau dieselbe Reaktion meiner Eltern auf seine Kamin-Plaudereien war: »Ja es ist schon alles in Ordnung, um uns herum passieren die schrecklichsten Sachen, aber der Doktor ist schon da, er kommt und wird sich dieser Sachen annehmen. Kein Grund zur Aufregung.« Ich erinnere mich nicht mehr daran was er sagte, ich war zu dieser Zeit vielleicht sieben Jahre, aber ich erinnere mich sehr gut an die Stimmung. Als Kind nimmst Du die Stimmung deiner Eltern auf und die Stimmung meiner Eltern gegenüber Roosevelt war die gleiche wie gegenüber diesem wunderbaren Heiler, der sich dem Fieber meines Bruders widmete. Ich meine damit nicht, daß diese Hoffnungen begründet waren. Ein Groß-

Die Zeitschrift

Ursprünglich aus den »Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik« hervorgegangen, hat die **1999** seit der Gründung ihr Themenspektrum über den Bereich nationalsozialistischer Gesundheits- und Sozialpolitik hinaus erheblich erweitert. Mit der Veröffentlichung unbekannter Dokumente und kritischer Zeitgespräche stellt sie sich bewußt in die Tradition der Gegeninformation und ist für Außenseiter und Basishistoriker ebenso offen, wie für Repräsentanten des Fachs. Ein Netz von Auslandskorrespondenten sorgt dafür, daß Provinzialität nicht aufkommt und wichtige Lernprozesse der historiographischen Community auch entlegenerer Sprachen zur Kenntnis genommen werden.



»Eine Sozialgeschichte der Zukunft.« *(Die Tageszeitung)*
»Eine wichtige, interessante und auch spannende Lektüre – ein gelungener Wurf.« *(NDR)*
»Ein nützliches Hilfsmittel für all jene, die ihre Augen angesichts der für die heutige Gesellschaft relevanten historischen Realitäten nicht verschließen wollen.« *(Psyche)*

Erscheinungsweise

Die Zeitschrift erscheint seit Herbst 1986 vierteljährlich, hat einen durchschnittlichen Umfang von 160 Seiten und bringt Kommentare, Dokumente, Diskussionen und Forschungsergebnisse zur Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts.

Preis

Preis des Einzelheftes DM 18,-
Jahresabonnement (4 Ausgaben) DM 60,-
StudentInnen, RentnerInnen, Erwerbslose und Knastabos DM 48,-

Herausgeber und Redaktion

Hamburger Stiftung für
Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts
Schanzenstr. 75-77
2000 Hamburg 36

Fordern Sie ein kostenloses Probeexemplar an!

Sachsenring 2-4 5000 Köln 1
VOLKSBLATT VERLAG
Tel. 0221 / 31 70 87 Fax 31 47 11

teil davon war illusorisch, aber sie waren vorhanden. Darüber hinaus gab es auch eine Infrastruktur. Du konntest in die Bibliothek gehen. Es gab eine und sie war auch geöffnet. Sie hatten Bücher, die Dir weiterhalfen. Als ich zehn Jahre alt war, machte ich mir keine Sorgen, wenn ich den Hudson River entlang lief oder nachts durch den Central Park ging. Es hätte etwas passieren können, aber es kann Dich auch der Blitz treffen. Es gab nicht das Gefühl, daß Du in Gefahr bist, selbst in den ärmsten Vierteln der Stadt nicht.

Du sagtest heute bräuchte man eine Brigade Marines dazu.

[Ironie der Geschichte? Das Interview wurde ca. 1 Jahr vor den Ausbrüchen in Los Angeles geführt, zu deren Unterdrückung tatsächlich Marines herbeigezogen wurden! SF-Red.]

Dafür brauchst du heute wirklich ein Brigade Marines. Überall trägst du dein Leben in der Hand, selbst in der U-Bahn. Ganz zu schweigen, wenn du durch die Innenstädte gehst, gelegentlich laufe ich durch die Innenstädte um mich zu erinnern. Ohne mich jetzt allzu sehr auf die Kindheitserinnerungen zu verlassen, hat sich doch alles völlig verändert. Diese Verzweiflung, die Bedingungen die dort herrschen sind schlimmer als in der Dritten Welt; ich glaube nicht, daß dies vorher existierte. Ich habe mit Leuten gesprochen, die jahrelang in New York arbeiteten; Lehrer die lange an New Yorker Schulen unterrichteten und ihre Eindrücke decken sich mit den meinen. In den 30er Jahren gab es große Armut, aber es mußte keine Großmutter die ganze Nacht mit einem Baseball-Schläger bewaffnet das Kinderbett bewachen, damit es nicht von den Ratten gebissen wird. Oder das Gefühl du befändest dich im Krieg und daß du dich ständig selbst versteidigen mußt. Es gab ein Gefühl, daß es irgendwie schon besser werden würde. Es gab eine institutionelle Infrastruktur, eine Methode des Kampfs, der Organisierung, Sachen zu erledigen, es gab Hoffnung.

Ich glaube kaum, daß es in den Innenstädten noch Hoffnung gibt. Es herrscht Verzweiflung und die ist auch an dem degenerierten Leben in der Großstadt zu sehen. Die Extreme des Wohlstands und der Armut sind so krass wie nie zuvor. Der Wohlstand an der East Side ist obszön. Läufst du ein paar Häuserblocks weiter herrscht eine unvorstellbare Armut. Freunde erzählten mir, daß man in einem behaglichen Restaurant sitzt und draußen lehnen sich die Obdachlosen an der Scheibe an und nach einiger Zeit bemerkt man sie überhaupt nicht mehr.



Chico und Groucho Marx

So was gab es früher nicht. Als ich ein Kind war, gab es große Rassenauseinandersetzungen und es herrschte in Philadelphia, wo ich wohnte, eine Zeitlang für Jugendliche Ausgehverbot ab 19 Uhr. Es war also keine sehr angenehme Zeit. Aber selbst damals hatte ich nicht das Gefühl in einem Kriegsgebiet zu leben. Wir waren die einzige jüdische Familie in einem vorwiegend von Deutschen und Iren bewohnten Viertel, also ein zu dieser Zeit sehr antisemitisches und sehr für die Nazis eingestelltes Umfeld. Mein Bruder und ich kannten wenige Wege in dem Viertel, auf denen wir nicht Gefahr liefen, den Schädel eingeschlagen zu bekommen, aber trotzdem hatte ich nicht dieses Gefühl der Feindseligkeit und der Gefahr wie ich es heute in New York habe. Wir hatten sogar das Gefühl alles unter Kontrolle zu haben. Wenn sie aus der katholischen Schule kamen, dann waren sie darauf versessen Juden zu lynchen. Ich weiß nicht, was in dieser Schule vorging. Aber ein paar Stunden später oder am Wochenende konnten wir wieder Baseball mit ihnen spielen. Du hattest immer das Gefühl, daß es möglich war, untereinander ein Auskommen zu finden.

Während des Krieges hatten wir auf dem Weg zur Hebräischschule eine Polizeieskorte. Wir sind mit der U-Bahn gefahren und mußten von der Station noch ein paar Häuserblocks weiterlaufen. Eine zeitlang war es nur mit der Polizei-Eskorte möglich die Schule zu besuchen. Die Polizei bewachte die Schule. Aber in der U-Bahn warst Du wieder allein. Ich kann mich nicht an solch eine Angst erinnern, wie ich sie heute in den Innenstädten habe.

Der Grund für meine vagen Äußerungen ist, daß ich kein näheres Wissen darüber habe. Es ist mehr ein Gefühl, Eindrücke die einem verschiedene Plätze vermitteln. Es breitete sich immer mehr aus und ich glaube weltweit in unterschiedlichem Maß, in London sind ähnliche Entwicklungen vierzig Jahre später abgelaufen, in anderen europäischen Städten eine Generation später. Es ist eine Barbarisierung des sozialen Lebens, die um sich greift, die ich in diesem Maße nicht gekannt habe. Vielleicht habe ich es als Zehnjähriger nicht mitbekommen, aber das glaube ich nicht. Ich denke es war anders.

Hast Du Dich bei Deiner Kritik an Israel zurückgehalten, solange Deine Eltern lebten?

Ich denke schon. Ich wollte nicht allzu viel darüber sagen, nicht weil sie mir widersprochen hätten. Im Großen und Ganzen stimmten wir überein.

Könnte Dein Vater als Anti-Zionist bezeichnet werden?

Nein. Er würde Israel niemals stark kritisiert haben. Er liebte es. Als er dort war, sagte er uns, es scheine immer die Sonne, niemals regne es. Alle Leute seien glücklich.

Hatte er bei seinem Aufenthalt keine Palästinenser gesehen?

Darüber dachte er nicht nach. Er hatte alles durch seine rosarot gefärbte Brille betrachtet. Er liebte dieses Land. Das Wiederaufleben des Hebräischen faszinierte ihn. Seine Standpunkte waren aber nicht etatistisch. Sie waren in dem kritischen Zionismus des Ahad Ha'am verwurzelt. Und das war das Wichtige an Israel, nicht der starke Staat mit seiner großen Armee etc. Es war das kulturelle Zentrum, das die Diaspora lebendig hielt und bereicherte.

Als ich anfing über Israel zu schreiben hat er mir nie grundsätzlich widersprochen. Sie waren betroffen von der har-

schen Kritik an meinen Artikeln. Sie lebten in dieser Gemeinde und als die ganzen Verleumdungen, Lügen und die Hysterie anfing sich auszuweiten, hat es sie natürlich getroffen. Ich konnte rein gar nichts schreiben ohne daß dieses ganze Zeug wieder aufkam. Wenn nur ein bißchen von der Parteilinie abgewichen wurde, begann der gesamte gut organisierte Diffamierungsapparat seine Verleumdungen auszusprechen. Von daher habe ich – solange sie lebten – bis zu einem gewissen Grad zurückgesteckt, wenn ich Israel kritisierte.

Die Zeit der Zurückhaltung ist vorbei?

Ich habe auch früher nichts gesagt, was ich nicht geglaubt habe. Mir ist auch nicht bewußt, daß ich irgendetwas nicht geschrieben hätte. Ich bin mir aber sicher, daß es Einfluß gehabt hat.

Viele sind an Deiner Arbeitsweise interessiert. Wie kommst Du zu Regierungsdokumenten, zu Memoranden zur Nationalen Sicherheit etc. Ist es leicht an so etwas heranzukommen?

Damit sind keine großen Mühen verbunden. Es ist aber auch nicht so, daß man sie im Lebensmittelgeschäft an der Ecke bekommt.

Wurden sie Dir zugespielt? Woher bekommst Du sie?

Man bekommt sie in den Bibliotheken. Die meisten Bibliotheken haben Nachschlageregister wo diese Materialen zu finden sind.

Sind sie auf Mikrofilm?

Ja, sie sind auch zugänglich. Wenn du richtige Archivarbeit machen willst, mußt Du Dinge tun, für die ich keine Zeit habe. Du mußt zum Beispiel runter zur Johnson Bibliothek und das gesamte Material durcharbeiten. Ich habe nicht die Zeit für solch eine aufwendige Arbeit. Aber jeder kann an diese Materialien herankommen. Es ist Arbeit. Zum ersten mußt du sehr viel lesen bevor du etwas brauchbares findest. Das meiste ist Schrott. Wenn du es machen willst gibt es genügend Hinweise wo etwas sein könnnte, oftmals in der Sekundärliteratur. Manchmal findest du solche Hinweise in der Sekundärliteratur, die hochinteressant klingen und oftmals habe ich festgestellt, daß sie mißinterpretiert wurden, aber sie bringen dich dazu nachzuschauen, in der Hoffnung etwas zu finden. Es ist also kein Mysterium. Es ist keine Wissenschaft, die einem geistige Arbeit abverlangt. Es ist eine

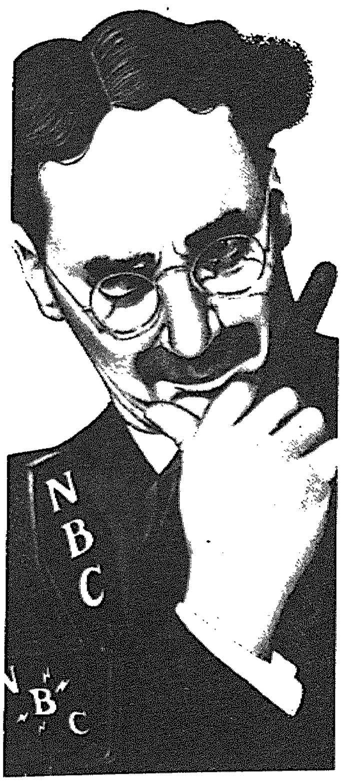


Illustration von Bill Nelson © Pantheon Books/Bill Nelson

Arbeit, die einen geistig nicht allzu sehr fordert. Jeder kann es als Halbtagsjob machen und so ein besseres Verständnis von den Dingen, die um einen herum passieren, zu erlangen.

In einem Interview, das wir 1986 führten warst du recht pessimistisch über die Perspektiven der Alternativen Medien. Seitdem haben sich wie auch immer das Z-Magazin etabliert, community-radios, Kabel-TV usw. sind entstanden, ein kanadisches Filmteam plant eine Dokumentation über dich, es ist einiges passiert. Siehst du es als positives Zeichen? Bist du überrascht von dieser Entwicklung?

Ich kann mich nicht mehr erinnern, was ich dem Interview gesagt habe, aber ich fand solche Entwicklungen schon immer sehr gut und sie sollten so stark wie möglich unterstützt werden. Ich glaube ihnen stehen harte Zeiten bevor. Es gibt eine starke Konzentration von Mitteln und von Macht, so daß die alternativen Medien einen permanenten Kampf führen müssen. Es stimmt, es gibt diese kleinen Erfolge, aber sie gibt es, weil einige Leute unglaubliche Energien in diese Projekte stecken. Nimm das Z-Magazin. Das Magazin wird hauptsächlich von zwei Leuten gemacht und hat keine Mittel, sieht man von denen einiger Freunde ab. Sie produzieren ohne Mittel und mit einem riesigen Aufwand das Magazin. Das trifft auch für South-End-Press zu, – sie überleben. Es ist ebenfalls ein kleines Kollektiv ohne Mittel und sie bringen viele – darunter viele gute – Bücher heraus. Aber es ist fast unmöglich ein South-End-Press-Buch rezensiert zu bekommen.

Nimm den Boston Globe. Für amerikanische Verhältnisse ist dies eine sehr liberale Zeitung. Die für die Rezensionen zuständige Redakteurin hat vor ein paar Jahren öffentlich gesagt, daß sie niemals eine Rezension von einem South End Press-Buch zuläßt, solange ich einer der Autoren dieses Verlags bin. Meine Bücher werden nicht nur nicht besprochen, sie werden noch nicht einmal aufgelistet. Es gibt eine Sparte im Boston Globe, in der die Pulikationen der lokalen Autoren aufgelistet werden, ob zum Beispiel irgendjemand ein Kapitel in einem Kochbuch geschrieben hat. Noch nicht einmal dort erscheinen meine Bücher auf der Liste.

Manchmal ist es schon zum Lachen. Zum Beispiel verleiht jedes Jahr der „National Council of Teachers of English" den Orwell Preis für die Entlarvung von Doppelzüngigkeit. Vor zwei Jahren wurde er mir für mein Buch „On Power and Ideology" verliehen. Dieses Jahr wurde er an das Buch „Manufacturing Consens" vergeben, das Edward Herman und ich gemeinsam schrieben. Zu der Zeit als der Preis verliehen wurde – im November – hat eine Boston Globe Kolumnistin, nebenbei eine linksliberale Kolumnistin, eine Kolumne mit einem Interview mit einem Mitglied des Preiskomitees geführt. Es war eine Lobeshymne auf die Idee eines Preis für die Entlarvung von Doppelzüngigkeit zu verleihen. Sie listete einige Preisträger vergangener Jahre auf, wie Ted Koppel usw. Es gab aber eine auffallende Auslassung: der diesjährige Preis wurde nicht erwähnt! Dabei wurde er einem lokalen Autor verliehen, was normalerweise erwähnenswert ist. Es ist – so glaube ich – auch das erste Mal, daß diesen Preis jemand zum zweiten Mal verliehen bekommt, darüberhinaus waren es Bücher über Medien. Die Medien wurden darin kritisiert – nichts davon konnte erwähnt werden.

South End Press hat es sehr schwer Bücher rezensiert zu bekommen. Dies wurde auch in Publisher's Weekly geschrieben und diskutiert. Aber ich brauche Dir nicht zu sagen wie. Wenn Du kein Kapital für Inserate hast, das Dir eine aufwendige Art der öffentlichen Artikulation ermöglicht, ist deine Wirkung nach außen sehr begrenzt.

Du kannst dies bis zu einem gewissen Grad mit viel Arbeit ausgleichen. Es gibt Möglichkeiten es zu kompensieren. Einige davon sind sehr wichtig. Zum Beispiel kooperieren viele Dissidenten aus den verschiedenen Ländern. Ich verbringe fürchterlich viel Zeit damit Materialien zu kopieren und sie Freunden in anderen Ländern zu schicken, die in einer ähnlichen Situation sind wie ich. Sie machen

das gleiche für mich. Das bedeutet, daß obwohl ich nicht die Zeit und keinen Forschungsauftrag für solche Sachen habe, ich dennoch Zugang zu Quellen habe, die die Professoren oder der CIA nicht hat. Die Professoren und der CIA haben keinen klugen und aufmerksamen Freund in Israel, der die hebräischen Zeitungen nach wichtigen Artikeln absucht, sie herausfischt, interpretiert und analysiert und dieses Material dann zuschickt.

Israel Shahak.

Ja. Das ist ein gewaltiger Unterschied. Das bedeutet, daß ich Ressourcen habe. Shahak ist der wichtigste und es gibt noch andere. Ich habe andere Freunde, die dasselbe machen. Wir machen das gleiche für sie. Das trifft auch für Australien, England und andere Länder zu. So entwickelte sich ein Netzwerk. Hier ist zum Beispiel Material von einem Freund aus Los Angeles, der die dortige Presse und auch einige britische Zeitungen verfolgt, so daß ich nicht die ganzen Filmbesprechungen und das ganze Geplapper lesen muß. So kriege ich die gelegentlichen High Ligths, die du ansonsten nur bei einer regelmäßigen, kritischen Lektüre einer ganzen Palette von Zeitungen finden kannst. Es gibt eine ganze Anzahl von Leuten, die dies tun und wir tauschen die Informationen aus. Das Resultat ist, daß wir Quellen haben, die keinem nationalen Nachrichtendienst zur Verfügung stehen. Auf diese Art und Weise kann der Ausschluß aus den etablierten Nachrichtenquellen kompensiert werden.

Die Leute können was machen. Das passiert überall. Vor einigen Jahren hatte ich eine Veranstaltung in Manhattan/Kansas und sie baten mich vorher zu einem Gespräch mit der lokalen Mittelamerika-Solidaritätsgruppe zu kommen, da dachte ich mir, o.k., da werden vier Leute in irgendeinem Wohnzimmer sitzen. Zu meiner Überraschung waren es keine vier Leute in irgendeinem privaten Wohnzimmer sondern einige hundert in einer Kirche. – Bei einer Stadt mit ca. 30.000 Einwohnern. Es gab dort eine Menge Literatur, Literatur die ich vorher niemals gesehen hatte, von Leuten, die aus Mittelamerika kamen oder dort Solidaritätsarbeit machten, die die Kongreßabgeordneten beackerten, sehr informierte Leute. Ich bin mir sicher, daß sie besser über Mittelamerika informiert waren als irgendein Redakteur oder eine Lateinamerika-Abteilung der Regierung. Das sind Sachen, die man überall finden kann. Die Menschen haben Möglichkeiten gefunden sich zu informieren, sich zu bilden und Sachen herauszufinden. Es gibt Möglichekiten aus der Benachteiligung herauszukommen, aber es ist nicht einfach. Es gar soweit zu bringen, daß es nachhaltige Wirkung erzielt, ist sehr schwierig.

Was mich noch interessiert ist deine Äußerung, daß das kommerzielle Radio nicht so ideologisch sei wie das öffentliche.

Das ist meine Erfahrung. An diesem Punkt möchte ich ein wenig vorsichtiger sein. Das öffentliche Radio außerhalb – auf dem Land – ist schon recht offen. Wenn ich nach Wyoming oder Iowa zu einem öffentlichen Sender komme, habe ich dort auch die Möglichkeit für einen längeren Beitrag. In Boston oder Washington ist dies schwer vorstellbar. Gelegentlich wirst Du eingeladen, meist mit jemand anderem und dann hat jeder drei Minuten Zeit zu sprechen, für jeden drei Sätze. Aber eine tiefgreifende Diskussion ist kaum möglich.

Es ist wichtig daran zu denken, daß die US-Kommunikationsmittel sehr effektive strukturelle Techniken entwickelten, um die Meinung von Dissidenten außen vor zu lassen. Dies wird ab und zu sichtbar. Die USA ist das einzige Land, das ich kenne, indem du dich kurz fassen mußt, wenn du etwas sagen willst, weil du lediglich die zwei Minuten zwischen den Werbespots hast. Das ist in anderen Ländern nicht so. Auch nicht in den Mainstream Sendungen. Du kannst über fünf oder zehn Minuten einen Gedanken entwickeln. Bei einer mainstream-Sendung in den USA wie z.B. NPR-Ted Koppel hast du nur ein paar Sätze. Sie sind sich bewußt darüber. Kennst Du Jeff Hansen?

Er ist bei WORT in Madison.

Als ich das letzte Mal dort war arbeitete er bei einem kleinen Radiosender in Madison. Er wollte ein Interview mit mir machen, in der Zeit wo ich auch einige Veranstaltungen zu Medien gemacht habe. Er begann das Interview mit einem Ausschnitt aus einem Interview, das er mit Jeff Greenfield geführt hatte, du kennst es vielleicht. Er fragte Greenfield warum er denn nie Chomsky auf dem Sender hätte, dann fing Greenfield an eine totale Tirade gegen mich loszulassen. Nachdem er sich einigermaßen beruhigt hatte und keinen Schaum mehr vor dem Mund hatte, sagte er etwas, was schon richtig ist. Er sagte ich sei nicht prägnant genug und könne mich nicht kurz fassen. Wir bräuchten solche Leute, die kurz und bündig ihren Standpunkt darlegen können. Vielleicht wäre ja der beste Experte zu irgendeinem Thema ein Türke und späche nur türkisch, das sei nicht gut. Wir müssten jemand haben, der etwas knapp sagen kann und dieser Chomsky schwätzt und schwätzt. Da ist was dran.

Schaue mal in Mother Jones vom Februar/März 1990 da ist ein interessanter Artikel von Marc Cooper, in dem er die Experten, die in verschiedenen Shows auftreten analysiert. Natürlich neigen sie alle nach rechts. Aber der Kommentar ist interessant. Er sprach mit Leuten, die in den Medien arbeiten und sie sagten: „Das sind Leute, die es verstehen, ihre Gedanken prägnant, einfach und geradeheraus zu formulieren und es somit auch zwischen der Werbung unterbringen können." Das ist bezeichnend.

Wenn Du dazu angehalten wirst lediglich zwei Sätze zu sagen oder 700 Wörter-Statements brauchst Du keine Hintergrundinformationen oder Argumente. Sagst Du etwas unkonventionelles fragen sich die Leute was wird denn da erzählt. Als ich zur Invasion in Vietnam referierte fragten die Leute »Wovon redest du?« Ich habe noch nie so etwas gehört. Das stimmt auch. Sie haben nie vorher davon gehört. Ich muß erklären, was ich sagen will. Oder stell Dir vor ich spreche vom internationalen Terrorismus, und ich sage wir müssen ihn in Washington bekämpfen, denn dort sei das Zentrum. Da antworten die Leute »Was meinst du damit, daß Washington das Zentrum ist?«. Das mußt du erklären, dafür bedarf es einen Hintergrund.

Das ist genau das wovon Jeff Greenfield spricht. Es ist nicht erwünscht Hintergrundinformationen zu geben, es könnte zu kritischen Gedanken führen. Konformistische Gedanken sind gefragt, lediglich Wiederholungen der Propaganda, der Parteilinie. Dafür braucht es Prägnanz. Ich könnte es auch machen. Ich könnte in drei Sätzen sagen, was ich denke, es würde nur einen außerirdischen Klang haben, weil dafür keine Basis vorhanden ist. Kommst du vom American Enterprise Institut ist es leicht die Message in drei Sätze zu verpacken. „Gaddafi ist das größte Monster der Welt, die Russen erobern die Welt, dies und das und Noriega ist der größte Verbrecher seit so und so". Dafür braucht niemand Hintergrundinformationen. Du wiederholst einfach die Gedanken, die du überall hörst, von Typen ausgesprochen wie Dan Rather oder ähnlichen. Das ist eine wertvolle Technik.

Meiner Meinung nach würden Leute wie Ted Koppel, wenn sie ein bißchen intelligenter wären, weitaus mehr Dissidenten zu Wort kommen lassen, weil diese sich selbst zu Idioten machen würden. Entweder Du verkaufst dich und sagst das, was ständig gesagt wird und hörst dich vernünftig an oder Du sagst, was Du denkst und in dem Fall hört es sich an wie die Meinung eines Verrückten, selbst wenn es die Wahrheit wäre und es leicht zu untermauern wäre. Der Grund liegt in dem völligen Ausschluß dieser Gedan-

ken. Es klingt von ihrem Standpunkt aus verrückt. Und sobald Du prägnant sein mußt, wie Jeff Greenfield fordert, hast du keine Zeit für Erklärungen.

Das ist eine wunderbare Propagandatechnik. Mir wurde gesagt, daß in Japan genau das gleiche geschieht. Große Teile der Welt haben noch nicht diesen Grad der Abgeklärtheit erreicht. Du kannst im belgischen Radio oder im BBC sagen was du willst. In den USA ist das sehr sehr schwer möglich.

In dem Essay „Language and Freedom" schreibst du: „Soziale Aktionen müssen von einer Zukunftsvision geleitet werden." Ich frage mich welche Zukunftsvisionen leiten Dich?

Ich habe meine eigene Vorstellung darüber wie eine zukünftige Gesellschaft aussehen sollte. Ich habe darüber geschrieben. Ich denke auf einer ganz generellen Ebene sollten wir Formen von Autorität und Unterdrückung ausschließen, ihre Legitimation in Frage stellen. Manchmal sind sie legitimiert. Es gibt welche die zum Überleben notwendig sind. Während des II.Weltkriegs hatten wir eine totalitäre Gesellschaft und ich dachte, daß dies unter Kriegsbedingungen gerechtfertigt sei.

Die Bezeihung zwischen Eltern und Kindern beispielsweise beinhalten Formen des Zwangs. Sie sind manchmal berechtigt. Aber jede Form des Zwangs benötigt eine Rechtfertigung und die meisten sind völlig ungerechtfertigt. Zu verschiedenen Zeiten der menschlichen Zivilisation war es möglich einige dieser Zwänge in Frage zu stellen und andere nicht. So muß zu jedem Zeitpunkt die Form der Autorität und Unterdrückung herausgefunden werden, die keine Legitimation hat, die fundamentale Menschenrechte bricht, die im Gegensatz zur menschlichen Natur und menschlichen Rechten steht. Bei Betrachtung der gegenwärtigen Situation ist meine zukünftige Gesellschaft eine, die kontinuierlich das Maß der Freiheit ausweitet, zu größerer Gerechtigkeit führt, die äußeren Kontrollen begrenzt und eine breite öffentliche Partizipation beinhaltet.

Was sind heute die wichtigsten Dinge? Es sind einige bekannt. Die feministische Bewegung hat welche benannt, die Bürgerrechtsbewegung andere. Aber eine der wichtigsten Anliegen ist nicht benannt und das ist der Kern des Systems der Unterdrückung, der privaten Kontrolle über Ressourcen, Produktion und Distribution. Die Revolutionen im 19.Jahrhundert haben es nicht vollendet. Selbst die Texte des klassischen Liberalismus sprechen davon, daß die Leute unter Kontrolle arbeiten müssen anstatt frei und nach ihren Bedürfnissen orientiert zu arbeiten. (...)

Das ist alles in Vergessenheit geraten, es muß wiederbelebt werden. Das bedeutet einen Angriff auf die elementarsten Strukturen des Staatskapitalismus. Das ist etwas was in nicht allzu großer Ferne liegt. Tatsächlich brauchen wir uns nicht den Kopf darüber zu zerbrechen. Vieles wurde schon im 19.Jahrhundert gesagt, sogar in liberalen Texten und später in den libertären Teilen der sozialistischen Bewegung und in der anarchistischen Bewegung. Ich denke es ist ein Thema das angegangen werden muß.

Eine Vision der zukünftigen Gesellschaft muß von dem Standpunkt aus eine sein, in der die Produktion, die Entscheidungen oder Investments unter demokratischer Kontrolle stehen. Das bedeutet einer Kontrolle durch die Kommunen, durch die Arbeitsplätze, durch ArbeiterInnenversammlungen in Fabriken und Universitäten, was für Organisationen es auch sein mögen, die einzelnen Sektoren müssen durch föderale Strukturen verbunden werden. Dies sind alles durchführbare Entwicklungen auch in fortgeschrittenen industrialisierten Gesellschaften. Der kulturelle Boden für solch eine Entwicklung ist nur begrenzt vorhanden, das kann man aber ändern. Das ist ein Aspekt der zukünftigen Gesellschaft. Er ist nicht der einzige, weil es noch andere Formen der Hierarchien und Unterdrückung gibt, die zerstört werden müssen.

Die Systeme die bis jetzt existieren waren Staatskapitalismen, in der Art die uns vertraut ist oder dem Bürokratismus des Sowjetsystems mit einer bürokratisch-militärischen Managerelite, die die Wirtschaft sowie die gesamte Gesellschaft in autoritärer Weise plante und koordinierte. Das ist glücklicherweise zusammengebrochen. Unser System war davon nicht betroffen, obwohl es so sein sollte. Das Bild einer zukünftigen Gesellschaft, das eben entwickelt wurde, muß weiter ausformuliert werden und in Teilen wurde dies schon gemacht.

Woher schöpfst Du deine Kraft in Momenten der Verzweiflung?

Das ist überwiegend ein Problem, ob du noch in den Spiegel schauen kannst. Wenn du dich ermutigen willst, gibt es Möglichkeiten dafür. Die Umstände sind im Vergleich von vor 25 oder 10 Jahren besser geworden. Beispielsweise wäre es mir vor zwanzig Jahren nicht möglich gewesen nach Manhattan/Kansas zu gehen und dort Leute zu finden, die besser informiert sind als ich, die aktiv und engagiert sind. Als ich anfing Vorträge zu halten so um 1964 herum schien es hoffnungslos zu sein. Damals hieß einen Vortrag halten, sich mit zwei drei Leuten in irgendeinem Wohnzimmer zu treffen, oder in einer Kirche, wo ein Besoffener kam, ein anderer der dich umbringen wollte und die zwei Organisatoren. Als wir zu diesen Zeiten öffentliche Veranstaltungen organisierten, ich erinnere mich an eine in der MIT zu Vietnam, Venezuela und Iran, war unsere Hoffnung die, daß die Zahl der Besucher die der Organisatoren übertreffen würde. Die erste öffentliche Versammlung auf der ich sprach war im Oktober 1965 auf dem Campus von Bosten, an einem internationalen, studentisch organisierten Protesttag gegen den Indochina-Krieg. Es waren 200 bis 300 Polizisten anwesend, die wir sehr gerne sahen, muß ich sagen, weil wir ansonsten gelyncht worden wären. Die Menge war total aufgebracht, es waren zumeist Studenten von der Universität. Die waren bereit dich zu lynchen. Unsere Forderungen waren gemäßigt, es war schon unangenehm zu sagen »Hört auf mit der Bombardierung Nord-Vietnams«. Über die Bombardierung Süd-Vietnams hat man gar nicht gesprochen. Das ging bis 1966 so. Wir konnten in Boston keine Demonstration durchführen, sie wäre von Studenten und anderen zerschlagen worden. Da fühlte ich mich hilflos und habe keinen Ansatzpunkt gesehen.

So bist du also heute zuversichtlich?

Es ist eine Sache der Persönlichkeit, ob du entmutigt oder zuversichtlich bist, nicht eine Angelegenheit von objektiven Fakten. Verschiedenen Sachen sind besser geworden. Ich glaube das kulturelle Niveau ist gestiegen. Außerhalb der gebildeten Kreise ist der intellektuelle Gehalt des Diskurses und das Allgemeinverständnis ständig gewachsen. Ich bezweifle es keinen Augenblick lang. Das ist ermutigend. Wenn du dich entmutigen willst, brauchst du nur an den mühsamen Weg zu denken, der noch zurückzulegen ist bis auf die Politik nachhaltig Wirkung erzielt werden kann. Das sind Fragen von Stimmungen nicht von einer objektiven Realität. Ich sehe keinen Sinn darin, dem große Beachtung zu schenken.

Nimm die Ökologie. Wenn du eine objektive Analyse geben willst, kannst du sagen, daß in einigen hundert Jahren nichts außer den Küchenschaben übrig geblieben sein wird. Egal was wir tun. So was liegt im Bereich des Möglichen. Andererseits kannst du versuchen etwas dagegen zu tun, Dinge zu ändern. Du hast zwei Möglichkeiten: Nichts tun. In diesem Fall bist du in der Lage vorauszusehen, was passiert oder etwas zu tun, weil es eventuell noch eine Chance gibt.

Und du hast dich fürs Handeln entschieden.

Ich versuche es.

Negativer Nationalismus im Kriegstreiberdiskurs

Wie die [illegible] Reich und die Funk[illegible]vorwurfs die linke [illegible]te



*Bei vorliegendem Artikel handelt es sich um Auszüge (im wesentlichen aus dem Kapitel „Geschi chtsrevision und Negativer Nationalismus“ aus dem Buch von Klaus Schönberger und Claus Köstler: **„Der freie Westen , der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus – oder Wie hierzulande die Herrschaft der »neuen Weltordnung« als »Krieg in den Köpfen« begonnen hat“.***

Wir können (leider!) nicht das ganze Buch hier wiedergeben, deshalb die Versicherung, daß sich die Lektüre lohnt, zumal wir z.B. die Wiederbelebung deutschen Militarismus im Zeichen von UNO und Europa derzeit hautnah erleben. Zudem werden wir auch weiterhin mit den „Argumenten“ z.B. des KONKRET-Kreises und des Kreises um „KRITIK & KRISE“ konfrontiert sein und dabei sind die hier vorliegenden Analysen ihrer Grundlagen allemal hilfreich. (Ein besonderer Gruß gilt in diesem Zusammenhang den aus dem AK des ehemaligen KB hinausgedrängten „libertären Kommunisten“, die derzeit ein Angebot von KRITIK & KRISE „prüfen“, an diesem Blatt mitzuarbeiten.)

Die Debatte während des Golfkriegs hat gezeigt, daß es ein nennenswertes politisches Projekt der Linken in diesem Lande zur Zeit nicht gibt. Fast jede Fraktion hat sich auf ihre Weise blamiert. Der Organisationsversuch einer *Radikalen Linken* hat diesen "Krieg in den Köpfen" nicht überlebt. Dabei wurde offensichtlich, daß hierzulande manch(e) Linke(r) über eine negativ besetzte Apologie des (bundesrepublikanischen) Nationalismus nicht hinaus kommt. Diese Sichtweise verliert insbesondere den Blick für momentan sich anbahnende Entwicklungen zum Modell "Festung Europa". Nicht zuletzt ließ ein solch "Negativer Nationalismus" (radikale) Linke zu ParteigängerInnen des Kriegstreiberdiskurses während der Golfkrise werden.

Wir wollen darüber hinaus im folgenden zur Klärung der Frage beitragen, warum der Antisemitismus-Vorwurf an die Antikriegsbewegung während des Golfkriegs überhaupt zu deren Zusammenbruch führen und warum sie dem Kriegstreiberdiskurs nichts Substantielles entgegnen konnte.

Die Ursachen hierfür sind hauptsächlich in den letzten beiden Jahrzehnten vor dem zweiten Golfkrieg zu suchen. Neben der hegemonialen Durchschlagskraft der Okzidentalen Ideologie spielte hierbei vor allem die eigene linke antifaschistische Praxis und der mit ihr verbundene verkürzte funktionalistische Faschismusbegriff eine zentrale Rolle. Als ein weiterer wesentlicher Schwachpunkt sollte sich der ständige Versuch herausstellen, aktuelle Verhältnisse unter Rückgriff auf den historischen Nazi-Faschismus erklären oder denunzieren zu wollen. Dieses Anliegen durchzieht wie ein roter Faden die Geschichte verschiedenster linker und in der Antikriegsbewegung vertretener politischer Gruppen. Welche fatalen Folgen dies zeitigte, soll (im Buch S.91-123) anhand der Friedensbewegung, der Antiimperialisten, der Autonomen sowie der Palästinakomitees illustriert werden. Bei all diesen Bewegungen lassen sich grundlegende Irrtümer und Defizite in ihrer Antisemitismusanalyse infolge einer unzureichenden Auseinandersetzung mit dem Nazifaschismus feststellen. Unzulängliche und undifferenzierte Parallelisierungen gegenwärtiger politischer Verhältnisse mit der nazi-deutschen Geschichte bewirkten, daß für antisemitische oder die deutsche Geschichte „entsorgende" Positionen (meist unfreiwillig) der Türöffner gespielt wurde. Versuchten solche Vorstellungen unter dem linken Deckmantel Land zu gewinnen, blieben sie lange Zeit unbeachtet oder galten als vernachlässigbar. Das rächte sich bitter. Unter den Bedingungen des Golfkriegs vermochte der Kriegstreiberdiskurs diese Versäumnisse mehr und mehr als Voraussetzung für den Antisemitismusvorwurf in das Zentrum der Debatte zu rücken. (...)

Der Kriegstreiberdiskurs forderte eine unabdingbare Parteinahme für den Krieg an der Seite Israels. Selbst wer nur zu bedenken gab, ob es nicht eben dieser Krieg sei, der Israel gefährden könnte, dem wurde summa summarum verantwortungsloses „Aussitzen", wenn nicht gar Schlimmeres vorgeworfen. Der Friedensbewegungspazifismus im Rahmen des Golfkrieges mag problematisch gewesen sein, nur ein Israel gefährdendes „Aussitzen" läßt sich ihm kaum unterstellen. Gegenüber solchen Vorwürfen würden wir darauf bestehen, daß das Verstummen und die Ohnmacht der Friedensbewegung während des Golfkriegs hauptsächlich das Eingeständnis der Fragwürdigkeit ihrer seitherigen, bloß moralisch-pazifistischen Grundhaltung, ihrer Unterlassungen in den 80er Jahren sowie die praktische Auswirkung eines viel zu spät einsetzenden Lernprozesses hinsichtlich der bisher benutzen Bild- und Symbolsprache zum Ausdruck brachte.

Während des „Historikerstreites" in den 80er Jahren wiesen linke und linksliberale Publizisten letztmals noch gemeinsam den durchsichtigen Versuch zurück, Auschwitz mit anderen Greueln der Geschichte in relativierender Absicht zu vergleichen. Andererseits entsprach das „Tabu" Auschwitz nicht zu vergleichen zugleich einem kollektiven *„Denkverbot"* (J.-Ph. Reemtsma, Deutsche Linke 91, in: Konkret 11/91) Dessen Berechtigung führte Enzensberger mit dem unsäglichen Vergleich von Saddam und Hitler nochmals anschaulich vor Augen. Durch ihn wurde aber erstmals das Tabu von einem prominenten „linken" Publizisten öffentlichkeitswirksam gebrochen. (H.M. Enzensberger: Hitlers Wiedergänger, in: Der Spiegel 6/91)

Bei der Gleichsetzung „Saddam=Hitler" im Gefolge der Okzidentalen Ideologie sowie der Instrumentalisierung der „Historischen Verantwortung der Deutschen" auf Seiten des Kriegstreiberdiskurses ging es nie um im wissenschaftlichen Sinne historisch „richtige" Analogieschlüsse. Dieselben waren vielmehr immer als Kampfbegriffe zur „Gleichschaltung" der öffentlichen Meinung gedacht. Ihre Hauptaufgabe bestand darin, die Gegner des Krieges mittels einer Argumentationsfigur aus ihrem ureigenen Feld, dem Antifaschismus, mundtot zu machen und zugleich den Ausstieg aus der eigenen, linken Geschichte ideologisch abzusichern: *„In diesem realem Zusammenhang sind die verblendeten Vorwürfe »linker Anti-Amerikanismus« und »linker Antisemitismus« für einige ehemals Linke die Hundemarken, womit sie andere zu stigmatisieren trachten, um für ihre Integration in die psychologische Kriegsführung der kapitalistischen Verwertungsgemeinschaft den Anspruch der Aufklärung zu erschleichen und den guten Namen der Kritik zerstörerisch zu mißbrauchen".* (H.Thielen: Der Krieg der Köpfe, Bad Honnef 1992) Sie formulierten im Zusammenhang mit der „Historischen Verantwortung" eine neue Sozialfaschismus-Ideologie gegenüber Pazifisten und Antiimperialisten, die die Spaltung und Auflösung der Linken weiter vorantrieb.

Für den Erfolg des von Linken dominierten Kriegstreiberdiskurses spielte eine wesentliche Rolle, daß die mit ihm verbundene Propaganda nicht mehr nur von der üblichen Sorte war. Seine Protagonisten bezogen sich nun auch auf die linke widerständige Argumentationstradition, wie den antifaschistischen Diskurs der 60er und 70er Jahre. Dadurch gelang es, Verwirrung zu stiften: *„Ihre stärkste Wirkung entfalteten sie da, wo sie erst links antäuschten, um dann ganz rechts einzuspuren."* Wir erlebten eine linke Geschichtsrevision, der wir zum Zeitpunkt des Krieges wenig Substantielles und *„noch seltener inhaltlich-offensiv etwas entgegensetzen konnten".* (LUPUS-Gruppe: Die Maskenbildner des Krieges, in: Schwarzer Faden 3/91) Mitunter muß selbstkritisch eingeräumt werden, daß das auch eine Folge der *„fehlenden Auseinandersetzung mit den Gefahren des gewöhnlichen Anti-Imperialismus, nämlich dem Hang zum verschwörungstheoretischen und vereinfachten ökonomistischen Argumenta-tionen"* (Chr. Kind: Der banale Krieg, in: Diskus 1/92) war, die dazu führten, daß einige Parolen der Antikriegsbewegung sich scheinbar kaum mehr von denen der Neonazis unterschieden, obwohl sie etwas grundsätzlich anderes meinten.

Verwirrung stifteten auch jene Kriegsbefürworter, die aus einer angeblich radikalen „Nie-wieder-Deutschland-"Position heraus nun jedes Agieren und Reagieren der vergrößerten Bundesrepublik (ihrer Regierung wie ihrer Staatsangehörigen) als Ausreißversuch der wiedererstarkten Großmacht interpretierten und dabei Opfer ihres „Negativen Nationalismus" (Begriff von George Orwell: in *Notes on Nationalism*) wurden. Denn die Behauptung H.G. Gremlizas, daß *„das neue deutsche Reich"* sich durch seine angebliche Nichtbeteiligung am Golfkrieg *„zum ersten Mal offen als Konkurrent"* (H.G. Gremliza: Bankrott der Linken, in: Konkret 5/91) der USA profiliere, ist dann doch etwas zu weit gehender Unfug. Er verkehrte diese aus der Weltmarktkonkurrenz resultierende unterschwellige Tendenz und Ab-

sicht zur Realität. Kurzerhand erklärte er die Bundesrepublik zur Kriegspartei an der Seite des Irak: *„Und so habe ich in der deutschen Friedensbewegung nicht primär eine Bewegung erkannt, die den Krieg am Golf be- oder verhindern wollte, sondern eine deutschnationale Bewegung, die im Einklang mit den politisch und gesellschaftlich Herrschenden den Golfkrieg dazu nutzen wollte, dem neuen Deutschland größeren außenpolitischen Spielraum zu verschaffen."* (Gremliza: ak-Interview, in: ak-334, 1991) Oder ähnlich: *„In seltener Einmütigkeit, gleichsam konvergierend, wirkten Regierung, Opposition und Fridensbewegung zusammen."* (D. Diner: Den Westen verstehen, in: Kursbuch 104, 1991). Mag das für grüne „Vordenker" wie Udo Knapp und Bernd Ulrich auch zutreffen, so ist derlei für die Antikriegsbewegung insgesamt schlichtweg Unsinn. Außerdem: im September 1990 wollte Gremliza noch *„keine Gründe für eine US-amerikanische Intervention"* erkennen, die *„gleichzeitig für eine deutsche Beteiligung sprächen"*. (H.G. Gremliza: Mardersprung nach Akaba, in: Konkret 9/90) und auch noch im Januar 1991 hatte der KONKRET-Herausgeber angemerkt, er könne den Krieg der USA nicht unterstützen, da *„die Partei (...) des George Bush (...) eben auch Helmut Kohls Partei und also die großdeutsche"* sei. (H.G. Gremliza: „and the good", in: Konkret 1/91) Auch Staatsphilosoph Diner verkündete, daß *„der Krieg am Golf auch ein deutscher Krieg war."* (D. Diner: Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt, Berlin 1991)



Thomas Wachweger

Aber die anfängliche Zurückhaltung der Medien läßt sich nicht dahingehend umbiegen, daß von Seiten der Regierung regelrecht *„Stimmung gegen diesen Krieg und gegen eine deutsche Kriegsbeteiligung"* gemacht worden sei. (H.G. Gremliza, in: Streitgespräch, Konkret 5/91) Die Bundesrepublik selbst hielt sich zwar militärisch weitgehend bedeckt. Statt-dessen dominierte aber die Mobilmachung für den Krieg in den Köpfen. Der Kriegs-treiberdiskurs macht als Probelauf der Okzidentalen Ideologie gegen die künftigen *„Feinde des Menschengeschlechts"* (Enzensberger) am meisten Sinn: *„Der Golfkrieg kann vielleicht als erstes Anzeichen dessen begriffen werden, daß uns diese Außenseiter nun in gewissem Sinne zu belagern beginnen"*. (H.M. Enzensberger: Grave New World, in: Marxism Today 12/91) Die Attacken gegen die Friedensbewegung und ihren oftmals hilflosen Pazifismus wollten diesmal noch nicht eine direkte deutsche militärische Beteiligung erreichen, sie beschränkten sich auf das Erreichen einer Hegemoniefähigkeit von Militarismus und Kriegsgeschrei in der (ver)öffentlich(t)en Meinung: *„Und diesmal stehen die Deutschen auf der richtigen Seite, dürfen aber nicht richtig mitmachen, weil sie ja noch eine alte Schuld haben. Daraus konstituieren die Medien einen herzzreißenden Widerspruch, Israel schützen zu wollen, aber nicht zu dürfen. Dabei geht es am allerwenigsten um Israel, sondern um die Rolle der BRD als Großmacht, die endlich international militärisch eingreifen können will. Diese Mobilmachung muß zwangsläufig eine Voraussetzung erfüllen: sie muß sich der deutschen Geschichte entledigen, und aller Konsequenzen, die daraus hätten gezogen werden müssen."* (Auschwitz-Komitee: Offener Brief, in: Radikale Linke-Rundbrief 2/91).

Im übrigen stimmt es einfach nicht, daß Deutschland keine „Kriegspartei" an der Seite der Alliierten gewesen ist. Im Golfkrieg war die Bundesrepublik die wichtigste logistische Basis für die US-Army. Ein Blick auf die Leitartikel und Kommentare eine Woche nach Kriegsbeginn belehrt zudem schnell eines Besseren. Im übrigen dankte Anfang Juni 1991 in Erlangen der US-Vizepräsident Dan Quayle der Bundesregierung und der deutschen Bevölkerung für ihre Unterstützung im Golfkrieg. Es ist zwar richtig, daß die Bundesregierung die USA nicht drängte, diesen Krieg zu beginnen und es soll auch gar nicht in Abrede gestellt werden, daß die herrschenden Klassen der Bundesrepublik während des Krieges eigene Ziele verfolgten, doch läßt sich daraus noch lange kein *„Abschied vom Westen"* (Dan Diner) konstruieren, denn trotz der widersprüchlichen „Nah Ost"-Interessen zwischen den imperialistischen Zentren (EG, USA und Japan) kann nach wie vor ein ideelles imperialistisches Gesamtinteresse (Fülberth) dieser Länder zugrunde gelegt werden: *„Es gibt keinen Krieg nach dem Zweiten Weltkrieg, der so übereinstimmend von Europa und den USA gemeinsam vorbereitet und durchgeführt wurde und wird wie dieser Krieg der Ersten Welt gegen den Rest der Welt. Es gibt keinen Krieg seit 1945, der so deutlich und offen zeigt, wie nahtlos die Herrschaftsinteressen Europas und der USA (und Japans, d.V.), der ersten Welt also, ineinander verschmelzen, wenn es darum geht, die Verhältnisse gerade in der arabischen Region nach ihren Interessen neu zuzurichten"*. (LUPUS-Gruppe: Aufbauen, abbauen, aufbauen, abbaunen..., in: Diskus 1/91) Allerdings müßten hier nunmehr aktuelle Imperialismus-Analysen mit stärker differenzierten Zwischenebenen ansetzen, die endlich davon abkämen, sich ausschließlich am Feindbild des Superimperialisten USA zu orientieren (vgl. Roth) und die seine schärfsten Handelsrivalen Europa und Japan mehr ins Blickfeld nehmen würden. Ansätze hierfür lieferten inzwischen C. Kind (Der banale Krieg, in: Diskus 1/91), der in Anlehnung an Noam Chomskys Vorstellung vom „Rent-a-cop"-Modell (Chomsky, Beinin u.a.: Die neue Weltordnung und der Golfkrieg, Grafenau 1992) die USA eher als *„Schrittmacher des europäischen Willens gebraucht"* sieht. Die Bereitschaft, Krieg zu führen, ist demzufolge nicht hauptsächlich in den besonderen ökonomischen Interessen der USA zu suchen, sondern liegt eher im europäischen Stabilitätskalkül in der Golfregion begründet. Gemäß dieser Sichtweise wurde der Krieg von den USA in der „Hoffnung auf Zugeständnisse" seitens Europas und Japans betrieben.

Es sei an dieser Stelle nochmal betont, daß auch die Denkfaulheit der Linken und

ein allzu platter Antiimperialismus es dem Kriegstreiberdiskurs sehr einfach machte, hegemonial zu werden. (...)

In die Nähe von politischem Aberglauben geraten aber die aus einem Negativen Nationalismus gespeisten anhaltenden Versuche, die Gefährlichkeit des Neuen Deutschlands aus seiner Nichtteilnahme am Golfkrieg ableiten zu wollen. Es war vielleicht der einzige Erfolg der Antikriegsbewegung, diesmal eine direkte militärische Beteiligung noch verhindert zu haben. Nicht so der „Atlantiker" Diner, ein Verfechter der These vom „Sonderweg" der politischen Kultur der Deutschen oder der „unbelehrbare" Gremliza: Beide zeigen sich zwar von der anhaltenden Gefährlichkeit eines deutschen Militarismus überzeugt, doch erscheint ihnen paradoxerweise das Bestreben, die Fesseln der noch beschränkten bundesdeutschen militärischen Souveränität abzulegen, weniger bekämpfenswert. Eher im Gegenteil. Sie fordern ausdrücklich bis implizit eine aktive Mitwirkung der Bundeswehr an Kriegshandlungen wie jenen am Golf. Diner, auf dem Sprung vom Staatsphilosoph zum Staatsrath: *„Eher ist zu befürchten, daß durch fortgesetzte Distanzierungen vom Westen und Absagen an ein multinationales Vorgehen bei etwaigen Konflikten ein Weg eingeschlagen werden könnte, der nolens volens zu eigenständigem politischen Handeln führt. Paradox genug, aber derartige Abstinenzen dürften in ferner Zukunft in eine hegemoniale Rolle Deutschlands münden, die wohl nicht willentlich angestrebt wird, sich aber gleichsam hinterrücks ergeben könnte."* (D. Diner: Der Krieg der Erinnerungen...)

Eine Position aus dem Umfeld der Freiburger ISF (Initiative Sozialistisches Forum), wie die von M. Dahlmann zeigt, zu welch abenteuerlichen Schlüssen derartige Vorstellungen führen können: *„Je weniger Schüsse Deutsche im Bündnis mit der USA abgeben, um so leichter wird es den am deutschen Modell einer nachholenden kapitalistischen Entwicklung orientierten staatskapitalistischen Staaten der Dritten Welt fallen, sich mit Deutschland gegen den Imperialismus Amerikas zu verbünden."* (M. Dahlmann: Der Frieden des Kapitals, in: Kritik & Krise 4/5-91) Na denn, vorwärts und alles vergessen!



Ausgangspunkt dieser Argumentation ist das Interpretament vom „Sonderweg" der Deutschen. R.J. Evans beschreibt die Sonderwegkonstruktion und ihre Verwendung in der Bundesrepublik einerseits als Ausdruck eines kritischeren Blicks auf die deutsche Geschichte, andererseits, auch wenn in ihr einige marxistische Versatzstücke enthalten sind, als Versuch der historischen Legitimierung der liberal-kapitalistischen, sozialen und politischen Ordnung der 60er und 70er Jahre durch sozial-liberale Historiker. So *„spaltete diese Sichtweise die deutsche Vergangenheit von der westdeutschen Gegenwart ab. Die Katastrophe von 1933 wurde nicht dem Kapitalismus zugeschrieben, sondern dem Fortleben feudaler oder präkapitalistischer Eliten. Wenn Industrielle Hitler unterstützen, dann nicht als (kapitalistische) Industrielle, sondern da sie (als Bürgertum) »feudalisiert« waren. In dieser Sichtweise hatte der Nazismus Erfolg, weil der Kapitalismus in Deutschland sich nicht in der Lage zeigte, seine »normalen« Begleitumstände in Form eines liberalen und parlamentarischen demokratischen Systems zu erzeugen"* (Richard J. Evans: Rethinking German History. Nineteenth-Century Germany and the Origins of the Third Reich, London 1987). In der diesbezüglichen Debatte der Geschichtswissenschaften geht es hauptsächlich um die Frage, warum gerade der deutsche Nationalstaat Auschwitz hervorgebracht hatte. In der Linken wurde dieses Interpretament für die Auseinandersetzung um den Anschluß der DDR und die Haltung „der" Deutschen zum Golfkrieg aktualisiert und fortgeschrieben, um vor allem die Westintegration *„als alternativlose Konsequenz und als gelungene Bewältigung der deutschen Geschichte zu stilisieren und eine rückhaltlose Bejahung dessen zu fordern, was sich realgeschichtlich durchgesetzt hat"* (King/Görg/Scharping: Deutschland verstehen?, in: links 9/91). Zugleich soll diese Behauptung die „Nie-wieder-Deutschland"-Orientierung und die damit verbundene „dümmliche Parole vom 4.Reich" (Redaktion Diskus: Vorwort zu „Küss den Boden der Freiheit, Edition ID-Archiv, Berlin 1992)' eines Teils der Radikalen Linken theoretisch absichern. Mag letzteres in der tagespolitischen Auseinandersetzung gegen deutschen Nationalismus und die „Wiedervereinigung" eine zulässige Verkürzung sein, so taugt *„diese moralisierende Sicht auf die realen gesellschaftlichen Veränderungen"* als analytische Kategorie zur Beurteilung der Antikriegsbewegung nicht. Zur Kritik der 4.Reich-Parole äußerte sich auch die autonome LUPUS-Gruppe, der wiederum Tolmein/Zum Winkel vorhalten, daß sie sich dem deutschen Nationalismus im Gefolge der „Wiedervereinigung" nicht auseinandersetzen wollen. Die Tatsache, daß *„Antisemitismus und Rassenhygiene, politische Polizei und Armee (...) hier schrecklichere Wirkungen gezeitigt" haben, als in »jeder kapitalistischen Gesellschaft«"* (Tolmein/Zum Winkel: Herr P. und die Bombe. Vom Krieg der Polemiker, Hamburg 1991) soll dabei gar nicht in Abrede gestellt werden. Doch ist es eben fraglich, ob in der Analyse der gegenwärtigen Verhältnisse der historische Bezug auf das „3.Reich" und der „Sonderweg der Deutschen" für eine Erklärung hinreichend ist. Die „Nie-wieder-Deutschland"-Orientierung ist nämlich eine verkürzende Fixierung auf einen imaginären Gegner, der so konstruiert gar nicht das vorrangige Problem darstellt. Ein Teil der Radikalen Linken bestimmt somit ihre politische Analyse über ein nationales deutsches Kapital, das in dieser Form längst nicht mehr existiert. Die ISF (Freiburg) geht demgegenüber aufgrund einer fehlenden deutschen bürgerlichen Revolution von einem schwachen Bürgertum aus und bezieht sich eher auf die daraus resultierenden angeblich gefährlichen Formen deutscher Staatlichkeit. In der britischen neomarxistischen Geschichtsschreibung ist es schon seit längerem umstritten, eine „normale" britische oder französische Entwicklung zur bürgerlichen Gesellschaft zu konstruieren und davon dann einen deutschen „Sonderweg" ableiten zu wollen. Blackbourn/Eley (The Peculiarities of German History, Oxford 1984) bestehen darauf, daß die „Sonderweg-These von der falschen Vorstellung einer „Natur" bürgerlicher Revolutionen ausgeht.

Die Nachkriegsordnung in Europa war und ist bestimmt von der „Pax Americana". Die Verflechtungen des Kapitals sind inzwischen weitgehend international, weshalb es überaus problematisch ist, es nur unter nationalen Gesichtspunkten betrachten zu wollen. Daher geht es heute in der Bundesrepublik weniger um ein „4.Reich", sondern eher um *„ein neues europäisches Imperium"* (Spezial-Redaktion: Viertes Reich oder Neues Imperium, in: Spezial 81/1991) unter bundesdeutscher Führung. Der EG-Gipfel in Maastricht hat gezeigt, und die Zukunft wird es weiter weisen, daß ein Vereintes Europa hauptsächlich ein bundesdeutsches Projekt ist. Noch existente Dominanzansprüche eines deutschen Militarismus werden versuchen, sich auf diesem Wege

einzulösen. Deswegen liegt es näher, davon auszugehen, daß dieser Anspruch über den Umweg der Einbindung in westeuropäische, US- oder UNO-geführte militärische „Kooperationen" durchgesetzt werden könnte. Hierzu diente auch der (gescheiterte) Versuch bestimmter Fraktionen in den Regierungsparteien, sich im Golfkrieg erstmals als militärischer Faktor im imperialistischen Machtgefüge anzudienen. Insbesondere Israel und die „Historische Verantwortung" gerieten dabei zum „innenpolitisch und außenpolitisch einsetzbaren Joker im deutschen Spiel um die Weltmachtrolle" (Tolmein: Überwältigte Vergangenheit, in: Konkret 3/91). Folglich ist alles zu tun, um den herrschenden Klassen in der Bundesrepublik jegliches militärisches Agieren zukünftig strukturell zu verunmöglichen.

Unabhängig davon steht eine nationaltraditionelle Mitteleuropastrategie der Bundesrepublik, also ein Imperialismus auf eigene Faust, nicht auf der Tagesordnung. Die Bundesrepublik ist nämlich allein auch nicht in der Lage, die politischen und sozialen Konsequenzen der kapitalistischen Durchdringung Osteuropas ohne Partner zu bewältigen. Die Gefährdung der gesamten Reproduktion der Hegemonialstruktur – Japan, USA, Europa und insbesondere der BRD (vor dem Hintergrund drohender ökonomischer Zusammenbrüche eines der kapitalistischen Zentren oder des Alleingangs eines derselben) – beschränkt derzeit die Handlungsfähigkeit eines auf die Integration in die WEU oder in die NATO verzichtenden deutschen Militarismus (Fanizahdeh/Lepper: Zwei Atlantiker. Brumliks und Diners neueste Weltweisheiten, in: Diskus 41, 1/92). **Wenn dem so ist, dann ist das Starren auf das angeblich drohende „4.Reich" völlig daneben und die Forderung nach militärischer Einbindung dysfunktional, da es der eigentlich Einhalt zu gebietenden Entwicklung Vorschub leistet.** (Hervorhebung, SF-Red.) Im übrigen sollte noch ein Blick auf die Erscheinungsform des gegenwärtig hegemonialen deutschen Nationalismus geworfen werden, da die internationalen Verflechtungen zugleich veränderte Ausgangsbedingungen für nationalstaatliches Handeln auch in der Bundesrepublik bedingen.

Unsere Problematisierung des Negativen Nationalismus bedeutet keineswegs die Apologie von „nationaler Identität", sondern weist darauf hin, daß die antideutsche Weltanschauung (die moralisch verdienstvoll sein mag) die gesellschaftliche und politische Wirklichkeit in der Bundesrepublik nur mehr unzureichend kritisiert und zu falschen Schlüssen führt: Es *„hilft auch nichts, das ganze deutsche Volk als dumm und stumpfsinnig darzustellen. Das ist provozierend und für den politischen Kampf untauglich. Sich zu schämen, Deutscher zu sein, kann ich gefühlsmäßig nachvollziehen, aber es ist kein politischer Standpunkt"* (M. Postone: Die deutsche Linke muß anerkennen, nunmehr Opposition in einer Großmacht zu sein, in: ak 22/92). Unseres Erachtens führt der verengende Blick auf historisch klassisch-faschistische Strömungen weg von einer realistischen Einschätzung der jetzigen Situation. Die Bundesrepublik ist – trotz zahlreicher Kontinuitäten und nach allem was sich derzeit abschätzen läßt – nicht faschistisch und auch nicht auf dem Weg dorthin. Zum Ausbau und zur Legitimierung des gegenwärtigen Repressionsapparates bedarf es dessen nicht. (...)

Selbst die nationalistische Homogenisierung „Wir sind ein Volk" stößt in der alten Bundesrepublik – da sie an den Geldbeutel geht – auf wenig Gegenliebe. Der DM-Nationalismus kann als Massenbewegung für Menschen ohne bundesdeutschen Paß oder anderer Hautfarbe nach wie vor überaus lebensbedrohliche Ausmaße annehmen und ist deshalb mit allen Anstrengungen zu bekämpfen. Er ist aber trotz allem im Vergleich zu früheren deutschen Nationalismen eine relativ „domestizierte" Version. (...) Die Verwendungsmöglichkeiten der „Sonderweg"-These in diesem Zusammenhang sind vielfältig. Die „Nie-wieder-Deutschland"-Strömung in der Radikalen Linken zielt vor allem drauf ab, den deutschen Imperialismus gegenüber dem US-amerikanischen zu schwächen. Dagegen wäre im Grunde nichts einzuwenden, wenn am Ende nur die Festschreibung der imperialistischen Führungsrolle der USA stünde. Doch dieses Zusammenspiel von negativem Nationalismus und Okzidentaler Ideologie bedingt die Apologie des Imperialismus. „... *Zu zeigen ist nur, daß es aufgrund der inneren Struktur vor allem im Verhältnis von Staat und Gesellschaft, besonders in den arabischen Staaten, den meisten europäischen (v.a. im Osten), und vielen anderen, Homologien gibt, die aus sich selbst heraus zu einer Vereinheitlichung, unter welchen Vorzeichen auch immer, drängen. So viel kann zur Erscheinungsform dieser Vereinheitlichung aber schon jetzt gesagt werden: sie wird eine eindeutige Abgrenzung vom liberal-kapitalistischen Modell vor allem der USA beinhalten. Und daß Deutschland unter diesen Staaten eine hervorragende Rolle spielen wird, dürfte sich von selbst verstehen"* (M. Dahlmann: Der Frieden des Kapitals. Zur Logik des deutschen Moralismus, in: Kritik & Krise 4/5-1991). Derart gefaßt wandelt sich der Imperialismus zum „supranationalen" oder gar „universalistischen" quasi emanzipatorischen Menschheitsprojekt. Mit der „Sonderweg"-These läßt sich jede oppositionelle Position gegenüber dem Imperialismus als nationalistisch denunzieren. Unter dem Vorwand des notwendigen Abgleitens von internationalistischer Politik ins nationalistische Fahrwasser soll nun jede politische Praxis, die nicht nur den deutschen Imperialismus, sondern auch andere Erscheinungsweisen dieser Herrschaftsform kritisiert und bekämpft, für obsolet erklärt werden.

Darum nimmt diese Form der antinationalen Orientierung, die *„nur die affektive Gegenseite des herrschenden Nationalismus darstellt"* (Red. Diskus) paradoxerweise eine zutiefst nationalistische Wendung vor. Zum einen als Negativer Nationalismus, zum anderen, weil das hierüber begründete Tabu, imperialistische Politik zu kritisieren (da antiamerikanisch), eine indirekte Stärkung von jeglichem Imperialismus bedingt. Da diese Herrschaftsform jedoch eine strukturelle Voraussetzung der gegenwärtigen Bundesrepublik ist, legitimiert diese Argumentationsfigur implizit auch die weitere Steigerung ihres gesamtgesellschaftlichen Reichtums auf Kosten des Trikonts und trägt somit (ungewollt?) zu dem Projekt des gegenwärtigen und künftigen deutschen Imperialismus sein Scherflein bei. Da über die Einbindung des deutschen Militarismus in eine europäische Militärmacht der Instrumentalisierung derselben für deutsche Kapitalinteressen das Wort geredet wird bzw. diese der weiteren Stärkung eines deutschen Imperialismus unter europäischer Flagge dienen wird, kann dergleichen wohl nicht der Weisheit letzter Schluß sein.

Etwas absurd mutet es darüber hinaus an, wenn Leute wie Gremliza (Streitgespräch, „Bankrott der Linken?", in: Konkret 5/91) und Diner (Wiederaufnahme der Kontinuitätsfäden nationaler Geschichte, in: Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt, Berlin 1991) im Ernst meinen, sie müßten die mangelnde Bereitschaft von Teilen der Bevölkerung, an diesem Krieg aktiv teilzunehmen oder Partei für die USA zu ergreifen, unter Bezugnahme auf die historische Anti-Hitler-Koalition zum Hauptproblem der deutschen Misere erheben. Die Frage, warum denn schließlich großdeutscher Nationalismus und Chauvinismus ausgerechnet bei denjenigen zu verorten sei, die sich auch nach dem Zusammenbruch der Friedensbewegung immer noch als Kriegsgegner verstanden, blieb dann auch unbeantwortet. Es gehört zu den wenigen – von der Linken miterkämpften – positiven Errungenschaften der Bundesrepublik, daß immerhin einige Menschen ihre historischen Kriegser-

fahrungen bei Bedarf gegen neue Kriege massenhaft reaktivieren können. Wenn sie für Krieg nicht noch einmal zur Verfügung stehen bzw. derlei nicht mehr erleben wollen, läßt sich daraus nicht der Schluß ziehen, darin zeige sich die Affirmation der Verhältnisse, die diese Erfahrungen verschuldet hatten.

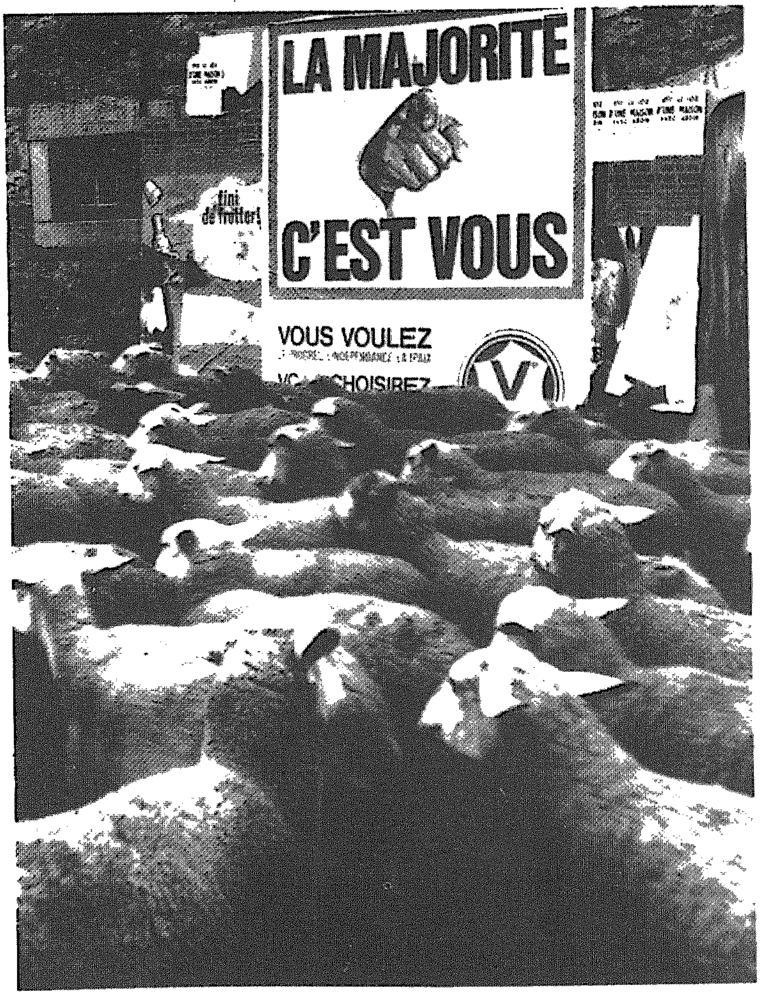
Kellershohn hat inzwischen das Lavieren Gremlizas zwischen den beiden Behauptungen (Nationalismus bei Kriegsbeteiligung und ebenso bei Weigerung) anschaulich vorgeführt: „Was eben »deutsch« und »antideutsch« ist, bestimmt Gremliza selbst, nach Lust und Laune und je nach Lage der Dinge" (H. Kellershohn, „Frieden oder Rettet Israel? Die linken Kritiker der Friedensbewegung und ihr Beitrag zur neuen deutschen Normalität, in: DISS-Texte Nr.24, Duisburg 1992).

Daran anzuschließen ist die Kritik eines verdeckten, eben Negativen Nationalismus, der überhaupt nur dann Sinn macht, *"wenn man intellektuell wie gefühlsmäßig eine einheitliche und kontinuierliche Tradition der Deutschen animmt. Ohne den Appell an ein solches «deutsches» Nationalgefühl macht diese Erwartung keinen Sinn. Gerade um der Schuld willen wird auch die gefühlsmäßige (natürlich negative) Identifikation mit dem Nationalsozialismus verlangt. Das ist alles ein gefährlicher Tanz auf der Messerklinge einer Denk- und Gefühsparadoxie: eine Strafe an der nationalen Identität ist nur für denjenigen eine, bei dem sie hinreichend stark ausgeprägt ist."* (W. Reese-Schäfer: Universalismus, negativer Nationalismus und die neue Einheit der Deutschen, Frankfurt 1991)

Wer jegliche „politische Kultur" in der Bundesrepublik nur in der nazi-faschistischen Kontinuität sehen will, (begeht) zwei gravierende Fehler: Da der Nachweis, daß die Entwicklung der Bundesrepublik einen anderen Verlauf genommen hat, als in der Kontinuitätsthese nahegelegt, nach 1968 relativ einfach zu erbringen ist, bagatellisert diese These zum einen die Naziverbrechen, zum anderen verharmlost und entschuldigt sie die



JOHN HEARTFIELD



elenden gegenwärtigen Verhältnisse. Sie nimmt sich selbst tendenziell die Möglichkeit, die bisweilen ungeheuerlichen aktuellen Erscheinungen grundlegend zu kritisieren, da es immer schon etwas Schlimmeres gegeben hat. Vor Auschwitz verblaßt jegliches vorstellbare Verbrechen, und vor dem Hintergrund der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse, erscheinen – wenn ständig der historische Nazimaßstab als Meßlatte genommen wird – die derzeitigen ganz »normalen« Formen von Repression und struktureller Gewalt als vernachlässigbar. Die Auswirkungen des DM-Nationalismus und Wohlstandschauvinismus sind schon schlimm genug. Wer sie permanent mit dem Nazi-Faschismus in Beziehung setzt, schlägt sich die Waffe der Kritik selbst aus der Hand.

Alles sei komplizierter geworden und nichts gelte mehr, behaupten die Apologeten der „neuen" Weltordnung allenthalben. Nur hierzulande soll alles beim alten geblieben sein? Galten seither Militarismus und Kriegsgeilheit (zurecht) als »deutsche« Tugenden, werden nun Verschiebungen hin zu pazifistischen Orientierungen (in einem kleineren Teil der bundesdeutschen Öffentlichkeit) wiederum nur vor dem Hintergrund eines altbackenen nationalistischen Interpretationsmusters denunziert:

"Wo wurden in Deutschland schon die Opfer des Bombenkriegs betrauert, ohne dabei Gefahr zu laufen, des Revanchismus bezichtigt zu werden? Wo eröffnete sich eine gerechtfertigte Chance, der Flucht und Vertreibung zu gedenken, ohne sich in die Nachbarschaft dubioser Vertriebenenverbände zu begeben? (...) In der Situation einer fixierten Distanz zu sich selbst mutierte der Irak Saddam Husseins zu einem imaginären Objekt, das die umwegige Annäherung an eigene Opferschaft gestattete. Umso reibungsloser konnte die Identifikation mit dem Opfer, das in Wahrheit Aggressor war, inszeniert werden, als sie die Abgrenzung gegenüber Gewalten beinhaltete, die schon einmal gegen Deutschland standen: gegen eine westlich geführte Weltkoalition." (D. Diner, Der Krieg der Erinnerungen und die Ordnung der Welt, Berlin 1991) Klar liegt es auf der Hand: die Schüler bei den Antikriegsdemonstrationen, die meist nicht einmal wissen, wo Dresden liegt, haben dabei an nichts anderes als an die Revanche gegen die einstmalig alliierten Bombardements gedacht.

In dieser Lesart gerät die zunächst mehrheitlich abwartende und in geringerem Maße auch ablehnende Reaktion auf den Beginn des Krieges in der Bundesrepublik zu einem gesamtdeutschen nationalistischen Reflex, bei dem es aufgrund eines ominösen kollektiven Bewußtseins zu einer großen Koalition gegen den Rest des Westens gekommen sein soll (...).

Die in der Kontinuitätsthese umstandslos allen politischen Fraktionen unterstellten Ressentiments dürften auf nicht wenige deutschnationale und insbesondere neonazistische Motive zutreffen. Darüber hinaus wollen Diner und die ISF aber die hiesige linke antiimperialistische Kritik ebenso als Folge deutscher Kontinuität vorführen und diskreditieren. Nun verhält es sich tatsächlich so, daß angesichts ihres derzeitigen Zustandes auch innerhalb der Linken sich immer eine Gruppierung findet, auf die eine solche Beschreibung annähernd passen wird. Dies läßt sich kaum in Abrede stellen, ist aber gar nicht das eigentliche Problem für den Kriegstreiberdiskurs. Letztlich gilt es nur zu beweisen, daß jeglicher Antiimperialismus genetisch faschistische Züge in sich trägt. (...)

Der Versuch, die Motive für die Kriegskritik über die Kontinuitätsthese zu desaouvieren, muß daran scheitern, daß die Gründe für eine Kriegsgegnerschaft keine deutschen, sondern generelle sind. (Vgl. die zumeist deckungsgleiche Argumentation der Kriegsgegner in den USA und anderswo). Diese Konstruktion ist nur der Versuch, jegliche Kritik am westlichen Kolonialismus und Imperialismus unter Anrufung einer angeblichen *„politischen Kultur des Sonderwegs"* auf die abschüssige Bahn des deutschen Nationalismus umzuleiten. Von dort ist es bekanntlich nicht weit bis zum Nazi-Faschismus, der Auschwitz hervorgebracht hat. Angesichts der Giftgaslieferungen deutscher Kapitalisten und die Hinnahme des europäischen Judenmordes im Nazi-Deutschland ist die Antikriegsbewegung dann dort, wo sie wiederum hinassoziiert werden soll. Das läuft, wie noch zu zeigen ist, auf eine Variante der Behauptung hinaus, daß die Nazis am Ende gar keine Nationalisten, sondern in erster Linie Sozialisten gewesen seien.

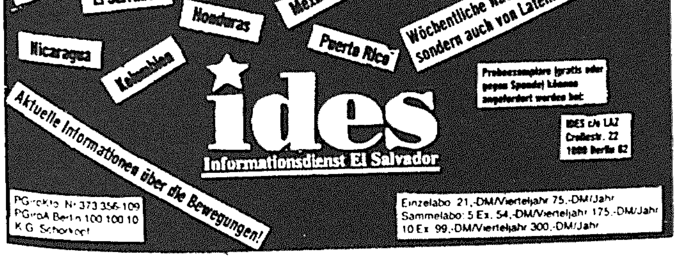
Somit dient ein solches Verfahren auch als Legitimation für die Geschichtsrevision einstmaliger Linker. Da es dabei auch nicht so sehr um den Golfkrieg geht, sondern um den Ausstieg aus der eigenen Geschichte, geraten immer wieder die Friedensbewegung und die Linke ins Visier. Diner führt weit ausholend vor, daß auch die Nazi-Ideologie und ihr westliches Ressentiment sowie der Antisemitismus antikapitalistische Elemente in sich tragen: *„Vor allem der pseudomaterialistische Gestus, mit dem die Offen-*

legung schnöder Interessen als des eigentlichen Kriegsgrunds eingefordert wird, soll das komplexe Gemenge aus politischer Moral, juristischen Prinzipien und regionalem Stabilitätsinteresse als bloße Ökonomie denunzieren. (Also) jener ökonomisch verkürzt daherkommende Interessensbegriff, der eine komplexe Realität in antisemitsch anmutenden kommerziellen Kategorien von Soll und Haben zu fassen sucht (...) (D. Diner: Den Westen verstehen. Der Golfkrieg als deutsches Lehrstück, in: Kursbuch 104/91). Bereits 1987 begann Diner diesen Gedanken zu formulieren: *„Ich wage deshalb in diesem Zusammenhang die noch unbelegte These, daß die Ablehnung des Handels, ja geradezu das Ressentiment gegen den Handel, das in der europäischen Zivilisation so tief verwurzelt ist, eine säkularisierte Form des Judenhasses ist. Dieses Phänomen findet sich zum Beispiel in einer Zivilisation wie der des Islam nicht."* (D. Diner: Linke und Antisemitismus, in: Schneider/Simon: Solidarität und deutsche Geschichte – Die Linke zwischen Antisemitismus und Israelkritik, Berlin 1987). Die Tatsache, daß sich der Nazi-Faschismus und der moderne Antisemitismus antikapitalistischer Versatzstücke in ihren Ideologien bedienen, benutzt er dazu, auch den Umkehrschluß nahezulegen. Da die USA die Exekutoren des kapitalistischen Eigentumsprinzips sind, geht es nur noch darum, jeglichen Antiimperialismus (und damit auch jeden Antikapitalismus) im Zuge des Golfkrieges als Ausdruck von antisemitischen Verschiebungen zu konstruieren. [Es wäre ein einfaches Diners Okzidentale Ideologie quasi in Anlehnung an Balibar, im Gegenzug als Ausdruck eines »differentialistischen Rassismus« und damit »verallgemeinernden Antisemitismus« vorzuführen. Antisemitismus ist aber das schlimmste, was einem nach Auschwitz vorgeworfen werden kann. Die notwendige Erinnerung an Auschwitz in einer solchen Form ständig zu instrumentalisieren, und damit auch zu bagatellisieren, ist schlichtweg widerlich.]

Und schon ist der Ausstieg aus der eigenen linken Geschichte vollzogen. Pohrt zeigt, wohin die Reise gehen soll: *„Je weiter links einer stand, desto engagierterer Nazi ist er nun, alle politischen Gliederungen sind erhalten geblieben, haben das Vorzeichen gewechselt, man braucht keine Phantasie mehr, um sich die Antiimpis oder die Autonomen als Volkssturmabteilungen der Hitlerjugend oder als Verbände der Aktion Werwolf vorzustellen." (...)* (W. Pohrt: Musik in meinen Ohren, in: Konkret 3/91)

Bei Gremliza, Pohrt, ISF/Bruhn und teilweise auch bei Tolmein/Zum Winkel (die sich allerdings energisch von Pohrt abgrenzen; Tolmein ist zudem aufgrund der Prokriegshaltung Gremlizas aus der Konkret-Redaktion, wenn auch nicht aus der Mitarbeiterschaft, ausgestiegen.) drängt sich nebenbei der Verdacht auf, daß es ihnen nicht nur um die inhaltliche Richtigkeit von Argumenten, sondern vielmehr um die vermeintliche Originalität einer pseudoradikalen Position geht. Sie hatten es während des Golfkrieges aber nur nicht richtig mitgekriegt, daß bereits ein Stimmungsumschwung eingetreten war und sie nun in einvernehmlicher Volksgemeinschaft mit Regierung, Medien und all dieser Ansammlung deutscher Peinlichkeiten auf den verbliebenen Rest der Antikriegsbewegung eindroschen.

Das vorliegende Buch wurde herausgegeben vom Autonomen Zentrum Marbach und der Fachschaftsräte-Vollversammlung der Ernst-Bloch-Universität Tübingen. Der Band ist über den linken Buchhandel oder direkt im Versandverfahren bei den Autoren erhältlich: Gegen Vorauskasse von 17,80DM + 2.-DM Porto (Schein, Briefmarken; Vorüberweisungen auf das Konto: Kreissparkasse Ludwigsburg, BLZ 604550050, Kontonr. 3529430. Kontakt-Tel.: 07144-16879 oder Fax: 07144-39195. *Bestelladresse: Autonomes Zentrum Marbach e.V., c/o Cafe Provinz, Cottaplatz 4, 7142 Marbach a.N.*



Alte SF-Nummern

Um neuen AbonenntInnen oder Interessierten die Gelegenheit zu geben, einen besseren Einblick in unsere bisherige Arbeit zu bekommen, machen wir folgendes Angebot: Für 5 alte Ausgaben nach Wahl schickt ihr uns einen 20.-DM Schein, Überweisung oder Briefmarken. Welche Nummern ihr haben wollt, schreibt ihr dabei. Zur besseren Orientierung hier die Inhaltsangaben der noch lieferbaren Nummern. Einzeln nicht mehr lieferbar 0-15, 17, 18, 23. Auch an die Nostalgienummer mit Artikeln aus den Nummern 0 bis 12 sei an dieser Stelle erinnert. Sie ist für 10.- DM nach wie vor lieferbar.

Nur noch wenige Exemplare gibt es hingegen von 16, 19, 20, 21 + der Sondernummer Arbeit:

– Nr.16 u.a. Venedig-Kongreß

– Nr.19 u.a. Murray Bookchin: Libertärer Kommunalismus, Ulrich Klan: Frauen in der FAUD,

– Nr. 20 ua. Clara Thalmann-Interview, Gotfried Mergner: Deutscher Kolonialismus

Nr.21: u.v.a. * Interview mit Clara Thalmann (II) * Martha Ackelsberg über Mujeres Libres * Antisemitismus in der Linken

Nr.42 u.a.: EXPO: Wallfahrt zum Fetisch Ware von Tommy Hohner * Was hat das multikulturelle Konzept mit Verkehrsberuhigung zu tun? von LUPUS * Interview mit Jutta Ditfurth und Manfred Zieran (ÖkoLi) * Interview mit dem schweizer Schriftsteller Otto F. Walter * Interview mit Jean-Christophe Ammann, Museumsdirektor in Frankfurt u.v.a.

Nr.31: EG-Binnenmarkt: Industrieeuropa von Wolfgang Haug* Leiharbeit in der BRD von Thomas Schupp * Anarchismus und Intellektuelle von Jörg Auberg u.a.

Nr.25: u.v.a Libertäre Tage in Frankfurt * (Textauszüge * Ralf Reinders über die Bewegung 2. Juni * Klaus Bittermann über Gedenkfeiern der Linken zum 2. Juni * Neue Männer und Arbeit

Nr.26: u.a. Grüne New Age Politik * Alltag - Klasse - Strukturen schaffen * Rosella di Leo über Patriarchatskritik * Ynestra King über Ökofeminismus * Interview mit Murray Bookchin (I) * Geschichte der IWW (I) * Zukunft Osteuropas

Nr.27: u.a. Startbahn-danach * Strobl/Penselin * Amnestiedebatte * Detlef Hartmann über IWF * Geschichte der IWW * Wolfgang Haug über Alltag/Klasse * Interview mit Murray Bookchin (II)

Nr.28: u.a. Panik und Politik (Kedichem-Antifa-Aktion) * Luciano Lanza über Utopie der Ökonomie * Geschichte der Wobblies, Teil II * Holger Jenrich über die Geschichte der Zeitschrift Befreiung * Jörg Auberg über Medienkritik

Nr.39 u.a. Multikulturelle Gesellschaft und die Frauen * Westliche Kultur und multikulturelle Gesellschaft * Murray Bookchin: Verteidigung der Aufklärung * LUPUS: Die Maskenbildner des Krieges * Herby Sachs: 500 Jahre Kolonisation * Pasolini von Maria A. Macciochhi

Nr. 40 u.a. Ausländerquotierung? * Bleiberecht für alle Roma von ROM e.V.* Pogrome beginnen im Kopf von Wolfgang Haug * Freihandelszone in Amerika von Herby Sachs * Desinformation und der Golfkrieg von Noam Chomsky * Artikel zum Ende der Sowjetunion

Kurz angerissen

★ Flüchtlingsaktionen in Norderstedt – Ein Nachtrag

Auszug aus einem Papier zur Nachbereitungsdiskussion (die vollständigen 4 Seiten sind gegen 1,40 (Kopien + Porto) beim SF abforderbar):

„Einige UnterstützerInnen vertreten die Position, daß allein die Flüchtlinge Subjekte in diesem Kampf sind. Sie also den Kampf inhaltlich und taktisch bestimmen. Den UnterstützerInnen kommt nach dieser Auffassung lediglich, wie der Name schon sagt, eine helfende und unterstützende Funktion zu.

Begründet wird dieses durch den Metropolenstatus der UnterstützerInnen, der beinhaltet, daß auch mensch hier von der Ausbeutung des Trikonts profitiert... Außerdem scheint uns der Instrumentalisierungsvorwurf wesentlich, der immer wieder diffamierend von den Herrschenden vorgebracht wurde. Um keinen Ansatz hierfür zu bieten, wurde sich bei der Einbringung selbstbestimmter politischer Inhalte häufig zurückgehalten....

Die Nicht-Definition der eigenen Rolle wurde vielen erst dann offensichtlich, als eine Vergewaltigung in der TU-Berlin bekannt wurde, und klar war, daß auch in Norderstedt ähnliche Fehler von unterstützenden Menschen gemacht wurden. Ein ausschließlich unterstützendes Selbstverständnis hat es vielen Frauen und Männern nicht möglich gemacht, von Beginn an die patriarchalen Strukturen unter den Flüchtlingen zu kritisieren, etwa die nur von Männern bestimmten Flüchtlingsplenen und der entsprechend zusammengesetzte Sprecherrat.

Widersprüche wurden übersehen, sexistische Strukturen somit reproduziert. Reproduziert auch in und von den eigenen unterstützenden Strukturen, denn Frauen haben sich aufgrund dieser nicht thematisierten Widersprüche zurückgezogen....

☆ Roma-Familien von der Abschiebung nach Makedonien/Jugoslawien bedroht

Die meisten Roma Familien, die in Paderborn leben, kommen aus Makedonien. In den Erlassen des Landesinnenministeriums von NRW wird kein Abschiebestopp nach Makedonien in Erwägung gezogen. (In Makedonien sei Frieden, Roma müßten nicht zum Militärdienst...)

Makedonien ist wie Serbien derzeit nicht von der Bundesrepublik als Staat anerkannt. Seit es sich aber am Boykott gegen Serbien beteiligt, dürfte die Anerkennung nur noch eine Frage der Zeit sein. Würden die Gerichte jedoch die Unterdrückung der Roma anerkennen, könnte die Bundesregierung Makedonien kaum anerkennen. Dazu kommt natürlich das Desinteresse an hier lebenden Roma. Deshalb wird die mangelnde Informationslage ausgenutzt. KSZE-Berichte und Stellungnahmen der EG-Komissionen sind nicht frei zugänglich. Untersuchungen über die neue makedonische Verfassung, die Parteien und neuen Machthaber gibt es noch nicht, so entscheiden die Ausländerämter derzeit, eine Verfolgung in Makedonien gibt es nicht.

Demgegenüber berichten unterschiedliche Familien aus Makedonien über Gewalt seitens albanischer Nationalisten gegen die Roma. Besonders im Grenzgebiet zum Khosovo würde auf Vertreibung gesetzt. (Quelle: Füchtlingskomitee Paderborn)

© Polizei

In Paris wurde Phillipe Bidault, der Generalsekretär der „Professionellen Unabhängigen Föderation der Polizei, vom Dienst suspendiert, nachdem er Polizeidemonstrationen organisiert hatte. Seine Organisation ist bekannt dafür, daß sie zahlreiche Querverbindungen mit der Nazi-Organisation PNFE (Parti Nationaliste Français et Europeen) unterhält. (Quelle: @-Infos)

★ Spanien: 6 Jahre Knast für das Verbrennen einer Fahne

Gerardo C. Ferré, ein 27 Jahre alter Anarchist und Mitglied der CNT aus Barcelona ist in letzter Instanz zu 6 Jahren und 2 Monaten verurteilt worden, weil er 1983 eine spanische Flagge verbrannt hat. Die CNT fordert eine sofortige Begnadigung! (Quelle: Black Cross)

Post: Gerardo C. Ferre, C.P. Brains, Aptdo. de Correos 500.08760 Martorell, Barcelona, Catalunya.

Andere anarchistische Gefangene:

– Pablo Serrano, in E-Zaragoza (verurteilt wg. Mord, eigentlich „abgebüßt", wird aber nicht entlassen).

– Alberto Gamarra, in E-Burgos (wg. Wehrdienstverweigerung)

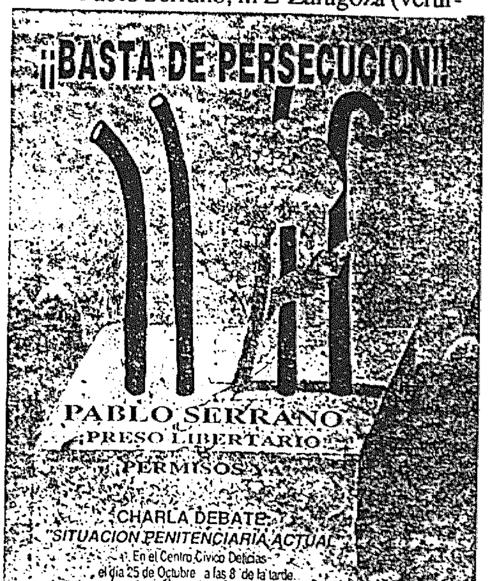
– Sotiris Deliyannis, in GR-Larrisa (11 Jahre dafür, daß er einem Zivilpolizisten die Knarre abnahm)

– Ojore Lutalo, in US-Trenton, N.J. (40 Jahre für das Erschießen eines Drogendealers)

– K. Mazokopos, 17 Jahre (davon 7 Jahre für Sprengstoffbesitz, 3 Jahre für Sprengstofftransport, 3 Jahre für das Verstecken von Sprengstoff und 3 Jahre für das Präparieren von Sprengstoff. So kann „Richter" auch zu „lebenslänglich" kommen für ein und dasselbe „Delikt").

– Paddy Murphy, in GB-Derry (5 Jahre wg. Aufbewahren von Sprengstoff)

(Quelle: Anarchist Black Cross Bulletin, c/o 121 Bookshop, 121 Railton Road, London SE24) und Rundbrief griechischer Anarchisten, Association of Anarchists, P.O.Box 11251, GR-54110 Thessaloniki)



† EG-Maastricht-Verträge

Nach der sympathischen Entscheidung der Dänen gegen die Zentralisierung der (Wirtschafts-und Polizei-)Macht werden – im Gegensatz zu den Deutschen – die Franzosen gefragt. Im Mai sah das politische Spektrum in dieser Frage so aus:

Gegen die Verträge sprachen sich aus: Die Front National (Le Pen), die RPR (Gaullisten um Chirac), die Kommunisten (Marchais), die Lutte Ouvriere (Trotzkisten) und die LCR (Trotzkisten, um Krivine, derselbe, der eine neue linksradikale Partei mit libertären Kräften anstrebt; gemeint sind aber nicht die französischen Anarchisten sondern eher räteorientierte Gruoppen um die Zeitung „Alternative Libertaire".).

Für die Anerkennung von Maastricht sind: die UDF (Giscard), die CDS (Zentrum) und die Sozialisten.

Die Grünen hatten sich noch nicht entschieden! (Quelle: @-Infos. Dieses Informationsbulletin wird von der französischen Wochenzeitung *Le Monde libertaire* finanziert.)

✏ Le Figaro

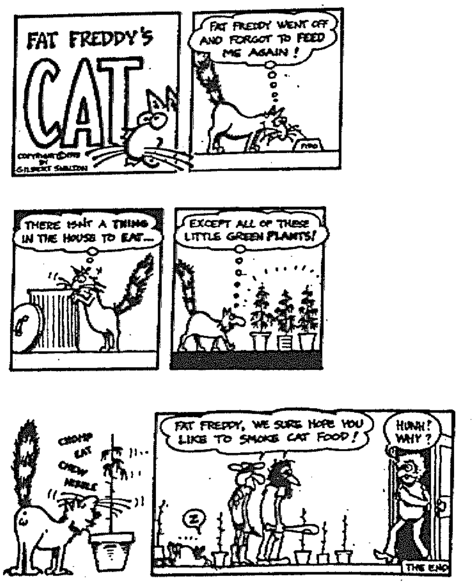
In SF-40 wurde schon darauf hingewiesen, daß es der Neuen Rechten in Frankreich gelungen ist, sich über diesen Verlagskonzern Gehör und Einfluß auf die öffentliche Meinung zu verschaffen. Chef des Figaro ist Robert Hersant, der im 2. Weltkrieg mit den Nazis kollaboriert hat. Sein neuster Coup: die Übernahme von drei regionalen Tageszeitungen. (Quelle: @-Infos)

☆ In



»Geschichte und Zweck des Drogenkriegs«

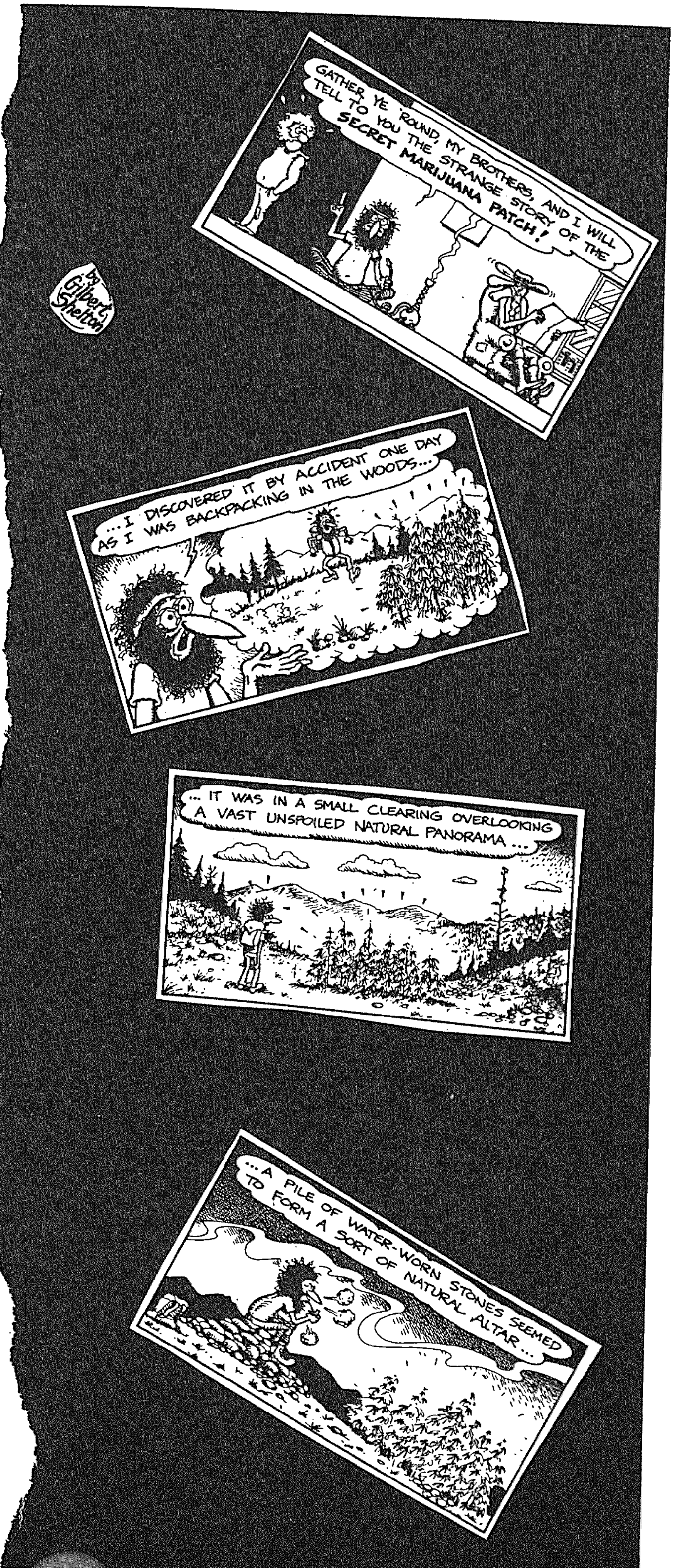
von Andi Ries



Drogen sind seit der Verfassungsklage eines Lübecker Richters gegen das BTM-Gesetz in den Blickpunkt des Medieninteresses geraten. Die dort stattfindende Diskussion werden vom pro und contra einer Legalisierung weicher Drogen geprägt. Dabei wird der Illusion, daß eine Legalisierung dieser Drogen die Suchtproblematik löst, Nahrung gegeben beziehungsweise von der contra-Position widersprochen. Auf diese Diskussion sollten wir uns nicht einlassen, da sie unsinnig ist. Eine Legalisierung wird die Suchtproblematik nicht lösen, sie ist allerdings Voraussetzung für eine Auseinandersetzung mit dem eigentlichen Problem, für eine politische Auseinandersetzung, die frei von dem Mythos ist, daß einige Pflanzen diabolische Kräfte besitzen, wie es die gegenwärtige auf pharmakologischen Erkenntnissen beruhende Diskussion suggeriert. Die Forderung einer Legalisierung ergibt sich aus dem Scheitern der Prohibition.

In keiner westlich industrialisierten Gesellschaft hat das Drogenverbot einen massenhaften Konsum von illegalen Drogen wie Kokain oder Marihuana verhindert. Die Prohibition hat noch nicht einmal die astronomischen Zuwachsraten in diesem Geschäft verhindern können. Der Versuch dieses Verbot durch eine bessere Ausrüstung und Ausbildung der Polizeikräfte konsequenter durchzusetzen, wird scheitern. Die Auswirkungen solch einer Strategie sind in den amerikanischen Großstädten zu beobachten. Die staatliche Gewalt ist nur punktuell in der Lage dieses Verbot durchzusetzen und erscheint somit notwendigerweise als willkürliche Gewalt oder als eine gegen Minoritäten gerichtete Politik.

Die Prohibition hat die Probleme mit den Drogen in die Erzeugerländer exportiert.



„Ein ums andere Mal, zu verschiedenen Zeiten auf unterschiedliche Art und Weise, in Guatemala und in Chile, in Kuba und in Nicaragua, mußte Lateinamerika den Preis des Kalten Krieges bezahlen. Heute können die USA nicht mehr den antikommunistischen Kreuzzug ausrufen oder die sowjetische Bedrohung als Vorwand, um in Lateinamerika zu intervenieren. Vielleicht finden sie andere Vorwände: die Invasion in Panama, dabei ein ganzes Arsenal internationaler Verträge verletzend, beweist es. Und es ist einfacher, mit dem Vorwand des Drogenhandels, Bolivien zu militarisieren, wo das Angebot ist, und das New Yorker Bronxviertel, wo die Nachfrage ist." (Carlos Fuentes, mexikanischer Diplomat und Dichter)

Spiegel der US-amerikanischen Drogenpolitik: Der Noriega Prozeß

Im Jahr 1992 wurde Manuel Noriega, ehemaliger Präsident Panamas, wegen Drogenhandels, Geldwäsche etc. zu 40 Jahren Gefängnis verurteilt. Es war die aufsehenerregendste Festnahme eines „Drogenhändlers" überhaupt. US-amerikanisches Militär marschierte in Panama ein, Panama City wurde bombardiert und nach einiger Zeit der Botschaftsbelagerung – Noriega hatte sich in die Botschaft des Vatikans geflüchtet – gelang es den USA Noriega festzunehmen und in die USA zu bringen. Der Preis dieser Festnahme waren einige hundert Tote unter der panamesischen Zivilbevölkerung, zerstörte Siedlungen in Panama City und für den Steuerzahler in den USA ca. 170 Millionen Dollar. (Miami Vice is no fiction.)

Vier Jahre zuvor wurde einer der Chefs des Medellin Kartells, Carlos Lehder, zu 135 Jahren Gefängnis verurteilt. Carlos Lehder organisierte jahrelang den Transport des Kokains in die USA. Er begann seine Karriere als Marihuana-Schmuggler und verdiente später wie viele andere auch sein Geld mit Kokain. Er war nicht nur Geschäftsmann, er war auch Politiker. Anfang der 80er Jahre gründete er die „Movimento Latino National", agitierte gegen den US-Imperialismus, lehnte sich dabei sehr stark an neonazistische Inhalte an und versuchte damit die Interessen der Mafia auf parlamentarischem Weg durchzusetzen. Diese Karriere währte aber nur kurze Zeit. Seit dem Mord an Justizminister Bonilla war es den Medellins nicht mehr möglich solch exponierte Stellungen einzunehmen. 1987 wurde er von kolumbianischen Sicherheitskräften festgenommen und in die USA abgeschoben,

wo er in einer 2x2m großen Zelle verschwand. Er und ein Dutzend anderer Drogenhändler profitierten nun von der Festnahme Noriegas. Sie wurden Kronzeugen im Noriega-Prozeß!

Problem of Democracy

Das größere Problem für die USA war nicht die Festnahme Noriegas, sondern die Verurteilung. Und so antwortete der Noriega Ankläger Myles Malman, nach dem Wert der Aussagen der zwielichtigen Kronzeugen befragt: *„Wer weiß schon besser Bescheid über die Vorgänge im Medellin Kartell als Carlos Lehder"* (Newsweek, 20.4.92)

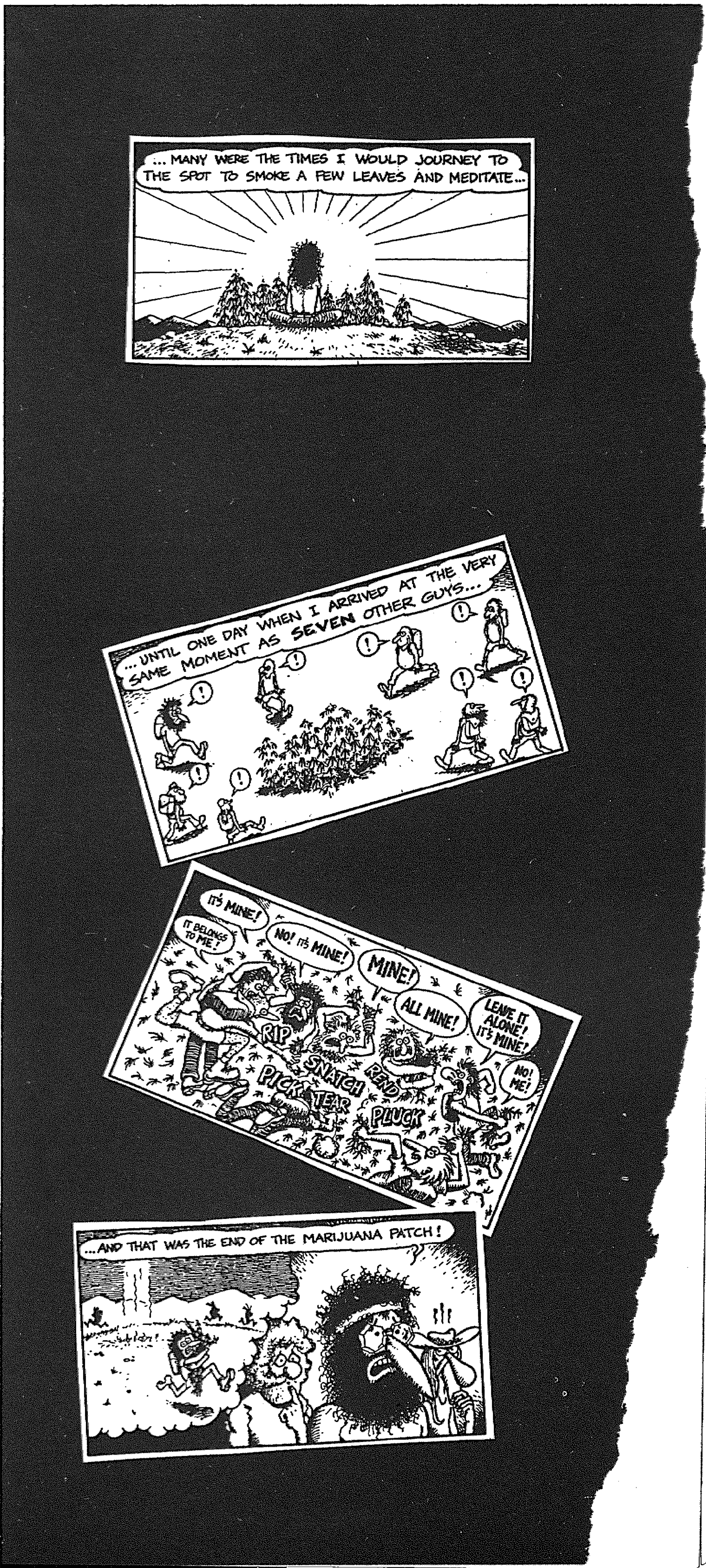
Es waren diese Aussagen, die Noriega 40 Jahre Gefängnis einbrachten, Aussagen, die vor allem auf „hören sagen" beruhten, weil keiner von ihnen jemals Kontakt mit Noriega hatte. Die Justiz ließ sich diesen Schuldspruch etwas kosten, Hafterlassungen, Freilassungen und zig bzw. hunderttausende Dollars bekamen die Kronzeugen als Gegenleistung. (Quelle: A. Henman: Mama Koka, Verlag Roter Funke) Was Carlos Lehder betrifft so wird bei ihm ein Gericht über die Gegenleistung befinden. In einem Interview mit der kolumbianischen Wochenzeitung Semana gibt er sich recht zuversichtlich, aus dem Gefängnis zu kommen und danach in die Bundesrepublik zu gehen, um die deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen. (Er ist deutscher Abstammung.)

Schon allein aus dem bisher Erzählten ist der Noriega-Prozeß sehr eigentümlich. Der i-Punkt jedoch ist der Zeitraum der Verbrechen, deren Noriega bezichtigt wird: von 1981 bis 1986. Just der Zeitraum der großen Freundschaft zwischen Reagan und Noriega. Es dürfte nicht zuletzt diesem Umstand zu verdanken sein, daß jeder Versuch der Politisierung des Prozesses bzw. Versuche die Rolle der amerikanischen Drogenbehörde (DEA: Drug Enforcement Agency) zu beleuchten rigoros seitens des Richters abgewiesen wurde.

Wenn es schon nicht vor Gericht gemacht wurde, so soll es zumindest hier stattfinden. Beginnen will ich mit einer groben Skizzierung des Kokainhandels in Kolumbien und der Rolle des DEA.

Anfänge des kolumbianischen Drogenhandels

Die herausragende Stellung Kolumbiens im Drogenhandel ist nicht auf den traditionellen Koka-Anbau zurückzuführen, sie ist vielmehr aus dem Handel entstanden.



Kolumbien ist Drehscheibe des Kokas geworden. Die Anfänge dieser Entwicklung sind mit dem Marihuanaschmuggel verwoben, der seine Blüte Anfang der 70er Jahre erlebte. Es waren Mitglieder der sogenannten Peace Cooperations, einer Art freiwilliger Entwicklungshilfsdienst in den USA, die in den späten 60ern den prächtigen Wuchs der Marihuanapflanzen im Norden Kolumbien bewunderten und quasi als Beweis ihrer gemachten Beobachtungen einige Exemplare dieser Pflanzen mit nach Hause brachten. Aber viele schenkten den Schilderungen keinen Glauben und flogen deshalb selbst in dieses Land um sich davon zu überzeugen. Und tatsächlich es war so, sogar noch untertrieben. Die Hänge des Sta Marta waren voll von dieser begehrten Pflanze. Flugzeuge wurden voll geladen und zuhause angekommen wurde geprahlt: „Schaut wieviel ich davon habe, ein ganzes Flugzeug voll und wißt ihr was? Es fällt dort gar nicht auf, daß was fehlt!!"

Ein wahrer Strom von Unglaubigen und natürlich auch von Geschäftemachern ergoß sich über das fruchtbare Land, indem ein buntes Treiben herrschte und niemand daran dachte, daß in absehbarer Zukunft Uniformierte es zerstören und blecherne Vögel todbringende Chemikalien über die fruchtbaren Hänge des Sta Marta versprühen würden. Warum denn auch?

Wegen der Jugend, den langen Haaren, den Kriegsdienstverweigerern, der freien Liebe, der Zügellosigkeit, der Zukunft der Nation – ja letztere drohte weggekifft zu werden. Begleitet von dem ohrenzerstörenden Lärm, der als Musik bezeichnet wurde. Es wurde Ernst. Das Bureau of Narcotics and Dangerous Drugs (BNDD) forderte auf einer von ihr einberufenen Konferenz in Bogota 1972 ein Verbot der Drogen und setzte dies auch durch. Dies geschah unter dem Banner: „Rettet unsere Jugend!" Noch im selben Jahr wurde der Drogenhandel in Kolumbien verboten und einige US-Amerikaner lernten die Kolumbianischen Justizvollzugsanstalten kennen. Der Zugang zu Marihuana wurde erschwert, jedoch kam der Handel nicht zum Erliegen. Es war von nun an ein gewisses Maß an Professionalität erforderlich, die Sicherheitskräfte mußten von der Ungefährlichkeit überzeugt werden. Aber es wurde auch immer schwieriger das Marihuana in die USA zu schmuggeln, es war zu sperrig und es warf nicht annähernd so viel Profit ab wie Kokain. Aus Ernst wurde Kokain. Der Drogenhandel konzentrierte sich in Kolumbien immer mehr auf Kokain. Die USA wurden nun selbst der größte Marihuanaproduzent.

Koka

In Kolumbien wie auch in den anderen Andenländern ist der Kokaanbau eine jahrhundertealte Tradition. Das Koka wurde in diesen Regionen nicht nur zum Kauen sondern ebenfalls zum Kurieren von Allerweltskrankheiten benutzt (auch für die westliche Medizin dient das Koka als Grundstoff für Medikamente). In Kolumbien war der Anbau von Koka nicht so weit verbreitet wie in den anderen Andenländern Peru und Bolivien. In den Andenausläufern entlang des Flußes Cauca wurden die Kokablätter von jeher auf den Märkten feilgeboten. Ende der 60er Jahre tauchten die ersten Kokaküchen in dieser Region auf. Aufgrund ihrer Vorliebe für grüne Blätter, die zum Kauen ungeeignet sind, und natürlich wegen den Mengen fielen sie relativ schnell auf. Die unmittelbarste Folge war ein drastisches Ansteigen und eine Stabilisierung der ansonsten saisonal schwankenden Kokapreise. Den Bedaf an Kokablättern konnte der traditionelle Kokaanbau jedoch nicht befriedigen, der Großteil wurde als Kokapaste aus Peru und Bolivien importiert. Das Verbot des Kokahandels in Kolumbien hatte vor allem in dieser Region ihre Auswirkungen. Die erste war, daß Koka nicht mehr frei auf den Märkten zu handeln war. Einige wenige Laboratorien wurden von den kolumbianischen Militärs ausgehoben, ein Großteil konnte aber ungestört arbeiten. Mehr als einmal habe ich die Meinung gelesen, daß die Schließungen von Kokaküchen mehr dem Konkurrenzkampf zuzuschreiben waren als dem Drogenkrieg der Regierung. Ein anderer Aspekt spricht für diese These, nämlich daß die Antidrogenmaßnahmen sich auf diese Region konzentrieten und dabei die Problematik des Kokapasten-Imports völlig vernachlässigten, obwohl der Anteil des importierten Kokas den des heimischen um ein Vielfaches übertrifft. Fakt jedenfalls ist, daß die Antidrogenmaßnahmen die Stellung des neuen Drogenhandels gegenüber dem traditionellen verbesserte, in dem sie die Absatzmöglichkeiten des traditionlllen Anbaus strafrechtlich sanktionierte.

Ein weiterer recht denkwürdiger Aspekt kolumbianischer Außenpolitik ist die Bekämpfung der Korruption. Bis 1974 war es die Regel, daß hochrangige Sicherheitsoffiziere beim Kokainschmuggel ertappt worden sind, der berühmteste unter ihnen war der Kommandant des Sicherheitsministeriums General Ordonez Valderrama, er wurde mit 19 Kilo Kokain im Koffer im Amanzonashafen Letica verhaftet.

Mit dem Regierungswechsel 1974





Ein Koka-Feld in einem Hinterhof im südlichen Cauca







Besitzer einer kleinen Kokainküche, die in der Nähe von Bolivar im südlichen Cauca unverfeinerte Kokainbasis herstellt.



Koka kauender Paez

beauftragte Lopez Michelsen einen General Mantallan die Leitung des Sicherheitsministeriums zu übernehmen. General Mantallan hatte sich im Antiguerillakampf einen blutigen Ruf erworben und präsentierte sich beim Amtsantritt als politischer Domestos. Er entließ etwa die Hälfte des Offizierskorps wegen Korruption und tatsächlich wurden anschließend die Festnahmen hoher Sicherheitsoffiziere seltener. Der Grund hierfür dürfte aber ein anderer sein: Die Drogendelikte wurden unter Militärrecht gestellt und wurden somit der zivilen Justiz entzogen. Dennoch mangelte es nicht an kuriosen Zwischenfällen. „Beispielsweise gab es den seltsamen Fall der amerikanischen Rauschgiftfahnder in Bogotá, die im März 1975 die Information erhalten hatten, daß eine Schiffsladung von 11 Tonnen Marihuana auf ihre Ausfuhr warte. Sie hatten sich in einem Privatflugzeug in Begleitung kolumbianischer Zöllner zum Ort des Verbrechens begeben. Bei ihrer Ankunft empfing sie schweres Gewehrfeuer und es folgte ein Schußwechsel zwischen den Zöllnern und anderen, die später als DEA-Agenten identifiziert wurden. Die offizielle Version lautet, daß die DEA-Agenten die eintreffenden Zöllner für die Eigentümer der Ladung hielten. Aber in diesem Fall ist zu fragen, warum sie das Feuer eröffneten, anstatt zu warten bis sie diese auf frischer Tat im Besitz des Krautes ertappen konnten. (Quelle: Mama Koka) Es weist vieles darauf hin, daß unter militärischer Aufsicht der Kokahandel expandierte und sich konzentrierte.

Die Industrialisierung des Kokas und die neue Bourgeoisie

Die hohe Nachfrage aus den reichen Ländern und die gleichzeitige Prohibition des Kokahandels in Kolumbien verursachten die Industrialisierung des Kokas. Die ehemalige Textilstadt Medellin und die weiter südlich gelegene Stadt Cali entwickelten sich zu den Zentren des weltweiten Kokahandels. Mit dem Fall der Weltagrarpreise wuchs zudem die Wichtigkeit des Kokaanbaus, blieb dies doch die einzige relativ stabile Einnahmequelle der Bauern. Aufgrund der Verbots von Kokaanbau hatten die Bauern keine Möglichkeit unabhängig von Guerilleros und Drogenbaronen ihr Einkommen zu sichern. In vielen Fällen wurden kolumbianische Bauern bei Streitigkeiten über die Preise von den Killern der Kartelle ermordet. In einem Interview, das Christian Wernicke mit Pedro Alcántara, Senator der UP, führte, werden diese Verhältnisse beschrieben.

Alcántara: „...Nun was geschieht wirklich. Die Grundlage der ganzen Drogenindustrie sind die Kleinbauern. Arme Bauern, die vor allem im unerschlossenen Südosten Kolumbiens leben. Diese Kleinbauern, nicht die Drogenmafia, bauen die Kokapflanzen an. Und soweit ist das ja auch eine jahrhundertealte Tradition. Auch die beiden nächsten Schritte, die Kokaernte und die Verarbeitung zu Kokapaste, übernehmen weitgehend die Bauern. Und erst dann kommen die Zwischenhändler in den Dschungel." – *„Zwischenhändler die noch nicht zum harten Kern der Mafa gehören?"* – „Die wissen oft nicht genau, für wen sie die Pasta einkaufen. Aber genau hier, beim Geschäft zwischen den Bauern und diesen Zwischenhändlern schaltet sich die Guerilla ein. Oft wurden die Bauern nämlich betrogen – oder einfach für ein paar hundert Kilo Pasta erschossen. Und die Guerilla hat die Bauern eben organisiert, sie gelehrt, sich zu wehren und bessere Preise herauszuschlagen. ... Darüberhinaus jedoch erhebt auch die Guerilla Steuern: Die Zwischenhändler müssen Steuern zahlen, Passierabgaben sozusagen." (ZEIT-Interview: „Die CIA dealt mit", 21.5.89) Der Löwenanteil der Gewinne geht aber in die Taschen der Kartelle, die den westlichen Markt beliefern. Diese Gewinnverteilung schlägt sich auch in der kolumbianischen Gesellschaft nieder. Während der Großteil der Menschen in Kolumbien verarmen erlebte die Luxusbrache einen regelrechten Boom. FDie Dimension läßt sich am folgenden abschätzen: 1988 betrug Kolumbiens Wirtschaftswachstum 5% (eine für Lateinamerika unglaubliche Ziffer, im Vergleich Mexiko 1% und Peru -5%). Zwar waren alle Wirtschaftssektoren rückläufig, aber der Dienstleistungssektor wuchs über 25%. Dabei vor allem die Freizeitindustrie (Edeldiscos, Boutiquen usw.) und die transferencias, die Überweisungen aus dem Ausland. Woher wohl und wofür?

Bei einem anderen Beipiel wird es noch offensichtlicher: Das Baugewerbe in der Provinz Antioquia (um Medellin) hatte 1987 18% Wachstum, die Arbeitsplätze stiegen um 28%. *„Bei den Bauherrn handelte es sich fast ausschließlich um Männer des Kartells."* (Michael Stührenberg, Der Stoff aus dem die Träume sind, ZEIT 21.5.89) Und Kolumbien ist hier kein Einzelfall. Laut Schätzungen des DEA erwirtschaftete die peruanische Kokaindustrie annähernd 1 Milliarde Dollar, das entspricht etwa einem Drittel des Erlöses aus den legalen Exporten Perus. In Bolivien seien rund 20% der Arbeitnehmer in der Kokaindustrie beschäftigt. In Kolumbien seien, so der Ökonom und ehemalige Anwalt des Kartells Mario Arango Jaramillo, etwa 1,7

Millionen in der Kokaindustrie beschäftigt. Von dieser Warte aus gesehen, ist die Bezeichnung *Industrie* und *neue Bourgeoisie* sehr treffend, aber es gibt noch andere Aspekte, die für diese Begriffe sprechen.

In einer Studie des eben schon erwähnten Mario A. Jaramillo über die soziale Herkunft und die Vorstellungen der Kokainbosse lassen sich sehr viele Gemeinsamkeiten mit der etablierten Bourgeoisie finden. Anhand des Lebenslaufs des Pablo Escobar (der in der zweiten Julihälfte 1992 aus seinem Hausarrest wieder verschwand, SF-Red.) läßt sich dies verdeutlichen. Bevor Pablo Escobar sein Geld mit Koka verdiente, lebt er von – weitläufig gesagt – Kleinkriminalität. Er importierte später mit LKWs Kokapaste aus Peru. Mit den Gewinnen aus diesem Geschäft kaufte er sich nach und nach eine regelrechte Luftflotte von kleineren Sportflugzeugen zusammen, mit deren Hilfe er weitaus ungefährlicher und vor allem schneller die Pasta aus den Andenländern nach Kolumbien bringen konnte. Nach der Weiterverarbeitung der Pasta zu Kokain, wurde es in die USA ausgeflogen. Es fand sich immer ein Ort zwischen Kolumbien und den USA, an dem es möglich war aufzutanken, ob es nun die Bahamas waren, Panama oder Honduras. Diese Sportflugzeuge sind ein Symbol für den Kokareichtum, und so ziert ein solches den Torbogen der Hacienda des Pablo Escobar. Unternehmergeist wird so etwas genannt, oder? Aber ein anderes Moment des Unternehmertums ist auch die soziale Verpflichtung der Reichen gegenüber den Ärmeren. *„Und wie Mönche eines Samariter-Ordens, so zeigen auch die Brüder des Koka-Klosters von Medellin ein Herz für Arme. Nicht nur, daß Pablo Escobar seine Heimatstadt mit tausenden von Ziersträuchern schmückte und den Kindern ärmerer Viertel insgesamt achtzig Fußballplätze stiftete. Auf einem Hügel am Rande der Stadt ließ er ein paar hundert Häuser bauen, samt blumigen Vorgärten und einer Kirche. Er schenkte sie den Bewohnern eines Elendsviertels, das bis dahin an den rutschigen Hängen einer Müllhalde geklebt hatte. Nun leben die Leute in dem schmucken Kleinbürgerviertel La Paz. Doch alle Welt nennt es El barrio Escobar, das Escobar-Viertel."* (Michael Stührenberg, ZEIT, 21.5.89)

Ein weiteres Phänomen der Marktwirtschaft ist ebenfalls vorzufinden, das sponsoring. Die gesamten Fußballvereine werden durch die Kokabosse aus Medellin und Cali finanziert. So ist innerhalb weniger Zeilen ein Idealbild des Unternehmers entstanden: die Versorgung eines Marktes, soziales Engagement und ganz modernes sponsoring. Es ist auch nicht willkürlich entstanden. Tatsächlich versuchten die Kokabosse von dem sozialen Stigma der Kriminellen loszukommen und als erfolgreicher Unternehmer von der oligarchen Schicht anerkannt zu werden. Sie engagierten sich als Politiker. Pablo Escobar wurde beispielsweise Senator. Und es ist ihnen auch teilweise geglückt Einlaß in der ehrenwerten Gesellschaft zu finden. Ihre Kinder besuchen die Eliteschulen des Landes und mit dem Generationswechsel wird der Ursprung des Reichtums unwichtig. Die europäische Geschichte zeigt dies auf eindrucksvolle Art und Weise.

Bevor ich weiter auf den Drogenhandel eingehe ein paar Bemerkungen zum politischen System Kolumbiens, weil ohne dieses die Eskalation der 80er Jahre kaum verständlich ist, allenfalls zur Wildwest-Geschichte wird.

Krise des politischen Systems

Das politische System Kolumbiens beruht seit Beginn der Nationalen Front (seit 1957) auf einer Übereinkunft der beiden traditionellen Parteien, den Liberalen und den Konservativen mit Teilen des Militärs und der Unternehmer und dem Ausschluß des größten Teils der Bevölkerung von jeglicher politischer Einflußnahme. Diese Übereinkunft der Nationalen Front besteht im wesentlichen in der Teilung der Staatsfunktionen und der Reservierung staatlicher Stellen für die Beteiligten. Sie bedeutet erstens eine relative Autonomie des Militärs in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit, zweitens eine Sicherung der Herrschaft der beiden traditionellen Parteien und drittens Mechanismen, die den Unternehmerverbänden den Zugang zu wirtschaftspolitischen Entscheidungen eröffnen. (Lateinamerika-Nachrichten Nr.192/90) Ende der 70er Jahre verlor dieses Modell immer mehr an Stabilität. Die Guerilla-Organisationen bekamen immer mehr Zulauf, weil sich immer mehr aus der Gesellschaft ausgeschlossen fühlten. Eine Zäsur stellte die Regierung Betancurs und ihre Refompolitik der „demokratischen Öffnung" dar. Sie bedeutete einen Bruch des jahrzehntelang geltenden politischen Konsens innerhalb der Oligarchie und sie verletzte alle Spielregeln: Bei der Formulierung ihrer Regierungspolitik und der Vergabe der Ministerposten hat sie beide traditionelle Parteien nicht berücksichtigt. In der Wirtschaftspolitik hat sie die Interessen des IWF stärker berücksichtigt als die der einheimischen Wirtschaftslobby und in den Entscheidungsspielraum des Militärs intervenierte sie. Sie führte sogar Gespräche mit der Guerilla-Organisation.

2 Jahre lang.

Mit der Ermordung des Justizministers Bonilla durch die Killer des Medellin-Kartells erhielt das Militär seine weitgehenden Vollmachten zurück. Im Zuge des Ausnahmezustands sogar weitaus mehr als zuvor. Es begann die Ära des schmutzigen Krieges. Einem Krieg dem tausende Menschen zum Opfer fielen. Menschen, die das Kokageschäft störten, ob sie nun nicht bezahlten, Artikel schrieben oder Ermittlungen gegen die Drogenbosse führten.

Beginn und Ende des Medellin-Kartells

Die Bezeichnung Kartell war zu Anfang eine Redensart der DAS-Agenten (DAS: Departamento Administrativo de Seguridad), die erst in den 80er Jahren einen Realitätsbezug bekam. Vorher operierten die Kokainbosse unkoordiniert und voneinander unabhängig. Maßgeblich beteiligt an dem Handel in Medellin waren Pablo Escobar, Gustavo Gaviria, Gonzales Rodriguez, Rafico Cardona und nicht zuletzt Carlos Lehder. Die Anfänge des Kartells waren mit der Entführung der Tochter der Großgrundbesitzer und Kokafamilie Ochoa durch ein M-19-Kommando verbunden. Die Drogenchefs gründeten eine Organisation namens „muerte a secuestra" (Tod den Entführern), die Jagd auf Subversive machten. Ein Großteil der Mitglieder dieser Organisation waren ehemalige Militärs. Der Konflikt zwischen den Kokainbossen und der Guerilla eskalierte und war niemals ausschließlich ein Kampf zwischen Guerilla und dem Kartell allein, sondern auch ein Kampf gegen die legale Linke und die Gewerkschafter. Über tausend Mitglieder der linken Unidad Patriotica (UP) wurden zwischen 1985 und 1989 liquidiert. In Medellin wurde diese Organisation praktisch physisch ausgelöscht. Im Kampf gegen die Subversion zogen die Militärs mit den Kokabossen an einem Strang und daran änderte sich trotz des „Drogenkrieges" lange Zeit nichts. Ein zweites Moment für die Bildung des Kartells war der Reformprozeß der Regierung Betancurs und vor allem die Probleme, die Justizminister Lara Bonilla dem Kartell bereitete. Einer der großen Erfolge seiner Antidrogenpolitik war die Zerstörung zahlreicher Laboratorien von Gonzales Rodriguez. Weitaus folgenreicher war eine andere Maßnahme: die Inkraftsetzung des Auslieferungsvertrages zwischen den USA und Kolumbien, nachdem die kolumbianischen Drogenbosse der US-Justiz übergeben und in den USA

verurteilt werden konnten. Dieser Auslieferungsvertrag war Gegenstand der fast zehn Jahre andauernenden Auseinandersetzung zwischen dem Medellin-Kartell und der kolumbianischen Regierung. Das erste Opfer dieser Auseinandersetzuzung wurde Lara Bonilla und ihm folgten zahlreiche Richter und Staatsanwälte, die mit den Auslieferungsverträgen befaßt waren. Eine zeitlang herrschte Ruhe – Mitte der 80er Jahre – während der Vertrag für verfassungswidrig erklärt worden war.

Merkwürdigerweise litt die Kooperation zwischen Militär und dem Kartell in dieser Zeit kaum unter der Auseinandersetzung. Es gibt zahlreiche Beispiele für diese Zusammenarbeit. Ein Streik der Plantagenarbeiter in der Nähe von Uraba in der Provinz Antiochia provozierte eine Bestrafungsaktion für das „guerillafreundliche Dorf" – weniger blumig umschrieben: ein Massaker. Die untersuchende Richterin kam zu dem Schluß, daß es sich dabei um eine konzertierte Aktion von Militär und dem Medellin-Kartell gehandelt habe und erließ Haftbefehle. Resultat dieser Untersuchung war die Flucht der Richterin angesichts der Morddrohungen.

Wieweit diese Verbindungen gehen, läßt sich anhand eines anderen Beispiels sehen. Nach der Ermordung Lara Bonillas mußten die Drogenbosse außer Landes fliehen. Die Regierung hatte ihnen den Krieg erklärt. Das Medellin-Kartell antwortete darauf mit Anschlägen aber auch mit Gesprächsangeboten. 1985 reisten der Ex-Präsident Alfonso Lopez Michelsen (unter seiner Präsidentschaft war ja der Kampf gegen die Drogen unter Militärrecht gestellt worden) und Generalstaatsanwalt C.J. Gomez nach Panama zu einer Unterredung mit Pablo Escobar. Das Ergebnis war ein Memorandum der Auszuliefernden, in dem sie den Vorschlag machten, die gesamten kolumbianischen Auslandsschulden zu begleichen, wenn eine Rückkehr in die Legalität gewährt werden und der Auslieferungsvertrag aufgelöst würde. Es mag Zufall sein, daß ausgerechnet Alfonso Lopez Michelsen mit dem Generalstaatsanwalt nach Panama flog, aber hilfreich war es bestimmt. Die Interessenskoalition zwischen dem Kartell und dem Militär bestand in der Verhinderung von Reformenn auf der einen Seite und einem relativ ruhigen Geschäftsablauf auf der anderen Seite. Der gemeinsame Feind war die Subversion. Jedoch neigten diese Herren dazu, immer mehr Subversive ausfindig zu machen.

Der Mord an dem liberalen Präsidentschaftskandidaten Galán war der Anfang vom Ende des Medellin-Kartells. Galán, der ehemalige Botschafter Kolumbiens in Rom trennte sich 1979 von der liberalen Partei und setzte sich mit seiner „Partei des Neuen Liberalismus" von den traditionellen Parteien ab. Er prangerte die Zusammenhänge von Politik und Mafia an und wurde zu einem der populärsten Politiker des Landes, ohne jedoch zum Präsidenten gewählt zu werden. 1988 löste er seine Partei auf und trat wieder in die liberale Partei ein. Kurz vor seiner Ermordung galt er als der aussichtsreichste Präsidentschaftskandidat. Innerhalb weniger Tage wurden der liberale Präsidentschaftskandidat, der oberste Richter (er hatte Pablo Escobar vorgeladen) und der Polizeichef der Provinz Antioquia ermordet. Dem Polizeichef wurde vorgeworfen, daß er keinen Versuch der Verständigung mit dem Kartell unternommen hätte.

Mit diesen Anschlägen hatte sich das Medellin-Kartell zu weit aus dem Fenster gelehnt. Das Sicherheitsministerium und Teile des Militärs gingen nun gegen die paramilitärischen Guppen und gegen die Zusammenarbeit von Militärs und Kokainkartell vor. Rund ein Dutzend Ausbildungslager wurden aufgelöst und gegen Offiziere, die im Verdacht standen mit dieser Organisation zu kooperieren wurde ermittelt. Im Januar 1990 hat das Medellin-Kartell seinen Krieg aufgegeben. Heute zwei Jahre später sind die führenden Leute des Medellin-Kartells im Gefängnis [bzw. – nach Fertigstellung dieses Artikels – gerade daraus entsprungen! Pablo Escobar, der ursprünglich schon im Frühjahr an die USA ausgeliefert werden sollte, stellt die Bedingung für seine Rückkehr in den „Hausarrest" der Regierung, daß er nicht ausgeliefert werden dürfe; SF-Red.] oder wie Gonzales Rodriguez tot. Die Ochoa Brüder sitzen in Kolumbien. Gustavo Gaviria wurde in Mexiko festgenommen und Carlos Lehder hofft auf die Begnadigung und die deutsche Staatsbürgerschaft!

Andere haben das Geschäft übernommen. Nach den Angaben des DEA hat das Cali-Kartell nun einen Anteil von 75% am amerikanischen Kokainmarkt. Der Unterschied zu den Drogenbossen aus Medellin besteht darin, daß sie keinen bewaffneten Kampf gegen den Staat geführt haben. So sind die Probleme in Kolumbien trotz der Zerschlagung des Medellin-Kartells nicht gelöst. Am 30.12.90 schrieb der Journalist Antonio Caballero in *El Espectador*:

„Wir stehen wieder einmal da wie zu Anfang des Jahrzehnts, zu Zeiten des Präsidenten Turbay: im offenen Krieg mit der Guerilla und in stillschweigender Übereinstimmung mit den Narkos... Die Narkos erlangen ihre institutionelle Respektierlichkeit zurück, die sie vor Jahren verloren haben; und das eigenartige ist, daß sie sie nicht deshalb zurückgewinnen, weil sie ihre Verbrechen eingestellt, sondern weil sie sie vermehrt haben. Die Guerilla (FARC und ELN) ihrerseits verlieren ihre Respektierlichkeit, die sie über Jahre hinweg durch Gespräche, Briefe und Erklärungen gewonnen haben ... Die Motive sind klar – sowohl die des Friedens mit den Narkos als auch die des Krieges gegen die Guerilla: es sind genau diesselben wie vor zehn Jahren. Im ersten Fall ist es die Macht der Narkos; im zweiten Fall ist es der Druck der Armee... Objektiv gesehen ist es immer noch ein verlorenes Jahrzehnt. Wollen wir hoffen, daß man in dem nun beginnenden Jahrzehnt endlich begreift, daß die beiden großen Probleme nicht dadurch gelöst werden, daß man sich ihrer Auswirkungen annimmt, sondern dadurch, daß man ihre Gründe sucht. Daß man den Krieg gegen die Narkos nur dadurch gewinnen kann, daß man den Drogenhandel legalisiert. Und daß man den Krieg gegen die Guerilla nur gewinnen kann, wenn man sie überflüssig werden läßt, das heißt, wenn die Verflogung der Menschen in Kolumbien aufhört und sie nicht mehr gezwungen sind, sich selbst zu verteidigen." (Penny Pearce, Kolumbien, Schmetterlingsverlag 1992)

DEA (Drug Enforcement Agency) und der Drogenkrieg

Gewiß mag es Leute geben, die jenes Phänomen der Kooperation zwischen Regierungsstellen und dem Drogenhandel als ein vereinzelt auftretendes Phänomen betrachten oder gar als Anzeichen von „Unterentwicklung" und damit als ein strukturelles Problem der „Dritten Welt"-Länder. Aber die „Dritte Welt" ist näher als wir glauben. Zeitgleich zu den Umstrukturierungen des Antidrogenkampfes in Kolumbien fand in den USA eine ziemlich gleichartig verlaufende Veränderung statt.

Das Bureau of Narcotics and Dangerous Drugs (BNDD) hatte bei seinem Drogenkrieg vor allem Erfolge gegen den Heroinhandel vorzuweisen. 1973 wurde das Schwergewicht der Aktionen auf die harmloseren Drogen Marihuana und Kokain gelegt. Damit einher ging eine Umstrukturierung der Drogenbehörde. Auf Initiative des damaligen US-Präsidenten Nixon wurde die Behörde Drug Enforcement Agency gegründet und ein entsprechender Kabinettsausschuß, dessen Vorsitz der Chef der CIA und der Außenminister Henry Kissinger übernahmen. Dazu bedarf es einer kurzen Erklärung: Neben der Verwaltung, wie sie auch in der Bundesrepublik existiert, gibt es in den USA eine zweite Regierungsebene, die unmittelbar der Politik des jeweiligen Präsidenten unterstellt ist und in verschiedenen Planungsstäben die Grundlagen der US-Politik ausarbeitet, nach denen sich

die Verwaltungen zu richten haben. Die Leiter dieser Ressorts werden vom Senat gewählt. Zwischen diesen präsidialen Einrichtungen und den Verwaltungen kommt es oftmals zu Differenzen, was beispielsweise zu unangenehmen Veröffentlichungen führen kann. Mitr der Neuinstallierung einer Behörde hat der Präsident natürlich die Möglichkeit, sie gemäß den politischen Zielsetzungen zu strukturieren und sie mit dem entsprechenden Personal zu besetzen. Dies war auch bei der Gründung des DEA der Fall. Die vorherige Drogenbehörde war eine Abteilung der US-Zollbehörde gewesen. Mit der Umstrukturierung wurde nicht nur die Drogenbehörde vom Zoll getrennt, der Zoll verlor auch das Recht gegen Drogendelikte vorzugehen und ebenso das Recht, den eigenen im Ausland operierenden Geheimdienst aufrechtzuerhalten. Dies fiel nun alles in den ZBständigkeitsbereich des DEA. Von Beginn an wurden relativ viele CIA Leute in dieser behörde beschäftigt, was die Politik dieser Behörde in den 80er Jahren symbolisiert.

Mit der Gründung dieser Behörde war der Antidrogenkrieg immer mehr zu einem Antiguerillakrieg geworden.

Diese Verknüpfung war ein beliebtes Manöver von den lateinamerikanischen Juntas und amerikanischen Regierungsstellen flossen über diesen Umweg Gelder, die ansonsten eventuell nicht möglich gewesen wären. So wurden der argentinischen Junta über das International Narcotics Control Program im Jahr 1974 – trotz einer Sperre seitens des Kongresses – über 12 Millionen Dollar für die Ausrüstung der Polizei zur Verfügung gestellt. Für welche Zwecke dieses Geld verwandt wurde, läßt sich sehr deutlich aus einer Bemerkung des damaligen Ministers für soziale Wohlfahrt, Lopez Rega, bei einem Interview im argentinischen Fernsehen heraushören:

„Wir haben Guerilleros nach ihren Angriffen festgenommen, die high waren. Daher ist die Antidrogenpolitik automatisch auch eine Anti-Guerilla Kampagne." (Quelle: Mama Koka) Dies sagte jener Herr, der seine Taschen mit den Gewinnen aus dem Drogengeschäft vollstopfte und das Geld für die Drogenbekämpfung zur Finanzierung der Alianza Anticomunista Argentina verwandte.

Es ist ein allzu typisches Beispiel für den US-Drogenkrieg. Über zwei Jahrzehnte waren vor allem die lateinamerikanischen Militärs die Nutznießer dieser „Hilfe", genau die Institutionen deren Rolle am fragwürdigsten war. Verändert hat sich in diesen zwei Jahrzehnten nur die Menge der zur Verfügung gestellten Dollars. Bushs Anti-Drogenkrieg verschlang im Zeitraum von vier Jahren 2,2 Milliarden Dollars, der Anteil von den Ausgaben für militärische Zwecke stieg von 5 Millionen (1988) auf 140 Millionen Dollars im Jahr 1990. Der Zweck für den diese Gelder verwandt wurden ist der gleiche geblieben.

Bei einem Besuch einer Delegation des amerikanischen Kongresses 1990 bedankten sich beispielsweise die kolumbianischen Generäle für die Bewilligung von 40,3 Millionen Dollar als Hilfe für die Drogenbekämpfung und erklärten, daß 38,5 Millionen davon für die Operation „Tri Color" verwandt werden würden. *Tri Color* ist eine Anti-Guerilla-Operation im Nordosten des Landes, in einer Region, die weder für den Kokainanbau noch für Kokahandel bekannt ist. Auf die Frage, was diese Operation mit Antidrogenkampf zu tun hätte, folgte die Antwort, daß selbstverständlich auch Kokainlabore zerstört werden würden, wenn bei dieser Aktion welche gefunden würden. (Ruth Connit: Columbias Dirty War. Washingtons Dirty Hands, The Progressive May 1992)

Daß solch eine Politik ohne weiteres den Interessen der USA entspricht, zeigt ein anderer Vorfall, bei dem der frühere Botschafter der USA in Kolumbien, Lewis Tambs, verwickelt war. Er gilt im übrigen als der Erfinder des Begriffs „Narco-Guerilla". Anlaß war die Sorge, daß Kolumbien ein zweites El Salvador werden könnte, wenn die USA nicht energisch handeln würden. Die Verbindung von Guerilla und Drogenmafia wurde äußerst popularisiert. Weniger bekannt ist, daß Lewis Tambs später Botschafter in Costa Rica war und dort ausgewiesen wurde, weil er zur Unterstützung der nicaraguanischen Contras den Drogenhandel begünstigte...

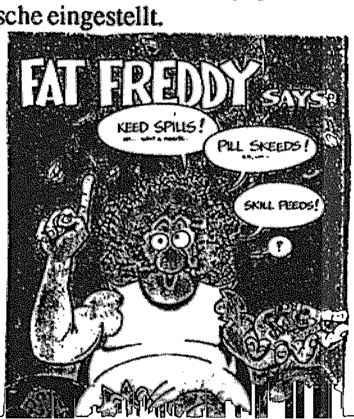
Die Politik der Gleichsetzung von Drogenmafia mit Guerilla hat in den 80er Jahren ein größeres Gewicht bekommen. Mit dem Ende des Kalten Krieges, mit der wachsenden Sensibilität der amerikanischen Öffentlichkeit gegenüber der Lateinamerikapolitik der USA ist der Drogenkrieg zum neuen Deckmantel der Interventionen geworden. Neu ist dieses Phänomen nicht, eine Vielzahl von Beispielen aus den 70er Jahren, in denen mit Drogen Politik gemacht wurde, ist bekannt. Neu ist der Stellenwert. Diesen Wandel drückt ein Begriff sehr anschaulich aus: die *Counternarcotics-strategies*. Grob gesagt ist es die Übernahme von counterinsurgeny-Strategien für den Bereich der Drogen, d.h. die Ausbildung und Beratung von Sicherheitskräften, die Förderung von landwirtschaftlichen Projekten, die die Bauern vom Kokaanbau abhalten sollen usw. So sind die DEA-Agenten ständig in den Sicherheits- und Justizapparaten in Lateinamerika präsent. Es ist genauso als ob hier die Tätigkeit des CIAs beschrieben werden würde. Und wie sich alles gleicht, mußte eine amerikanische Solidaritätsgruppe anfang diesen Jahres feststellen. Sie flogen nach Kolumbien, um sich über die Situation in diesem Land zu informieren. Anlaß war die Ermordung von Blanca Ceceilia Valero de Duran, die Sekretärin von Jorge Gomez Lizarazo, von dem tags vor dem Mord der Leitartikel in der *New York Times: Columbian blood, US guns* erschienen war. Unter den verschiedenen Gesprächen, die diese Gruppe in Kolumbien führte, war auch eines mit dem Pressesprecher der US-Botschaft in Bogotá, Bob Danze, der ausführte:

„Vor ungefähr zwei Wochen gab es einen Leserbrief in der New York Times und der Schreiber meinte in etwa, daß amerikanische Waffen kolumbianische Bürger töten. Was mich dabei fasziniertc – und ich bin als ehemaliger Armeeangehöriger vertraut mit diesen Dingen – ist, daß hier keine amerikanischen Waffen benutzt werden. Sie benutzen balas, brasilianische Waffen, so können amerikanische Waffen überhaupt keine kolumbianischen Bürger töten." Ein anderer Botschaftsangehöriger unterbrach ihn an dieser Stelle: „Es könnten noch viele Argumente gebracht werden... Was allein zählt ist, daß die USA nur Antidrogenhilfe gewähren." (Peter R. Andreas u.a.: Dead End – Drug wars, Foreign Policy 4/91)

Der Pharisäer im Gewande des wilden Cowboys

Der „Drogenkrieg" offenbart die berechnende Haltung der westlichen Staaten. Die Äußerungen George Bushs während einer Wahlkampfrede erregte in hiesigen Breitengraden nahezu ausschließlich Zustimmung: „Das Prinzip ist einfach. Der billigste und sicherste Weg Drogen auszurotten ist, sie an dem Ursprungsort zu zerstören... Wir müssen die Pflanzen herausreissen, wo sie wachsen und die Labore zerstören, wo immer sie auch sein mögen!"

Nicht in den USA natürlich, deshalb hat Bush auch das Programm gegen die Geldwäsche eingestellt.



telegraph

Ostberlin

3 DM

Dokument

Wie die Gauck-Behörde der Treuhand unter die Arme greift

oder:

500 000.-DM Strafandrohung gegen Stasigeschädigte wegen Stasiveröffentlichungen

oder:

Die Arroganz der Macht

Der *telegraph* (Redaktionsanschrift für Bestellungen und ABOs: Schliemann-str.22, O-1058 Berlin) ist die Nachfolgezeitung der ehemaligen Umweltblätter aus Ostberlin. Vor der Wende ein unbestrittenes Dissidentenblatt, das auch über linke Kreise hinaus Aufmerksamkeit fand. Sein Fehler: bei der Wende hat es die Wende verpaßt: es blieb eine Dissidentenzeitung, wenn auch unter anderem Namen und in anderer Aufmachung.

Seit jenen Tagen beschäftigen sich viele Artikel im monatlich erscheinenden Telegraph mit der Vergangenheitsbewältigung, somit auch mit der Stasi und der (u.a. anarchistischen) Oppositionsbewegung, mit dem erstarkenden Neofaschismus in der Ex-DDR und mit Antifa-Aktionen. Im Unterschied zu den großen Medien war es durch die Telegraph-Artikel auch für uns „Wessies" möglich unser spärliches Wissen über die damaligen Verhältnisse und Stimmungslagen zu erweitern.

Im Mai wurde eine Sondernummer zur Rolle des Rechtsanwalts Gregor Gysi in den Prozessen gegen DDR-Oppositionelle herausgegeben. Im Juni konnte Gregor Gysi darauf auf 14 Seiten antworten und seine Sicht der Dinge ausbreiten.

Soweit so interessant, sollte mensch meinen. Doch hat sich nun die Gauck-Behörde eingemischt und wirft der Redaktion und speziell dem Herausgeber Wolfgang Rüddenklau vor, mit der Veröffentlichung im Mai gegen den „§§ 45 Absatz 1 Ziffer 1,7 Absatz 3" des Stasiunterlagengesetzes verstoßen zu haben. Das Bezeichnendste dabei: der *telegraph* ist der **erste** Adressat einer solchen Anzeige! Die SF-Redaktion druckt hier die Antwort der *telegraph*-Redaktion an den (Bundesbeauftragten für die Unterlagen des) Staatssicherheitsdienst(s):

Sonderausgabe

Sehr geehrter Herr Zabel!

Meine Freunde von der Redaktion des "telegraph" und ich haben mit Interesse zur Kenntnis genommen, daß Sie den Abdruck von Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit in unserer Sondernummer als einen Gesetzesverstoß betrachten. Sie haben in diesem Zusammenhang gegen mich als Verantwortlichen im Sinne des Presserechts ein Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet. Damit unterstreichen Sie offenbar den Anspruch Ihrer Behörde auf alleinigen Besitz, Verwaltung und Auswertung der Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR. Insbesondere beziehen Sie sich dabei auf §7, Absatz 3, nach dem "natürliche Personen und sonstige nichtöffentliche Stellen verpflichtet sind, dem Bundesbeauftragten unverzüglich anzuzeigen, daß sich bei ihnen Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes befinden, sobald ihnen das bekannt wird". Nach §45 drohen Sie mir mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Mark.

Ich will Sie gleich darauf hinweisen, daß weder ich noch die Redaktion "telegraph" jemals so viel Geld hatten. Falls Ihnen eine solche Summe auf Grund Ihres Gehaltes bei der Gauck-Behörde erschwinglich erscheint, sollten Sie sich schämen: Die Gauck-Behörde wurde erst auf Grund des harten Kampfes von Besetzern und Mahnwachen im September und Oktober 1990 erreicht, zu denen wir gehörten. Wir haben für unsere damalige Tätigkeit, der Sie immerhin Ihre Arbeitsstelle verdanken, weder von Ihnen noch sonst jemandem jemals einen Lohn verlangt oder erhalten.

Von besonderer Schäbigkeit aber zeugt es, daß Sie sich für die erste aus Ihrem Gesetz resultierende Anzeige nicht etwa einen der führenden Stasigeneräle ausgewählt haben, die seit 1990 unter ihren Augen bergeweise Unterlagen der Staatssicherheit an betuchte westdeutsche Medien verkauften, daß Sie keine Anzeigen gegen die Mediengiganten gewagt haben, die beinahe täglich Unterlagen der Staatssicherheit benutzen oder abdrucken. Nein, Sie haben für ihren ersten Vorstoß ein finanzschwaches Blättchen gewählt, das zudem noch vor dem Regierungssturz in der DDR, der den Machtantritt ihrer Dienstherrn ermöglichte, ein besonders gehaßtes und bespitzeltes Ziel der Staatssicherheit war. Diese Art von Mut gegenüber Schwachen, den Sie zu zeigen belieben, galt zu allen Zeiten als ein Zeichen besonderer moralischer Niederträchtigkeit.



Sie werden sich, wie wir das von neugebackenen Bundesbeamten gewohnt sind, natürlich auf den Rechtsstaat und die Gleichheit aller vor dem Gesetz berufen. Eben diese Gleichheit vor dem Gesetz sehen wir durch das Stasiaktengesetz und durch die momentane Praxis seiner Auslegung nicht gewahrt, ganz zu schweigen von den sonstigen juristischen Scheingefechten, mit denen Verantwortliche des Terrors gegen Menschen unauffällig aber systematisch vor den Konsequenzen ihrer Taten geschützt werden, dafür aber kleine Untertanen umso gründlicher verfolgt werden. Unser Eindruck ist, daß die Gauck-Behörde im Auftrag des Bundesinnenministeriums mit ihrer Tätigkeit die Aufdeckung der Strukturen des Repressionssystems mehr behindert als fördert.

Solange Forschungszentren und Opferverbände an der Aufklärung von altem und neuen Unrecht nicht beteiligt, darin auch nicht unterstützt, sondern im Gegenteil sabotiert werden, solange die Auskünfte der Gauck-Behörde an Betroffene immer sparsamer werden, handelt die bundesdeutsche Regierung, ihre Behörden und ihre Gesetzgebung gegen grundlegende Bürger- und Menschenrechte. Als ehemalige DDR-Oppositionelle sind wir dafür aktenkundig geworden, daß wir auch Gesetzesübertretungen und Strafverfolgung in Kauf nahmen, wenn es um die Einforderung von grundsätzlichen Rechten ging. Wir haben in unserem "telegraph" und dessen Vorläufer, den "Umweltblättern" schon immer Dinge gedruckt, die irgendwelchen Behörden nicht in den Kram paßten. Diese Praxis gedenken wir auch in der bundesdeutschen Gesellschaft fortzusetzen.

Im Übrigen sehe ich Ihrem Ordnungswidrigkeitsverfahren mit gelassenem Gemüt und leeren Taschen entgegen.

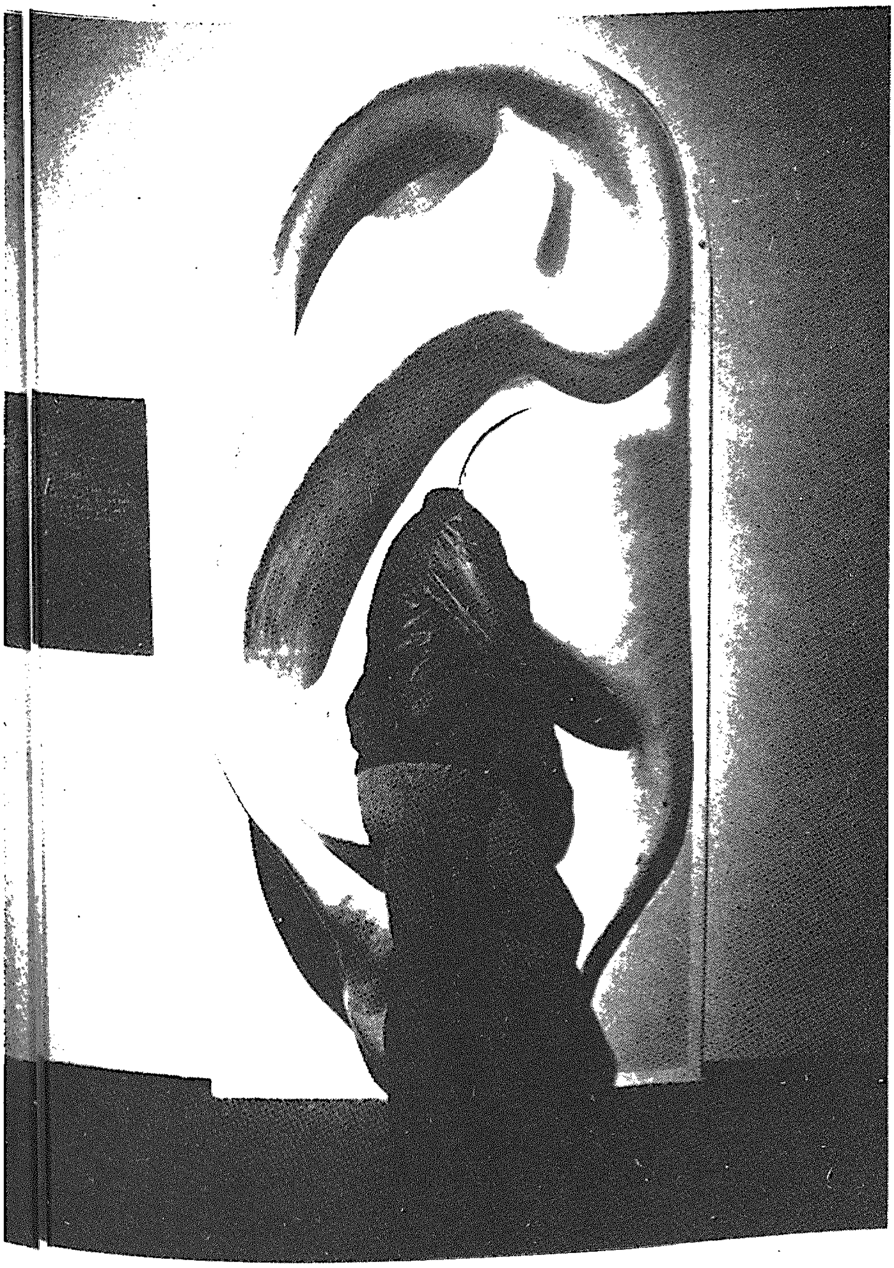
Mit freundlichem Gruß!
W. Rüddenklau

Was hat Gregor Gysi wem verraten ?

Die ungekürzten Dokumente. Damit Sie sich selbst ein Urteil bilden können.

zu beziehen über telegraph, Schliemannstr. 22 Berlin O-1058; ☎4483687. Pro Exemplar 3DM. Versand nur gegen Vorkasse Bar oder Scheck.

telegraph – Linke DDR-Oppositionszeitung seit 1986



© Volker Ernst/Achim Duwentäster

btr. SF-42: LUPUS-Multikulturelle Gesellschaft

Dem Beitrag der Gruppe LUPUS ist in Vielem und auch grundsätzlichen Überlegungen zuzustimmen. Einen Mangel sehe ich dennoch in der fehlenden Differenzierung bezüglich der unterschiedlichen Rechtsposition, verschiedenen Aufenthaltsbedingungen etc. der in Deutschland lebenden AusländerInnen (solche aus dem EG-Bereich, ehemalige „Gast"-ArbeiterInnen, VertragsarbeiterInnen (Ex-DDR), Asylbewerber, Flüchtlinge aus z.B. Jugoslawien. Aus dem unterschiedlichen Status der AusländerInnen in Deutschland und damit auch jeweils unterschiedlichen Stellung in der Gesellschaft folgt unterschiedliches politisches Bewußtsein. Alle Nicht-Deutschen im politischen Kampf auf eine Ebene mit gleichen Bedingungen mit Deutschen zu stellen („Sie sind soviel und sowenig revolutionäres Subjekt wie wir") erscheint platt und vernebelt die Sicht. Im Alltag gibt es (leider) viel weniger Heroisches... (vgl. auch SF-26, 4/87 und DA-65, 10/87).

Wolfram Beyer, Berlin

btr. EXPO-Eröffnung und Repression in Spanien (in SF 2/92)

Die Repression gegen Menschen, welche den 500-Jahre-Olympia-Kulturhauptstadt-EXPO-Wahn in Spanien kritisieren und sich dagegen wehren, ist zur Zeit in ganz Spanien zu spüren. Der von verschiedenen Polizeigruppen durchsetzte Staat setzt seinen Weg in die europäische Integration mit roher Gewalt durch, wie wir es von Diktaturen gewohnt sind. Dies ist auch kein Wunder, da die Führungspositionen mit Offizieren besetzt sind, welche ihre Ausbildung im Franco-Regime erhalten haben. Dazu ein kleiner Bericht von meinem Aufenthalt beim Collectiu Llibertari De Tarragona i Barris in Catalunya.

Da auch die beiden Städte Tarragona und Reus (ca. 80 km südlich von Barcelona) sich vom 92er-Glanz etwas abschneiden wollten, fand vom 14.-16.Mai eine große Flugzeugschau AIREX 92 mit militärischen Flugvorführungen statt. Die Atteneús LLibertari aus Tarragona und Reus hatten, wegen der immensen Geldverschwendung dieses Prestigeobjekts der Militärs zu einem Protestmarsch am Sonntag um 12 Uhr aufgerufen. Um 12.30 Uhr setzte sich der Demozug mit ca. 300 Menschen in brütender Hitze in Richtung Flughafen in Bewegung. Auf der 3 km langen Strecke, entlang einer vielbefahrenen Nationalstraße, war zu sehen wie die Polizei den Zug beobachtete und analysierte.

An der Einfahrt zum Flughafen angekommen, sahen wir uns den Spezialeinheiten, wie sie schon aus Sevilla bekannt sind, gegenüber. Diese warteten "heißgemacht"(?), lässig knüppelschwingend (ca. 80 cm lange Teile) auf den Demozug. Diese aus Olympia angereisten Unterdrückungsspezialisten gaben uns einen bitteren Vorgeschmack auf das bevorstehende Olympia-Spektakel. Als die Demonstranten sich friedlich niederließen um die Zufahrt kurzzeitig zu blockieren, fingen die Spezialisten aus Olympia an, die wehrlosen Demonstranten niederzuknüppeln – mit einer wilden maßlosen Brutalität. Nachdem die Demonstranten von der Zufahrt vertrieben waren, alles in hellster Aufregung und empört war, mehrere Demonstranten bluteten, Blutergüsse, Prellungen und andere Verletzungen hatten, versuchten die Spezialisten gezielt Aktivisten der Organisationsgruppen abzugreifen und festzunehmen. Bei diesem Manöver kam es erneut zu Knüppelorgien, dabei wurden 5 Companeros festgenommen und abtransportiert.

Nach dem Abtransport sammelten wir uns und machten uns auf den langen Weg (ca. 5 km) zum Komissariat, um die Freilassung der Festgenommenen zu fordern, sowie deren Personalien festzustellen. Am nächsten Tag wurden 4 Companeros freigelassen, einer mußte noch zwei weitere Tage im Knast bleiben.

Daß die Menschen dort sich nicht so schnell aufgeben, zeigte sich in den nächsten Tagen, als am Montag in Reus 200 Menschen und am Dienstag in Tarragona 150 Menschen auf der Straße waren, um gegen das brutale Vorgehen der Polizei zu demonstrieren.

Uwe Andretta, Morbach

btr.: Gestohlenes Leben – Art. von Keno Verseck –

Stasierfahrungen

I. „Anklage"

Ich habe das erste mal Eure Zeitung in der Hand und als ich dann den Artikel über die Stasi und ihre Methoden las, konnte ich einfach nicht mehr anders, und ich mußte schreiben.

Wie deutlich wurden wieder die Bilder der eigenen Vergangenheit. Ich war damals bereits zum „Staatsfeind" erklärt worden, durch meine Zugehörigkeit zur PUNK-Szene. Ich war 16 Jahre alt, als ein eiskalter Arm der damaligen Justiz mich ergriffen hatte. In der Schulzeit eigentlich als Außenseiterin bekannt und als Schul-Ärger-Objekt betrachtet, sprang ich über den eigenen Schatten als ich Leute von den Szene kennenlernte. Ein inneres Feuer hatte mich erfaßt, das noch heute in mir lodert. Unverstanden vom Elternhaus und naher Umgebung, schrieb ich meine Gedanken und Gefühle schon sehr früh auf. Auch über meine Erfahrungen mit dem Staat, von dem ich mich im Stich gelassen fühlte. Eigentlich nie dazu gedacht, sie jemals Jemandem zu zeigen.

Währenddessen gingen die Verhaftungen und ständigen Verhöre weiter. Da es uns nicht geben durfte, behandelte man uns wie „Freiwild". Nicht genug, daß man stundenlang auf dem Revier festgehalten wurde, es wurden uns auch persönliche Gegenstände wie Lederjacken, Armbänder usw. abgenommen. Die „Beamten" standen in ständiger Opposition zu uns und machten sich noch einen Witz daraus uns zu beleidigen und zu provozieren. Gegen sichtbare Schäden sicherte man sich dort einfach ab, indem die Betroffenen unterschreiben mußten, daß sie im Revier die *„Treppe hinabgefallen waren."*

Ich erinnere mich noch gut daran, wie oft ich damals meine Schminke abwischen mußte (ich trug sie auch etwas auffälliger), als ich dann wieder raus war, – kaum um die Ecke, – malten wir uns halt wieder an!

Ich könnte zu dieser Zeit ganze Bände füllen, möchte aber vom eigentlichen Thema nicht abweichen. Als ich dann 1981 auf einer Verhandlung gegen eine PUNK-Frau war, reifte mein Haß. Nie vergesse ich ihr Auftreten dort und damit die Kraft, die sie mir wohl ohne es zu ahnen gab, für meine eigenen Probleme, die bald folgen sollten.

Ich tippte diese (PUNK)-Texte, eine Art Flugblätter. Kopierer gab es ja damals noch nicht bei uns. Wer einen besaß konnte nur deswegen verurteilt werden. Immer und immer wieder tippte ich den Text in eine alte Schreibmaschine. Mühevoll mit einigen Bogen Blaupapier, immer und immer wieder.

Ich lernte zu dieser Zeit gerade Fachverkäuferin für Autoersatzteile und Zubehör und mußte jeden zweiten Monat in ein Internat nach Zschopau, hinter Chemnitz. Dort hatte man mich sofort auf dem Kieker und benutzte eine gehörige Portion Psychoterror, um mich fertigzumachen.

Als ich wieder ein Wochenende von dort nach Hause gefahren war, – man hielt es in jenem Hinterweltnest echt nicht aus, – wurde mir in der Zwischenzeit mein persönliches Tagebuch aus dem Schrank entwendet. Da standen meine persönlichen Dinge drin, auch die Unternehmungen mit anderen PUNKs in Berlin. Anschließend wurden meine sexuellen Eintragungen durchs Internat „getragen". Die damalige Leiterin im Wohnheim, Frau Sättler, nahm dann das Buch an sich. Wer sich nun alles daran beteiligte, alles haarklein als Sensation allen Mitbewohnern aufzutischen, kann ich heute nicht mehr mit Sicherheit sagen. Ich erfuhr von Frau Sättler, daß sie das Tagebuch an die dortige Polizei übergeben hätte. Lange Zeit blieb es um dieses Thema dann ruhig.

In Berlin hatte ich meine praktische Ausbildung in einem Laden. In meiner damaligen Naivität steckte ich den (PUNK-)Text in die Tüten der Kunden. Auch das ging eine Weile gut.

Als die Sache ins Rollen kam, mußte sich zunächst mein damaliger Chef weigern, mich weiterhin zu beschäftigen. So wurde ich nach einer Aussprache in eine andere Verkaufsstelle versetzt. In den Verkaufsraum durfte ich lange Zeit nicht, weil man sich an meinen Haaren (die bräver als heute waren) störte. Nett, daß ich wenigstens die Arbeiten hinten im Lager tun durfte. Damals habe ich oft die Schikanen kaum ausgehalten und an Selbstmord gedacht, – aber das war ja alles noch gar nichts.

Ende Januar 1982 holte mich mein Chef in die hinteren Räume der Verkaufsstelle. Man sagte mir, daß die Polizei mich sprechen wolle. Wieder war die Angst da, würde ich standhalten können oder würde man mich wer weiß wie zum reden bringen?

Ich tat überrascht als ich den beiden zivilen Herren, die ich sofort als Stasi erkannte, entgegentrat. Als ich mir meine Jacke aus dem Spind holte, fiel ich, bevor ich mitging, nocheinmal meiner Kollegin um den Hals.

Man brachte mich auf das berüchtigte Revier Keibelstraße, am Berliner Alexanderplatz, von dem ich schon viel wußte. Dort offenbarten sich die Zivilen als Stasi. Nun folgten Verhöre bis in die Nacht. Immer wieder versuchte man mich zum Denunzieren meiner Kumpels zu bringen. Immer wieder fragte man nach den Blättern, wohl in der Hoffnung auf einen Fehler von mir.

Nach Stunden eröffnete man mir, daß bei meinen Eltern, die von alledem keine Ahnung hatten, eine Hausdurchsuchung stattfinde. Da bekam ich erst richtig Angst vor der Zukunft.

Nach weiteren Stunden, ich war schon völlig am Boden, führte man mich in eine Zelle. Dort war ich alleine mit meinen Gedanken, Ängsten. Ich sehe noch heute oft diese Zelle vor mir, sie bestand nur aus einem Schemel, einem harten Bett ohne Kissen. Die Wände waren grau. Als man mich dort hineinschob, drückte man mir noch eine dünne Wolldecke in die Hand. Die Jacke hatte ich samt den Schuhen abgeben müssen. Ich fror entsetzlich. Erst als ich mich alleine wähnte, kauerte ich mich zusammen und ließ den Tränen freien Lauf. Als nebenan jemand klopfte, hämmerte ich zurück wie wahnsinnig. Man fühlte sich nicht mehr so verlassen, verloren. An Schlaf war nicht zu denken, das Licht brannte die ganze Nacht....

Am Morgen holte mich ein Posten zum „Waschen" raus, der Posten (männlich) blieb so stehen, daß er selbst in die Toilette einen Einblick hatte. Da das Essen dort ein Fraß war und ich mich nicht „knacken lassen wollte", beschloß ich in den Hungerstreik zu treten. Bald darauf wurde ich aus der Zelle geholt und von entmenschten Personen abgeführt. Niemand erzählte mir etwas über meine Situation, die Ungewißheit war tödlich.

Ich mußte in einen Barkas steigen, der bereits auf dem Hof wartete. Man brachte mich in die Untersuchungshaftanstalt Berlin Pankow. Was ich aber lange Zeit nicht wußte.

Dort kam ich mit zwei anderen Frauen zusammen, und dort mußte ich bis Anfang März bleiben. Meine Verhandlung fand im Mai statt und die Ungewißheit blieb, ob ich nicht wieder in den Knast müßte. Aber man verurteilte mich auf Bewährung (2 1/2 Jahre). Ich blieb zwar von einer weiteren Haft verschont, hatte aber seitdem den Makel einer „Politischen" an mir.

(Das soll nur ein erster Ausschnitt gewesen sein...) Das war mein Erlebnis mit der Stasi und ich fordere, daß man den Opfern die Möglichkeit geben muß, selbst über ihre Akten zu bestimmen. Ich finde erst heute langsam zu mir selbst zurück. Viel, sehr viel ging damals kaputt.

Ich lege Euch noch den Text „Anklage" bei, für den ich damals verurteilt wurde.

von China (Angela) Kowalczyk, Ostberlin

II. Trotzallem haben wir gelebt

Obwohl ich weiß, daß Erlebtes sich nur als reduziertes Bild vor dem Vergessen retten kann, will auch ich es nicht ver-säumen, das noch Erinnerbare aus meiner Ex-DDR-Ver-gangenheit in das Puzzle einzu-bringen. Ich tue das in der Hoff-nung, es möge niemand glauben, das Puzzle ergebe jemals ein Bild, das der Realität gleicht. Ich tue das auch in der Hoffnung, weil ich nicht glaube, das Bild würde mit der Zeit verblassen, sondern der Überzeugung bin, daß die Zeit reinigt von dem Nebel, der aus dem Alltäglichen aufsteigt und immer und überall verhindert, daß wir im richtigen Moment das Richtigste leisten können. Das ist letztlich die Qualität, die sich in der Zeit verbirgt, was wir aus der „Vergangenheit lernen" nennen, und was die Erfahrung so wichtig macht. Jedenfalls bin ich nicht der Meinung, daß meine DDR-Vergangenheit „gestohlenes Leben" (SF 2/92, S.45f.) war und ich kann auch nicht den Haß in mir fühlen, der so oft in den Diskussionen um die DDR-Stasi mitschwingt. Ganz ehrlich gesagt hat es mich weder vor 10 Jahren noch bin heute inte-

ressiert, wer wen bespitzelt, denn Mitläufer, Opportunisten, Spitzel sind ein strukturelles Problem jeder Konkurrenzgesellschaft, dieser ebenso, wie jener, und dieses wird sich nur mit den Lebenszusammenhängen der Gesellschaft verändern lssen. Und nicht alle die heute verurteilen wollen die Konsequenz.

Es fällt mir bei dieser Gelegenheit ein Beispiel ein: es ist heute in anarchistischen Kreisen nicht verwerflich, gleichzeitig für eine anarchistische Zeitschrift und ein bürgerliches Blatt zu schreiben. Aber genau diese Unachtsamkeit kann dir morgen schon den Vorwurf des Opportunisten und Spitzels einbringen – wen kümmert diese Möglichkeit?

Ich will das Modell „DDR" damit nicht entschuldigen und auch nicht dessen Terror und Repressalien; kritisiere es nach wie vor mit der gleichen Genauigkeit, wie ich das Modell „BRD" kritisiere. Und ich stelle mich nach wie vor gegen die herrschende Ideologie, daß es sich dort um ein Modell gehandelt habe, während es sich hier um eine unumstößliche Wahrheit handeln soll. (Übrigens: ob ich hier über Videokamera und Zentralcomputer permanent latent überwacht werde, oder dort von einer Person bespitzelt, macht fundamental keinen Unterschied aus.) Auf beiden Seiten bin ich den Opfern der Hierarchie und der Herrschaft begegnet und halte deshalb die Vorwurfsebene und das Täter-Opfer-Schemata – reich an Sentimentalitäten – nicht für eine angemessene Auseinandersetzung. Bestenfalls hat dieser Umgang mit der Vergangenheit einen Unterhaltungswert für jene, die es nicht miterlebt haben. Damit soll keinesfalls gesagt sein, daß die Täter einen Freifahrtschein erhalten sollen, sondern lediglich angedeutet werden, daß es bei einer Auseinandersetzung mit Vergangenheit darum gehen muß, ein Bewußtsein über das Vergangene zu erlangen und, daß dieses eine Wanderung auf äußerst schmalen und steinigen Grat, zwischen individueller Verantwortung und gesellschaftlicher Umstände ist.

Das Leben in der DDR war ein recht einfaches. Nach dem Motto „wir erziehen unsere Feinde" wurde auch ich bereits in der Schule zum „Klassenfeind" ausgebildet. Mit der Lehre der Dialektik wurde uns sehr früh die Fähigkeit vermittelt, eine Gesellschaft zu kritisieren und dabei ist immer die dran, in der man/frau gerade lebt. Dabei hatten wir es einfacher, als die Kritiker im Westen, weil in der DDR meistens gerade das zutraf, was sie selbst an der BRD kritisierten. Ich gehöre zu der unseligen Generation, die weder den Kredit des jungen Antifaschisten, noch den des Nachkriegskindes genoß. Quasi gleichzeitig zu früh und zu spät geboren, waren wir von der einen Bewegung nur noch der Abgesang, bei der nächsten schon nur noch Randerscheinungen. Als ich zu einem politischen Bewußtsein gelangte, waren die Hoffnungen des Honecker-Regimes gerade am ausklingen. Die Panzer, denen ich wenige Jahre zuvor noch mit Papierfähnchen winkte, waren aus der CSSR zurückgekehrt, es war eine tödliche Ruhe eingezogen: die Zeit der Friedensbewegungen. Vielleicht aus dem Kindheitstrauma heraus setzten wir uns gegen den Verkauf von Kriegsspielzeug ein, kauften auf, verbrannten, gründeten eine kleine Arbeitsgruppe, schrieben Plakate mit der Hand und stellten bald fest, daß eher noch als die Stasi der gemeine Bürger sich darüber empörte und die Plakate von den Wänden riß, weil sie seinen Ordnungsdrang empfindlich störten. Die Gesellschaft entlarvte sich für uns als in sich widersprüchlich, was uns der Staatsbürgerunterricht täglich bestätigte, weil dort die ständige Fortentwicklung des Kriegsspielzeugs in der BRD z.B., als typisch für imperialistische Erziehung denunziert worden war. Um so stärker wir begannen, uns mit dem inneren Widerspruch (damals noch stark schulbezogen) auseinanderzusetzen, um so heftiger wurden die Repressionen. Alles spitzte sich zu, und ich trat aus der FDJ aus: meine erste bewußte politische Entscheidung, klein, aber mit erheblichen Folgen für die Zukunft.

Von da an war vieles definiert, z.B. Studium unmöglich und Reisen noch erschwerter. Vielleicht war von da an bereits die Stasi mein täglicher Begleiter – ich hatte es nicht gemerkt. (Später jedenfalls wußte die Stasi mehr über meine Vergangenheit als ich.) Übrigens war für uns das Nichtstudieren durchaus noch eine bewußte Entscheidung, weil klar war, daß wir an den Universitäten weiter „mitlaufen" hätten müssen, als es unsere politische Gesinnung zuließ. Wir gingen also in die Betriebe, erlernten einen Beruf und arbeiteten. Es gab auch dort immer wieder interessante Diskussionen, letztlich vielleicht intensivere als in den Hochschulen, – ich weiß es nicht.

Trotz Arbeit verreisten wir mehr als dem Staat lieb war, trafen andere Leute aus verschiedenen Städten bei Konzerten oder dubiosen Volksfesten wie dem Pfefferbergfest in Schmölln, besuchten uns gegenseitig (häufiger als es der Westen kennt) und es kam auch zu Diskussionsrunden, die mehr oder minder kontinuierlich stattfanden. Sie waren nicht bedeutend und veränderten nicht mehr, als unser Bewußtsein (und wie wichtig das war, habe ich erst viele Jahre später im Westen begriffen). Weil meine Generation sich oft an der älteren Generation orientierte, gehörte ich auch zu jenen Leuten, die das Modell „Sozialismus" nicht ablehnten, wohl aber den marxistisch-leninistischen Herrschaftsanspruch. Wir verstanden die DDR als staatskapitalistisch und die Kapitalenteignung als gute Basis für eine neue Gesellschaft. Unsere Haltung war damals sehr klar: dem Volk endlich das Volkseigentum in Selbstverwaltung geben und den Staatsapparat abschaffen. Diese Vorstellung, heute ins undenkbare gerückt, erschien in den 70er Jahren noch als durchaus realiserbar (jedenfalls mit ein wenig Idealismus) und wir fühlten uns immer von Leuten wie Biermann und Wegner etc. bestärkt. Wir kritisierten nicht die DDR aus bürgerlich-westlicher Perspektive, sondern mit Marx und sannen in kleinen Gesprächskreisen eher über die Wege von hier (der DDR) aus zum Sozialismus, wobei uns die BRD recht wenig interessierte. Natürlich traf ich auch hin und wieder auf einen Bundi und stierte den seltenen Westwagen nach, aber es entging uns auch schon damals nicht eine gewisse Distanz der Bundis uns und unseren Vorstellungen gegenüber. Aber schließlich konnten wir uns unsere Bekanntschaften mit Wessis auch nicht aussuchen.

Am Ende der 70er Jahre öffnete die evangelische Kirche ihre Pforten. Wir wußten nicht warum sie es tat, aber nutzen die Gelegenheit um zu größeren Treffen zusammenzukommen. Das Kirchentreffen in Rudolstadt wurde ein Forum von ca. 2000 jungen Leuten mit vielen Hoffnungen. Es waren vier Tage intensiver Diskussionen, kultureller Pamphlete und dem Gefühl der Freiheit. Es waren zu dieser Zeit die Gläubigen noch in der Minderheit bei ihren eigenen Veranstaltungen. Es gab in der Folge zahlreiche weitere Treffen auch kleineren Stils, die alle nicht von religiösen Themen dominiert waren, sondern ehr als Orte der Auseinandersetzung verstanden worden waren. Ich erinnere mich z.B. an Pulsnitz, wo sehr intensiv gesellschaftliche Grundbegriffe in kleinen Arbeitsgruppen diskutiert wurden und an den großen Prediger Theo aus Chemnitz, der irgendwann verschwunden war (ich will hier nicht auf die spätere Kirchenbewegung eingehen).

Natürlich, dazwischen lagen immer wieder die Festnahmen, die ich heute noch als quälend und repressiv empfinde. Und es gab auch immer wieder den Kontakt mit der Stasi, der die verschiedensten Formen annahm. Eine Kriegsdienstverweigerung bei meiner ersten Musterung brachte mich in die paradox anmutende Situation, daß die Staatssicherheit einige Zeit später öfters um meine Hand bat, indem sie mich zu einem „speziellen Kriminalistikstudium" einlud. Ich konnte diesem Angebot damals durchaus widerstehen, bin mir aber heute nicht mehr so sicher, ob es richtig war (aber die Diskussion um den „Gang durch die Institutionen" gab es in der DDR nicht). Aber es hatte nicht immer alles gleich Folgen. Mein Lehrmeister konnte als privater Klempnermeister es sich durchaus leisten zwei Stasileute, die kamen, um mich abzuwerben, aus der Firma hinauszuwerfen, ohne daß dies Folgen hatte. Schließlich ging auch bei den Stasibeamten mal ein Wasserhahn kaputt – so schlicht ist manchmal die Realität. Es mag alles auch ganz andere Gründe gehabt haben, doch ich halte es für mühsam, sie heraus finden zu wollen.

Sicher ist, daß langfristig gearbeitet wurde und strategisch wohl überlegt. Ich halte die Staatssicherheit durchaus für einen Apparat, in dem jeder bewußt gehandelt, und daher auch eine Verantwortung gegenüber seinem Handeln gehabt hat.

Trotzallem haben wir gelebt. Was es zu kaufen gab oder nicht, hat mich zu jener Zeit nicht interessiert und ohne Konsuminteressen hatte ich genug Geld um zu leben, und es war bei weitem nicht so, daß man/frau in der DDR permanent in Angst vor der Stasi sein/ihr Dasein fristete. Es gab die Angst, aber man/frau gewöhnt sich an die Angst, schneller als an den Mangel – wie die Geschichte bewies.

Natürlich hatte auch unser Widerstand gegen das System DDR seinen Preis. Ich gehörte auch zu jenen Leuten, die es richtig fanden, in konkrete Auseinandersetzung mit dem Apparat, d.h. mit der Stasi zu treten, was mich veranlaßte, Diskussionsergebnisse

zu formulieren und diese der Stasi als unsere Haltung zu übermitteln. Es gab für uns keine Öffentlichkeit, sondern den konkret faßbaren Feind, an den sich die Kritik richten mußte, oder ich hätte keine üben müssen. Ich bezweifle heute, ob diese Strategie wirklich gut war, aber damals erschien diese als einzige Möglichkeit für mich (und ich wollte nicht den spekulativen Weg der Alexanderplatzankettung gehen), meine politische Haltung an den Tag zu legen, quasi öffentlich zu machen. Gemeint war immer der Diskurs. Wie man dazu kommen sollte, hatte jeder/jede seine/ihre eigenen Vorstellungen, je nachdem, was er/sie für sich verantworten wollte.

Daß der offensive Weg zur Stasi eine Sackgasse war, bekam ich wenig später im „Zuchthaus Brandenburg" zu spüren, wo mir schnell klar wurde, daß dort die Auseinandersetzung mit dem Modell „DDR" zu Ende ist, weil kein Weg mehr zurückführte. Dennoch erinnere ich mich an einige Diskussionen in der U-Haft der Staatssicherheit in Frankfurt/Oder mit dem sogenannten Vernehmer und bin heute noch verwundert darüber, wie oft wir in unseren Vorstellungen von Gesellschaft übereinstimmten. Doch es scheiterte immer wieder an der Macht und dem Staatsdenken. Und vielleicht an der Differenz, daß ich es ernst meinte und es für ihn nur ein Job war.

Aber wir sollten bei der ganzen Diskussion um die Stasi nicht vergessen, daß die Erlebniswelt des/der einen niemals die des/der anderen sein, und daß Erlebnis nie eingeholt werden kann. Es taugt lediglich, um Bewußtsein zu schaffen und Denkprozesse hinsichtlich der gegenwärtigen Situation und dem politischen Umgang mit ihr auszulösen. Die gesellschaftlichen Fragen stellen sich täglich neu und müssen täglich neu bearbeitet und kritisiert werden. Vergangenes bleibt immer nur fragmentarisches Bild mit Unschärfen und groben Rastern.

Frank Schumann, Hamburg

btr. SF-41: Chomsky -Desinformation

Unter dem Titel „Desinformation und Golfkrieg" behandelt Noam Chomsky ein Thema, das eine ernste sozialpsychologische Untersuchung erfordern würde. Stattdessen setzt uns Chomsky ein Konglomerat von Halbwahrheiten vor, die auch die eingestreuten Wahrheiten in ein schiefes Licht rücken.

Die Methode, der er sich dabei bedient, würden einer amtlichen Desinformation alle Ehre machen. Ein paar Punkte seien aus dem verwirrenden Wortschwall herausgegriffen. Überzeugend wirken seine Darlegungen über die propagandistische Vorbereitung der öffentlichen Meinung in Amerika, die ein Eingreifen in den 1.Weltkrieg psychologisch ermöglichte, obwohl er sich schon hier eines der damaligen Weltlage nicht gerechtwerdenden Simplismus bedient. Der unklare Begriff eines künstlich erzeugten „Feindbildes", der dem demokratischen Bewußtsein eines Volkes wenig Ehre macht, wird dann völlig undifferenziert bis zur Gegenwart durchgezogen. In seiner Rückschau überspringt Chomsky den 2.Weltkrieg, als ob er nicht gewesen wäre. Das ist kein Zufall, denn was im Zusammenhang mit dem 1.Weltkrieg noch einigermaßen plausibel klingt, wäre im Zusammenhang mit dem zweiten etwas schwieriger zu begründen. Wie soll man einer libertären Leserschaft plausibel machen, daß Hitler und Konsorten, die damals die Freiheit der Welt bedrohten, in Wirklichkeit nur in den Köpfen von Roosevelt und Churchill entstandene „Feindbilder" gewesen sind?

Mit einem Sprung geht er – über den Koreakrieg hinweg – zum Vietnamkrieg über. Dabei macht er sich eines unstatthaften Vergleichs schuldig. Wer am Vietnamkrieg die Schuld trug, ist eine komplexe Frage, die mit den bekannten Slogans nicht beantwortet ist. Unbestreitbar ist, daß es sich um einen vom Norden begonnenen Bürgerkrieg handelte, der in Folge der russisch-chinesischen Intervention auf der einen Seite und der amerikanischen auf der anderen Seite internationale Ausmaße annahm. Die militärischen und zivilen Opfer dieses Massenmordens waren Kriegsopfer, wie sie jeder mit modernen Mitteln geführte Krieg fordert. Warum schweigt Chomsky von den alliierten Bombenteppichen in Deutschland und den Opfern, welche z.B. die Zerstörungen Hamburgs, Münchens, Berlins und Leipzigs forderten?

Dagegen waren die Juden und Zigeuner, die im Holocaust untergingen, keine Kriegsopfer. Hier handelt es sich um einen ideologischen Rassenhaß, der mit der Kriegsführung der Achsenmächte überhaupt nichts zu tun hatte. Beeinflußt hat die Judenverfolgung die Kriegsführung nur insofern als sie diese sowohl psychologisch als auch militärisch behinderte. Gewollt oder ungewollt steht Chomskys Vergleich im Einklang mit der Bagatellisierung des Holocaust, wie sie heute in Kreisen der extremen Rechten betrieben wird.

So wie er Hitler unterschlägt, so unterschlägt Chomsky auch Stalin und dessen Nachfolger, die nach 1945 immerhin halb Europa besetzten und ohne militärische Bereitschaft der Westalliierten ohne allen Zweifel bis zum Atlantischen Ozean weitermarschiert wären. Die „Russen" waren für diesen Friedensfreund lediglich ein von amerikanischen Präsidenten erfundenes „Feindbild" So einfach ist es für ihn mit dem Frieden.

Ebenso verhält es sich mit den internationalen Terroristen und der Mafia der Drogenhändler, die es anscheinend nach Chomskys Dafürhalten gar nicht gibt.

Um die Bevölkerung zu verängstigen wurde dann Saddam Hussein erfunden, wobei dem Westen zu recht vorgehalten wird, dessen Aufrüstung wirtschaftlich und politisch ermöglicht zu haben. Unlogisch ist dann aber wieder, die Meinung zu erwecken, dieser „Welteroberer" habe in Wirklichkeit nur als ein von Herrn Bush benötigtes „Feindbild" existiert. Paßt die Doktrin nicht in die Wirklichkeit, so muß die Wirklichkeit eben der Doktrin angepaßt werden.

Kann man Chomsky bei all diesen Vereinfachungen noch einen ehrlichen Willen, der Wahrheit und mit ihr dem Frieden zu dienen, zubilligen, so wird dies beim letzten Punkt, den ich herausgreifen will, schon schwieriger.

Zur Person von Armando Valladares, der 22 Jahre in Castros Gefängnissen verbracht hat und mit seinen Mitgefangenen den unmenschlichsten Folterungen standhielt, will Chomsky keine Fragen stellen. So drückt man sich aus, wenn man jemanden in ein zweifelhaftes Licht rücken will, ohne anscheinend etwas gesagt zu haben. „Es mag" so meint er „alles wahr sein". Doch handle es sich hier um den Bericht eines einzelnen...

Weiß Herr Chomsky nicht oder will er nicht wissen, daß es eine umfangreiche Literatur gibt, in der die Angaben von Valladares von ehemaligen Leidensgenossen bestätigt werden, daß in zwei internationalen Hearings in Kopenhagen und in Paris in Gegenwart namhafter Antifaschisten, Zeugen aus allen weltanschaulichen Lagern, unter ihnen dissidente Kommunisten und demokratische ehemalige Mitkämpfer Fidel Castros gegen die Diktatur Batistas nach langen Gefängnisstrafen in Castros Kerkern über unmenschliche Folterungen berichteten, deren Narben sie zum Teil vorzeigen konnten?

Weiß Herr Chomsky nicht, oder will er nicht wissen, daß sich in Kuba trotz der Wende im Osten bis heute nichts geändert hat? Weiß er nicht, oder will er nicht wissen, daß Castro immer noch Gefangene foltert, die sich weigern, sich seinem „Umerziehungsprogramm" zu unterziehen, indem er sie in sogenannte *tapiados*, d.h. im Halbdunkel abgeschirmte Zellen, in denen man Nacht von Tag nicht unterscheiden kann, ohne hygienische Einrichtung, ohne ärztliche Betreuung unter latenter Folter- und Todesdrohung dahinvegetieren läßt? Weiß er nicht, oder will er nicht wissen, daß tausende von politisch verdächtigen oder „asozialen" Frauen, Männer und Kinder in Zwangsarbeitslagern damit beschäftigt sind, der daniederliegenden kubanischen Wirtschaft auf die Beine zu helfen, daß die Todesstrafe auf der Tagesordnung ist?

Sollte Herr Chomsky so unwissend oder so naiv sein, dies alles für „reaktionäre" Greuelpropaganda zu halten, so rate ich ihm, sich bei den gewiß unverdächtigen kubanischen Libertarios im Exil zu informieren *(Movimento libertario Cubano en el exilo, P.O.Box 350241, Riverside, Station Miami)*. Von jemandem, der gegen Desinformation zu Felde zieht, sollte man erwarten können, daß er einer ihm unangenehmen Information nicht aus dem Wege geht.

Mit einer Auflistung verstaubter „linker" Klischees ist der Wahrheit und letztlich auch dem Frieden nicht gedient.

Heiner Koechlin, Basel

Peter Rose
Graphik & Siebdruck
P.R.O.
Aufkleber
Herzogstraße 73/IV, 8000 München 40
Tel. (089) 3 08 12 35
Prospekt gegen Rückporto



Neue Bücher, die dem SF zugesandt wurden

(An alle interessierten Verlage: wir stellen unter dieser Rubrik alle uns zugesandtzen Publikationen in Kurzfassung vor. Wir bitten darum, uns nur solche Neuveröffentlichungen zuzusenden, die sich (weitgefaßt) mit Anarchismus, linksradikaler Diskussion oder aktuellen politischen Themen beschäftigen.)

★ *Johann Most: Dokumente einer sozialdemokratischen Agitators*

Band 4, hrsg. von Volker Szmula. Enthält Artikel Mosts aus der Zeit vor den Sozialistengesetzen. In einem ausführlichen Vorwort verdeutlicht der Herausgeber den Bruch Mosts mit der Sozialdemokratie, indem er nachweist, daß Most anfangs kaum Berührungspunkte mit anarchistischen Vorstellungen aufwies.

Bezug: Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1, je Band ca. 220 S., 22.-DM, Bd. 1-4 zus. 80.-DM

★ *Paul Lafargue: Die Religion des Kapitals*

hrsg. von Fritz Keller und Kurt Lhotzky. Vor 100 Jahren entstand dieser (satirische) Text. Lafargues Ausgangspunkt ist ein fiktiver „Londoner Kongreß", bei dem sich Kapitalisten, Philosophen, Sprachwissenschaftler, Priester aller Konfessionen und mehr oder minder dubiose Halb- und Unterweltsgeschäftemacher treffen, um eine neue Strategie zu entwickeln, wie man durch Religion die unzufriedene Bevölkerung ruhigstellen kann. Die neue Konfession fordert schließlich die Anbetung des Kapitals: »Ich glaube an das Kapital, den Beherrscher der Körper und der Geister. Ich glaube an den Profit, seinen eingeborenen Sohn, und an den kredit, den heiligen Geist, der von ihm ausgeht und in ihm angebetet wird.« 100 Jahre alt??

Bezug: Monte Verita-Verlag, Hahngasse 15, A-1090 Wien (oder alle Anares-Gruppen).

★ *Fiesta Colonialista*

Das von einer Kölner Redaktionsgruppe herausgegebene Buch handelt vor allem von der EXPO 1992 in Sevilla und den Auseinandersetzungen während der Eröffnung dieser Ausstellung. Sie stellen diesen Themenkomplex in den Kontext der 500-Jahr-Feiern und den Bemühungen der spanischen Regierung Anschluß an die EG vor allem an Frankreich und Deutschland zu bekommen. 1992 ist für Spanien ein Jahr der Repräsentationen: die EXPO in Sevilla, die Olympiade in Barcelona, das 500-jährige Jubiläum der Entdeckung Amerikas, jede dieser Gelegenheiten wird genutzt der Welt und vor allem Europa zu zeigen, daß Spanien ein wesentlicher Bestandteil der modernen zivilisierten Welt ist. Der Modernitätsbegriff ist ein technologischer: schnelle Eisenbahn, von Glas und Stahl geprägte Architektur und glasfaserige Informationssysteme. Alles glitzert und glänzt und die demokratischen Vorstellungen ähneln der bajuwarischen Freikorpsmentalität.

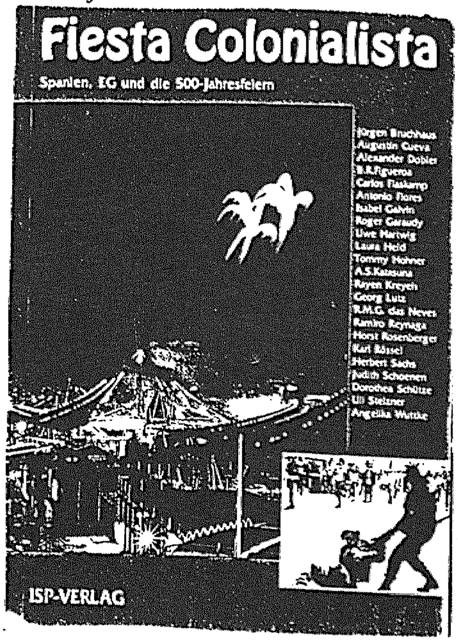
In den Artikeln (darunter der von Tommy Hohner aus dem letzten SF) tauchen viele Aspekte eines zukünftig vereinten und gegenüber der Welt verantwortlichen Europas auf. Einige sind bekannt aus der „neuen Welt". Zum Beispiel die Äußerungen des deutschen Vizekonsuls Lipp zu den Beschwerden der inhaftierten Deutschen über die unerträglichen Zustände in den spanischen Gefängnissen: *„Die Spanier haben eben nicht das richtige multikulturelle Verständnis. Auf meiner letzten Schiffahrt zu den Kanaren war das Essen auch ungenießbar."* Ein würdiger Vertreter einer Weltmacht. Das Desinteresse offizieller deutscher Behörden Angehörigen und Bekannten Auskunft über das Schicksal der Inhaftierten zu geben war mehr als penetrant.

Die Auseinandersetzungen mit den verschiedenen Aspekten sind auch Reflexionen über das entstehende „europäische Selbstbewußtsein" für das es selbstverständlich ist, daß die zusammengeraubten Kulturgüter Eigentum der Europäer sind. Einem multikulturellen Verständnis wie es Uwe Hartwig in dem Artikel „Visit our Gift Shop", einem Rundgang durch das EXPO-Gelände, auf den Punkt bringt: *„Ein Tag für Afrika und ein Tag für Siemens."*

Diesen einen Tag versuchen die Dritt-Welt-Länder zu nutzen um ihre Tourismusindustrie zu fördern, sie stellen sich als bereisenswerte Landschaften dar, die den Europäern zumindest Exotik a la Bacardi versprechen. Das Elend dieser Welt spiegelt sich im Reichtum wieder. Die wenigen, die gegen diese Unerträglichkeit opponierten, wurden verhaftet, geknüppelt – weil sie das schöne Fest störten, allein durch ihre Anwesenheit v o r den Toren. Es bewahrheitet sich der Spruch je sauberer die Fassaden sind desto fauler ist das Innenleben. Glitzer, glitzer fiesta colonialista.

Warum „künstlich aufregen" fragten einige KritikerInnen, wo doch auch nach 500 Jahren Kolonialismus immer noch täglich Tausende in aller Welt verhungern, gefoltert und ermordet werden. – Dann fahrt doch mit dem Schiff auf die Kanaren und beschwert euch übers Essen. Zu Erwähnen bleibt noch, daß die Überschüsse dieses Buches für die Anwalts- und Prozeßkosten verwandt werden.

Bezug: ISP-Verlag, PF 111017, 6000 Frankfurt



★ *Heinrich Nuhn: August Spies.*

Ein hessischer Sozialrevolutionär in Amerika. Opfer der Tragödie auf dem Chicagoer Haymarket 1886/87. August Spies, geb. 1855 in Friedewald (Hessen), 1872 nach Amerika ausgewandert und in Chicago zum Redakteur der anarchistischen *Chicagoer Arbeiter-Zeitung* avanciert, wurde zusammen mit anderen für den Bombenwurf am Haymarket verantwortlich erklärt und hingerichtet. In diesem staatlichen Fehlurteil steckte mehr als ein Justizirrtum. Es entsprach der Hatz gegen Linke und den Vorurteilen gegen Einwanderer. Folgerichtig schreibt der Völkerkundler *Peter Assion*: „Was aber die Vorgänge betrifft, denen Spies zum Opfer fiel, so sollten wir auch diese mit nicht zu großer Gelassenheit betrachten. Indem heute Einwanderer und Asylanten *ihr Amerika* bei uns suchen, zeigen uns Fremdenfeindlichkeit und Lynch-Mentalität ihr erschreckend aktuelles Gesicht. Wir sind gezwungen, darauf zu reagieren, und die Geschichte kann dabei helfen, indem sie uns das Exempel *Chicago 1886/7* überliefert und warnt, über Mitmenschlichkeit und Vernunft emotionale Aufwallungen und Massenhysterie siegen zu lassen."

Nuhn hat das Leben von August Spies und den Prozeß ausführlich dargestellt. Das Buch enthält auf über 220 Seiten zahlreiche Illustrationen, die ein sehr lebendiges Bild jener Zeit vermitteln.

Bezug: Verlag Jenior & Pressler, Kassel 1992, 20.-DM

★ In der Reihe **Materialien für einen neuen Antiimperialismus** hat Franck Düvell die Nr.3 verfaßt. Titel: *„England – Krise, Rassismus, Widerstand"*. Beschrieben werden die Mechanismen mit der der Thatcherismus den „Sozialstaat" untergrub und die sozialen Kämpfe, die dieser Politik etwas entgegensetzten.

Bezug: Verlag Schwarze Risse/Rote Straße, c/o Buchladen Gmbh, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin-61, 198 S., 18.-DM

★ In der Reihe **Thekla** haben die Leute um die *wildcat* das Buch von Marco Revelli *„Schichtwechsel. Fiat und die Arbeiter(innen) – die Immigration – der Heiße Herbst – der Waffenstillstand – die 35 Tage"* herausgebracht. Eine ausführlichere Rezension behalten wir uns vor.

Bezug: Sisina, PF 360 527, 1000 Berlin-36; 160 S., 8.-DM

★ Ebenfalls mit Italien, genauer mit dem italienischen Verleger Feltrinelli beschäftigt sich eine neue Veröffentlichung **Nanni Balestrinis: Der Verleger**. *„An einem Wochenende in den Bergen diskutieren ein junger Regisseur, ein Buchhändler, ein Universitätsprofessor und eine Journalistin den möglichen Rahmen eines Films. Er soll in den Tagen spielen, als unter einem Strommast in der Umgebung Mailands ein zerfetzter Körper aufgefunden und aufsehenerregenderweise als der bekannte Verleger identifiziert wurde."*

Bezug: Libertäre Association, Lindenallee 72, 2000 Hamburg-20; 164 S.

★ Zum Thema „die andere Arbeiterbewegung" wurde der ältere Titel **Bergmann/Janssen/Klein (Hrsg.): Autonomie im Arbeiterkampf. Beiträge zum Kampf gegen die Fabrikgesellschaft** (Trikont/Association) „entstaubt". U.a. enthält er Karl-Heinz Roths Überlegungen zum Verhältnis von Facharbeiteravantgarden und Massenarbeitern und seine Rezension zur IWW.

Bezug: Trotzdem-Verlag, PF 1159, 7043 Grafenau-1 (oder allen Anares-Gruppen) (ehemals 18.- reduziert auf 10.-DM).

⁘ In bester Gesellschaft. Antifa-Recherche zwischen Konservatismus und Neo-Faschismus.

Hrsg. v. Raimund Hethey und Peter Kratz. Braune Töne in der Siemens-Stiftung, der Humboldt-Gesellschaft oder der Deutschen Liga für das Kind. Braune Töne in der New Age Bewegung oder dem Okkultismus. Das Buch geht dem intellektuellen Faschismus nach, der in sehr viel stärkerem Maße verankert ist, als es die Morde rechtsradikaler Schlägertrupps (zuletzt in Stuttgart-Ostfildern an dem Gastarbeiter Sadri Berisha aus dem Kosovo) befürchten lassen. Vorwort: Klaus Croissant.

Bezug: Verlag die Werkstatt, Lotzestr.24a, 3400 Göttingen, 300 S., 28.-DM.

★ Basta! Frauen gegen Kolonialismus.

In dem Sammelband schreiben indianische und schwarze Frauen über ihre heutige Situation. Es geht um die mehrfache Unterdrückung und um organisatorische Perspektiven, um den eurozentrischen Blick und Überlegungen zu einem feministischen Internationalismus. (Eine ausführliche Rezension behalten wir uns vor).

Bezug: Edition ID-Archiv, Schliemannstr.23, O-1058 Berlin. 320 S., 28.-DM

Ulrike Heider: Die Narren der Freiheit. Anarchisten in den USA heute Vorwort von Paul Parin Berlin: Karin Kramer-Verlag 1992

Rezension von Heinz Hug

Über den heutigen Anarchismus in den Vereinigten Staaten wüßten die EuropäerInnen nur unzureichend Bescheid, schreibt Ulrike Heider in ihrem kürzlich erschienenen Buch "Die Narren der Freiheit - Anarchisten in den USA heute". Um dem abzuhelfen, hat sie sich ausgiebig mit dieser Materie beschäftigt.

In ihrem Buch informiert sie über drei anarchistische Strömungen, welche von den sechziger Jahren bis in die Gegenwart wirksam waren: Anarchosozialismus, Ökoanarchismus und Anarchokapitalismus. Die erste läßt sich eindeutig auf zwei Persönlichkeiten festlegen, auf den 1990 verstorbenen Sam Dolgoff und auf den vor allem als Sprachwissenschafter und Kritiker amerikanischer Außenpolitik bekannten Noam Chomsky. Weniger übersichtlich stellt sich der Ökoanarchismus dar: Zwar stehen Murray Bookchin sowie Janet Biehl im Mittelpunkt, doch im Laufe der Zeit entwickelten sich verschiedene Abspaltungen, die von "linken Grünen" bis zu "Ökofaschisten" reichen. Als sehr weitläufig erweist sich das Feld der Anarchokapitalisten: Auch hier befaßt sich Heider vor allem mit einem Vertreter, mit Murray Rothbard; doch zu Wort kommen auch Anne Wortham, Jim Peron, Samuel Edward Konkin III., Sheron Presley u.a.

Grundlage für die Ausbreitung des Materials bilden einerseits Publikationen, andrerseits eine Reihe von Interviews, welche die Autorin geführt hat. In der Einleitung heißt es: "Da die Begegnungen ... sehr anregend waren, sollen sie dem Leser nicht vorenthalten werden. Einige Kapitel sind deshalb mehr erzählerisch als analytisch geraten." (S. 17)

"Erzählerisch" erscheint vor allem der dritte Teil. Hier kommen die "Libertarians" ausführlich zu Wort. So entsteht ein vielfältiges Bild von den theoretischen Grundlagen dieser kruden "anarchistischen" Strömung, bis hin zu ihrer Annäherung an die amerikanischen "Alten Rechten" bzw. "Paleokonservatives"

Anarchosyndikalismus und Ökoanarchismus hingegen werden von Ulrike Heider größtenteils gleichzeitig dargestellt und analysiert. Zum einen hat dies den Nachteil, daß sie die Vertreter dieser Richtungen nirgendwo längere Gedankengänge vorstellen läßt. Aus den Schriften greift sie oft nur Fragmente heraus, aus den Interviews zitiert sie kaum je mehr als einen halben Satz. Dabei wären gerade Ausschnitte aus den Gesprächen aufschlußreich, nicht zuletzt weil die Fragen auch den Standpunkt der Interviewerin zeigen würden. Den LeserInnen wäre bei einem ausführlichen Zu-Wort-kommen-Lassen der AnarchistInnen die Gelegenheit geboten, sich selber ein Urteil zu bilden.

Problematischer allerdings erscheint mir, was die Autorin unter Analyse versteht. In der Einleitung findet sich dazu der folgende Satz: "Eine Analyse der drei genannten 'Anarchismen' lohnt sich über die Frage nach deren Unterschieden und Parallelen hinaus auch, um zu klären, was politisch rechts und links ist." (S. 15) Abgesehen von der Darstellung von "Unterschieden und Parallelen", welche die Bedeutung des derzeitigen Anarchismus in den USA kaum zu erhellen vermag, gerät diese "Analyse" denn auch über große Strecken hinweg zu einem Etikettenkleben und Stammbaumschreiben. Aus dem Fundus an Schubladisierungen bedient sich die Autorin hauptsächlich der Gegensatzpaare links - rechts, bürgerlich - unbürgerlich, progressiv - konservativ bzw. reaktionär. Und nirgends findet sich eine Definition dieser Etiketten, die umso nötiger wären, als es sich dabei um Begriffe aus der bürgerlich-industriellen Welt bzw. aus dem gleichzeitig dazu entstandenen Sozialismus handelt, die aufgrund der sozio-ökonomischen Veränderungen zunehmend ihren Inhalt verlieren.

Abgesehen davon, daß die Etikettierungen sich zuweilen an wenig aufschlußreichen Objekten festmachen ("Die Einrichtung [in der Wohnung von Murray Rothbard] war unbürgerlicher als bei den Dolgoffs". S. 115), sind sie nur vorzunehmen, wenn die Entwicklung des Anarchismus rein ideengeschichtlich betrachtet wird. Welcher Erklärungswert kommt den Aussagen zu, gewisse Ideen Chomskys stammten "vom Utopismus des 18. und frühen 19. Jahrhunderts" (S. 60), eine gewisse Vorstellung Bookchins "findet ihren Vorläufer in Charles Fourier" (S. 86), Murray Rothbard werde zu einem Trotzkisten, weil er "Stalin als Kommunistenverräter" entlarvt (S. 170). Selbstverständlich mag es da Parallelen geben, doch sie bestehen nicht deshalb, weil Bookchin bei Fourier abgeschrieben, weil Rothbard bei Trotzki nachgeschlagen hat, was an Stalin zu kritisieren ist usw. Diese vergleichbaren Positionen treten in sehr unterschiedlichen sozio-ökonomischen und kulturellen Verhältnissen auf, und Erklärungswert hat nur die Frage, in welchem Verhältnis zu ihrer jeweiligen Zeit sie stehen.

Eine Arbeit, die den Anspruch erhebt, die durch den "Antiamerikanismus gewisser Linken" (S. 14) verblendeten EuropäerInnen über den heutigen Anarchismus in den USA zu informieren, müßte sich etwas weiterreichende Fragen stellen, beispielsweise:

- Inwiefern ist er Ausdruck der für die USA spezifischen sozio-kulturellen Verhältnisse? (...)
- Vor allem aber: In welchem Verhältnis steht er zu den Verhältnissen und Herausforderungen der postindustriellen Gesellschaft, zu den Eigenheiten, welche die Reagan- und Busch-Administration hervorgebracht haben? Inwieweit ist er bloße Reaktion darauf? Inwieweit zeigt er Wege auf, wie diesen Herausforderungen tatsächlich begegnet werden könnte? Ob es sich um linke oder halblinke, rechte oder sich an alten Werten orientierende handelt, scheint mir weniger zentral.

Es kann nicht erstaunen, daß die Ergebnisse von Ulrike Heiders Analyse mitunter seltsame Blüten treibt, vor allem im Kapitel über Bookchin, der nicht in vorgefertigte Bilder bzw. Recht-Links-Schemata paßt. Gewisse Punkte in der Kritik an Bookchin mögen durchaus zutreffen,

doch was dieser Mann nicht alles sein soll: ein "Altgenosse", aber auch ein "neulinker Kritiker" (S. 92), ein "Moralist" (S. 101) und ein "grüner Philosoph" (S. 101), ein "Naturontologe, Nationalist und Vertreter der Ungleichheit" (S. 112). Dieser "Meister der sozialen Ökologie" (S. 110), der "auf keinen Fall ein Rechter sein" will (S. 112), ist trotzdem ein "ökologischer Gratwanderer zwischen links und rechts" (S. 101). Als Philosoph kann er wohl nur schwer gelten, spricht er doch manchmal "mit hochgezogenen Lefzen" (S. 90) und "in wandervogelbewegtem Pathos" (S. 92) oder gar "in Stirnerscher Aristokratenmanier" (S. 92). Zudem ist er "so sehr mit leninistischem Dogmatismus und Reformismus geschlagen, daß er sich weder zu einer undogmatischen Marxinterpretation noch zu einer modernen Anarchismusauffassung durchringen kann" (S. 92). Immerhin ist er "sich der Nähe zum faschistoiden Gedankengut bewußt" (S. 108). Nur weiß er manchmal nicht, was er will - zum Glück weiß es seine Interpretin: "Er, der glaubt, alles ändern zu wollen, will letztendlich alles so lassen, wie es ist: die Ökonomie, die Klassenverhältnisse, den Geschlechtergegensatz, die bürgerliche Ideologie und die christliche Moral" (S. 111). (Was soll das eigentlich heißen: Er will die bürgerliche Ideologie so lassen, wie sie ist?)

"Etikettenschwindel" (S. 112) gehört noch zu seinen läßlicheren Sünden; was er sich sonst leistet, geht auf keine Kuhhaut: "Seine ökologischen Visionen und Konzepte schwanken zwischen unrealistischem Inselkommunismus und dem sich Einrichten im Gegebenen. Aus Hedonismus wird Asketismus, aus Humanismus Menschenverachtung, aus emanzipatorischer Handlungsbereitschaft des Menschen Passivität, aus Demokratie Aristokratie, aus Frauenverehrung patriarchalische Ideologie, aus Vernunft Irrationalismus, aus Zukunftsbegeisterung Rückwärtsgewandtheit, aus Individualismus der feudale Flickenteppich, aus Gleichheit Ungleichheit und aus Antidarwinismus Sozialdarwinismus." (S. 111f.) Und "Antietatismus wird zur lokalistisch bornierten antigesellschaftlichen Ideologie und die dazugehörige Politik zur Spielerei von Oberschichtpatriarchen" (S. 105). Alles klar macht wieder einmal eine haarscharfe Zuordnung: "Solch rückwärtsgewandte und moralistische Kapitalismuskritik schwankt zwischen progressiver und reaktionärer Herkunft." (S. 107)

Ulrike Heider bleibt bei einer derartig "zynisch-demagogischen Rattenfängerstrategie" (S. 109) nichts anderes übrig, als sich um diejenigen, welche seine Bücher lesen, zu sorgen. Allerdings gibt es da verschiedenen Sorten: einmal "den staunenden Leser" (S. 76, ob Bookchin auch Leserinnen hat, wird nigends sichtbar), dann aber - und das wiegt schon schwerer - könnten gewisse Aussagen Bookchins "den naiven Leser leicht zu einem Euthanasiebefürworter machen" (S. 99).

Was ist dazu noch zu sagen? Meines Erachtens nur: Verschiedene Titel Bookchins wurden im Beltz- und im Trotzdem-Verlag auf deutsch veröffentlicht; Rolf Cantzens "Weniger Staat - mehr Gesellschaft" (1987) enthält eine eingehende Kritik an Bookchin. Diese Bücher seien zur Lektüre wärmstens empfohlen!

CONTRASTE

SCHWERPUNKT: 500 Jahre Kolonialismus... ...am Beispiel Nordamerika: 1992 – Warum nur Lateinamerika · Europa und die »Neue Welt« · Die Neoschamanen des Kolumbus u.a. **Ökologischer Kolonialismus und Imperialismus** Aspekte zur Umweltgeschichte des Nord-Süd-Dialogs **Kontinuitäten und Brüche** – Neues zur alten Weltordnung (über die Kampagne '92 des BUKO) **Brüssel – oder ein Kommunikationsversuch** Bericht zur 2. internationalen Netzwerk-Tagung / Übersicht über die unterschiedliche Praxis alternativökonomischer Projekte am Beispiel Frankreichs und der britischen Inseln **Genossenschaften** Management-Buy-Out der anderen Art u.v.m.

Das Alles und noch viel mehr...
in CONTRASTE, für 6 Mark frei Haus!
JA, ich will die neue CONTRASTE

Meine Anschrift: ____________________

____

____

6 DM in Briefmarken/Scheck habe ich beigelegt.

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE, Gaisbergstr. 97, Postfach 104520,
6900 Heidelberg 1 5/92



✵ Heike Brandt: **Die Menschenrechte haben kein Geschlecht. Die Lebensgeschichte der Hedwig Dohm** in der Biographienreihe des Beltz-Verlags.
Bezug: *Beltz&Gelberg, Weinheim & Basel 1989.* Die Autorin arbeitet derzeit an einer Biographie über Emma Goldman, die in derselben Reihe erscheinen soll.

➾ **Tötet für den Frieden.** 11 Kriegsgedichte von Hadayatullah Hübsch.
Bezug: Verlag Peter Engstler, Oberwaldbehrungen 13, 8745 Ostheim/Röhn, 10.-

Wir protestieren!

Wir protestieren gegen die Unterdrückung unserer Kritik durch die Redaktion des Schwarzen Fadens. Anlaß unserer Kritik war der im S.F. 1/92 (S. 59ff.) veröffentlichte Beitrag von Arno Maierbrugger: *Der schwarze Faden durch die Geschichte. Eine Schwerpunktanalyse zur deutschsprachigen Anarchistenpresse* . . . Dieser Beitrag ist ein extremes Beispiel für eine unseriös betriebene Geschichtsschreibung. In seiner Diffamierung anarchistischer Gruppen als Wegbereiter des Faschismus ist er ein politischer Skandal. Dagegen haben sich Jochen Knoblauch, Bernd A. Laska, Andreas Müller und Jochen Schmück ausgesprochen. Trotz anfänglicher Zusage wurde in der Folgenummer des S.F. kein einziger der eingesandten Leserbriefe abgedruckt, sondern lediglich angeboten, die abgelehnten Leserbriefe gegen Gebühr bei ihm zu beziehen. Da somit die politischen Diffamierungen Maierbruggers weiterhin unwidersprochen im Raum stehen bleiben, sehen wir uns gezwungen, uns direkt an die libertäre Öffentlichkeit zu wenden: Wir brauchen Deine/Eure Solidarität, um gegen dieses Verhalten der S.F.-Redaktion zu protestieren!

Sind die AnarchistInnen schuld am Faschismus?

Diese Frage meint Maierbrugger jedenfalls aus dem in seiner Quellengrundlage schwachen Beitrag ableiten zu können. Das gleiche gilt für seine Buchveröffentlichung *»Fesseln brechen nicht von selbst.« Die Presse der Anarchisten 1890-1933 anhand ausgewählter Beispiele* (Trotzdem-Verlag 1991). Auch dort rückt Maierbrugger anarchistische Bewegungen wiederholt in die Nähe des Faschismus bzw. Nationalsozialismus. Das liest sich in seinem Artikel beispielsweise wie folgt:

"Was vom Stirner-Bund zu halten war und welche Ziele er verfolgte, war durch die Lektüre des 'Einzigen' nicht auszumachen. Da wurde Hitlers 'Mein Kampf' neben Friedrich Engels 'Grundsätzen des Kommunismus' und Joseph Roths 'Rechts und Links', Rudolf Steiner, Lion Feuchtwanger und Erich Kästner . . . rezensiert und angeboten und außerdem tatendurstig für die 'dritte Weltepoche', sprich: das 'Dritte Reich' geworben. Unter diesen Voraussetzungen scheint die Rolle der Stirnianer bei der Entstehung des Faschismus und dessen Relation zum 'links'radikalen Sektierertum noch nicht ausreichend betrachtet oder zumindest unterbewertet worden zu sein".

Allein die in dieser Textpassage enthaltenen sachlichen Fehler hätten ebenso wie all die anderen Inkorrektheiten eine Richtigstellung in der nächsten Ausgabe des S.F. erforderlich gemacht. Denn weder wurde im "Einzigen" Hitlers "Mein Kampf" rezensiert und angeboten, noch wurde für das nationalsozialistische "Dritte Reich" geworben. Diese Behauptung, mit der Maierbrugger seine These stützt, ist ein reines Fantasieprodukt des Autors.

Muß eine anarchistische Zeitschrift Raum zur Diskussion ihrer Inhalte anbieten?

Daß eine Richtigstellung weder durch die S.F.-Redaktion selbst noch durch den Abdruck unserer Kritiken erfolgte, ist schon ein handfester Skandal. Denn damit werden die abstrusen politischen Thesen Maierbruggers ja weiterhin aufrechterhalten. Das wirklich Ärgerliche liegt aber in der Argumentation, mit der Wolfgang Haug, der Verleger des S.F., die Ablehnung des Abdrucks unserer Beiträge begründet. Er schrieb hierzu am 22.5.92:

"Die Gründe für diese Entscheidung [der Ablehnung] lagen neben dem Platzproblem in der Einschätzung, daß a) das Niveau (vielleicht abgesehen vom Beitrag von Schmück/Knoblauch, aber inclusive der Antwort von Maierbrugger) schwach ist und b) das ganze eine Insiderdiskussion ist, die vielleicht 100 Anarchos auf die Palme bringt, die übrigen 2200 Faden-LeserInnen aber wohl wenig tangiert."

Selbstverständlich muß die S.F.-Redaktion aus dem Angebot von Beiträgen auswählen, und es wäre unsinnig zu fordern, "alles" solle gedruckt werden. Doch Haugs Argumente, keinen Beitrag abzudrucken, kommen einer politischen Bankrotterklärung gleich. Was sind das für Libertäre, für die es legitim ist, eine Diskussion, die sie selber initiiert haben, auszublenden mit dem Argument, daß diese nur eine "Minderheit" interessiere?

Welchen Stellenwert haben Minderheiten?

AnarchistInnen und Libertäre sind immer gegen die politische Ausgrenzung von gesellschaftlichen Minderheiten aufgetreten. Und das zu Recht. Roma und Sinti, AusländerInnen, Knackies und andere Internierte, ja sogar Frauen, Jugendliche und alte Menschen wurden und werden auch immer noch als "Randgruppen" und "Minderheiten" stigmatisiert, um so eine Auseinandersetzung mit ihren Belangen zu vermeiden. Eine Ausgrenzung dieser Gruppen aus den freiheitlichen Medien mit dem Hinweis auf ihren zahlenmäßig geringen Anteil an der Gesamtbevölkerung mit Hilfe solcher Argumente würde den politischen Selbstmord der hierfür Verantwortlichen bedeuten.

Was können wir von einer libertären Zeitschrift erwarten?

Wolfgang Haug (und wer auch immer noch die Redaktion des S.F. trägt) ist drauf und dran, einen solchen politischen Selbstmord zu begehen. In jeglicher Hinsicht ist Haugs Argumentation nicht stichhaltig. Denn wenn Maierbruggers Artikel wichtig genug war, ihn abzudrucken, dann könnte man/frau erwarten, daß es auch die Diskussion über seine Inhalte ist. Wenn sich aber eine solche Diskussion nicht lohnt, weil sie eine "Insiderdiskussion" ist, fragt sich, warum dann überhaupt der Maierbrugger-Artikel veröffentlicht wurde. Allein das redaktionelle Selbstverständnis des S.F. hätte eine Ablehnung der Kritik an Maierbruggers Artikel und damit auch die Unterdrückung der Diskussion über seine fragwürdigen Thesen ausschließen müssen. Denn im Impressum des S.F. heißt es:

"Der SF versucht eine Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen, anarchistischer Diskussion, Aktualisierung libertärer Theorie, Aufarbeitung freiheitlicher Geschichte und Beiträgen, die sich mit Kulturkritik oder einer Kultur von unten befassen."

Anstatt jedoch der *"anarchistischen Diskussion"* über den Beitrag Maierbruggers im nächsten S.F. Raum zu geben, wird sie unterdrückt. Die Kritik am Beitrag selbst wird im S.F. Nr. 2/92 mit dem redaktionellen Hinweis heruntergespielt, daß besonders *"von Seiten der Stirner-Fans"* massive Proteste gegen den Artikel kamen. Auf die Inhalte der Kritiken wurde gar nicht eingegangen. Die Behauptung, daß Protest vor allem von den "Stirner-Fans" kam, ist nicht nur falsch (wohl keiner der Kritiker würde sich als "Stirner-Fan" definieren), sondern sie ist zugleich auch vor dem Hintergrund des Maierbrugger-Artikels diffamierend. Denn was es mit den "Stirner-Fans" auf sich hat, läßt sich in der vorigen Nummer des S.F. bei Maierbrugger nachlesen: Sie sind potentielle Wegbereiter des Faschismus. Und auf solche Kritiker braucht der S.F. dann natürlich keine Rücksicht zu nehmen. Nach diesem bereits bewährten Muster läßt sich zukünftig jede Diskussion über strittige Fragen politisch abwürgen.

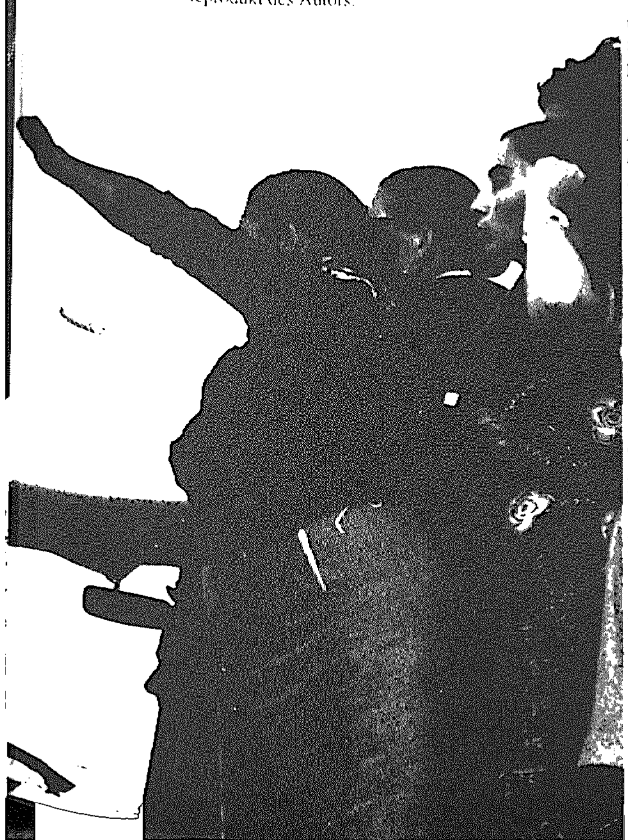


Gegen diese politische Diffamierung und gegen den politischen Machtmißbrauch der S.F.-Redaktion verwehren wir uns. Gemessen an ihrem eigenen Selbstverständnis ist ihr Verhalten alles andere als libertär. Und sie macht zugleich einen erschreckenden Mangel an Kritikfähigkeit, an Toleranz gegenüber anderen Meinungen und insgesamt an freiheitlicher Diskussionskultur deutlich.

Im Interesse am Erhalt eines überregionalen anarchistischen Diskussionsforums, das allen Strömungen des Anarchismus offensteht, fordern wir die S.F.-Redaktion zur Abkehr von ihrer autoritären Redaktionspolitik auf. Wir fordern, daß die Diskussion über den Beitrag Maierbruggers auch dort geführt wird, wo er ihn veröffentlichen konnte: im Schwarzen Faden. Wir fordern den Abdruck unserer Kritik!

Solidarisiert Euch mit uns und unserer Forderung nach einer offenen Auseinandersetzung über den Beitrag Maierbruggers im Schwarzen Faden!

Jochen Knoblauch, Andreas Müller und Jochen Schmück



Mit dem Protestschreiben von Jochen Knoblauch, Andreas Müller und Jochen Schmück haben sich im Berliner Raum bisher solidarisiert:

1. Al-Nabasch, Masem (Gewaltfreie Aktionsgruppe/Graswurzelrevolution Berlin) Zusatzerklärung: *"Falls die Gegendarstellung nicht abgedruckt wird (und sich derartiger Schwachsinn im SF häuft) wäre ich persönlich dazu bereit, eine Boykottkampagne gegen den SF, die entstehen müßte, mitzutragen."*
2. Beyer, Wolfram (Internationale der Kriegsdienstgegner/innen, IDK e.V. Berlin)
3. Brodrecht, Uwe [(A)-Vertrieb Berlin]
4. Cantzen, Rolf (Autor) Zusatzerklärung: *"Auseinandersetzung über vermeintliche "Insider-Themen" muß möglich sein!"*
5. Degen, Hans-Jürgen (Oppo-Verlag)
6. Eckhardt, Wolfgang [Malatesta-Club]
7. Guhl, Klaus (Guhl-Verlag)
8. Hein, Peter (Bibliographie der Stadtguerilla) - Zusatzerklärung ja: liegt aber dem SF nicht vor.
9. Henning, Markus (Berliner Gesellschaft zum Studium sozialer Fragen e.V.)
10. Hohmann, Caroline (A-Laden Moabit) Zusatzerklärung: *"Ich finde, daß Maierbruggers Artikel die These "Individualismus = faschistisches Gedankengut aufstellt ... findes es deshalb wichtig, daß Leute, die diese fakten kennen und anders auslegen, zu Wort kommen, so daß sich mensch ein eigenes Bild machen kann. Übrigens finde ich es scheinheilig und anmaßend, wenn ihr u.a. als Begründung des Nicht-A bdrucks angebt, daß die Kritiker alles Männer sind..."* *
11. Kaben, Sylvester (Anarchistischer Laden Berlin) *"Ich kann nicht akzeptieren, wenn gar keine Leserbriefe zu einem Thema zugelassen werden. Und schon gar nicht, wenn eine These wie Anarchisten (Individual- oder nicht) sind Wegbereiter des Faschismus im "SF" abgedruckt wird."*
12. Kramer, Bernd (Karin Kramer Verlag) *"Das kennen wir doch schon seit Asbach: Stirner = Faschist; Bakunin = Antisemit; Richard Wagner = Antisemit und Wegbereiter des Faschismus, Benito Mussolini, in jungen Jahren Anarchist, dann Faschist, also: Anarchisten = Faschisten. - Natürlich finden wir es unmöglich, konträre Ansichten nicht zu veröffentlichen..."*
13. Krasser, Cornelia (Ex-Herausgeberin der anarchistischen texte)
14. Otten, Thomas (Gewaltfreie Aktionsgruppe/Graswurzelrevolution Berlin) siehe Erklärung v. Masem Al-Nabasch
15. Raasch, Rolf (Libertäres Forum Berlin)
16. Schwarz, Eugen [Potsdam, (A)-Lesezirkel Zehlendorf-Berlin] Zusatz: *"Wie kann eine Zeitschrift, die libertäre Ansprüche zu haben vorgibt, sich autorisieren, Kritiken auf die geschehene Art und Weise abzutun. Vielleicht sollte sich der Schwarze Faden endlich dazu entschließen, etwas mehr zur Organisierung des libertären und autonomen Widerstands beizutragen, statt solche Spalterpraxis anzuwenden. Es nervt uns einfach, immer wieder solche Skandale zu erleben."*
17. Volkmer, Lisa [Teltow, (A)-Lesezirkel Zehlendorf-Berlin] siehe oben (Eugen)
18. Laska, Bernd A. (Nürnberg, LSR-Verlag) *"...Ich meine, daß im SF so viel Anarchismusfernes steht, daß von Platzmangel nicht ernsthaft die rede sein kann."*
19. Timm, Uwe (Neu-Wulmstorf, Betriebsrat) *"Wer eine inhaltliche Diskussion unterdrückt, nur noch seine Meinung gelten läßt, zeigt damit seine Schwäche... An dieser Schwäche scheiterte der Kommunismus und wenn eine Zeitschrift, die den Anspruch erhebt, liubertär zu sein, sich für die Ausgrenzung von Minderheiten und der Unterdrückung von Diskussionen entscheidet, geht sie diesen verderblichen Weg der Schwäche... Nicht nur das gegenwärtige Beispiel der Meinungsunterdrückung, auch weitere, praktizierte die SF-Redaktion und verspielt damit die Glaubwürdigkeit libertärer Tradition. Damit freilich auch der Anachisten."*
20. Klink, Elmar (Bremen, HerausgeberInnenkreis "Graswurzelrevolution")
21. Seidel, Fridemann (Berlin, Libertäres Forum)
22. Müller, Thomas (Berlin)
23. Peter Hein (Berlin)
24. Hettich, Lorenz (A-Kurier, El Locco) (Größere Reaktion angekündigt)

Ralf G. Landmesser (Schwarz-Rot-Verlag) hat den Aufruf nicht unterschrieben, aber eine individuelle Stellungnahme abgegeben, in der er diese Auseinandersetzung als "Sturm im anarchistischen Wasserglas" einstuft und uns mit der Bezeichnung "Insiderdiskussion" recht gibt, aber kritisiert, daß Abdruck des Artikels von Maierbrugger aufgrund dessen unkritischer Verarbeitung des Marxisten Helms als "spalterisch" sei. (Brief liegt der Redaktion des S.F. vor)

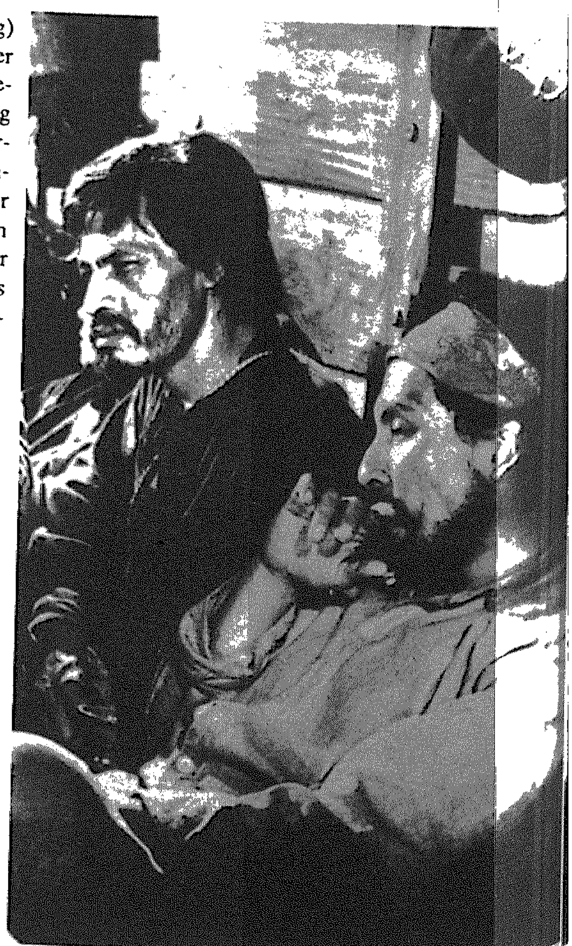
*Dies war keine "Begründung"! Diese Klammerbemerkung sollte nur den einen Sinn haben, darauf hinzuweisen, daß wir bei Redaktionskommentaren normalerweise die Schreibform "-Innen" (also: "KritikerInnen") benutzen. Wenn diese Klammer so mißverständlich war, dann war sie schlicht überflüssig! SF-Red.)

Nachtrag

Nach Redaktionsschluß kam noch ein Brief von Andreas Müller, in dem er über die Reaktion der Dortmunder Projekte und Einzelnen auf den "Protest" berichtet. Erfreulicherweise scheint die Diskussion in Dortmund und Umgebung weniger oberflächlich verlaufen zu sein und sich auch nicht gegen die Zeitschrift selbst zu wenden:

*"In Dortmund läuft die Aktion gut an. Bisher haben 12 Initiativen unsere Protesterklärung unterstützt: Der Buchladen Taranta babu, Geschichtswerkstatt Dortmund, Initiativkreis Gefangenenarbeit, Netzwerk, Internationalismusarchiv, Archiv der Geschichtswerkstatt, Buchfernleihe für Gefangene, Antifa-Nord, Knast-Archiv "Schwarzer Stern", Redaktion der BAsta-Zeitung für Dortmund, Redaktion der "Unfassba" in Münster, Anti-AKW-Büro und viele Einzelpersonen wie der Geschichtsprofessor Hans Müller, Dieter Grützner von der Gesellschaft der Freigeistigen Landesgemeinschaft NRW oder SF-Abonnenten. Meine anfängliche Angst, daß diese Auseinandersetzung nur destruktive Züge annehmen würde, hat sich nicht bestätigt. In Dortmund hat sie zu einer kritischen Reflexion über den Sinn und Unsinn libertärer Geschichtsschreibung und endlich mal wieder zu einem inhaltlichen Austausch libertärer Projekte geführt. * Ausfluß hiervon ist nun die Vorbereitung einer Veranstaltungsreihe zur Geschichte und Perspektiven anarchistischer Bewegungen, die nach den Sommerferien im Rahmen der Geschichtswerkstatt laufen soll."*

* Da hätte der SF ja doch (ungewollt) zur "Organisierung des anarchistischen" Potentials («Widerstand» ist ja wohl das falsche Wort) beigetragen. Die Frage sei erlaubt, weshalb wir uns eigentlich nicht aus positiven Gründen zusammensetzen und Veranstaltungen planen?



Stellungnahme der Redaktion des Schwarzen Fadens – oder – Schauspiel auf einer imaginären Bühne

Unsere Beweggründe

Der "Tatbestand" ist klar: In der letzten Ausgabe blieben Leserbriefe außen vor, die sich kritisch mit dem Artikel Arno Maierbruggers (SF-41) und der Rezension Gregor Dills (S-41) zum Buch "Anarchismus heute" befaßten. Wir haben dies offiziell damit begründet, daß wir die Kritiken a) aus Platzgründen, b) aufgrund ihres "schwachen Niveaus" und c) aufgrund unserer Einschätzung, es handle sich um eine "Insider-Diskussion" nicht im SF abdrucken, sie dafür jedoch allen Interessierten als Kopie zusenden und dieser Kopie noch einen weiteren Diskussionstext sowie die Antworten der Autoren beifügen. [Wir haben diese Kopien auch allen zugestellt, die sie haben wollten, – es waren ca. 40-45 Exemplare, gehen wir davon aus, daß alle weiterkopiert wurden, kommen wir ungefähr auf die 200 Interessierten, die wir erwartet haben.]

In unserer inoffiziellen Auseinandersetzung mit den Kritikern ging es uns allerdings vor allem um Punkt b). Mit "schwachem Niveau" war nicht die inhaltliche Kritik sondern die Vermischung mit persönlichen Angriffen auf die Person der Autoren gemeint.

Was sollen aber langjährige Diskussionen in anarchistischen Zusammenhängen um Stigmatisierung, wenn wir es nie lernen sie zu vermeiden? Unser Vorgehen entsprach zusätzlich dem Wunsch die historisch so häufig anzutreffenden öffentlichen Beschimpfungen anarchistischer "Größen" in ihren Zeitschriften nicht aktuell im SF aktuell zu wiederholen. Denn egal um was es sich bei den alten Auseinandersetzungen inhaltlich auch immer gehandelt hatte, es blieb der Eindruck eines unwürdigen Schauspiels, bei dem immer persönliche Aversionen in sachliche, theoretische und politische Differenzen einflossen.

Dies stand hinter den Überlegungen der Redaktion. Wir müssen uns vielleicht den Vorwurf machen, daß wir diese Überlegungen nicht offener dargestellt haben. Dies lag jedoch vor allem daran, daß wir nun nicht unsererseits die Kritiker in irgendeiner Weise vorführen wollten. Daß bei ihnen der Begriff "Stirner-Fans" als solche Vorführung verstanden wurde, war von uns schwer vorauszusehen, weil wir keinen negativen Aspekt damit verknüpfen wollten und das Engagement für Stirner zumindest bei Knoblauch, Timm und Laska kennen. Wir können diesen Begriff gerne zurücknehmen, weisen aber entschieden die Konstruktion, die im "Protestaufruf" damit angestellt wird *("Stirner-Fans seien potentielle Wegbereiter des Faschismus und damit nicht mehr ernst zu nehmen")* als gewollte Überzeichnung zurück. Wir werden noch genauer darauf eingehen, daß solche "Überzeichnungen" in "Wir protestieren!" eine gezielte Argumentationsmethode der Kritiker darstellen, um Stimmung zu machen.

Der Protestaufruf

Aus dem bisher Gesagten und dem abgedruckten Protestaufruf läßt sich ersehen, daß unsere Entscheidungen nicht akzeptiert wurden. Seitens der Hauptkritiker (Jochen Schmück, Jochen Knoblauch und Andreas Müller) wurde *"Wir protestieren!"* initiiert und zu einer Unterschriftensammlung gegen den SF aufgerufen. Was schon zuvor in Andreas Müllers Rundbrief für Anarchismushistoriker zu beobachten war, nämlich daß er nach Ablehnung seines Leserbriefs die Diskussion sofort von den inhaltlichen Problemen mit den Artikeln wegrückte und erklärte das "Problem Maierbrugger" würde nun zum "Problem SF", geschah nun mit Vehemenz: die *"Redaktionspolitik des SF"* wurde in den Mittelpunkt gerückt. Wir haben schon gesagt was von der *"politischen Diffammierung und (vom) Machtmißbrauch"* zu halten ist, wenn dies wie im Protestschreiben an dem (vielleicht von uns flappsig verwendeten) Begriff "Stirner-Fans" herbeikonstruiert wird. Im Vorspann haben wir bereits darauf hingewiesen, wie durch das Weglassen eines wichtigen Teils der Wahrheit die Zustimmung benachbarter libertärer Projekte der "Bewegung" eingeholt werden kann. Wie erzeugt man aber die breite Zustimmung einer anarchistischen Öffentlichkeit?

Die Konstruktionsmethode

Wir wollen an einem zweiten Beispiel aufzeigen, wie hier gearbeitet wurde: wie anarchistische Argumente geschickt funktionalisiert wurden:
aus unserer Überlegung, ob diese Diskussion das Gros der LeserInnen interessieren würde (immer in Abwägung mit anderen Artikeln, die uns vorlagen), stammt unsere Einschätzung, daß es sich um eine "Insider-Diskussion" handelt. Dies greift

auf einen bestimmten Erfahrungswert zurück, den wir im Lauf der Jahre gewonnen haben. Dazu gleich noch ausführlicher. An dieser Stelle wollen wir nur kurz an unsere letzte "Insiderdiskussion" mit Schmück, Degen und Raasch zur Frage der "Nationalen Identität" erinnern (nicht, weil sich unter den Kritikern und Unterzeichnern dieselbe Gruppe samt ihrem damaligen Verleger befindet, es befinden sich mit Knoblauch und Beyer ja auch damalige Gegner unter unseren heutigen Kritikern), sondern weil wir als Redaktion aus den damaligen Reaktionen vieler LeserInnen oder auch in einer Rezension der Zeitschrift *"Die Brücke"* bescheinigt bekamen, daß es sich um eine schwer verständliche "Insider-Diskussion" gehandelt habe, die für viele LeserInnen nicht nachvollziehbar war. Damals wurden wir von verschiedenen Seiten (anarchistischen und nicht-anarchistischen) aufgefordert, solche Diskussionen in Zukunft tunlichst zu vermeiden.

Doch zum Protestaufruf: aus unserer Einschätzung, daß es nur eine Minderheit interessieren dürfte, machen die Kritiker eine Ausgrenzung von Minderheiten und springen dann gar über zum Vergleich der Ausgrenzung von Minderheiten aus der Gesellschaft und wir müssen allen Ernstes lesen: *"Anarchisten und Libertäre sind immer gegen die politische Ausgrenzung von gesellschaftlichen Minderheiten aufgetreten. Und das zu Recht. Roma und Sinti, AusländerInnen, Knackis und andere Internierte, ja sogar Frauen, Jugendliche und alte Menschen wurden und werden auch immer noch als Randgruppen und Minderheiten stigmatisiert, um so eine Auseinandersetzung mit ihren Belangen zu vermeiden."*

Merken sie nicht was sie da tun? Wo sind denn die Sensibilisierungsdiskussionen um Rassismus und Minderheitenrechte, wenn man sich als Gruppe, deren Leserbriefe abgelehnt wurden, mit Minderheiten und gesellschaftlich ausgegrenzten und verfolgten Gruppen mir nichts dir nichts auf eine Stufe stellt?

Doch damit nicht genug: die Ableitungsmethode geht noch weiter: *"Eine Ausgrenzung dieser Gruppen aus den freiheitlichen Medien mit dem Hinweis auf ihren zahlenmäßig geringen Anteil würde den politischen Selbstmord der hierfür Verantwortlichen bedeuten."* Als Redakteur bekommt man beim Abtippen solcher Konstruktionen, die sich zugegebenermaßen gut überlesen lassen, weil es doch anarchistische Argumente sind, die mensch aus anderen Zusammenhängen kennt, doch ein erstes Zittern in den Fingern. Was veranlaßt die Kritiker zu solchen Konstruktionen? War nicht gerade im SF ein Beitrag, den die Roma selbst geschrieben haben? Fragt sich jemand, wie ein solcher Beitrag zustande kommen konnte? In welcher anarchistischen Zeitschrift hätte es das je gegeben? Haben wir nicht beinahe in jeder Ausgabe "Partei" für die AusländerInnen und Flüchtlinge ergriffen? Gab es keine Feminismus-Sondernummer? Übersetzen wir nicht laufend Beiträge gerade von Feministinnen wie Rosella di Leo oder Janet Biehl usw.usf.? Wie wehrt mensch sich gegen Vorwürfe, die genau das monieren, was die eigene Arbeit ausmacht?

Aber das ist die falsche Reaktion: sie kommt aus dem menschlichen Sich-in-Frage-stellen bei einer solchen Tätigkeit wie der Redaktionsarbeit: wie kann es möglich sein, daß so wenig vom eigenen Bemühen mit dieser Zeitschrift rüberkommt? Es ist diese Enttäuschung, daß trotz jahrelanger Arbeit, die genau solche gesellschaftlichen Zustände bekämpfte, einem vorgeworfen werden kann, man würde diese Zustände reproduzieren.

Aber wie gesagt, es ist die falsche Reaktion: richtig ist es, diese oberfaulen Konstruktionen aufzudröseln, auch wenn dies Platz und Zeit kostet: Dabei ist Vorsicht angebracht, denn sie arbeiten gut innerhalb ihrer Methode: sie schreiben "würde", das läßt ihnen noch die Chance zu behaupten, sie hätten gemeint, "falls es dazu komme, daß wir solche Gruppen ausgrenzen, wir hätten ja noch nicht..." Wie dem auch sei, gemeint haben sie auf jeden Fall, daß sie sich mit diesen Minderheiten auf eine Beurteilungsstufe stellen und daß sie Schlußfolgerungen mit Thesen anstellen, die sie vielleicht gar nicht so gemeint haben wollen, nämlich die Schlußfolgerung vom *"politischen Selbstmord der hierfür Verantwortlichen."*

Und weil einige von ihnen zumindest einen Redakteur persönlich gut kennen und er es übernahm, ihre Post zu beantworten, wird dieser Verantwortliche gleich nochmal namentlich dingfest gemacht: *"Wolfgang Haug (und wer immer noch die Redaktion des SF trägt) ist drauf und dran, einen solchen politischen Selbstmord zu begehen."*

An die Unterzeichnenden

Warum lesen diejenigen, die diesen "Protestaufruf" unterschreiben haben und ihre Stimme gegen "Zensur" erheben eigentlich nicht genauer, was sie implizit mitunterschreiben?

Sie waren teilweise vermutlich nur halbinformiert, davon sind wir überzeugt. Und wer von uns ist nicht gegen Zensur?! Aber sie hätten auch unsere Sicht der Dinge erfragen können, das hat keiner für nötig befunden, obwohl es sich doch um eine öffentliche Kampagne handelte und die meisten aus den Erfahrungen der Vergangenheit nur zu gut wissen müssten, daß in solchen Fällen immer alles sehr mit Vorsicht zu genießen ist.

Sie konnten auch differenziert unterscheiben und eigene Stellungnahmen anhängen, das haben einige auch getan, aber dabei wurde eher weiter vereinfacht: Es wurde ein Boykott des SF ins Gespräch gebracht (ein Vertreter der Gewaltfreien Aktionsgruppe Berlin), es wurde konstatiert, daß bei soviel "Anarchismusfernem" im SF "von Platzmangel keine Rede" sein könne (Bernd A. Laska, LSR-Verlag), es wurde unterstellt, daß im SF gestanden habe *"Individualanarchismus =faschistoides Gedankengut"* (eine Vertreterin des A-Ladens Moabit) oder noch zugespitzter, daß da gestanden hätte *"Stirner = Faschist"* (Bernd Kramer). Da stellt sich uns schon die Frage, ob der Fadenartikel überhaupt gelesen wurde oder ob sich die Unterzeichnenden mit dem "Protestaufruf" begenügten. Doch nicht genug: wir verspielen *"die Glaubwürdigkeit libertärer Tradition"* (Uwe Timm), weil wir Meinungen unterdrücken oder tun zu wenig *"zur Organisierung des libertären und autonomen Widerstands"* und wenden stattdessen eine *"Spalterpraxis"* an (Zwei Mitglieder des Anarchistischen Lesezirkels Zehlendorf.) Nun beim ersten Punkt haben sie ungewollt recht, eine Zeitschrift wäre zweifellos überfordert, sollte sie neben der immensen Zeitungsarbeit auch noch den "libertären und autonomen Widerstand" organisieren müssen.

Sie ist also da, die gesamte Palette alter Stigmatisierungsübungen: Spalter, Schädling, Ausgrenzer, Anarchismusferne, Verspielen des guten Rufs libertärer Tradition und damit der Anarchisten – nur daß sich diese Vorhaltungen nicht, wie in der Geschichte gegen Konkurrenzgruppierungen, Aussteiger oder Überläufer aus der Bewegung richten, sondern gegen eine nun seit langen Jahren für viele Menschen durchsichtig und kontinuierlich arbeitende anarchistische Zeitschrift.

Und was ist nun mit dem Inhalt?

Interessiert das noch? Da schreibt ein

Wiener Autor einen Artikel über die Anarchistenpresse in Österreich-Ungarn, in dessen Teilabschnitt über Individualanarchistische Blätter er dazu auffordert: *"Unter diesen Voraussetzungen scheint die Rolle der Stirnerianer bei der Entstehung des Faschismus und dessen Relation zum "links"radikalen Sektierertum noch nicht ausreichend betrachtet oder zumindest unterbewertet worden zu sein."* Im Klartext: er fordert in einer anarchistischen Zeitschrift eine weitere Untersuchung (seitens anarchistischer HistorikerInnen oder seitens anarchistischer Diskussionszirkel), weil ihm einige Ungereimtheiten aufgestossen sind. Die Redaktion des SF ist sich zwar bewußt, daß er provokativ formulierte, wir rechneten deshalb auch mit Widerspruch und einer Diskussion, finden aber an dieser *Forderung nach Untersuchung* nichts Verwerfliches, wenn es uns darum geht (und das beschwören wir nun *alle* seit Jahren) Anarchismus zu aktualisieren. Wir sind dabei anscheinend der Fehleinschätzung aufgesessen, daß wir uns selbstkritisch mit unseren Ideen und mit einigen Vorhaltungen (auch von marxistischer Seite) beschäftigen dürfen. Von dieser selbstbewußten Haltung als Anarchisten ausgehend schien uns als Redaktion dieser Artikel abdruckbar, auch wenn wir seine polemischen Stellen selbst so nicht geschrieben hätten und bei ihm die Gegenkritik zu den marxistischen Kritiken, die er zitiert, entschieden zu kurz kommt. Der Ansatz der Analyse aber *("Als auch in Deutschland die linken Radikalisten ihre Bedeutung im Vergleich zu den Revolutionsjahren davor merklich eingebüßt hatten, setzte eine sektiererische Richtung ein, die in eine Art "linken Messianismus" verfiel...",)* entspricht durchaus dem anderer (positiv zitierter) Anarchismushistoriker wie Linse oder Klan/Nelles. *"Wir haben es hier (Kapitel: "Ich"-Mensch – "All-Mensch" – und Anarchismus) mit einem Zerfallsstadium der radikalen Betonung der Rolle der Person zu tun – die Person löste sich von ihren sozialen Zusammenhängen. Dies war nicht nur auf einzelne Anarcho-Syndikalisten bürgerlicher Herkunft beschränkt – schon im Kaiserreich waren zwei bekannte anarchistische Arbeiter bzw. Handwerker aus dem Wuppertal zu einem vergleichbaren sendungsbewußten personalistischen "Christentum" gelangt: Fritz Binde ... und Johannes Christian Josef Ommerborn. ... Die Resignation ist hier wieder deutlicher Auslöser eines extremen Personalismus, für den die Sache sekundär wird. Unter den rheinischen Anarcho-Syndikalisten gab es auch andere vereinzelte Erscheinungsformen hypertropher "Vergötterung" des Menschen. Gerade weil mit beispielloser*



7. Linker Messianismus als Zerfallserscheinung revolutionärer Bewegungen

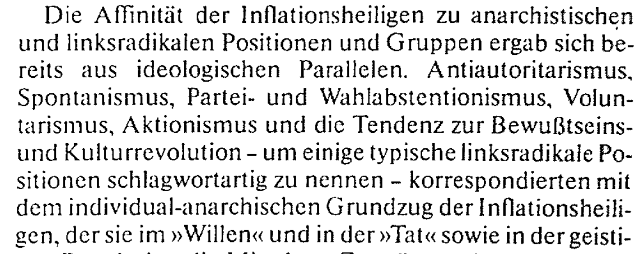
Die neuere Forschung[10] hat auf das erstaunliche Phänomen hingewiesen, daß die politisch-religiösen Sekten der Weimarer Zeit sowohl »rechts«, »nationalistisch«, »völkisch«, als auch »links« orientiert sein konnten, ja daß zwischen beiden Polen »anscheinend nicht selten vorkommende ideologische, personelle und organisatorische Übergänge und Verbindungsfäden« festzustellen sind. Deshalb würden die chiliastischen Sekten auch relevant »für die Erforschung des Faschismus und seines Verhältnisses zu linksradikalen revolutionären Strömungen«.

Die ideologische und organisatorische Verbindung beider Pole war von den Inflationsheiligen bewußt beabsichtigt. Leonhard Starks Zeitungen zierte das Hakenkreuz nebst Hammer und Sichel. Haeusser veröffentlichte nebeneinander Fotos von Lenin, Trotzki und Kapitänleutnant Ehrhardt, dessen Marinebrigade beim Kapp-Putsch Berlin besetzte. Und er schrieb: »Wir achten Hitler, Ludendorff, Max Hölz, Ehrhardt, Liebknecht als ehrliche, das Beste wollende Männer.« Er nahm nicht nur die Verbindung zu rechtsradikalen Republikgegnern auf, sondern korrespondierte mit dem Anarcho-Kommunisten Hölz und ließ zeitweise seine Geschäfte durch den Hamburger Nationalkommunisten Fritz Wolffheim führen. Auch Muck-Lamberty, der Führer einer völkisch-jugendbewegten Handwerkerschar, hatte Kontakt zu Hölz. In ähnlicher Weise suchte Carl Strünckmann die beiden äußersten Pole des Parteienspektrums in seiner christ-revolutionären Bewegung unter einen Hut zu bringen, und sein Schüler Max Schulze-Sölde wandelte sich vom Boheme-Anarchisten und Anarcho-Syndikalisten zum Bewunderer der Artamanenbewegung und der linken Nationalsozialisten um die Brüder Straßer. Aber schon in seiner syndikalistischen Phase glorifizierte er keineswegs die moderne Industrie, sondern wollte zum Handwerkertum des Mittelalters zurückkehren.

Die Affinität der Inflationsheiligen zu anarchistischen und linksradikalen Positionen und Gruppen ergab sich bereits aus ideologischen Parallelen. Antiautoritarismus, Spontanismus, Partei- und Wahlabstentionismus, Voluntarismus, Aktionismus und die Tendenz zur Bewußtseins- und Kulturrevolution – um einige typische linksradikale Positionen schlagwortartig zu nennen – korrespondierten mit dem individual-anarchischen Grundzug der Inflationsheiligen, der sie im »Willen« und in der »Tat« sowie in der geistigen Revolution die Mittel zur Zerstörung der gegenwärtigen Gesellschaft suchen ließ.

Der »Syndikalist«, Organ der Freien Arbeiter-Union Deutschlands, berichtet 1924, für die von der gescheiterten Revolution enttäuschten Arbeiter habe es nur die Resignation gegeben oder den Weg zu den Anarchisten, Syndikalisten und zum Haeusser-Bund:

Man kann sich geistig und seelisch nur dann loslösen von der alten Welt, wenn man im Ringen mit sich selbst die neue Welt in sich aufbaut. Das ist die tiefe Wahrheit von Haeussers Reden. Wir akzeptieren an Haeusser den Kern, über den äußeren Klimbim lachen wir. (...) Haeusser sagt seinen Zuhörern: Besinnt Euch auf Euch selbst, beginnt bei Euch selbst, erkennt Euch selbst. *(...) Haeusser wühlt die Menschen von innen auf, er schafft* Wahrheitssucher. Darin liegt sein größter Wert.



Hier wird in der Tat sichtbar, daß die Attraktivität der Inflationsheiligen mit dem Zusammenbruch der revolutionären Hoffnungen und der Verlagerung der politisch-ökonomischen Revolution auf die Bewußtseinsebene des autonomen Stirnerschen Ichs zusammenhing.

Die Krise der Zeit schlug sich in einer offenen Lebensform nieder, welche traditionelle Bindungen und Institutionen sprengte auf der Suche nach neuen Inhalten und Lebensstilen. An die Stelle der satten, selbstzufriedenen Gemütlichkeit trat die Lebensreform der Inflationsheiligen, welche den Fragen der Suchenden mit dem Vorbild einer mobilen, antibürgerlichen Lebensweise begegneten, deren Radikalität allein durch die Berufung auf traditionelle christliche Werte gemildert wurde. Immer erfolgte der Bruch mit den unglaubwürdig gewordenen sozialen Normen, der Rückzug aus der bestehenden Sozietät. Doch dieser Akt scheinbarer Isolierung wurde gleichzeitig empfunden die Geburtsstunde der neuen, um das verabsolutierte Ich zentrierten Gesellschaftsordnung.

Der Ichkult wurde zum wesentlichen Kennzeichen der Inflationsheiligen und ihrer Anhänger. Max Stirners »Der Einzige und sein Eigentum« das neben Nietzsche oder dem bayerischen König Ludwig II. oft zitierte Vorbild. »Diese Menschen wie Haeusser, Kiel, Stark«, schrieb die »Wilhelmshavener Zeitung« damals, »wollen nicht Anhänger und Jünger, sondern Eigene vor und hinter sich sehen.« Diese »Eigenen« waren, wie Stark sagte, die »Gottes-Egoisten«. »Alles ist Ego!! (...) Ich eine Gefolgschaft irgend jemand gegenüber? ›Mir san Mir‹, – ›I g'hör eahm selber o'n‹, wie der Bayer sagt.« Mochte die Welt in Bürgerkrieg oder Wirtschaftskrisen erzittern – der Rückzug auf das eigene Ich blieb eine unerschütterliche Grundlage: »Ich Bin und Ich War und Ich Werde Sein, und wenn alle erlöschen, Ich werde dauern!« verkündete Haeusser. Und er empfahl Stark die Gebetsformel: »Ich will Ich Selbst werden.«

So rangen die Namenlosen um ihre Identität, schwankend zwischen gesunder Ichstärke und egomanischer Selbstvergötterung, die nur zu leicht in den paranoiden Wahn von der Macht umkippen konnte. Für viele arme Teufel, materiell und seelisch Entwurzelte bedurfte es nur eines Willensaktes, und schon waren sie gottähnliche selbsternannte Kaiser und Christusse. Individuelle Entwicklungen mochten ebensosehr Ursache des hier zum Ausdruck kommenden Ohnmacht-Allmacht-Komplexes sein wie der mit dem Sturz der Reichsmark verbundene Fall ins Bodenlose, der allein im Egozentrismus, ja Größenwahn aufgefangen werden konnte.



Obige Textpassagen stammen aus dem Buch »Ulrich Linse: Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre“, Siedler-Verlag, Berlin 1983, S.44-45, S.52-53

Wir haben diese ausführlichen Zitate aus einem Buch, das auch die Kritiker positiv zitieren (also kennen) hier aufgenommen, nicht weil wir jede der Aussagen unterschreiben wollten, aber um zu belegen, daß Maierbrugger mit seiner Aufforderung nach einer weitergehenden Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Ich-Kulten, die u.a. auf Stirner zurückgingen und z.B. dem Führerkult, keineswegs so allein (bzw. von Helms abhängig) dasteht, wie dies die Kritiker behaupten. Wir sehen bei Ulrich Linse, der als Anarchismusforscher allgemein anerkannt ist, auch wenn er sich selbst keineswegs als solcher bezeichnet, unter dem Strich dieselbe Aussage, wie sie von Maierbrugger in „Fesseln brechen nicht von selbst“ getroffen wird. Da sein Buch 9 Jahre früher veröffentlicht wurde, drängt sich die Frage auf, warum Ulrich Linse nicht widersprochen wurde, warum er sogar von denselben Kritikern zitiert wird?

Konsequenz jegliches "höhere Wesen" geleugnet und bekämpft wurde, die Anarcho-Syndikalisten aber mit dem dürren Materialismus nicht zufrieden waren... waren einzelne durchaus auf der Suche nach "Religionsersatz". Hier spielten z.B. die Ideen von Nietzsche eine Rolle, dessen "Übermensch" von den deutschen Anarcho-Syndikalisten nicht als Symbol einer neuen Herrenrasse mißverstanden wurde, sondern als Ideal menschlicher Emanzipation aufgefaßt wurde, die allein durch den "Willen" zu bewerkstelligen sei. Nietzsche selbst war an diesem Punkt beeinflußt von dem Individualanarchisten Max Stirner, der u.a. geschrieben hatte: »...werdet jeder von euch ein allmächtiges Ich« (Klan/Nelles: Es lebt noch eine Flamme, S.227ff.., Trotzdem-Verlag, Reihe Libertäre Wissenschaft)Dies ist der Ausgangspunkt: die desolate Situation nach dem Scheitern der Revolution 1918 und den Bewegungen bis 1923 führte zur Suche nach neuen Leitbildern, ob sie nun religiöser oder ideologischer "Natur" waren. Es geht z.B. um die Frage wie eine Umbruchssituation bei der bisherige Wertvorstellungen teilweise zusammengebrochen sind, auf aktive Menschen wirkt, dies näher zu erforschen ist so inaktuell nicht.

Um so perplexer waren wir als der erste Brief (Bernd A. Laska) zu dem Artikel bei uns eintraf und vor allem den Autor Maierbrugger beschimpfte. Wir haben Bernd aufgefordert seine Kritik sachlich zu formulieren, die inhaltlichen Fehler aufzuschlüsseln, aber das Persönliche wegzulassen. Er hat darauf so reagiert, daß das Buch keine Basis für eine sachliche Auseinandersetzung biete. Damit war für uns klar, daß wir seinen Brief nicht veröffentlichen müssen, denn – trotz allem Zensurgeschrei – verteidigen wir unsere Verantwortung gegenüber unseren AutorInnen und gegenüber dem Stil dieser Zeitschrift. Der nächste Brief von Andreas Müller kam ebenfalls nicht ohne persönlich verletztende Seitenhiebe aus. Er meinte zudem von Anfang an, er müsse den Anarchismus vor dem SF retten: *"Inzwischen ist es wohl auch schon im SF schick, nicht nur nationalrevolutionären Pharasendreschern Raum zu geben, sondern auch (nicht genehme?) anarchistische Bewegungen zu diffammieren."* Nun wir sind selbstbewußt genug zu glauben, daß wir bei unseren Aktivitäten innerhalb der anarchistischen Bewegung und nach über 13 Jahren verlegerischer Tätigkeit in Sachen Anarchismus denselben nicht diffammiert haben. Und wer hier diffammiert wird schon von selbst deutlich. Als der Brief von Uwe Timm zu Gregor Dills Beitrag kam, überraschte uns der Stil kaum noch – aber es macht

schon nachdenklich, für wen wir überhaupt diese aufwendige Zeitschrift produzieren? Mit dem Artikel von Schmück/Knoblauch drehte sich unsere Einschätzung etwas. Immerhin versuchte dieser Artikel über weite Strecken eine sachliche und informative Auseinandersetzung mit dem Text Maierbruggers. Aber auch sie kamen nicht ohne beleidigende Passagen aus, wir erwogen deshalb diese Stilfrage einem größeren Publikum vorzulegen und alle Beiträge abzudrucken.

Beim Lay Out stellte sich dann heraus, daß wir unserer Meinung nach zu viele gute Artikel herauslassen mußten, auch Artikel, die sich aufeinander bezogen und in eine Ausgabe gehörten. Erst dann entschieden wir uns für die "Lösung" alle Leserbriefe zum Komplex Maierbrugger/Dill herauszulassen und gesondert als "Dokusammlung" anzubieten, erleichtert wurde uns diese Entscheidung, weil es damit möglich wurde, einen "unfertigen!" Text Werner Portmanns zum Thema "Rechter Anarchismus" allen Interessierten als Diskussionsmaterial mit beizugeben. Dieser Text war von Werner nicht zur Veröffentlichung im SF gedacht, gleichwohl erhoffte er sich eine Diskussion darüber. Wir befürchten angesichts der vereinfachenden Reaktionen, daß er kaum als Diskussionsangebot verstanden wurde.



Unser Selbstverständnis

Wir stehen als Redaktion dazu, daß wir am Ende aller Überlegungen das "Produkt" im Auge haben. Wenn also eine Ausgabe des SF einen nach unserem Dafürhalten (und nur so kann mensch ja entscheiden) besseren Artikel angeboten bekommt, als das bis dahin vorliegende Material, wird überlegt, welcher Beitrag dafür herausgenommen wird. Dies zu unserem "autoritären Verhalten" als Redaktion (Uwe Timm u.a.). Wir haben mit dem SF den Anspruch in die linksradikale Diskussion einzugreifen. Wir verstehen uns nicht als anarchistisches Diskussionsblatt, das sich darauf beschränkt, die eigenen theoretischen Diskussionen wiederzugeben, die in der jüngsten Vergangenheit ja nur allzu oft wenig Berührungspunkte aufwiesen, mit dem, was an aktuellen Ereignissen ablief. Wie häufig wurde der anarchistischen Presse aus eigenen Kreisen der Vorwurf gemacht, daß sie nur für Insider lesbar sei? Wir verstehen uns auch nicht als Organ, das allen theoretischen Ansichten dieser pluralistischen Anarchismus-Vorstellungen Platz einräumen muß, insofern haben wir tatsächlich ein anderes Zeitschriftenkonzept als die Kritiker, die ihr *"Interesse am Erhalt eines überregionalen Diskussionsforums, das allen Strömungen des Anarchismus offensteht"* ausdrücken. Ein solches Blatt war vielleicht bei der Gründung des SF auf der Gegenbuchmesse 1979 beabsichtigt, scheiterte jedoch schon damals an der mangelnden Bereitschaft der verschiedenen Strömungen und Verlage mitzuarbeiten. Es könnte unserer Ansicht nach auch nur von einer anarchistischen Föderation herausgeben werden, die unterschiedlichste Gruppen vereint und deren Aufgabe es u.a. wäre, die Ideen dieser Gruppen auszutauschen. Der SF kann eine solche Aufgabe angesichts der organisationsfeindlichen Stimmung in der Bundesrepublik gar nicht übernehmen und will dies auch nicht. Unser Anliegen ist tatsächlich die Mischung aus aktuellen politischen Ereignissen mit anarchistischer Theorie und kulturellen Beiträgen, wie wir dies im Impressum ausdrücken. Dabei war und ist die Redaktionsarbeit immer selbständig, auch bei wechselnden Redakteuren blieben diese in ihren Entscheidungen autonom. Die Redakteure verstehen sich als AnarchistInnen, insofern ist der Schwarze Faden ein anarchistisches Projekt, wie auch der Trotzdem Verlag – entstanden aus der Vorstellung, daß wenn schon keine organisierten Gruppen in Deutschland existieren, sich wenigstens viele Projekte bilden müssten, die öffentlich ansprechbar sind und die ein anarchistisches Netzwerk bilden können, das auf Umwegen zu überregionalen Gemeinsamkeiten kommt. Die überregional funktionierende SF-Redaktion betrachten wir in diesem Sinn als ein gelungenes Projekt, das derzeit Redakteure aus Köln, Frankfurt, Karlsruhe, Stuttgart und Grafenau/Württ. zusammenführt. Von Anfang an haben wir aber auch versucht in die Diskussion mit anderen linken Gruppierungen zu kommen, uns als Teil der linksradikalen (bei der Gründung hieß das Scene oder Umfeld der Sponti-) Bewegung zu begreifen und Texte verwandter politischer Richtungen in den Faden aufzunehmen. Dies sind die "Anarchismusfernen" Texte, die herausbleiben sollten, so lesen wir jetzt zwischen den Zeilen und einer der Kritiker betonte auch deutlich, daß Texte wie die der autonomenen LUPUS-Gruppe herausbleiben sollten. Bei solchen Reaktionen wird uns klar, daß wir als Redaktion nichts mehr mit puristischem Anarchismus vorhaben; wir sind kein Organ zur Verbreitung oder Verteidigung der reinen Lehre, auch wenn diese sich sehr pluralistisch zusammensetzt. Vielleicht liegt darin das tiefersitzende Unbehagen der Kritiker (und Unterschreibenden?) gegen unsere Arbeit? Wir können es nur vermuten.

Wir wünschen uns also Beiträge aus anderen politischen Zusammenhängen wie den Autonomen, wie aus feministischen Kreisen o.ä.; es gab Autoren trotzkistischer Herkunft, sogar einer aus der Ex-KPD/Ml war darunter (sein Beitrag wurde übrigens überall nur gut gefunden) etc.Diese Redaktionspraxis hat zweierlei Ursachen: zum einen finden wir in aktuell gesellschaftlichen Prozessen wenig aktive AnarchistInnen, die in der Lage sind, Analysen zu erstellen oder neue Ansätze in die Diskussion zu bringen. Es ist ein offensichtliches Manko, das seit Jahren besteht und das durch Beiträge ausgeglichen werden kann, die erstens vieles mit unseren Positionen gemeinsam haben und zum zweiten un-

sere Diskussion positiv beeinflussen können. Zum anderen sehen wir den Umkehreffekt aus diesem Prozeß: wenn es einer anarchistischen Zeitschrift gelingt in weiten Teilen einer nicht-parteigebundenen Linken durch interessante Beiträge akzeptiert zu werden, verändern sich auch die Vorurteile, die solche "linken" Gruppen und Einzelne oft gegenüber dem Anarchismus an den Tag legen. Diese Arbeit betrachten wir als unsere Antwort auf den Vorwurf, wir würden die libertäre Tradition schädigen o.ä.

Zu einer solchen Herangehensweise an anarchistische Zeitungsarbeit gehört aber auch genug Ehrlichkeit eine Sache als Insiderdiskussion zu bezeichnen, wenn dies ganz offensichtlich der Fall ist und auch dann, wenn es bestimmte Gruppen oder Freunde schmerzt. Uns deswegen mit dem "Ausgrenzungsvorwurf von Minderheiten" zu kommen, ist einfach ein Wegschieben der Realität über den Buhmann SF.

Aber obwohl dies alles gilt, bleibt klar, daß der SF für solche "Insiderdiskussionen" auch in Zukunft immer wieder Platz einräumt, nur: wir bestehen darauf, daß sie sachlich geführt werden. Wir wollen nicht das Schauspiel eines heillos zerstrittenen Haufens profilierungssüchtiger Stadtneurotiker bieten.

Als Zeitschrift können wir solche "Insiderdiskussionen" sicherlich nicht immer vermeiden, ganz einfach aus dem Grund, weil zuviel produziert wird, dem mensch im Sinne des Anarchismus widersprechen muß. Wurde dies im SF getan, so war das immer solange in Ordnung (und mit Befriedigung quittiert?) solange es gegen andere ging, ob gegen die Ökolibertären oder gegen die GRÜNEN. Aber der Aufschrei begann schon bei Themen wie den Libertarians oder Silvio Gesell. Das sind zwar auch keine Anarchisten, aber sie finden ihre Anhänger und Verfechter unter uns und deshalb scheinen sie zum anarchistischen Pluralismus zu gehören, der für tabu erklärt wird. Auch an dieser Stelle waren und sind wir unbequem und für manchen Anarchisten hierzulande ein "Skandal".

Nach zwölf Jahren *Schwarzer Faden* hat sich an dieser Situation wenig geändert, die Mehrzahl bundesdeutscher Anarchisten hat immer vor allem recht und so taucht die Erkenntnis auf, daß wir mit unserem Projekt trotz der guten Auflage wenig erreicht haben.

Mensch läßt sich in der "großen libertären Familie" möglichst lange in Ruhe bis es irgendwo zum Eklat kommt, daß dies letztlich vor allem auf dem Rücken einer Zeitschrift ausgetragen wird, ist angesichts der mangelnden Diskussionszusammenhänge fast schon logisch. Daß sich dieses im Abstand von einigen Jahren immer wieder wiederholt, ist ebenfalls der Nichtorganisiertheit bundesdeutscher Anarchisten und der Platzhalterfunktion ihrer Zeitschriften zuzuschreiben. Eine Organisation jedenfalls hätte diese Themen diskutiert, eingeschätzt und abgehakt. Sie wären einflußreich geworden oder einflußlos geblieben, ihr Stellenwert hätte sich an der Praxis messen lassen etc. All das beobachten wir bei Organisationsversuchen immer wieder, so haben wir beispielsweise erfahren, daß derzeit in Kreisen der ÖkoLi über Silvio Gesell kontrovers diskutiert wird. Im konturenlosen Zusammenhang der anarchistischen Bewegung, kann aber alle Jahre wieder folgenlos ins Blaue reinphilosophiert werden und dabei dem eigenen Standpunkt eine übergroße Wichtigkeit zugemessen werden.

OHNE UNS

Zeitschrift zur Totalen KDV

Abo: DM 30,– / Jahr
6 Ausgaben, eine Doppelnummer

Neue Redaktion & Adresse:

c/o Detlev Beutner
Hamburger Str. 284
3300 Braunschweig
Tel. 0531 / 33 49 28

Zurück zum Ausgangspunkt

Zunächst zum Buch und Artikel: wir akzeptieren die Kritik, daß beides Fehler enthält und begrüßen es, wenn diese richtiggestellt werden! (Dies zum Vorwurf der Meinungsunterdrückung!) Wir sehen es auch als berechtigt an, wenn die Kritiker speziell am Buch monieren, daß zuviele zitierte marxistische Beurteilungen über Anarchismus und einzelne Anarchisten unkommentiert bleiben. Wir könnten hier nun versuchen auch unsere Verlagsarbeit darzustellen, aber dies würde zu umfangreich werden. Nur soviel: Die "Reihe Libertäre Wissenschaft" in der das Buch von Arno Maierbrugger erschienen ist, versteht sich als Angebot unsererseits, Themen, die an Unis erarbeitet wurden in der Absicht zu veröffentlichen, damit diese nicht in 6 Exemplaren in für Viele unzugänglichen Universitätsarchiven verstauben, sondern in kleinen Auflagen zugänglicher werden, – damit der Forschungsstand weitergeht und nicht immer wieder dieselben Arbeiten geschrieben werden. Wir lektorieren diese Arbeiten manchmal weniger als andere Bücher, weil sie oft in ähnlicher Weise wie an der Uni abgegebe veröffentlicht werden müssen und wei sie auch (in beschränktem Rahmen) vo Uni-Profs "vorlektoriert" wurden. Wi beteiligen auch die Autoren bei de Gestaltung und gewähren ihnen rech großen Einfluß auf die Gestaltung ihre Buches. Dennoch machen wir Vorschläge und greifen ein, wenn uns Fehler auffallen Wir können dabei weder den theoretischen Ansatz oder den Stil einer Arbeit verändern und auch nicht die Forschungen im Einzelnen überprüfen. Es kann also nicht um einen Vollkommenheitsanspruch gehen, das gilt im übrigen für jede Wissenschaft. Wenn nun jemand, wie im Fall Jochen Schmück für die Anarchistenpresse dasselbe Spezialgebiet seit Jahren erforscht, so ist es natürlich nur wahrscheinlich, daß er Fehler aufzeigen kann und dies ist – wie schon betont – auch willkommen. Das umstrittene Buch ist nun allerdings wiederum nicht so ausschließlich schlecht, wie dies die Kritiker darstellen. Maierbrugger versucht die Traditionslinien bei der Herausgabe anarchistischer Zeitungen herauszuarbeiten und theoretische Grundlagen der Herausgeber zu verdeutlichen. Es ist bei solchen Arbeiten auch durchaus üblich, daß auf Autoren zurückgegriffen wird, die den Forschungsbereich bereits bearbeitet haben, auch wenn es sich dabei um Marxisten o.ä. handelt. Wir verstehen zwar gut, daß allein der Name Helms bei vielen bundesdeutschen Anarchisten wie ein rotes Tuch wirkt, (wir hatten ja selbst den Ehrgeiz eine andere Ausgabe von Kropotkins *"Eroberung des Brotes"* auf den Buchmarkt zu bringen, um diejenige von Helms abzulösen) stellen aber fest, daß die österreichischen Anarchisten sich offensichtlich gelassener mit ihm beschäftigen, so bezog sich kürzlich der Wiener Autor Gerhard Senft (ein Autor des Libertad-Verlags!) in einem Artikelangebot für den SF ebenfalls positiv auf Helms. Wir konnten uns jedenfalls dazu entschließen, dieses Buch in den Verlag aufzunehmen und wenn wir die Gilde unserer Berliner Verleger*kollegen*, die alle diesen Protest unterschrieben haben, ansehen, so kommen wir nicht um den Seitenhieb herum, daß uns ihre Souveränität mit der die im Glashaus sitzenden mit Steinen werfen erstaunt, wäre es doch ein leichtes ihnen allen ähnliches "verlegerisches Fehlverhalten" nachweisen, wie uns dies im Fall des Buches und Artikels von Arno Maierbrugger vorgeworfen wird. Aber genau darum kann es nicht gehen, auch wenn die Kritiker noch so süffisant auf die mangelhafte Redaktion und das fehlende Lektorat hinweisen: Fehler in Büchern sind bei uns allen unvermeidlich, denn wir sind alle in derselben wenig beneidenswerten Situation: wir

sind VerlegerInnen, Verpackungskünstler, Setzer, Lay Outer, Werbefachleute ohne Fortune, Büroangestellte, Lektorinnen, Übersetzerinnen, Briefbeantworter alles in einer Person und oft nur im Nebenberuf, sprich unbezahlt. Dies wollen wir nicht als.Entschuldigung für Fehler verstanden wissen, es soll lediglich offenlegen, daß wir sehr genau die Grenzen unserer Arbeitsfähigkeit kennengelernt haben und uns darüber bewußt sind. Wir fallen also nicht aus allen Wolken, wenn es zu (solidarischer) Kritik kommt oder offensichtliche Fehler korrigiert werden. Wir erwarten allerdings auch von unseren Kritikern, daß sie ähnlich selbstkritisch mit ihren Thesen umgehen, das aber vermissen wir in allen Stellungnahmen. Die Fragen von Arno Maierbrügger werden nicht beantwortet sondern vom Tisch gewischt, er hat sie nicht zu stellen und tut er es doch, dann folgt er undifferenziert dem Anarchistenhasser Helms und selbst den kann er nicht richtig lesen. Diese Passagen verdeutlichen auch in der zweiten Fassung des Artikels von Schmück/ Knoblauch, wo die eigentlich autoritäre Haltung zu finden ist, dort nämlich, wo keine Fragen zugelassen werden sollen. Wo man sich auch um Ungereimtheiten – wie um die antisemitischen Untertöne des *Krakehler* – gekonnt herumschifft, indem man einen Nebenkriegsschauplatz eröffnet. Maierbrugger wird einfach vorgehalten, daß es nicht die Vereinigung individualistischer Anarchisten' Lachmanns gewesen sei, der dieses Blatt nahegestanden habe, sondern die Vereinigung individualistischer Anarchisten Ottens. Danach wird genüßlich darauf herumgeritten, daß Maierbrugger nur hätte richtig von einer anderen Sekundärliteratur abschreiben brauchen, aber über das eigentliche Problem: den antisemitischen Untertönen finden wir an dieser Stelle kein Wort mehr, erst an späterer Stelle heißt es dann vage *"die unterstellten antisemitischen Ausfälle sind nicht exemplarisch."*(!) Da schließt sich nun doch unsererseits an einen der besten Kenner der anarchistischen Presse Jochen Schmück die Frage an, waren es nun antisemitische Ausfälle oder nicht? Wie häufig und von wem getragen? Und so könnten wir nun unsererseits diesen in der Sprache unserer Ansicht nach sehr selbstgerechten Korrekturartikel (von einer Diskussion und die wird ja von uns "Zensoren" eingefordert, haben wir eigentlich andere Vorstellungen)Stück für Stück zerpflücken, denn auch er strotzt vor Vereinfachungen: so ist eine Untersuchung des Einflusses von Haeusser doch nicht damit abzulehnen, daß er sich selbst nicht als Individualanarchist bezeichnet hat. Dafür nannte er sich "Ich-Mensch" oder "All-Mensch", eine Bezeichnung, die z.B. die rheinisch-bergischen Anarcho-Syndikalisten Max Schulze-Sölde und Walter Lieferkus übernommen haben, die wiederum ihre Wurzeln sicherlich auch auf Stirner zurückführten. Wenn man also fordert, daß man genauer hinschauen muß, daß es keine voreiligen Schlüsse geben darf, dann darf unserer Ansicht nach auch nicht voreilig eine genauere Beschäftigung abgeblockt werden.

Ja selbst beim Irrationalismus-Problem teilen wir die Sicherheit der Kritiker nicht so ganz, zwar stimmen wir ihnen zu, wenn festgestellt wird, daß es eine marxistische Methode war, damit Anarchismus zu stigmatisieren, aber dem Zitat von Puder aus *Unter dem Pflaster liegt der Strand* können wir ebenfalls nichts abgewinnen, denn natürlich hat auch der Faschismus und Nationalsozialismus geistige Quellen und wer sich auch nur ein wenig mit der Ideologie der Neuen Rechten beschäftigt (und zumindest Jochen Schmück tut das ja) weiß sehr wohl, daß die Pogrome im Kopf entstehen und gut vorbereitet werden. Er weiß vermutlich auch, daß der Irrationalismus dabei eine gefährliche Rolle spielt; Murray Bookchin warnt z.B. davor die Aufklärung als Grundlage aufzugeben, Janet Biehl warnt vor dem Spiritualismus und der Mythosgläubigkeit vieler Feministinnen und Alternativen. Weshalb hegen viele diese Besorgnis, wenn doch schon in den 70er Jahren im Kramer Verlag ein Martin Puder geschrieben hat, daß *"die Bedeutung des Geistes wahnhaft falsch eingeschätzt"* wird??

Was bleibt also von der so sicher daherkommenden Kritik? Der Hinweis etwa, daß *"Max Stirner einen wichtigen anarchistischen Beitrag zur Deutung des Verhältnisses Individuum - Gesellschaft geleistet"* hat, – nun wer in aller Welt hätte dies bestritten?

Oder was soll der Satz, *"wenn sich Maierbrugger wirklich mit der anarchistischen Presse beschäftigt hätte"* (mit nichts anderem beschäftigt er sich auf über 200 Seiten) *"dann hätte ihm auch klar werden müssen, daß es nicht zuletzt der individualistische Anarchismus war, dem die deutschsprachige anarchistische Bewegung einen bedeutenden Teil ihres publizistischen Reichtums verdankte."* Da Maierbrugger seine Strukturanalyse an drei, vier Strängen entwickelt und ein Strang davon der individualanarchistische ist, platzt dieser schön formulierte Satz wie ein Luftballon. Wenn schon Kritik, dann bitte nicht um den heißen Brei herum, dann sollte genau gesagt werden, daß einem Maierbruggers Wertung dieses Zweiges anarchistischer Presse nicht paßt, daß einem nicht paßt, daß er diese Presse als (verkopfte) Randerscheinung der praktischen Bewegung einstuft, die sich höchst selten aktiv politisch betätigt habe etc. – darüber ließe sich diskutieren, da könnte über den positiven Einfluß Stirners auf viele Aktivisten geredet werden, aber es stände auch zu befürchten, daß Maierbrugger recht viele Beispiele auf seiner Seite hätte oder wie war z.B. das mit der kritisch-aggressiven Ablehnung von Mühsams und Landauers Beteiligung an der Münchner Räterepublik?

Wir wollen jetzt zum Ende kommen und nur noch eines festhalten: die Kritiker haben uns gegenüber mit dem "Zorn der Bewegung" gedroht. Sie haben das Protestschreiben zunächst nur im Raum Dortmund und in Berlin verteilt, um den vermeintlichen Knüppel eines bundesweiten Protestaufrufs gegen uns zu schwingen, sollten wir ihren Artikel nicht doch noch abdrucken. Dabei hatten wir ihnen den Abdruck eines sachlicheren Beitrags bereits zugesagt. Ob sich die Unterschreibenden darüber bewußt waren, daß sie uns gegenüber als *"breite Kreise der libertären Bewegung"* gelten sollten, vor denen wir in die Knie zu gehen haben?

Wie dem auch sei wir drucken diesen "Protestaufruf" nun gleich selbst bundesweit ab und erwarten tatsächlich, ob Euer Daumen nach oben oder nach unten zeigen wird, vor allem warten wir auf Eure weiteren Reaktionen und sei es nur auf die Frage: wer ist die libertäre Bewegung?

Ganz zuletzt drucken wir entgegen unserer ursprünglichen Absicht den Original-Leserbrief von Uwe Timm, der den Nichtabdruck als "Schwäche" bezeichnet hat. Er soll unsere Feststellungen nachträglich illustrieren helfen und erklären, warum wir der Auffassung waren, wir täten ihm und seinem Ruf einen Dienst, wenn wir dieses Schreiben nicht veröffentlichen. Er verdankt diese Kehrtwendung in der "Redaktionspolitik" vor allem der Tatsache, daß bei der Aussendung der angekündigten Kopien die verspätet eingegangene Antwort Gregor Dills fehlte und Gregor seinerseits eine Interesse hatte, daß beides im Faden abgedruckt würde.

Chomsky, Beinin u.a.:

Die Neue Weltordnung und der Golfkrieg

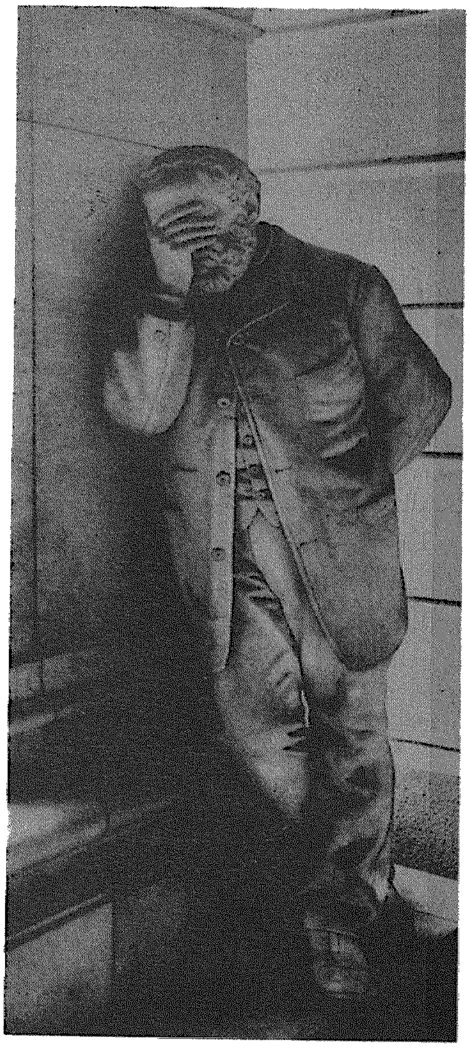
Trotzdem-Verlag, Grafenau

ISBN: 3-922209-37-8, 140 S., 16.-DM

Aufsätze zu den Hintergründen des Golfkriegs und zur US-Außenpolitik. Enthalten sind: *Noam Chomsky: Media Control, Howard Zinn: Macht, Geschichte und Kriegsführung. Joel Beinin: Über die Ursachen des Golfkriegs*, etc.

Bezug: Trotzdem Verlag

PF 1159, D-7043 Grafenau-1



Es ist schlimmer, als ich dachte.

»Die Tragik kommunistischer Erblast und ihrer sonderbaren Blüten« auf dem Gebiet der anarchistischen Geschichtsschreibung

von Jochen Schmück und Jochen Knoblauch

Der Zweifel ist der Beginn der Wissenschaft. Wer nichts anzweifelt, prüft nicht. Wer nichts prüft, entdeckt nichts. Wer nichts entdeckt, ist blind und bleibt blind.
Pierre Teilhard de Chardin

Eine nachgesprochene Wahrheit verliert schon ihre Grazie, aber ein nachgesprochener Irrtum ist ganz ekelhaft.
Johann Wolfgang von Goethe

Das Ärgerlichste in dieser Welt ist, daß die Dummen todsicher und die Intelligenten voller Zweifel sind.
Bertrand Russel

Der im Schwarzen Faden (1/92,S.59ff.) veröffentlichte Beitrag von Arno Maierbrugger: Der schwarze Faden durch die Geschichte. Eine Schwerpunktanalyse zur deutschsprachigen Anarchistenpresse ..." ist ein erschreckendes Beispiel für eine unseriös betriebene Geschichtsschreibung. Ebenso wie die vom selben Verfasser im Trotzdem-Verlag als Buch veröffentlichte pressehistorische Studie 1) weist dieser Beitrag gravierende Mängel an historisch fundierter Sachkenntnis auf. Das soll vorkommen - aber im Normalfall stehen vor einer Veröffentlichung ein halbwegs sachkundiges Lektorat bzw. eine Redaktion, die solche Flopps verhindern. Weitaus problematischer aber sind die diffamierenden historisch-politischen Aussagen, die Maierbrugger aus der in ihrer Quellengrundlage schwachen Arbeit ableitet. Und die können nicht so im Raum stehen bleiben.

Maierbruggers Beitrag krankt vor allem daran, daß sich der Verfasser fast ausschließlich und unkritisch auf sekundäre Quellen stützt. Das ist nicht sehr originell - wenn dann der Verfasser zudem nicht einmal in der Lage ist, die von ihm benutzte Sekundärliteratur korrekt zu zitieren, ist das sogar peinlich.

Ein Großteil der von Maierbrugger benutzten Sekundärquellen - so vor allem die Studie von Hans G. Helms und partiell auch die von Gerhard Botz und Michael Pollak - sind tendenziös auf eine politische Diffamierung das Anarchismus, insbesondere in seiner individualistischen Erscheinungsform ausgerichtet. Vor dem marxistischen Hintergrund dieser Historiker ist eine solche Tendenz-Geschichtsschreibung durchaus verständlich. Und sie steht in einer langen Tradition, die bis auf die Verleumdungsschriften von Marx und Engels gegen Bakunin und andere Antiautoritäre aus der Zeit der I. Internationale zurückreicht.

Aber von einem offensichtlich sich als Libertären verstehenden Verfasser - und natürlich auch von einer anarchistischen Zeitschrift wie dem S.F. - hätte man einen kritischeren Umgang mit solchen Quellen erwarten können.

Helms hat in seiner Arbeit die Denunziation des individualistischen Anarchismus recht subtil durch eine Verdichtung von Fakten vorgenommen, die in ihrer Quintessenz seine Kernthese von Stirner als Wegbereiter einer ins Reaktionäre ausufernden Mittelstandsideologie stützen sollen. Maierbrugger dagegen reißt die von Helms durchaus differenziert dargestellten Einzelfakten aus ihrem Zusammenhang und verkürzt sie zu platten politischen Thesen.

Seine unkritische Lektüre und Auswertung der genannten Quellen führt Maierbrugger z.B. zu solch abstrusen Aussagen und Fragestellungen:

"Was vom Stirner-Bund zu halten war und welche Ziele er verfolgte, war durch die Lektüre des 'Einzigen' nicht auszumachen. Da wurde Hitlers 'Mein Kampf' neben Friedrich Engels 'Grundsätzen des Kommunismus' ... rezensiert und angeboten und außerdem tatendurstig für die

'dritte Weltepoche', sprich: das 'Dritte Reich' geworben. Unter diesen Voraussetzungen scheint die Rolle der Stirnianer bei der Entstehung des Faschismus und dessen Relation zum 'links'radikalen Sektierertum noch nicht ausreichend betrachtet oder zumindest unterbewertet worden zu sein".

Hätte Maierbrugger wenigstens den von ihm als Hauptquelle benutzten Helms richtig gelesen. Denn Helms behandelt die Begriffe der "dritten Weltepoche" bzw. des "Dritten Reiches" differenziert und dem realen historischen Gegenstand entsprechend. Eine solch verkürzte Ableitung, wie sie hingegen Maierbrugger aus dem Eintreten einiger Individualanarchisten für das Stirnersche "Dritte Reich" hin zur Fragestellung nach der Rolle der Stirnianer bei der Entstehung des Faschismus vornimmt, ist dagegen ausgesprochen vulgär. Politische Reizbegriffe werden da aus ihrem historischen Zusammenhang und aus ihrer realen politischen Bedeutung heraus isoliert in den Raum gestellt, um möglichst peppige Thesen produzieren zu können. Tatsache jedoch ist: Aus den realen historischen Gegebenheiten läßt sich eine solche Fragestellung nicht ableiten, sie ist schlichtweg aufgesetzt.

Der Begriff des "Dritten Reiches" wurde in der deutschsprachigen anarchistischen Bewegung erstmals von dem Stirner-Forscher Rolf Engert am 29. Juni 1919 in der Zeitschrift "Der Einzige" benutzt 2). In Anlehnung an Max Stirner und Henrik Ibsen teilte Engert die Weltgeschichte in zwei Weltepochen - in die vorchristliche und die christliche Zeitrechnung - ein. Die Nullstunde der nachchristlichen Epoche des "Dritten Reiches" 3) wurde durch den Zeitpunkt der Veröffentlichung von Stirners "Einzigen" (1844) markiert. Dieses stirnerianische Kalendarium fand (anscheinend inspiriert durch den französischen Revolutionskalender) auch seinen Ausdruck im Impressum von "Der Einzige". Begonnen wurde die "neue Zeitrechnung" im "Einzigen" mit dem in der Kopfzeile der Zeitschrift gedruckten Vermerk "1. Juli 75 n. St. E. (1919 a.Z.)". Doch bereits zwei Jahre nach ihrer Proklamation war die neue Zeitrechnung in der Kopfzeile des Blattes schon wieder in eine Klammer hinter die Normalzeit gerutscht.

Engerts Zeitrechnung und Verwendung des Begriffs des "Dritten Reiches" hatte sich unter den Individualanarchisten - die die Hauptleserschaft des "Einzigen" ausmachten - nicht durchsetzen können. Selbst die Herausgeber der Zeitschrift, Anselm Ruest (Ernst Samuel) und Mynona (Salomo Friedlaender) 4), die sich von Engert zur neuen Zeitrechnung im Impressum des "Einzigen" hatten anregen lassen, erklärten in einer dem Aufsatz Engerts angehängten Fußnote, in dem der neue Kalender dekretiert wurde: "Es sei betont, daß die Herausgeber von sich aus die Bezeichnung 'Drittes Reich' als noch der christlichen Sprache entnommen ablehnen; wir sprechen (wie ja auch [d.] Verf. meist) lediglich vom dritten Zeitalter, dritter Epoche usf."5)

Engert scheint also allem Anschein nach

Neue Beiträge zur Stirnerforschung

Herausgegeben von

Dr. Rolf Engert.

Erstes Heft.

Verlag des dritten Reiches

Dresden

ziemlich isoliert als Verkünder des "Dritten Reiches" (und wohlgemerkt des Stirnerschen, nicht des Hitlerschen) aufgetreten zu sein. Ist es auf der Grundlage dieser Fakten legitim, die Frage nach der "Rolle der Stirnianer bei der Entstehung des Faschismus" aufzuwerfen?

Eine Differenzierung des von dem Individualanarchisten Rolf Engert verwendeten Begriffes des "Dritten Reiches" wäre aufgrund unseres heutigen negativen Verständnisses des Begriffs unverzichtbar gewesen. Zu eng ist dieser Begriff mit dem Nationalsozialismus und seinem faschistischen Terrorregime verknüpft. Daß Maierbrugger dennoch auf eine solche Differenzierung der Begriffe verzichtet, weist ihn entweder als politisch extrem naiv aus, oder es ist politische Intention. Eine Intention, die sich gegen ein pluralistisches Verständnis des Anarchismus richtet, der auch genügend Freiraum für Individualisten, Querdenker und Abweichler läßt.

Maierbruggers "Leseschwächen" (oder Schludrigkeiten) sind schon frappierend. Das erwähnte Beispiel ist beileibe kein Einzelfall. Ein ähnlicher Flopp unterläuft ihm, wenn er über die Zeitschrift "Der Krakehler" schreibt:

"Dem folgte 'Der Krakehler' (Das Blatt der Eigenbrödler (sic!), ab dem 2. Jg.: Ein Blatt für Menschenrechte und herrschaftslose Kultur, Hamburg 1921-1923), ein der Vereinigung individualistischer Anarchisten Lachmanns nahestehendes Blatt mit antikapitalistisch-antisemitischen und sozialistisch-arischen Untertönen."

Bei Gerhard Botz lautet diese Textstelle fast wortwörtlich wie folgt:

"Sein nächstes Zeitschriftenprojekt war die Herausgabe des Krakehler. Die Untertitel lauten programatisch: Das Blatt der Eigenbrödler (sic!), möglicherweise eine Anspielung auf Vorwürfe seitens der Syndikalisten, und im 2. Jahrgang: Ein Blatt für Menschenrechte und herrschaftslose Kultur. Organisatorisch und ideologisch stand die Zeitschrift der Vereinigung individualistischer Anarchisten Ottens und dem Wiener Anarchismus nahe." 6)

Was in aller Welt mag Maierbrugger bewogen haben aus der Vereinigung individualistischer Anarchisten Ottens eine Vereinigung individualistischer Anarchisten Lachmanns zu machen, was soll diese Reduktion der Aussage? Er hätte doch einfach nur korrekt abzuschreiben brauchen!

Doch es sind nicht diese Inkorrektheiten, die Maierbruggers Beitrag so unerträglich machen. Weitaus problematischer

Heft 2 und 3 der
»Neuen Beiträge zur Stirnerforschung«

Wie sah Max Stirner aus?

dieser freieste Geist aller Zeiten,
Verfasser des radikalsten Buches der Weltliteratur:

Der Einzige und sein Eigenthum.

Diese Frage ist jetzt gelöst!

Zwei zeitgenössische Bildnisse Stirners sind gefunden und hier erstmalig veröffentlicht:
1. Jugendbildnis (ca. 1832). Brustbild, Bleistiftzeichnung.
2. Stirner im Mannesalter (ca. 1842), ganze Gestalt, Federzeichnung.

Das vorliegende Doppelheft enthält ferner eine zeitgenössische Federzeichnung: die Freien, jenen radikalen Kreis des vormärzlichen Berlin, in ihrer Kneipe darstellend. Darunter: Arnold Ruge, Ludwig Buhl, Karl Nauwerck, Bruno Bauer, Otto Wigand, Edgar Bauer, Max Stirner, Eduard Meyen, C. F. Köppen:
und Auszüge aus Friedrich Engels »Christl. Heldengedicht« (1842), in dem die Freien literarisch porträtiert sind.



ist seine Methode, aus der von ihm flott zusammenmontierten Zitatencollage politisch diffamierende Aussagen gegen den individualistischen Anarchismus abzuleiten. In seinem Bemühen, Verbindungslinien zwischen Anarchismus und Faschismus herzustellen, hebt Maierbrugger gelegentlich regelrecht ab. Seine Distanzierung von der historischen Realität wird besonders in seiner Beschreibung des "Inflationsheiligen" Ludwig Christian Haeusser deutlich. Dieser "rührte" - laut Maierbrugger - "schon früh in den Zwanziger Jahren tief im Sumpf der nationalsozialistischen Ideologie, einem Trend, den der marxistische Stirner-Kenner HELMS dem Individual-Anarchismus zugrunde legt". Haeusser stand zwar weder der anarchistschen Bewegung nahe, noch war er ein Nationalsozialist 7), aber über diese Fakten setzt sich Maierbrugger - sofern es nur seinen dubiosen Thesen dient - unbekümmert hinweg.

Am Beispiel von Maierbruggers Beitrag wird sozusagen die "Tragik kommunistischer Erblast und ihrer sonderbaren Blüten" nun auch auf dem Gebiet der anarchistischen Geschichtsschreibung deutlich. Eigentlich hätte man diese Art von denunziatorischer Geschichtsschreibung schon längst auf dem "Misthaufen der Geschichte" vermutet.

Marxisten aller Schattierungen haben (wenn man von wenigen Ausnahmen wie Georg Adler absieht) ihren ideologischen Hauptangriff gegen den Anarchismus bevorzugt mit einer Attacke auf Max Stirner und seinen "Einzigen" eingeleitet. Daran hat sich H.G. Helms in den 60er Jahren redlich abgerackert und Arno Maierbrugger trottet heute - ein wenig desorientiert, weil unfundiert - in seinen Fußstapfen. So etwa wenn er in seinem Buch schreibt:

"Allerdings bleibt Stirner, und darin sind sich die meisten Analytiker einig, eine rational begründete Synthese zwischen Individuellem und Sozialem schuldig. Seine Lehre ist damit weitgehend von irrationalen Voraussetzungen bestimmt, eine metaphysische Kritik also." 8)

Seit Georg Lukács die These vom deutschen philosophischen Irrationalismus als einer Quelle des Nationalsozialismus in die Diskussion gebracht hat, ist sie von marxistischen Historikern bevorzugt auch gegen den Anarchismus ins Feld geführt worden. So kann es nicht verwundern, daß sich dieser gegen Stirner und seine Anhängerschaft erhobene Vorwurf des Irrationalismus als eines geistigen Wegbereiters des Faschismus wie ein roter Faden auch durch die Studien von Hans G. Helms, Gerhard Botz und Michael Pollak zieht. Von einem libertären Verfasser und von einer anarchistischen Zeitschrift wie dem S.F. hätte man jedoch eine kritische Hinterfragung dieser These erwarten können. Daß dies nicht geschah, macht erhebliche Defizite an kritischem Reflexionsvermögen deutlich.

Der Irrationalismusvorwurf war in der marxistischen Linken Deutschlands schon immer als Knüppel beliebt, um Dissidenten zum Schweigen zu bringen. Die Diffamierung abweichender Meinungen als irrationalistisch = faschistisch ist schließlich die bequemste Art, sich vor einer Auseinandersetzung mit unbequemen Ideen zu drücken. Die marxistische Linke hat inzwischen anderere, vitalere Sorgen als auf den Anarchismus einzudreschen. Das ist auch gar nicht mehr nötig. Denn inzwischen dreschen die Anarchisten auf sich selbst ein. Was für eine Posse!

An anderer Stelle und in einem anderen Zusammenhang ist die Debatte über die Instrumentalierung dieser These als eines politischen Mittels der Denunziation der nichtmarxistischen Linken vor Jahren durchaus intensiv geführt worden. Man erinnere sich nur an die Auseinandersetzungen, die hierüber in den 70er und 80er Jahren in der im Kramer Verlag erschienenen Reihe "Unter dem Pflaster liegt der Strand" geführt wurden. In dem immer noch oder schon wieder sehr lesenswerten Aufsatz "Marx und Engels als konservative Denker" hat dort Martin Puder 1976 hierzu angemerkt:

"Es war offenbar unsinnig, als Georg Lukács die geistigen Quellen Hitlers im deutschen Irrationalismus seit Schelling entdecken wollte, denn der Faschismus hatte überhaupt kein eigengewichtiges Verhältnis zum Geist der Tradition. Er hätte sich unter anderen Gegebenheiten genauso auf den Rationalismus berufen können. 'Geist' war ihm rein instrumentell, bloßes Herrschaftsmanipulativ, und Philosophen im Hinblick auf die faschistische Praxis den Rang einer causa geben, heißt die Bedeutung des Geistes wahnhaft falsch einschätzen." 9)

Daß in einer anarchistischen Zeitschrift inzwischen daran erinnert werden muß, daß es gerade Max Stirner war, der zur Deutung des Verhältnisses Individuum-Gesellschaft einen wichtigen anarchistischen Beitrag geleistet hat, zeigt, wie es um die heutige anarchistische Bewegung bestellt ist. Libertäre Historiker wie Max Nettlau haben Stirner stets als bewußten anarchistischen Empörer gewürdigt, der das Wesen der 'freiwilligen Knechtschaft'



durchschaute, radikal den Staat ablehnte und das freie Verhältnis jedes einzelnen zur frei gewählten Gruppe als die einzige Möglichkeit des sozialen Zusammenlebens ihrer Freiheit bewußter Menschen ansah.

Wenn sich Maierbrugger wirklich mit der anarchistischen Presse beschäftigt hätte, dann hätte ihm auch klarwerden müssen, daß es nicht zuletzt der individualistische Anarchismus war, dem die deutschsprachige anarchistische Bewegung einen bedeutenden Teil ihres publizistischen Reichtums verdankte. Aber er weiß es eben nicht, weil er es aufgrund seiner wenigen sekundären und zweifelhaften Quellen und deren nur oberflächlicher Lektüre nicht wissen kann. In der als Standardwerk geltenden Arbeit von Ulrich Linse: "Anarchismus im deutschen Kaiserreich" hätte Maierbrugger z.B. die zurecht gegenüber Helms getroffene Anmerkung lesen können:

"Was jedoch Helms (bei seiner These von Stirner als Mittelstandsideologen, J.S.) übersicht, ist das Faktum, daß gerade die Bohème-Intelligenz in Stirner während der Kaiserzeit und Weimarer Republik ihren Lehrmeister sah, und unter der Anregung Mackays und vorbereitet durch den Nietzsche-Kult seine für den Arbeiter schwer verständlichen Schriften im Original las: so Rudolf Steiner, der frühe Gustav Landauer, Erich Mühsam, dann aus dem Mühsam-Kreis Rudolf Böhm, Oskar Maria Graf und Georg Schrimpf. Auch Karl Friedrich Hartmann, Johannes Holzmann und Red Marut stützten sich auf ihn; ebenso läßt Albert Weidners 'Armer Teufel' Stirner anklingen. Der 'individualistische Anarchismus' der Weimarer Republik bestätigt die Wertschätzung, der sich Stirner gerade in der Bohème erfreute". 10)

Die von Engert ausgegebene neue Zeitrechnung des "Dritten Reiches" und auch die dem Blatt "Der Krakehler" (und damit vermutlich dem Anarchisten Carl Dopf) unterstellten antisemetischen Ausfälle sind nicht exemplarisch für den individualistischen deutschsprachigen Anarchismus. Sie sind ebensowenig ein Beleg für eine wechselseitige Affinität zwischen Libertären und Faschisten wie die Tatsache, daß die NSDAP teilweise ihre Gründungsmitglieder auch aus den Reihen der Syndikalisten rekrutierten konnte. So z.B. in Mengede, wo von vierzehn Gründungsmitgliedern der NSDAP mindestens acht aus der syndikalistischen Bewegung kamen. 11)

Maierbruggers Wissen um die Geschichte der deutschsprachigen anarchistischen Bewegung ist wirklich nicht berauschend. Etwa wenn er meint, daß sich "höchst interessante personelle und strukturelle Zusammenhänge besonders aus der anarchistischen Presselandschaft der Frühzeit der Bewegung, etwa ab 1850 bis zur Jahrhundertwende ablesen" ließen. Aus den zur Entstehungsgeschichte des deutschsprachigen Anarchismus existierenden Quellen und Werken lassen sich solche Zusammenhänge jedenfalls nicht ablesen.

Um 1850 gab es im deutschen Sprachraum weder eine anarchistische Bewegung noch eine anarchistische Presselandschaft. Und daran sollte sich auch über Jahrzehnte hinweg nichts ändern. Der erste Anstoß zu einer deutschsprachigen anarchistischen Agitatation ging von der Jura-Föderation 1874 durch Gründung des "Sozialdemocratischen Bulletins" aus. Und erst ein Jahr darauf wurden nach einem Bericht des westschweizer Anarchistenorgans "Rèvolte" die ersten deutschen Gruppen und die von Deutschen selbst publizierte Berner "Arbeiter-Zeitung" gegründet. Ein ganzes Vierteljahrhundert, in dem von einer "anarchistischen Presselandschaft" und von einer "Frühzeit der Bewegung" keine Rede sein kann!

Es ließen sich in Maierbruggers Beitrag noch zahlreiche andere Korrekturen vornehmen und vermehrt gilt das für seine Buchveröffentlichung. Eine solche Richtigstellung würde jedoch jeglichen Zeitschriftenrahmen sprengen. Nachdenklich macht, daß eine solch inkorrekte tendenziöse anti-anarchistische Geschichtsschreibung in einem libertären Blatt wie dem Schwarzen Faden erscheint.

* * *

1) Arno Maierbrugger: »Fesseln brechen nicht von selbst«. Die Presse der Anarchisten 1890-1933 anhand ausgewählter Beispiele, Grafenau 1991.

2) Zum Begriff des "Dritten Reiches" im Stirnerschen Sinne vgl. Hans G. Helms: Die Ideologie der anonymen Gesellschaft, Max Stirners "Einziger" und der Fortschritt des demokratischen Selbstbewußtseins vom Vormärz bis zur Bundesrepublik, Köln 1966, S. 391-396, 402-406 sowie Bernd Kast: Die Thematik des Eigners in der Philosophie Max Stirners. Sein Beitrag zur Radikalisierung der anthropologischen Radikalisierung, Bonn 1979, S.162-167.

3) Zu dem vom norwegischen Dramatiker Henrik Ibsen (1828-1906) geprägten Begriff des "Dritten Reiches" vgl. Rolf Engert: Henrik Ibsen als Verkünder des dritten Reiches, Leipzig 1921.

4) Eine nähere Betrachtung der Biographien von Ruest und Mynona macht deutlich, wie abwegig die von Maierbrugger im Zusammenhang mit der Zeitschrift "Der Einzige" vorgebrachte These von der Rolle der Stirnianer bei der Entstehung des Faschismus ist. Ruest z.B. war ein erklärter und engagierter Gegner des Faschismus. 1933, nach dem Einbruch des Hitlerfaschismus, mußte er nach Paris emigrieren, wo Ruest für verschiedene Exilzeitschriften (u.a. auch für "Das Blaue Heft") als Mitarbeiter tätig war. Im September 1937 hielt er sich illegal in Wien auf, um mit einer Gruppe von Gesinnungsfreunden die Wiederherausgabe des "Einzigen" zu organisieren. Den Zeitgeschehnissen entsprechend sollte das Blatt unter dem Titel "Die Empörung" - "Eine Zeitschrift für Mündige" erscheinen. Ein in Paris von Ruest verfaßtes Werbeblatt weist "Die Empörung" als ein eindeutig antifaschistisches und antimilitaristisches Oppositionsblatt aus. Der Überfall Hitlers auf Österreich im Frühjahr 1938 machte jedoch diese Pläne zunichte. Nach Paris zurückgekehrt, wurde Ruest 1939/40 interniert. Was danach geschah, entzieht sich unserer Kenntnis. Bekannt ist, daß Ruest 1943 in Carpentras/Vaucluse - wahrscheinlich an den Folgen der Internierung - im Krankenhaus gestorben ist.

5) H. G. Helms: Die Ideologie der anonymen Gesellschaft, S.394f.

6) Gerhard Botz: "Der Arbeiterschriftsteller Carl Dopf (1883-1968) und die anarchistische Subkultur", in: ders., Gerfried Brandstetter u. Michael Pollak: Im Schatten der Arbeiterbewegung. Zur Geschichte des Anarchismus in Österreich, Wien 1977, S.110.

7) Zur Biographie und zum politischen Wirken von Ludwig Christian Haeusser siehe Ulrich Linse: Barfüßige Propheten. Erlöser der zwanziger Jahre. (Mit einem einleitenden Essay von Harry Schulze: "Gesellschaftskrise und Narrenparadies"), Berlin 1983, bes. S. 156-200.

8) A. Maierbrugger: »Fesseln brechen nicht von selbst«, S.36.

9) Martin Puder: "Marx und Engels als konservative Denker", in: Unter dem Pflaster liegt der Strand, Berlin 1976, Bd. 3, S.172f.

10) Ulrich Linse: Organisierter Anarchismus im Deutschen Kaiserreich von 1871 (Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter, Bd.34), Berlin 1969, S.106f.

11) Vgl. Andreas Müller: "Aufbruch in neue Zeiten. Anarchosyndikalisten und Nationalsozialisten in Mengede in der Frühphase der Weimarer Republik", in: Bochumer Archiv für die Geschichte des Widerstandes und der Arbeit, Nr. 8, Bochum 1987, S.121-154.

Barcelona diagonal
Ein Stadt-Lesebuch
Hrsg. von Marta Giralt Rué
"Die Beiträge verblüffen durch Detailtreue und Kenntnis, bereiten großes Lesevergnügen und vermitteln gleichzeitig Wissenswertes." (Die Zeit)
2. Auflage, 224 S., mit Abb., 26,80 DM

AUFBRÜCHE
Die Literatur Spaniens seit 1975
Hrsg. von D. Ingenschay u. H.-J. Neuschäfer
Ein Überblick in 25 Autorenporträts und fünf Aufsätzen über Roman, Theater, Krimi, Lyrik, Gesellschaft.
256 Seiten, 28,80 DM

TRANVIA — Revue der Iberischen Halbinsel
Probeheft für 5,— DM (Scheck/Briefmarken)

edition tranvia
■ Postfach 303626, 1000 Berlin 30 ■

btr. Anarchismus heute-Rezension von Gregor Dill in SF-41

Die Rezension, die Gregor Dill (wahrscheinlich ein Pseudonym) über das Buch „Anarchismus heute" geschrieben hat, wird diktiert von seinen Vorurteilen, Aversionen und seiner daraus resultierenden Aufregung, die eine qualifizzierte Auseinandersetzung nicht mehr zuläßt.

Da er selbst gravierende Schwierigkeiten in der Beziehung Ich und Wir hat, darauf werde ich noch weiter eingehen, sucht er diese auf andere zu übertragen, wobei er dann solche Thesen aufstellt: „Timm glaubt felsenfest an einen natürlichen Gegenpol zwischen dem Ich und dem Wir, zwischen Individuum und Gesellschaft. Das eine ist das Feuer, das andere das Wasser..."

Das schreibt dieser gewisse Gregor Dill über einen Menschen, den Autor Uwe Timm, der in seiner langjährigen erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit, seinem Engagement als aktiver Betriebsrat, die Akzeptanz von weit mehr Menschen besitzt als der SF-Leser hat und haben wird.

Damit sind kollektive Erfahrungen verbunden, worüber gewisse sogenannte Anarchisten mit Sicherheit nicht verfügen.

Was Gregor Dill nicht begreift, wegen seiner Verwurzelung in einem Kollektivbegriff, der ebenso reaktionär wie autoritär ist, ist ein anarchistisches **Grundanliegen: Solidarität muß wie die Liebe ein Kind der Freiheit bleiben.**

Die Grundeinstellung, daß sich Individualität erst in einem Kollektiv zu entfalten vermag, es Individualität ohne Kollektiv nicht gäbe, war und ist eine **These aller Autoritären, insbesondere auch der Nationalsozialisten.**

Daher sagte Adolf Hitler: „Es ist einleuchtend, daß der sozialistische Grundgedanke unserer Weltanschauung im Gemeinschaftsbegriff wurzelt. Sozialismus bedeutet die aus dem Gemeinschaftsgeist geborene Kameradschaft, die »Jedem das Seine« gibt..."

Die Nazis reduzierten ihren Sozialismus auf den deutschen Menschen, der Anarchist **Gregor Dill reduziert seinen Begriff von Anarchismus auf „seinen Kollektivismus."**

Die Nazis bekämpften alle Menschen, die als Individuen leben wollten, Gregor Dill haßt alle Menschen, die in der Beziehung Individuum und Gesellschaft die Freiheit der Entscheidung über das eigene Leben bewahren und beanspruchen. Das ist der psychologische und politische Hintergrund, wo Gregor Dill anfängt zu schreien, zu denunzieren, sich aufzuregen und seine Adjektive anzubringen. Wer seinem Kollektivverständnis nicht zustimmt, wird dann entsprechend dem Grad seiner Aufregung „politisch eingeordnet".

Zwar glaube ich nicht, daß man mit einem Müsli-Anarchismus oder mit Hilfe von anarchistischen Sekten etwas bewirken kann, aber ich bin auch gegenüber diesen Gruppen tolerant, weil ich weiß, diesem und jenem kann seine Sekte für sein politisches Glück etwas bedeuten.

Gregor Dill besitzt diese Toleranz nicht. Daher kann er sich auch nicht ruhig und sachlich mit einem Sachverhalt, mit Fakten und Problemen befassen, die über seinen Begriff von einem Kollektiv hinausgehen. Wer seinem Kollektiv-Anarchismus nicht akzeptiert, der läßt die Macht des Gehorsams außer Acht, und dann sieht der Uwe Timm nicht den Mut zur Eigeninitiative, die Kommunikationsstörungen etc.

Da liegen aber heute gar nicht die Probleme z.B. in einem Betrieb. Die liegen ganz woanders. Auch das hat der kleine Gregor nicht mitbekommen, weil er nicht ruhig lesen und einen Satz durchdenken kann. Die ökonomischen Belastungen, Ausbeutung der Gesellschaft, all das wurde von mir beschrieben, aber wir, die arbeitenden Menschen können, frei nach Gregor Dill, davon ausgehen, das dies den Anarchisten um Dill völlig gleichgültig ist.

In einem Projekteteam befasse ich mich mit den Fragen von betrieblichen Strukturen, der Hierarchien.

Großspurig regt sich Gregor Dill darüber auf, wenn sich Anarchisten ernsthaft mit dieser Frage befassen sollten. Falls seine Anarchisten mir im betrieblichen Alltag behilflich sein wollen, können, wäre es ja in der Tat sehr zu begrüßen, nur werden die Fragen immer schwieriger, je weiter man sich von seinem Müsli-Horizont entfernen muß. Mit bloßer Ablehnung von Herrschaft ist da nämlich nicht viel getan.

Gregor hat zwar lesen können, aber nicht begreifen, daß sich **Menschen für einen Wettbewerb oder für eine Kooperation entscheiden** können, aber da er in seiner panischen Angst vor der Freiheit Nervenzusammenbrüche erleidet, sollte er sich und auch die Genossen vom SF (sie gaben ihrer Zeitschrift ja den Untertitel »Lust und Freiheit«, einem Slogan aus einem Hamburger Vergnügungsviertel, hinter die Ohren schreiben, was der Historiker des Anarchismus, Max Nettlau, schrieb:

„...denn schließt Freiheit nicht Wettstreit, Sieg der höheren Fähigkeit und höheren Kultur ein. Alles was Uniformität heißt ist unseren Forderungen fremd!"

Nur wenn der liebe Gregor es lernt, verkrustete Denkschematas aufzubrechen, vielleicht etwas lustvoller und freier zu werden (gilt auch für den SF), könnten wir darauf hoffen, daß er eine Uniformität im Kopfe überwindet, die ein kreatives Denken unterbindet. Aber, so hatte ich es gesagt: Zum Glück geht es der Freiheit entgegen! Die Kollektivisten, die das Individuum nicht gelten lassen, die Staatssozialisten, die das ebenfalls nicht taten, gehören der Vergangenheit an.

In diesem Sinne war die Rezension von Gregor Dill ein guter Beitrag. Solange solche Menschen nur ihre Feindbilder verfolgen, sie nicht über die politische Macht verfügen, Andersdenkende physisch zu unterdrücken, können wir ruhig schlafen.

Nachsatz von Uwe Timm, Zitat von Uwe Timm aus: *Zur Sache Nr.7, 1984*

„Zuweilen pflegen sich herrschaftssüchtige Ideologen zu entlarven. So findet sich im *Schwarzen Faden, Nr.10, 1/83*, dieses psychologisch aufschlußreiche und hübsche Zitat:

„In besonderer Weise lehnen wir aufgrund unseres gemeinschaftsbezogenen Menschenbildes auch individualanarchistische und anarcho-liberale Positionen etwa in der Art der amerikanischen Libertarians radikal ab..."

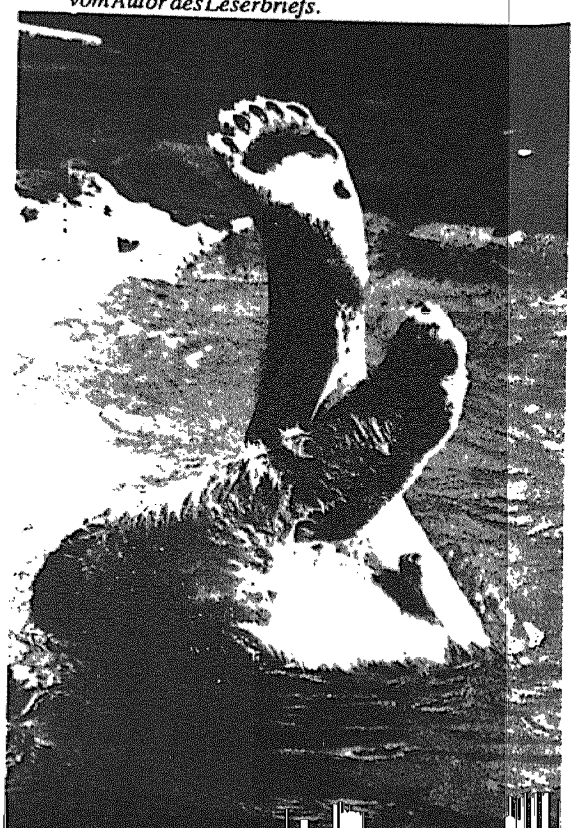
Ohne sich um Fakten, Tatsachen und Argumente zu kümmern, behaupten irgendwelche Ideologen, sie besäßen ein „gemeinschaftsbezogenes Menschenbild", wonach dann alle anderen natürlich kein „gemeinschaftsbezogenes Menschenbild" besitzen.

Wirkliche Gemeinschaft, menschliche Solidarität, existiert nur dort, wo Menschen freiwillig Beziehungen eingehen und sich als gleichberechtigte Individuen gegenüberstehen... Der konsequente Anarchist lehnt nicht nur die Herrschaft des Staates ab, sondern jede Herrschaft von Menschen über Menschen. In allen Beziehungen der Menschen, nicht nur in irgendwelchen Teilbereichen, sieht der Anarchist das Individuum, Mann, Frau, Kind als gleichberechtigtes, soziales Wesen..."

Man sieht also, Dill und seine Genossen haben sich ihre Vorliebe für ein reaktionäres Denken und Handeln bewahrt ... Und mutiger sind sie auch nicht geworden!

Uwe Timm, 2153 Neu Wumstorf

Alle Hervorhebungen stammen vom Autor des Leserbriefs.



Antwort von Gregor Dill (Basel) auf Uwe Timm

Nicht erst seit dem jüngsten Streit um den Beitrag Arno Maierbruggers zur anarchistischen Presse sowie um denjenigen von mir zur Textsammlung „Anarchismus heute" ist eines nicht von der Hand zu weisen: Die anarchistische Theorie scheint gespalten in einen Teil, der sich für das Individuum einzusetzen vorgibt und einen anderen Teil, der dasselbe zu tun für das Gemeinschaftliche behauptet. Sich exakt an der Anthropologie des Liberalismus orientierend, gehen beide Richtungen davon aus, daß Individuum und Gruppe im Grunde genommen nicht vereinbar seien: Die einen stehen ein für die Freiheit des Einzelnen, die anderen fordern eine anarchistische Ethik, die den „kleinbürgerlichen Individualismus" zugunsten der revolutionären Idee zum Verschwinden bringen soll.

In regelmäßigen Abständen brechen die beiden Standpunkte, die so vieles gemeinsam haben, ihren heimlich vereinbarten Waffenstillstand zugunsten des „pluralistischen Anarchismusverständnisses". Sie hören auf, vereint das schwarze Fähnchen zu schwingen und gehen aufeinander los. Was dann passiert, ist nur langweilig: Anstatt in einer fruchtbaren Kontroverse die unterschiedlichen (oder identischen!) Prämissen zu finden, hustet man sich kurz aber heftig gegenseitig an, um erneut dem folkloristischen Alltag zu fröhnen.

Wenn nun jemand kommt und versucht, den scheinbaren Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft, der seit Hobbes und Hegel die anarchistischen Geister erfaßt, mittels eines anderen Anthropologieansatzes aufzulösen, so kommt er gleich unter die Räder jenes heiligen Streites: Er ist ein „Pseudonym", diktiert von „Vorurteilen" und „Aversionen". Er „schreit", „denunziert", kann weder denken noch lesen und ist „klein" und „großspurig". Eingeengt in seinem „Müsli-Horizont" vertritt er einen „Müsli-Anarchismus" der „ebenso reaktionär wie autoritär ist." Etwa vergleichbar mit den Ideen der „Nazis", insbesondere denen von „Adolf Hitler". In seiner „panischen Angst vor der Freiheit" erleidet er „Nervenzusammenbrüche" und trachtet danach, „Andersdenkende physisch zu unterdrücken". Darüber hinaus wagt er es, einen „Autor" und „aktiven Betriebsrat", der in „langjähriger erfolgreicher Betriebsarbeit" als „arbeitender Mensch" wertvolle „kollektive Erfahrungen" gesammelt hat, öffentlich zu kritisieren! Unvorstellbar! Ihn, den Anarchisten, der sich aufopferungsvoll für uns die Frage stellt, wieviel Hierarchien wir bräuchten, da „mit bloßer Ablehnung von Herrschaft (...) nicht viel getan" sei.

Ich bitte vielmals um Entschuldigung, bekenne mich der Häresie schuldig und werde von nun an jeden Abend für Sie beten, Herr Timm.

Zurück zum Thema: Die Meinung, der Mensch sei des Menschen Wolf und zwar im tiefsten Innern seiner Natur, ist heute nicht weniger weit verbreitet als früher. Die Natur des Menschen ist der „natürliche Trieb" „seine Mitmenschen in seinen Leistungen zu übertreffen" (ein von Timm verwendetes Ramus-Zitat). Die Natur der Gesellschaft ist demnach der Wettkampf. Um diese „natürliche" Dynamik nicht in ein unzivilisiertes Massaker ausufern zu lassen, schafft sich die moderne, humanistische Gesellschaft eine Kultur an. Das „Volk von Teufeln" (Kant) wird mittels Moral und Gesetz institutionell gebunden an das „System der sittlichen Idee" (Hegel): den Staat.

Anläßlich des Erdgipfels von Rio stand im „St. Gallener Tagblatt" vom 15.6.1992: „Der Staat ist die moralische Instanz, die eine Gesellschaft sich gibt: im Wissen, daß sie sich im Wettkampf um Eigennutzen selber zerstören würde. (...) Der Wille zum Politischen entspringt einer höchst produktiven Doppelmoral: daß wir auf gemeinnützige Regeln drängen, die unseren eigennützigen Interessen entgegenlaufen. (...) Als Staatsbürger müssen wir eine Politik und Politiker wollen, die – gegen unsere Sonderinteressen – das Interesse der Menschheit wahren."(1)

Zuweilen wird die angebliche Unvereinbarkeit von Individuum und Gesellschaft derart bedauert, daß man sich der Hoffnung hingibt, „höchstens die Genmanipulation könne in der Zukunft vielleicht gerechte Bedingungen für alle schaffen, da die Ungleichheit der Menschen biologischer Natur sei." (2)

Das Menschenbild, das sich hinter diesen Worten verbirgt, ist auch das Menschenbild eines Großteils der anarchistischen Bewegung. Entweder du entscheidest dich für das Individuum oder für die Gruppe. Timm entschied sich für das Individuum und sieht sich selbst als Menschen, der „in der Beziehung Individuum und Gesellschaft die Freiheit der Entscheidung über das eigene Leben bewahren" will. Individuelle Entscheidungsfreiheit in der Gruppe ist für ihn ein Paradox, denn „die Kollektivisten lassen das Individuum nicht gelten."

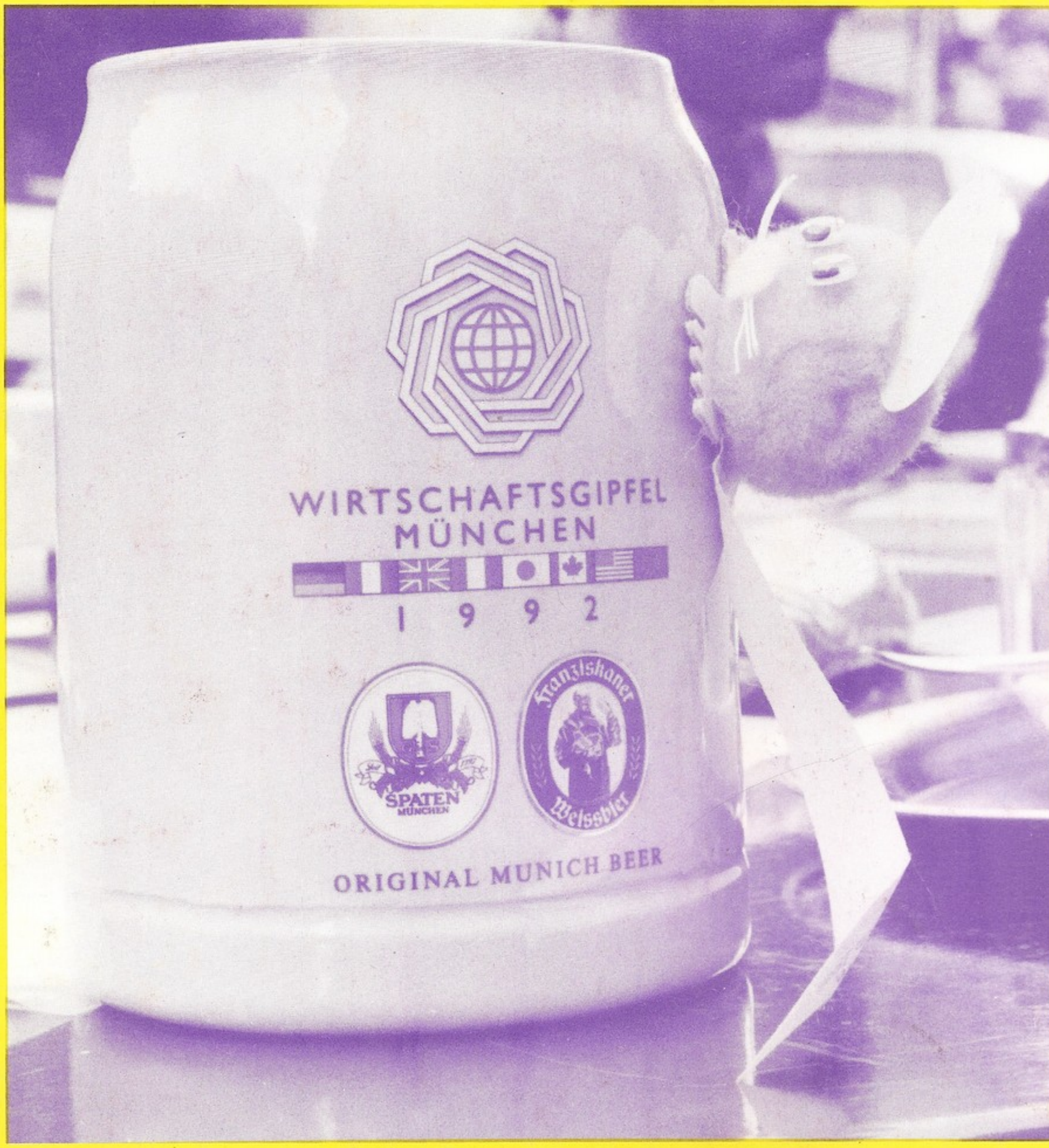
Auf der anderen Seite ist die anarchistische Geschichte durchzogen von der Unterdrückung des Individuums zugunsten einer Kolletividee, vorzugsweise dort, wo der Mensch als Klassen- oder gar Massen(mit)glied gedacht und abgehandelt wird.

Auszubrechen aus dieser verhängnisvollen Denkenge, bedeutet, die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß sich das Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinschaft auch anders verstehen läßt. Es heißt, der Frage nachzugehen, ob nicht erst die hierarchiefrei strukturierte Zwischenmenschlichkeit dem Individuum die Voraussetzung abgibt, die ganze Palette seiner Bedürfnisse zu befriedigen, um frei zu sein. Genauso wie ein anarchistisches Kollektiv nur dann eines sein kann, wenn es aus freien Individuen zusammengesetzt ist.

(1) Das „St. Gallener Tagblatt" ist nicht bloß ein unbedeutendes Provinzblättchen. Es ist die Tageszeitung einer Stadt, in der sich die bedeutendste Universität der Nationalökonomie der Schweiz befindet.

(2) Heim, Christoph, Braucht die gesunde Demokratie ihre Kriege? über Francis Fukuyamas Buch „Das Ende der Geschichte", eine konservative Eschatologie und kapitalistische Apologie; in: Basler Zeitung vom 28.4.1992




WIRTSCHAFTSGIPFEL
MÜNCHEN
1 9 9 2
SPATEN
ORIGINAL MUNICH BEER